REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 331 · 3.6.1991

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 50 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Die SU der heutigen Tage: Von einer Weltmacht zum Bittgänger der G7
2. Zum Tod von Theo Pinkus - Günter Zint
3. Jugoslawien: Imperialismus drängt auf Einheit
4. Eine neue Ära deutscher Machtpolitik: Deutsche Wüstenstürmer und Blauhelme
5. NATO-Frühjahrstagung: USA setzen sich durch
6. Das "schwedische Modell" auf dem Altar der EG
7. Indien nach dem Mord an Gandhi: Droht der Zerfall?
8. Vor 50 Jahren: Hitlerdeutschland überfällt die Sowjetunion. Hinter diesen Mauern stöhnt die Erde
9. Berlin kassiert ab. Wohnheimmiete als Waffe gegen AusländerInnen
10. Wohnungsmarkt im wilden Osten: Eldorado für Spekulanten und Abschreibungsgesellschaften
11. Sie werden an den Grenzen stehen und auf die Flüchtlinge schießen! - Rolf Rethmeyer
12. Bleiberecht für die sowjetischen JüdInnen
13. "Friedenspläne" statt Frieden. Eine historische Übersicht 1974-1990
14. Anmerkungen zur Geschichte des Staates Israel - Teil 2
15. "Humankapital". Sowjetische Einwanderer in Israel
16. "Rutsch zurück in den Schoß des israelischen nationalen Konsens - Militär ist unsere Stärke." Interview mit Shraga Elam
17. Neues Anti-Terror-Gesetz in der Türkei: Militärputsch künftig überflüssig
18. "Die Linke ist noch keine Machtoption." Interview mit Jorge Villacorta (Demokratische Konvergenz/El Salvador)
19. El Salvador: Die Vereinbarungen von Mexiko
20. RAF-Mitglied ist, wer raf-typisch lebt. Paragraph 129a-Verfahren gegen Holger Deilke
21. Heimkehrerkitsch und Kronzeugen. Vor einem Jahr: Festnahmen der "Austeiger" aus der RAF in der DDR
22. Dokumentation. Zehn Jahre später. Eine Zwischenbilanz von Karl Heinz Roth
23. Wir glauben immer noch nicht an Selbstmord
24. Stellungnahme zur RAF-Erklärung (AK 330). "When we"re talkin about the weather we know what we"re talkin about"
25. Was haben Kronzeugen von uns zu erwarten? Debattenbeitrag der Roten Hilfe Westberlin
26. SED - Stasi = Fortschritt ohne Rücksicht Von Uschi Goldenbaum
27. Das Recht holt wieder mal die Praxis ein. Das neue Hamburger Polizeigesetz ist ein Skandal
28. Quo vadis PDS? Einige Überlegungen vor der 2. Tagung des 2. Parteitages der PDS - Thomas Kuczynski
29. Die politische Zukunft der PDS - zeitlich begrenzt - Jan Perlwitz
30. Zu einigen Problemen der "Radikalen Linken"
31. Ein neues sozialistisches Vaterland Der 11. Parteitag der DKP
32. Der Golfkrieg, die Linke und der Tod. Streitgespräch über Imperialismus, Antisemitismus und staatlich organisierte Gesellschaften
33. Honeckers Rache. Zur politischen Ökonomie des wiedervereinigten Deutschlands (Buchvorstellung)
34. Ist die "Nie wieder Deutschland" Kampagne gescheitert?!
35. Linton Kwesi Johnson - Poet, Musiker und Antifaschist
36. Mi Revalueshanary Fren. Interview mit Linton Kwesi Johnson
37. Aufgeblättert - Broschürenvorstellungen
38. Cheb. Zwei Jugendliche zwischen den Kulturen. Filmbesprechung
39. Eine Sprache zwischen den rauchschwarzen Steinen. Buchbesprechung
40. Betriebsbesetzung. Der kurze Traum von der Solidarität?
41. 50 Jahre IG Farben in Auschwitz. Veranstaltung des Auschwitz-Komitees Hamburg

42. Betr.: Was bedeutet eigentlich Aufarbeitung? (AK 330)
43. "Wie stark sind Helmut Kohls Muskeln?" "Super!" Die neue Bild des Ostens
44. Quelldatei 43.htm
45. KALENDER
46. SPD: Erneuter Kotau vor dem Militarismus
47. Quelldatei fluecht.htm
48. Seit 20 Jahren Friedenspläne
49. Kronzeugen und Widersprüche
50. STASI, Polizeigesetze und Klassenjustiz

1. Die SU der heutigen Tage: Von einer Weltmacht zum Bittgänger der G7

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:41

Mitte Juni trifft sich in London die G7, die Gruppe der führenden sieben Industrienationen: die Chefs der USA, von Frankreich, Großbritannien, der BRD, Japans, Kanadas und Italiens werden über ihre Sicht der Weltlage und was für den weiteren erfolgreichen Gang des Kapitalismus von Nöten ist, reden. Doch die Tagesordnung in London wird anders aussehen, als bisher geplant. Denn ein Gast hat sich selbst eingeladen: Der Chef der UdSSR, Michail Gorbatschow, möchte mit den Vertretern der sieben führenden Ausbeuternationen über die Probleme der SU reden.

Keiner dieser edlen Runde hat die Absicht, Gorbatschow öffentlich zu brüskieren, ihn auszuladen, aber niemand weiß, was der hohe Gast aus Moskau bei diesem Treffen soll. Er wird wohl kaum den innerimperialistischen Meinungsbildungsprozeß maßgeblich beeinflussen, aber die Verhältnisse in der SU zwingen ihn zu diesem ungewöhnlichen Besuch. Mit drastischen Worten beschreibt die "Moskowskije Nowosti" unter dem Titel "Roman mit den glorreichen Sieben" die Notwendigkeit einer Teilnahme Gorbatschows an diesem Treffen: "Die Unterstützung der "Sieben", ein offenes Zusammenwirken mit westlichen Firmen ist heute die einzige Chance, jenen Kollaps zu überwinden, in dem sich alles befindet, was das Leben des Landes und des Volkes sichern soll... Kann man denn nun mit Hilfe der Industrienationen rechnen? Ja! Wenn unsere Führung die Hoffnung aufgibt, sie könne "nur halb schwanger" werden. Wenn du den Anschluß an die internationale wirtschaftliche Entwicklung suchst, sollst du ihm deinen "besonderen Weg" am Straßenrand nicht entgegenhalten. Das Kapital der Weltgemeinschaft kann nur in jene Formen investiert werden, die eine konsequente Privatisierung und einen entscheidenden Übergang zum Markt gewährleisten. Und man wird es laut und hörbar bestätigen müssen, sonst wird der Besuch bei den "Sieben" nichts nützen. (zit. nach FAZ, 31.05.)

Kühlschrank leer und keinen Pfennig in der Tasche

Die UdSSR unterliegt derzeit einer zwieschlächtigen Entwicklung. Auf der einen Seite gelang es Gorbatschow im Bündnis mit Jelzin, einen neuen Unionsvertrag mit neun der fünfzehn Republiken zu schließen. Nach diesem Vertrag gibt es weiterhin eine einheitliche Währung nebst einer Zentralbank sowie einem Beitrag der Republiken zum Unionsbudget; darüberhinaus behält die Zentrale die Befehlsgewalt über die Armee, das Transportwesen, den Zoll und alle Bereiche der zentralen Infrastruktur. Die Republiken erhalten die Macht über die jeweiligen nationalen Ressourcen, die Industrie und den Außenhandel. Die Republiken haben somit einen eigenen Zugriff auf Devisen, während die Unionsregierung weiter Devisenbewirtschaftung betreiben muß, da viele Republiken auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sind.

Der Abschluß dieses "Eins-plus-neun- Vertrages" am 23. April war politisch ein wichtiger Schritt zum Erhalt der staatlichen Integrität der Sowjetunion. Doch diese Entwicklung kann durch die andere Seite der aktuellen Lage konterkariert werden. Denn die wirtschaftliche Situation der UdSSR verschlechtert sich von Tag zu Tag. Die Devisenbestände des Landes sind in einem rapiden Ausmaß zusammengeschrumpft. Viele Millionen Devisen gehen im Moment als Schuldendienste für langfristige Kredite aus den siebziger und achtziger Jahren drauf. Die Sowjetunion ist auf dem internationalen Kapitalmarkt aufgrund der innere Lage fast kreditunwürdig. Allein im laufenden Jahr sind die Importe um rund fünfzig Prozent gesunken. Eine Entwicklung von der besonders die Leichtindustrie betroffen ist. Durch das Fehlen von Rohstoffen, Vorprodukten und Ersatzteilen ist in vielen Bereichen dieses für den privaten Konsum äußerst wichtigen Sektors die Produktion am kollabieren.

Selbst Reformgegner wie Vizepräsident Janajew und Innenminister Pugo erkennen gegenüber westlichen Besuchern die Notwendigkeit einer marktwirtschaftlichen Entwicklung in der SU an. Und sei es "nur" darum, um gegenüber eventuellen westlichen Investoren ein günstiges Klima zu verbreiten. Aber Tatsache ist, daß die UdSSR vor einer der größten Rezessionen ihrer Geschichte steht. Selbst unter der Annahme, daß der neue Unionsvertrag hält, wird das Bruttosozialprodukt in diesem Jahr um mindestens zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr schrumpfen. Durch die Einigung mit den streikenden Bergarbeitern wurde ein Schritt zur wirtschaftlichen Stabilisierung gemacht. Allerdings mit der Einschränkung, daß der Staat sich in dieser

Regelung verpflichtet, die Materialversorgung der Gruben sicherzustellen und darüberhinaus die Löhne beachtlich zu erhöhen. Beides Punkte, die der Union genau das Geld kosten, die sie benötigt, um den Konsumgütersektor anzukurbeln, auf dem aufgrund des Kaufkraftüberhangs in der Bevölkerung eine enorme Nachfrage besteht. Diese wird durch die Lohnerhöhungen weiter ansteigen, sie wird weiter unbefriedigt bleiben und damit die Inflation weiter anheizen.

Auch mit der Einigung vom 23. April werden die wirtschaftlichen Probleme der Union nicht geringer. Derzeit gibt es keinen Staatshaushalt, Union und Republiken können sich nicht über die Aufteilung des gesamtstaatlichen Eigentums und über die Art und Weise der Entstaatlichung einigen. Ebenso unklar ist die Finanz- und Kreditpolitik von Zentrum und Republiken. Derzeit ist nicht zu erkennen, wie und ob sich die neuen Vertragspartner über Aufgaben und Kompetenzen einer unabhängigen Staatsbank einigen werden, wann es einen Staatshaushalt für das laufende Jahr geben wird und wie der Rubel und die gesamten Staatsfinanzen konsolidiert werden sollen.

Frei zum Abschuß?

Auf der politischen Ebene gibt es für den neuen Unionsvertrag noch eine weitere Bruchstelle: der Umgang mit den sechs Republiken, die nicht unterschrieben haben. Armenien bekam als erste der sechs Republiken, die nicht unterschrieben haben, zu spüren, wie tief sie in der Gunst Moskaus gefallen sind. Gleich einer Strafaktion gegen Armenien wurden armenische Dörfer in Aserbaidschan geräumt, die BewohnerInnen deportiert und viele massakriert. Die berüchtigten Sondereinheiten des Innenministeriums, die schwarzen Baretts, marodieren seit Ende April an den Grenzen zu Litauen und Lettland; fast jede Nacht werden Grenz- und Zollstationen überfallen, die Soldaten und Milizionäre verprügelt, oft fallen Schüsse und die Gebäude werden abgefackelt. Wie eine mittelalterliche Soldateska zieht diese Spezialtruppe an der russischen Grenze zu den baltischen Staaten entlang.

Beides soll den Republiken Estland, Lettland, Litauen, Armenien, Moldovia und Georgien zeigen, wie in Zukunft die Beziehungen der Union zu ihnen aussieht. Das Auftreten der schwarzen Baretts ist auch zugleich noch eine Attacke auf den aussichtsreichsten Kandidaten bei der russischen Präsidentschaftswahl am 12. Juni: Boris Jelzin. Schweigt er zu diesen Vorfällen, verscherzt er es sich bei seinen Anhängern. Kritisiert er die Zentrale unter Gorbatschow, wird dieser ihn einen wortbrüchigen Bündnisgenossen schelten.

Auch Georgien, in dem Ende Mai der Nationalist Swiad Gamsachurdija zum Präsident erstmals direkt gewählt wurde, droht ein offenes Eingreifen der Armee im Konflikt zwischen Georgiern und Osseten, die sich der neuen Union anschließen wollen. Weiterhin steht zu befürchten, daß die Mitglieder der neuen Union seitens Moskau deutlich gegenüber den anderen Republiken bevorteilt werden, um den sechsen klar zu machen, daß sie ohne Moskaus Geld und Unterstützung nicht existieren können. Gleichzeitig werden die Armee und die zahlreichen Sondertruppen des Innenministeriums und des KGB Einsätze in den sechs Republiken durchführen. Eine der häufigsten Begründungen wird dann sicherlich der Schutz von Unionseigentum und russischer Personen sein. Hierbei werden sie genügend Angst und Schrecken in und der Bevölkerung verbreiten, damit sie sich in die Union zurücksehnen werden.

Neben den oben beschrieben inneren Schwierigkeiten der neuen Union werden die Auseinandersetzungen mit den verbliebenen sechs hinzukommen. Diese Konstellation ist weder dazu angetan, die inneren Verhältnisse in der neuen Union zu stabilisieren, noch das Vertrauen der westlichen Staaten und Banken in das Kreditnehmerland UdSSR erhöhen.

Rettungsanker G 7 ?

Angesichts des scheinbar unaufhaltsamen Niederganges der UdSSR sucht Gorbatschow, und mit ihm seine gesamte Führungsriege, Hilfe beim Westen. Die sieben führenden Industrienationen sollen sowohl durch Investitionen als auch Krediten in mehrfacher Milliardenhöhe der Sowjetunion unter die Arme greifen.

Ziel dieser Aktion soll sein, in der SU marktwirtschaftliche Strukturen zu etablieren, Investitionsbedingungen zu schaffen, die für westliches Kapital lukra- tiv sind und obendrein die binnenwirtschaftliche Misere beheben. Denn nur durch massiven Kapitaleinsatz von außen auf Seiten der Zentralregierung hat der neue Unionsvertrag eine Chance. Denn außer der Republik Rußland haben alle anderen unterschrieben in der Hoffnung, daß die bisherige Unterstützung und Protegierung seitens der Unionsregierung weiterläuft. Sie sind

gleichsam auf Gedeih und Verderb an die Zentrale gebunden, denn ihre eigene ökonomische Struktur erlaubt nicht einmal dem kühnsten Nationalisten den Traum wirtschaftlicher Autarkie. Die Ausnahme bildet allein die Republik Rußland. Sie ist mit ihrer Wirtschaftsstruktur und ihrem Ressourcenreichtum dazu in der Lage, allein, ohne die übrigen Republiken, zu existieren.

Zugegeben, ohne großvolumige Kredite aus dem Westen wird sich nicht nur der innere Zerfallsprozeß der UdSSR beschleunigen, die Lebensbedingen der Menschen werden sich rapide denen in den Staaten des Trikont annähern, ebenso die politische Stabilität der gesamten sowjetischen Gesellschaft. Kein Staat der Gruppe der Sieben ist zu solch einer Hilfe weder in der Lage, noch willens; am ehesten die BRD, die weite Teile der SU als ihr Hinterland betrachtet. Demgegenüber erwarten die USA aus der SU eindeutige Signale zur Einführung des hiesigen Wirtschaftssystems; ohne die konkrete Aussicht auf Sonderwirtschaftszonen und staatlich nichtreglementierte Investitionen ist aus Amiland kein grünes Licht für Kredite irgendwelcher Art derzeit zu erwarten. Eine ähnlich abwartende Haltung nehmen Japan, Kanada und Großbritannien ein.

Doch abseits der für die SU exorbitant wichtigen Kreditproblematik, hat aus Sicht der sieben, Gorbatschow nichts in London zu suchen. Denn was will der Chef eines Landes, das in Zukunft von den sieben Ländern marktwirtschaftlich geplündert werden soll, bei der Diskussion der Frage, wie dies zu geschehen hat. Es wäre, als würde der Metzger das Schwein fragen: "Welches Messer hätten sie denn gerne?"!

as

2. Zum Tod von Theo Pinkus

Autor: Günter Zint · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Schweiz · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/61.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:61

Einen Nachruf auf Theo Pinkus schreiben? Nein. Dreimal hab ich nein gesagt und nun sitz ich doch an der Schreibmaschine. Alle seine Freunde hätten gewettet, daß Theo hundert Jahre alt wird. Er war mit über achtzig noch vitaler als die meisten 30-Jährigen und zog so manchen 20-Jährigen in den Sog seiner Aktivität. Was er zusammen in seinem Leben mit Amalie geschafft und geschaffen hat, kann ich nicht aufzählen, dazu ist das dicke Buch über die beiden viel geeigneter. Vor drei Jahren fuhr ich mit ihm aus dem Engadin nach Zürich, nachdem linke Archivgruppen einige Tage in Salecina über sozialgeschichtliche Archive und deren Verwaltung diskutiert hatten. Vor einer Nobelherberge ließ er mich anhalten und ging mit mir in den Speisesaal des Etablissement. Dort setzten wir uns an einen der festlich gedeckten Tische mit Silbergeschirr, um uns eine Kraftbrühe servieren zu lassen. Mit bubenhaftem Charme und viel Lob über das feine Haus, brachte er es fertig, daß uns der Kellner mehr Aufmerksamkeit schenkte als den bourgeoisen Schweizern an den Nebentischen. Eine Stunde vorher stand Theo noch als Topfwäscher in der Salecina-Küche. Ich erzähle diese kleine Begebenheit um klarzumachen, wie Theo es schaffen konnte, ausgerechnet in der bürgerlichen Hochburg Schweiz, eines der wichtigsten und interessantesten Sozialarchive aufzubauen. Daß unsere Schwätzerei mit der herrschenden Klasse uns nicht einen Schritt näher an eine soziale Gesellschaft, auf die er immer hoffte, bringen konnte, das war ihm klar. Aber durch seine gewinnende, offene Art hat er es geschafft, immer wieder Geldgeber und Helfer für seine Projekte zu finden. Unbestritten in der Linken ist der Wert der Studienbibliothek in Zürich und die linke "

Denkwerkstatt" Salecina. Ich hoffe sehr, daß die Projekte auch ohne Theo weiterlaufen und daß Leute mit seiner Kraft und seiner Ausdauer nachwachsen. Leider konnte ich zu der Hommage für Theo Pinkus nicht nach Zürich fahren, der Grund war aber hoffnungsvoll. Meine Frau hat fast zur gleichen Stunde einen Sohn zur Welt gebracht, der ja nun den Theo nicht mehr treffen wird. Aber ich habe eine Menge schöner Fotos und viele interessante Geschichten über diesen Genossen, der schon für die AIZ gearbeitet hat, im Archiv. Ein paar davon hab ich für den ak rausgesucht.

Günter Zint, Hamburg im Mai 1991

Rudolf M. Lüscher/Werner Schweizer: Amalie und Theo Pinkus-DeSassi, Leben im Widerspruch, Limant Verlagsgenossenschaft, Zürich 1987

3. Jugoslawien: Imperialismus drängt auf Einheit

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Westeuropa / EG allgemein; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:31

Die auseinanderdriftende jugoslawische Gesellschaft nähert sich dem Punkt, an dem ein völliges Auseinanderbrechen nicht durch einen inneren Kompromiß, sondern hauptsächlich von außen verhindert werden könnte. Allen Beschwörungen der imperialistischen Länder über die Wahrung der Menschenrechte und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Trotz appellieren die EG-Staaten, die USA, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank an die jugoslawische Staatsführung und die Präsidenten der nach Unabhängigkeit strebenden Teilrepubliken, die "Einheit und territoriale Integrität" - so die gemeinsame Erklärung der zwölf EG-Außenminister - unter allen Umständen zu wahren.

Unisono schimmert die Sorge bei den Herrschenden durch, daß ein Auseinanderfallen des jugoslawischen Staates eine Kettenreaktion in Ungarn, Rumänien und der CSFR auslösen könnte. Das Schreckgespenst der führenden politischen Klassen in den imperialistischen Metropolen heißt "Balkanisierung". Zwar sind die Zeiten vorbei, daß sich aus dem zerfallenden Osteuropa mit ethnischen Konflikten und Bürgerkriegen ein Weltkrieg entzünden könnte. Keinesfalls soll jedoch ein Zerfall Jugoslawiens befördert werden, weil dies unkalkulierbare Risiken in sich birgt als der jetzige territoriale Status quo. Die sich weiter zuspitzende politische Situation und der drohende wirtschaftliche Kollaps Jugoslawiens schaffen aber weitere Interventionsmöglichkeiten des Imperialismus, der schon jetzt die Unabhängigkeitsbestrebungen der Teilrepubliken eingedämmt hat. Darauf soll im folgenden genauer eingegangen werden.

Der drohende Zusammenbruch der jugoslawischen Ökonomie

Ein offener Bürgerkrieg tobt zwischen den Serben einerseits und den Slowenen und Kroaten andererseits (noch) nicht - aber der wirtschaftliche Krieg findet längst statt. Das jugoslawische Finanzsystem steht praktisch vor dem Zusammenbruch. Ende Februar wurden erstmals alle Devisenkonten der Ausländer in Jugoslawien gesperrt, nachdem zuvor bereits die Devisenkonten jugoslawischer Staatsangehöriger - etwa die sogenannten Gastarbeiter-Überweisungen - blokkiert wurden.

Kein Wunder, denn die Devisenreserven Jugoslawiens schrumpften binnen eines halben Jahres um 6 Mrd. auf nur noch 4 Mrd. US-Dollar zusammen. Die Binnenverschuldung kletterte auf ca. 40 Mrd. US-Dollar, die Außenschulden beliefen sich im letzten Jahr auf 16 Mrd. US-Dollar. Die Ausfuhrüberschüsse verwandelten sich in ein Defizit von 4,5 Mrd. US-Dollar, weil die Überweisungen der ArbeitsimmigrantInnen zurückgingen und vor allem die wichtigste Einnahmequelle, der Tourismus, in diesem Jahr um 70% abnehmen wird. Die Zahlungsverpflichtungen des Schuldners Jugoslawien an die imperialistischen Gläubigerländer belaufen sich allein in diesem Jahr auf 4,2 Mrd. US-Dollar.

Die Industrieproduktion sank im letzten Jahr um 21%, in den ersten vier Monaten dieses Jahres um weitere 19,2%, das Bruttosozialprodukt um 12%. Die Inflationsrate betrug 1990 etwa 130%, die Zinsen liegen zwischen 25 und 38%, ein Fünftel der jugoslawischen Arbeiter sind arbeitslos, viele staatliche Betriebe sind illiquide, können die Löhne nicht mehr ausbezahlen und stehen vor dem Konkurs. Allein 1.890 Unternehmen mit 1 Million Beschäftigten haben infolge des Zusammenbruchs den Konkurs angemeldet. Die hohen Preissteigerungen lösten Streikwellen über das ganze Land aus, so daß das Volumen der staatlichen Lohnfonds von 14 auf 39 Mrd. US-Dollar im letzten Jahr anschwoll. Da die Preise immer schneller davoneilen, müssen die ArbeiterInnen kräftige Reallohnverluste hinnehmen.

Zu diesen alarmierenden Fakten kommt hinzu, daß das jugoslawische Steuer- und Abgabensystem zusammengebrochen ist. Slowenien beispielsweise überweist nur noch die Gehälter für Armee und Staatsbeamtete an die Zentrale in Belgrad, während Serbien seit Herbst letzten Jahres überhaupt keine Überweisungen mehr tätigt. Niemand zahlt Steuern und Abgaben: Die Republiken nicht an die Bundeskasse, die Gemeinden und Städte nicht an ihre Republiken. Der Bundesstaat erhält nur noch 30% der gesetzlich vorgeschriebenen Steuern und Abgaben, wobei diese Zahlen noch eher geschönt sind. Die Betriebe weigern sich, ihre Abgaben abzuführen, weil sie die geringen finanziellen Mittel für die Lohnfonds aufbrauchen.

Jeder geht seine eigenen Wege. Serbien erhöhte die Steuern um das Doppelte, in der Hoffnung, wenigstens über diesen Weg noch Einnahmen zu erzielen. Slowenien glich das Steuersystem an das der BRD an -

wenigstens auf dem Papier. Und wenn kein Geld da ist, dann wird eben welches gedruckt. Die serbische Republik etwa schmiß die Notenpresse an, die 18 Mrd. Dinar (2 Mrd. DM) für die fälligen Rentenzahlungen ausspuckte. Die Zentralregierung ließ 5,5 Mrd. Dinar (611 Mio. DM) drucken, um den Sold an die Soldaten zu überweisen.

Als der große kroatische Ölkonzern INA den Serben den Ölhahn zudrehte, verstaatlichte Serbien u.a. 187 Tankstellen der INA. In Serbien werden bei der Vermietung von Gewerberäumen und -flächen hohe Sonderabgaben von serbischen und kroatischen Firmen verlangt. Postwendend konterte Kroatien mit einer ähnlichen Abgabe.

Gar nicht zu denken an die Konflikte, die im Falle der Auflösung Jugoslawiens entstehen würden. Wie bei einer Ehescheidung ginge es da um Gütertrennung; wie werden die 16 Mrd. US-Dollar Außenschulden auf die einzelnen Republiken verteilt? Was geschieht mit den 4 Mrd. US-Dollar Auslandsschulden, die nicht regional zugeordnet werden können? Wie werden die zusammenschmelzenden Devisenreserven zugeteilt, und was geschieht mit den 40 Mrd. US-Dollar Verbindlichkeiten, die die Betriebe untereinander und republikübergreifend aufweisen? Die Auflösung des Staatenbundes, des Vermögens und der Verbindlichkeiten würde rund 10 Jahre in Anspruch nehmen - das haben die Republiken bereits durchgerechnet.

Ratloser IWF

Angesichts der völligen Zerrüttung der wirtschaftlichen Verhältnisse laufen alle noch so schönen IWF-Auflagen und das mit dem IWF konform gehende Schockprogramm des Ministerpräsidenten Markovic ins Leere. Im April noch ließ sich Markovic vom US-Ökonomen Geoffrey Sachs, der bereits die Schocktherapie für Polen bereitete, zu einem 12-Punkte-Krisenprogramm hinreißen. Es sah eine gegenüber der DM um 44,5% abgewertete Dinarwährung, einen Abbau des Haushaltsdefizits, Lohnsenkungen und Privatisierungen vor. Alle diese Punkte scheiterten kläglich. Der an die DM angebundene Dinar wurde zwar abgewertet, aber die Betriebe verkauften ihre Exporte entsprechend teurer, weil sie dringend auf Einnahmen angewiesen sind. Einen Abbau des Haushaltsdefizits konnte es erstens wegen des Zusammenbruchs des Steuer- und Abgabesystems gar nicht geben, und zweitens hat der Bundesstaat noch keinen einigermaßen realistischen Etatentwurf vorlegen können. Allen marktwirtschaftlichen Bekenntnissen zum Trotz wurden Privatisierungen so gut wie überhaupt nicht durchgeführt. Zum einen deshalb nicht, weil damit weitere Massenentlassungen verbunden wären, die zu weiteren sozialen Auseinandersetzungen führen würden, zum anderen wird sich kein noch so begeisterter Fan der Marktwirtschaft angesichts der hohen Inflation und hoher Zinssätze, der prekären politischen "Rahmenbedingungen" und der eher trüben Zukunftsaussichten zu unternehmerischen Abenteuern hinreißen lassen. An wen soll das Cevapcici denn verkauft werden, wenn die großen Touristenströme ausbleiben?

Angesichts der völlig desolaten Situation hat der IWF auf seine Weise reagiert und die zum Teil bereits in Aussicht gestellten Kredite storniert. Als die serbische Führung die Notenpresse anschob, zog der IWF postwendend die bereits zugesagten 4 Mrd. US-Dollar zurück. Gemeinsam verweigerten die OECD, die EG, die Weltbank, sowie die für Osteuropa zuständige Europäische Entwicklungsbank einen "Stand by"-Kredit in Höhe von 2,5 Mrd. US-Dollar, weil Jugoslawien die Schularbeiten nicht nur nicht gemacht hatte, sondern alles dazu beitrug, die Lage noch zu verschlimmern: statt Inflationseindämmung deren Aufblähung, statt Abbau des Haushaltsdefizits Einschalten der Notenpresse usw.

Was nicht zusammen will, das muß zusammen bleiben

Sowohl die USA als auch die EG haben mehrmals ihren politischen Willen dokumentiert, daß sie an einem einheitlichen Jugoslawien interessiert sind. Die EG- Außenministerkonferenz und das EG-Parlament signalisierten Jugoslawien eindeutig, daß es an einer Auflösung nicht interessiert ist. Nur ein einheitliches, demokratisches, die Menschenrechte achtendes Jugoslawien könne mit einer späteren EG-Assoziierung rechnen, nicht jedoch die Slowenen, Kroaten oder Serben.

Als eine EG-Delegation, bestehend aus den Außenministern Luxemburgs, Italiens und den Niederlanden, im April nach Jugoslawien reisten, sprachen sie demonstrativ nur mit den führenden Repräsentanten des Bundesstaats und erteilten der Teilnahme an einer Zusammenkunft der 6 Republik-Präsidenten eine klare und demonstrative Absage. Den Jugoslawen wurde bedeutet, überhaupt kein Interesse am Lostreten einer Grenzrevisionsdebatte in Osteuropa zu haben, die dann unkontrollierbare Dimensionen annehmen könnte.

Immerhin sagte die EG ein Darlehen in Höhe von 1,5 Mrd. US-Dollar im Zeitraum der nächsten 5 Jahre zu - sehr zum Verdruß der Republikpräsidenten. Ausgerechnet die EG unterstütze nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker, sondern arbeite obendrein noch mit den Reformkommunisten - besser: serbischen Nationalisten - um Milosevic zusammen, da diese an einem Zentralstaat, serbisch geprägt, versteht sich, festhalten. So ist das eben, wenn es um imperialistische Interessen und nicht um hehre Glaubenssätze oder gar Menschenrechte geht.

Auf dem Treffen mit der EG wurde Jugoslawien klar beschieden, daß weitere Kreditspritzen ausbleiben, wenn die Teilrepubliken auseinanderstrebten. Das hat zumindest bei den Serben und Slowenen Eindruck hinterlassen, die im Sechserrat kompromißlerische Töne anschlugen. Den Slowenen ist vom italienischen Außenminister klar bedeutet worden, daß deren Unabhängigkeit und Orientierung an die EG als ein unfreundlicher Akt angesehen werden würde.

Die USA sehen die Dinge nicht anders. Der US-Botschafter erklärte gegenüber Slowenien, ihr Austritt aus dem Staatenbund werde als ein "feindseliger Akt" betrachtet. Im Falle eines Falles würden die USA alle slowenischen Auslandskonten sperren und obendrein Slowenien für die gesamten jugoslawischen Auslandsschulden haftbar machen (Frankfurter Allgemeine, 8.5.91).

Der CIA prognostizierte jüngst in einer Studie das Auseinanderfallen Jugoslawiens und empfahl, sich auf eine postjugoslawische Ära einzustellen. Prompt zog das State Department daraus die gegenteilige Konsequenz: unter allen Umständen müsse am Bestand eines Bundesstaates festgehalten werden.

Irritationen gab es dennoch. Im November letzten Jahres verknüpften die USA ihre Wirtschaftshilfe an Jugoslawien im Nicklas-Amendment an demokratische, marktwirtschaftliche Reformen und die Achtung der Menschenrechte. Nach einem halben Jahr sollte die Lage geprüft werden. US-Außenminister Baker ließ den Zeitpunkt einer Unbedenklichkeitsbescheinigung (6. Mai) verstreichen, was zur automatischen Sperre einer 5-Mio.- Dollar-Hilfe für Managerausbildung führte. Drei Wochen später erteilte Baker dann doch den begehrten Schein - allerdings mit einigen Einschränkungen.

Die USA sicherten der Zentralregierung ihre volle Unterstützung zu, und Baker äußerte seine "Besorgnis" über die Lage im Kosovo, die Unregelmäßigkeiten bei Wahlen und die Mißachtung der Verfassung (Beschlußunfähigkeit bei der Besetzung des kollektiven Staatspräsidiums). Auch über die Kroaten und Serben äußerte sich Baker vor dem US-Kongreß nicht gerade begeistert, um dann das Stichwort für die künftige US-Politik auszugeben: Hilfe gibt es nur noch auf "selektiver Basis" für Demokratie und Marktwirtschaft.

Die USA unterstützen fast ausnahmslos die Zentralregierung und verderben es sich mit den Serben - Milosevic spielte daraufhin schon die demagogische Karte der ausländischen Einmischung zuungunsten Serbiens - Kroaten und Slowenen. Dabei ging es übrigens nur vordergründig um die läppischen 5 Mio. US-Dollar; eine nun erfolgte Aufhebung der Kreditsperre und des wirtschaftlichen Boykotts signalisiert gleichzeitig, daß die USA im IWF und in der Weltbank unter bestimmten Bedingungen Kreditzusagen an Jugoslawien befürwortet - und diese Bedingung heißt, daß Jugoslawien seine "territoriale Integrität" zu wahren hat.

Die Rolle der BRD

Die BRD hält sich im Fall Jugoslawien eher zurück. Im März stellte der Staat einen über die Hermes-Versicherung abgesicherten Plafonds in Höhe von 200 Mio. DM für Investitionen zur Verfügung, allerdings unter strengeren Bonitätsprüfungen der betreffenden Banken. Insgesamt beläuft sich das Obligo Bonns gegenüber Jugoslawien auf 2,8 Mrd. DM.

Offiziell trägt Bonn die Politik der EG gegenüber Jugoslawien mit, hält sich mit Aufforderungen, die Einheit zu wahren, aber im Hintergrund. Vor allem Italien, eng mit Österreich, Jugoslawien, Ungarn und der CSFR im Rahmen der "Pentagonale" verbunden, spielt den Vorreiter für den Erhalt des jugoslawischen Bundesstaates, während die BRD, die Schweiz und Österreich sich eher die Türen offenhalten, wenn geschieht, was nicht geschehen soll.

Reserviert steht die BRD auch den verschiedenen Vorschlägen einer "Internationalisierung" des Jugoslawien-Konflikts gegenüber. Einige jugoslawische Generäle, der scheidende kroatische Außenminister Frane Golem und der österreichische Außenminister Mock forderten die Entsendung einer Friedenstruppe unter der Ägide der KSZE oder der UNO. Dänemark forderte eine KSZE-Sonderkonferenz über Jugoslawien,

aber alle diese Vorschläge werden derzeit nicht aufgegriffen. Offenbar ist die Zeit für eine Internationalisierung noch nicht reif, sondern erst dann relevant, wenn das Kind in den Brunnen zu fallen droht. Derzeit wird die Karte der massiven wirtschaftlichen und politisch-diplomatischen Intervention ausgereizt, ein Auseinanderfallen Jugoslawiens zu verhindern.

D./Westberlin

4. Eine neue Ära deutscher Machtpolitik: Deutsche Wüstenstürmer und Blauhelme

Rubrik: Außenpolitik der BRD; Militärpolitik BRD - Bundeswehr; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:45

An dem offenen Bekenntnis zur Weltmachtrolle fehlt es in diesen Tagen kaum. Mal friedenspolitisch garniert, mal offener als deutsches ("Sicherheits"-)Interesse definiert wird vor allem an der militärischen Ausgestaltung hart gearbeitet. Bundeskanzler Kohl hat es nun in Washington auf den Punkt gebracht: Er will das künftige Einsatzgebiet der Bundeswehr noch in diesem Jahr durch eine Grundgesetzänderung definiert wissen. Daß es sich hierbei um eine entscheidende Erweiterung des militärischen Handlungsspielraums handeln wird, ist klar. Denn nicht nur die Beteiligung an UNO-Einsätzen, in welchem Umfang auch immer, sondern auch die Beteiligung an europäischen Streitkräften - und zwar weltweit - soll festgeschrieben werden. Damit ist auch die Katze aus dem Sack: Die Militarisierung läuft auf mindestens zwei Schienen, der europäischen und der UNO-Schiene.

Über vierzig Jahre lang stand ohne Zweifel auch für sämtliche Bundesregierungen fest: Einsätze "out of area" (außerhalb des NATO-Gebietes) läßt das Grundgesetz nicht zu. So hat Kohl noch 1987 während des iranisch-irakischen Tankerkrieges festgestellt: "Ich habe im Vorfeld deutlich erklärt, Kriegsschiffe und Soldaten in den Golf zu entsenden, ist indiskutabel. Unsere Verfassung verbietet das."(Interview in ARD-Tagesthemen 11.6.87)

1987 und 1988 hatten vornehmlich SPD- Politiker wie Norbert Gansel einen Vorstoß zugunsten deutscher Beteiligung an UNO-Blauhelmmissionen gestartet - und waren am Münsteraner SPD-Parteitag gescheitert.

Unzählig sind hingegen jetzt die Bekräftigungen über die neue deutsche, weltpolitische "Verantwortung", und zwar von allen Parteien. Nach der Wiedererlangung der Souveränität haben deutsche Politiker nichts besseres zu tun, als diese angebliche neue deutsche Verantwortung militärpolitisch zu denken und umzusetzen. Und ist es ein Zufall: die "neue deutsche Verantwortung" fällt just in das Zeitalter der von Bush deklarierten "neuen Weltordnung", in der der BRD der Platz einer führenden Bündnispartnerin zugewiesen wird. An deren Gestaltung will die Bundesrepublik bar aller Nachkriegsfesseln partizipieren, nicht im nationalen Alleingang und auch nicht unter Verzicht auf die durchaus erfolgreiche ökonomische Einflußnahme in die Entwicklung anderer Länder, aber doch gleichberechtigt unter den mächtigsten Staaten und "primus inter pares" auf europäischer Ebene.

Blumen in den Gewehrläufen?

Die Blauhelme wurden vor allem im Vorfeld des Bremer SPD-Parteitages seitens einiger SPD-Politiker gerne als das kleinere und vor allem restriktivere Übel gegenüber anderen UNO-Missionen verkauft. Dabei werden Nebelkerzen en masse geworfen, u.a. um die Sache der Parteilinken schmackhaft zu machen.

Die Blauhelm-Missionen sind bislang in der UNO-Charta überhaupt nicht definiert. Sie entspringen einer Praxis der UNO in den letzten Jahrzehnten, um zwischen kriegführenden Staaten Waffenstillstände überwachen und Pufferzonen bilden zu können. Derlei Einsätze fanden bzw. finden statt in Lateinamerika seit 1989, in Namibia 1988 zur Überwachung der Dekolonisierung, in Angola zur Überwachung des Truppenrückzugs, in Afghanistan, im Libanon, auf den Golan-Höhen, in Zaire (früher Kongo) und Kaschmir seit 1949. Allerdings zeigt gerade das Beispiel der Blauhelmmission im früheren Kongo, wie schlecht sich sogenannte Friedensmissionen auf einen nicht-kriegerischen Einsatz beschränken lassen. Die dort stationierten UNO-Truppen hatten durchaus in den Bürgerkrieg aktiv eingegriffen und duldeten die Ermordung des Präsidenten Patrice Lumumba, dessen Regierung der Ex-Kolonialmacht Belgien nicht genehm war. Nach einer Debatte beschloß der Sicherheitsrat, offensiv Gewalt anzuwenden; der damalige UNO-Generalsekretär kam bei einem mysteriösen Flugzeugabsturz ums Leben.

Gerade mit Bezug auf die bisherigen Blauhelm-Missionen der UNO hatte sich mit Vehemenz der stellvertretende bundesdeutsche UNO-Botschafter Hans-Joachim Vergau für die deutsche Beteiligung an solchen Einsätzen ausgesprochen. Schmackhaft macht er die Einsätze mit dem Verweis darauf, daß die Blauhelme nur zur Selbstverteidigung Waffengewalt anwenden dürfen und im Einverständnis mit den

Konfliktparteien eingesetzt werden. Das Drängen des UNO-Generalsekretärs auf eine deutsche Beteiligung, die "Friedensmaxime in der Außenpolitik" der BRD im Rahmen der Ostpolitik und im KSZE-Prozeß, die Motivation deutscher Streitkräfte sollen Argumente für die deutsche Beteiligung sein. Deutsche Wertarbeit, die schon für den Einsatz der Minensuchboote im Golf herhalten mußte, wird erneut ins Feld geführt; die ausgezeichnete Ausbildung und Ausrüstung deutscher Streitkräfte machten eine Beteiligung geradezu zwingend: "Die UNO braucht uns. Es handelt sich nicht etwa um einen Beitrag, den ebenso gut andere leisten könnten. Die heute anstehenden Aufgaben erfordern Streitkräfte mit hohem technischen Bildungsstand und entsprechendem Gerät, befähigt zu technisch anspruchsvollem Dienst in Logistik und Kommunikation.(...) Bei Verweigerung würden wir der UNO also eine uns mögliche Hilfe, auf die diese angewiesen ist, vorenthalten. Dies wäre nicht vereinbar mit unserer Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen."

Was nicht stimmt, denn für den Einsatz solcher Mittel ist ein Sonderabkommen mit der UNO erforderlich (Art.43 der UNO-Charta), zu dessen Abschluß keinerlei Verpflichtung besteht und das bislang auch nicht abgeschlossen wurde.

Und noch ein schlagkräftiges Argument des engagierten Botschafters: "Durch Abstinenz läßt sich hier fast nichts sparen. Zu den Finanzbeiträgen werden wir sowieso herangezogen." Die finanzielle Argumentation mag angesichts der Tatsache, daß die BRD einer der Hauptfinanziers des Golfkriegs war, glatt ziehen, liegt in ihr doch eine Logik, die besagt, wenn schon zahlen, dann aber auch Teilnahme, eine Logik, die nicht zu selten während des Golfkriegs ins Feld geführt wurde.

Abgesehen von der Prämisse, der sogenannte neuen deutschen "Verantwortung" nur durch Erweiterung des militärischen Handlungsspielraums gerecht werden zu können, verschweigt der Botschafter, daß mit gutem Grund kleine und möglichst neutrale Staaten zu den Blauhelmeinsätzen herangezogen wurden, die keine eigenen Interessen in den Kriegs- und Krisenregionen verfolgten. Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, auf die noch näher einzugehen ist, zeigt, daß die BRD einen jeden Einsatz von Bundeswehr unter welchem Kommando auch immer unter dem Stichwort der "Gefährdung deutscher Sicherheitsinteressen" verstehen wird. Ein so eng in die NATO, die europäischen Gremien eingebundener Staat wie die BRD, vor allem aber einer der ökonomisch und politisch stärksten Staaten der Welt wirkt eskalierend statt deeskalierend. Man stelle sich einen Terroranschlag auf deutsche Blauhelme vor - die Propaganda für "Verteidigung, Schutz und Solidarität für unsere Jungs" käme flugs und vermutlich mit breitem gesellschaftlichen Konsens in Gang.

Die Gefährdung deutscher Sicherheitsinteressen

Die CDU/CSU will natürlich mehr als "nur" deutsche Blauhelme. Eine Grundgesetzänderung, die mühsame Herstellung eines 2/3-Konsenses für die Friedensmissionen lohne nicht. So soll nach Vorstellung zahlreicher christdemokratischer und -sozialer Politiker im Wege der Uminterpretation bislang herrschender Grundgesetz-Auslegung über Art. 24 GG die Beteiligung an UNO-Einsätzen sowieso zulässig sein. Der UNO als System kollektiver Sicherheit sei die BRD ohne Vorbehalt beigetreten. Deshalb sei auch die gesamte UNO-Charta für die BRD bindend, die in ihrem Kapitel 7 eben auch militärische Einsätze ermögliche.

Tendenzen zu dieser Interpretation von der Unteilbarkeit der UNO-Charta gibt es auch in den Reihen der SPD. So erklärte Karsten Voigt in einem Interview: "Wenn wir jetzt über eine Beteiligung an der UNO und an UNO-Einsätzen reden, dann sollten wir alles das bejahen, was wirklich unter dem Kommando und im Rahmen der Satzung der Vereinten Nationen möglich ist, und hier nicht noch sagen: Den Artikel bei den Vereinten Nationen, den bejahen wir, bei dem anderen sagen wir nein."

In einer internen Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung wird die Auffassung, durch den Beitritt zur UNO sei die Beteiligung an UNO-Einsätzen sowieso zulässig, noch einmal bekräftigt. Hauptsorge der Studie ist eine Grundgesetzänderung, die zu eng gerät und damit erneute außen- und militärpolitische Fesseln anlegen könnte. So versucht die Studie im Ergebnis einen Weg zu weisen, der möglichst alle Varianten künftiger deutscher Militärpolitik offenläßt.

Durchaus von dem Wunsch beseelt, dem "Vorwurf im In- und Ausland vorzubeugen, Deutschland strebe die Rolle eines ‚Weltpolizisten` an", seien im Grundgesetz konkrete Bedingungen für den Streitkräfteeinsatz zu definieren. Weniger die Anbindung an die bestehenden oder noch zu schaffenden Institutionen seien das Kriterium, "sondern zum einen die Tatsache, daß mit der Gefährdung des Friedens in der betreffenden Region

deutsche Sicherheitsinteressen unmittelbar oder mittelbar bedroht wären." Zum anderen hätten deutsche Einsätze immer in Abstimmung und Kooperation mit anderen Staaten oder Organisationen zu erfolgen.

Eine in diesem Sinne flexible Grundgesetzformulierung ist natürlich nicht einfach zu finden: "Die Gefährdung deutscher Sicherheitsinteressen als Vorbedingung für einen Einsatz deutscher Streitkräfte dürfte sich aber nur schwer in einer entsprechenden Grundgesetzformulierung einbringen lassen. Da sich kaum eindeutig definieren ließe, worin denn nun die ‚deutschen Sicherheitsinteressen` liegen", wird vorgeschlagen, den "Aspekt der Multinationalität" im Grundgesetz zu verankern. Die einzige Einschränkung überhaupt und die einzige Gewähr gegen großdeutschen Militarismus soll demnach die Verpflichtung sein, daß deutsche Einsätze nur im Verbund oder unter Zustimmung anderer Staaten bzw. internationaler Organisationen erfolgen.

Die SPD-Diskussion

"Wir lassen mit uns über die Beteiligung der Bundeswehr im Rahmen und unter Kontrolle der Vereinten Nationen reden. Das schließt die Bereitschaft zur Diskussion über Kapitel VII ein, nicht nur über Blauhelme," so Karsten Voigt in der Haushaltsdebatte zur Außenpolitik. Ganz reibungslos verläuft die Positionsentwicklung der SPD aus Sicht deren Führung allerdings nicht.

Den Startschuß auf eine Vereinheitlichung und damit Revision des Münsteraner Parteitagsbeschlusses sollte ein Beschluß des Parteivorstands vom 18. März für den gerade eben beendeten Bremer Parteitag geben. Darin hieß es: "Die Bundesrepublik Deutschland wird beim Zusammenwachsen der EG zu einer Politischen Union einen angemessenen Beitrag zur europäischen Verteidigung leisten. Gleichzeitig muß sie in der Lage sein, sich im Rahmen der UNO und unter UNO-Kommando an friedenssichernden Einsätzen ("Blauhelme"-Mission) zu beteiligen."

Allerdings erhielt die Antragskommission der SPD dann eine Flut von Anträgen zum Thema, von denen auch eine stattliche Anzahl die Ablehnung jeder Grundgesetzänderung forderte. Die Antragskommission konnte sich auf keinen der Anträge einigen, sondern schlug dem Parteitag fünf Varianten vor, denen zwei Aspekte gemeinsam waren: Erstens stand der Satz des Parteivorstands, wonach ein angemessener Beitrag zu europäischen Verteidigung zu leisten sei, allen Antragsvarianten voran, was die im Windschatten der Blauhelmdiskussion angestellten Pläne zu europäischen Eingreiftruppen unterstützt. Zweitens war natürlich der Einsatz im NATO-Gebiet an keiner Stelle in Frage gestellt, was ebenfalls angesichts des im Golfkrieg beinahe wirklich gewordenen provozierten "Bündnisfalles" kaum beruhigend sein dürfte.

Die Antragsvarianten zum Thema "UNO-Einsätze - ja oder nein" unterschieden sich wie folgt:

- Die erste Variante forderte eine verfassungsrechtliche Ermöglichung von Einsätzen im Rahmen der UNO und unter deren Kommando, die sowohl friedenserhaltend (=Blauhelm-Mission) als auch friedenssichernd (= sämtliche anderen, auch kriegerischen Einsätze der UNO nach Kapitel VII der UNO-Charta) sein können. Einen solchen Antrag verfochten Sozialdemokraten wie Vogel, Voigt, Gansel und andere Spitzenköpfe, sie konnten sich im Parteivorstand jedoch nicht durchsetzen.

- Die zweite Variante entsprach der Formulierung des Parteivorstands, will also "nur" deutsche Blauhelme möglich machen.

- Die dritte Variante lehnte eine Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Einsätzen des UNO ab. Eine Beteiligung an Blauhelm-Einsätzen sollte aber dann möglich sein, wenn zuvor eine Reform der Charta der Vereinten Nationen durchgesetzt und in der Charta zwischen "militärischen Einsätzen und Blauhelm-Aktionen" grundsätzlich unterschieden werde. Dieser Antrag wurde vor allem von Willy Brandt getragen, der im Rahmen der "Stockholmer Initiative" Vorschläge zur Reform der UNO unterbreitet hatte. Mal abgesehen davon, daß auch Blauhelm-Aktionen militärischer Natur sind, ist diese Position geeignet, eine weitere Akzeptanz zugunsten von Blauhelmeinsätzen hervorzurufen. Denn alle bislang vorgeschlagenen Reformen der UNO, vor allem aus den Ländern der sogenannte Dritten Welt, haben von den Großmächten ein eindeutiges "Njet" erfahren. Da werden zum Teil Dinge als Reform diskutiert, die nicht viel mit einer Enthierarchisierung der UNO und besserem Einfluß der Länder der sogenannte Dritten Welt zu tun haben. Das übersieht auch Vera Wollenberger, die in einem Aufsatz in der Frankfurter Rundschau genau für diese SPD-Variante eintritt, was

wiederum einen Rechtsrutsch der Grünen bedeutete, sollte sich diese Position entgegen des Beschlusses der Neumünsteraner Bundesversammlung durchsetzen.

- Die vierte Variante forderte die Fraktion zwar auf, einer Grundgesetzänderung nicht zuzustimmen. Gleichwohl erklärte darin die SPD ihre Bereitschaft zur Mitwirkung an einer Regelung, die den Einsatz von Bundesgrenzschutz und zivilen Kräften bei friedenserhaltenden (Blauhelm-Missionen) Maßnahmen der UNO erlaubt.

- Die fünfte Variante stellte eine Bekräftigung des Münsteraner Beschlusses dar, wonach einer Grundgesetzänderung die Zustimmung verweigert werden sollte.

Noch unmittelbar vor dem Parteitag sprach sich der schleswig-holsteinische SPD-Landesparteitag gegen eine Grundgesetzänderung aus, folgte damit der fünften Antragsvariante und befand sich in Gesellschaft des bayerischen Landesparteitages, der ebenso entschieden hatte.

Der Bremer SPD-Parteitag: Blauhelme nun doch!

Verärgert darüber, daß die sogenannte Blauhelm-Diskussion größte Spannung verursacht und damit die strahlende Einheit der SPD in der Wahl ihrer Führungsgremien in den Hintergrund gedrängt hatte, gab es kurz vor Beginn des Parteitages noch einen Kompromißvorschlag des Parteivorstandes. Ausgearbeitet vom neuen Parteivorsitzenden Björn Engholm und dem Ex-Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine beinhaltet der neue Antrag zum Thema ein deutliches Zugeständnis an den Widerstand der Parteibasis gegenüber militärpolitischen Optionen, wie sie zuvor von führenden SPD-Politikern verfolgt wurden.

Nicht mehr die Rede ist vom "angemessenen Beitrag zur europäischen Verteidigung". Stattdessen:"Eine Ausweitung der Aufgaben von NATO und WEU mit dem Ziel eines möglichen Einsatzes ihrer Truppen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes und eine Grundgesetzänderung mit dem Ziel, der Bundeswehr eine Mitwirkung daran zu ermöglichen, sind mit unserer Friedens- und Sicherheitspolitik unvereinbar." Mensch darf gespannt sein, wie die SPD diesen Kurs angesichts der faktischen Entwicklung der militärischen Strukturen in Europa wie auch innerhalb der NATO durchhalten wird.

Den Delegierten abgerungen hat dieser Antrag die Zustimmung zu einer deutschen Beteiligung an Blauhelm-Missionen. Sozusagen einer Reform der UNO-Charta vorweggenommen bemüht man sich im Antrag um die Definition der Einsatzvoraussetzungen solcher Blauhelme. Unklar bleibt allerdings, ob die SPD-Fraktion nun im Rahmen der von Kohl noch in diesem Jahr angekündigten Grundgesetzänderung diese Position vertritt oder sie der gesamten Verfassungsdiskussion zuordnen wird, die noch etwas längere Zeit in Anspruch nehmen dürfte: "Die SPD wird im Rahmen der Debatte um die Fortentwicklung des Grundgesetzes dafür eintreten, daß die Voraussetzungen für eine Beteiligung von Berufssoldaten und Freiwilligen der Bundeswehr an diesen friedenserhaltenden Maßnahmen im Rahmen der UNO geschaffen werden."

Unklar bleibt weiterhin, inwieweit die im Antrag vorgeschlagenen "nationalen Friedenskorps für UN-Einsätze" (Zitate des Antrags nach FR vom 29.5.91) aus Bundeswehrverbänden oder zivilen Organisationen bestehen sollen, die ihr Aufgabengebiet in der Bekämpfung von Umweltschäden, der humanitären Hilfe und in Katastrophenfällen finden sollen.

Europäische Wüstenstürmer

Kohl hat nun zwar offen deklariert, daß eine Verfassungsänderung Klarheit über das künftige (weltweite) Einsatzgebiet der Bundeswehr schaffen soll. Dennoch ist festzustellen, daß im Vergleich zur heftigen Blauhelmdiskussion die Pläne zur deutschen Beteiligung an europäischen Streitkräften, schnellen Eingreiftruppen geradezu still und leise verliefen. Damit erfüllt bereits jetzt die Diskussion um Blauhelm-Einsätze der Bundeswehr die von der Friedensbewegung prognostizierte Türöffner-Funktion.

Die sogenannte Europäisierung der Sicherheitspolitik steckt allerdings noch in ihren Anfängen, wenn auch in den letzten Monaten deutlicher Konturen gezogen wurden. Die schon seit längerem von Unionspolitikern geforderte Reaktivierung der WEU (Westeuropäischen Union) hatte einen bedeutsamen Anstoß durch die gemeinsame Erklärung Kohls und des Präsidenten Mitterand im Dezember 1990 erhalten. Beide forderten, es müsse bei der Herausbildung der Politischen Unions Europas eine "klare und organisatorische Verbindung"

der WEU zu den Europäischen Gemeinschaften hergestellt werden. Ziel sei, eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik institutionell zu verankern.

Seitdem konkurrieren verschiedene Modelle europäischer "Sicherheits"-Politik miteinander. Immer häufiger konzentrieren sich die Überlegungen dabei auf die WEU. Von der FAZ als "Durchlauferhitzer" betitelt (27.5.91) soll sich die bislang "leere Hülse" zum Pfeiler europäischer Sicherheitspolitik mausern. 1948 aus dem Brüsseler Pakt der Benelux-Länder, Frankreichs und Großbritanniens hervorgegangen, wurde 1954 die WEU um die ehemaligen Kriegsgegner Italien und Deutschland bereichert. Art. 5 des WEU- Vertrags verpflichtet alle Unterzeichner, im Falle eines Angriffs, "alle in ihrer Macht stehende militärische und sonstige Hilfe und Unterstützung" zu leisten und ist damit sogar verbindlicher als der NATO-Vertrag. Seit 1984 belebte sich die Diskussion über die bis dahin gegenüber der NATO verteidigungspolitisch bedeutungslose WEU. Der Rat der WEU, zunächst nur aus Außenministern bestehend um die Verteidigungsminister ergänzt, tagt seit 1984 regelmäßig. Mit der 1987 herausgegebenen Haager "Plattform europäischer Sicherheitsinteressen" erhielt die WEU eine programmatische Grundlage. Spanien und Portugal sind seit 27. März 1990 Mitglied der WEU geworden, Griechenland und Türkei begehren den Zugang ebenfalls.

Kompliziert ist angesichts der neuen Bedeutung dieser Institution das Verhältnis zur NATO und insbesondere zu den USA. Soll die WEU europäische Unterabteilung der NATO sein, soll sie eine Keimform eigenständiger europäischer Militärpolitik darstellen, ist eine neue Institution bei der EG für gemeinsame europäische Streitkräfte zu schaffen oder die WEU der EG als sicherheitspolitischer Arm anzugliedern? Oder ist einfach die europäische Mitsprache in der NATO zu verstärken? Dabei ist das Interesse Großbritanniens an einem bei der NATO verbleibenden Oberkommando unüberhörbar, auch als Ausdruck des Widerspruchs gegenüber der gestärkten deutsch-französischen Achse. Dem schließt sich Holland an, während Frankreich und die BRD die WEU als sicherheitspolitischen Arm der EG entwickeln wollen. Die USA allerdings haben bereits drastische Bedenken gegenüber einer Verselbständigung europäischer Verteidigungspolitik angemeldet. Die NATO dürfe nicht geschwächt werden. Bush brachte die us-amerikanische Interessenvertretung so auf den Punkt: "Das amerikanische Engagement ist der beste Garant für ein sicheres Europa, und ein sicheres Europa ist unabdingbar für die amerikanischen Interessen und entscheidend für den Weltfrieden ... Die Geschichte dieses Jahrhunderts lehrt, daß das Schicksal und die Interessen der Vereinigten Staaten nicht von denen Europas getrennt werden können." (FAZ 27.5.91)

Um den USA die Sorge um eine künftige Bedeutungslosigkeit im europäischen Raum zu nehmen, werden die Anstrengungen der Europäer daher zunehmend geradezu als Unterstützung der NATO definiert, so Kohl vor seiner Reise nach Washington: "Wir werden die NATO stärken, indem wir den europäischen Pfeiler stärken." (ebda.)

Bis zur Entscheidung darüber, welche (eigenständige) Rolle die WEU bzw. ein europäisches Verteidigungsbündnis letzlich gegenüber oder in der NATO haben werden, wird noch etwas Zeit vergehen, wenngleich fleißig Fakten geschaffen und Probeläufe organisiert werden. So wird bereits jetzt der Einsatz der Minensuchboote in der Golfregion im WEU-Rahmen koordiniert (BT-Drs. 12/478). Dennoch zeigt sich in der neuen NATO-Strategieplanung ein deutlicher Widerspruch gegenüber eigenständigen europäischen Plänen: Die Aufstellung multinationaler Eingreiftruppen will die NATO vorantreiben. Diesen Plänen gegenüber erklärt Frankreich ein eindeutiges "Nein", was den verteidigungspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Walter Kolbow, noch während des Bremer Parteitages zu der Erklärung veranlaßt: "Mit diesen Vereinbarungen hat die NATO Fakten geschaffen, die die europäischen Pläne für eine eigene europäische Sicherheitsidentität ad absurdum führen. (...) Damit sind auch alle Fakten hinfällig, Frankreich wieder näher an die NATO heranzuführen. Die Bemühungen, mit Hilfe der WEU eine Brücke zwischen NATO und Europäischer Gemeinschaft unter Einbeziehung Frankreichs herzustellen, um so einen originären europäischen Pfeiler des Bündnisses zu bilden, sind damit praktisch gescheitert." Schon aus der Empörung über die NATO-Vereinbarungen läßt sich ablesen, wie ernst es die SPD es mit der Ablehnung gegenüber WEU-Eingreiftruppen meint.

In schönem Einklang befindet sich Kolbow mit seiner Kritik an den NATO-Plänen mit den Kollegen von der CDU/CSU, die vor Überlegungen warnen, "die Westeuropäische Union (WEU) bei der Bildung multinationaler Verbände in Europa und bei der Aufstellung einer Eingreiftruppe für Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes (out-of-area) auszuschließen" (so Dr. Pöttering, MdEP) und für eine "durch den Aufbau einer Europäischen

Sicherheitsunion möglich werdenden Arbeitsteilung zwischen Europa und den USA" (Dr. Dregger, MdB) plädieren.

Flexibel, hochtechnologisch und schlagkräftig

Parallel zu den Diskussionen für den politischen und strukturellen Rahmen dieser Entwicklung steht die Bundeswehr vor ihrer einschneidensten Umstrukturierung seit ihrem Bestehen und die NATO vor der Suche nach neuer Strategie und Aufgabenstellung.

Der derzeit quantitativ erfolgenden Reduzierung der Bundeswehr auf 370.000 Mann steht eine Erhöhung der Flexibilität, Mobilität und technologischen Ausstattung gegenüber, die aus dem quantitativen Weniger ein qualitatives Mehr werden läßt. Mobile Einsatzverbände, bestehend aus Berufssoldaten und Freiwilligen (ohne zaudernd kriegsdienstverweigernde Wehrpflichtige) sollen nach Vorstellung von Stoltenberg und anderen Unionspolitikern künftig den Einsatz in Fällen ähnlich des Golfkriegs personell und technisch ermöglichen. Vor allem der Ausbau der Lufttransportkapazitäten, nachdem während des Golfkrieges der Transport von Raketen in gecharterten sowjetischen Maschinen so kläglich gescheitert ist, sei erforderlich und "stehe in der Logik der Schaffung mobiler Einsatzverbände".

Dabei kommt die Wiedervereinigung einer Umstrukturierung der Bundeswehr zupaß. Mit der Schließung von 230 Standorten in der Alt-BRD, die flugs einen Aufschrei infrastrukturell betroffener Städte, Gemeinden und Ministerpräsidenten zur Folge hatten, wird die Verkleinerung der Einheiten im Westen in Angriff genommen, die im Osten mit der Auflösung der NVA und der begrenzten Übernahme von NVA-Soldaten in die Bundeswehr begannen.

Die NATO plant derweil - entgegen der französisch-deutschen Interessenlage - multinationale Truppen, die in der BRD stationiert werden sollen. Sechs statt bisher acht Korps werden in der alten BRD stationiert werden, ein siebtes soll entsprechend des 2+4-Vertrages in der Ex-DDR außerhalb des NATO-Verbundes und rein-deutsch bleiben. Fünf der in der Alt-BRD stationierten Korps sollen statt bislang vier nur zwei Divisionen haben und aus deutsch-niederländischer, deutsch-amerikanischer, niederländisch- deutscher, amerikanisch-deutscher und belgisch-amerikanisch-deutscher Mischung bestehen. Interessant ist allerdings das sechste Korps, das doppelt so groß mit vier Divisionen der schnellen Eingreiftruppe der NATO zugeordnet wird. Hieran werden britische, amerikanische und deutsche Soldaten beteiligt werden. "Während die traditionelle AMF-Eingreiftruppe mit einer Luft- und Bodenkomponente ohne schwere Waffen erhalten bleibt, soll das ‚rapide korps` auch mit schweren Waffen in jeder Ecke des NATO-Raums als massive Schwerpunktbildung verwendbar sein und muß deshalb über teure Ausrüstung für jede Klimazone zwischen Norwegen und dem Mittelmeerraum verfügen." (FR 23.5.91) Es darf allerdings angenommen werden, daß die Einsatzfähigkeit dieser Truppen über den Raum zwischen Norwegen und Mittelmeer hinausgehen dürfte, so ist doch im Rahmen der "neuen Weltordnung" das zentrale Schlagwort "out-of- area".

A., Hamburg

5. NATO-Frühjahrstagung: USA setzen sich durch

Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:40

Auf der obligatorischen Nato-Frühjahrstagung, dem Treffen aller Nato-Verteidigungsminister, wurden wichtige politische Weichenstellungen hinsichtlich der westlichen Strategie nach dem Zusammenbruch des realsozialistischen Systems, der Neustrukturierung der Nato-Streitkräfte, der neuen Rolle der westeuropäischen Staaten in der Nato im Verhältnis zu den USA und schließlich auch über die Ausweitung des bisherigen Nato-Einsatzgebietes vorgenommen.

Dabei stellte sich heraus, daß eine eigene "europäische Sicherheitsidentität" in Form der Westeuropäischen Union (WEU), womöglich an die EG eng angekoppelt, einen kräftigen Dämpfer erhielt. Die USA und Großbritannien konnten sich auf der Frühjahrstagung weitgehend durchsetzen.

Das Verhältnis der WEU zur Nato

Die Verteidigungsminister kamen in Brüssel überein, daß eine westeuropäische Sicherheitspolitik im Rahmen der EG die Nato nicht schwächen dürfe, sondern im Bunde mit den USA die gemeinsame Sicherheit zu gewährleisten habe. Ziel und Zweck einer westeuropäischen "Sicherheitsidentität" müsse die Stärkung der Nato insgesamt sein, die gemeinsame Sicherheit sei "unteilbar". Nur unter diesen Prämissen könne ein europäischer Pfeiler in der Nato wünschenswert sein, wenn dazu gleichzeitig "geeignete institutionelle oder organische Beziehungen" - etwa im Rahmen der WEU - hergestellt würden.

Die westeuropäischen Staaten, die sich zuvor in der Nato-"Eurogroup" abstimmten, erklärten, daß die geltenden Nato-Befehls- und Kommandostrukturen beibehalten werden sollten. Den westeuropäischen Nato-Mitgliedern wird zugestanden, "in angemessener Weise an der Entwicklung eines europäischen Pfeilers innerhalb des Bündnisses" mitzuwirken.

Im Klartext enthalten diese Formulierungen eine klare Absage an Frankreich, das in der WEU die Keimform einer eigenen, von den USA unabhängigen Euro-Armee sah, die nicht auf Weisung der Nato handelt, sondern von den politischen Entscheidungen künftiger EG-Institutionen abhängig ist. Diese WEU- Streitkräfte und ihre eigenen Strukturen und Kommandoebenen würden ihre "europäische Identität" im Rahmen der Nato geschlossen zum Ausdruck bringen.

Insbesondere die USA, aber in deren Schlepptau auch Großbritannien, sahen in den französischen Intentionen einen politischen Sprengsatz in der Nato; die USA fürchteten einen Einflußverlust in diesem Bereich und drohten ihrerseits den Westeuropäern, speziell Frankreich, mit politisch-militärischen Konsequenzen.

Die klare Absage an eine mögliche Euro-Option klang vor allem in den britischen Passagen des gemeinsamen Nato-Statements an. "Der Umfang seiner Mitgliedschaft und seiner Fähigkeiten verleiht dem Nato-Bündnis eine besondere Stellung als das entscheidende Forum für Konsultationen unter den Verbündeten und als das Forum für Vereinbarungen von politischen Maßnahmen, die sich auf die Sicherheits- und Verteidigungsverpflichtungen ihrer Mitgliedstaaten in dem Nordatlantikvertrag auswirken" (Frankfurter Allgemeine, 29.5.91).

Nur in diesem Rahmen könne die "Errichtung eines europäischen Pfeilers ... nicht nur den Sicherheitsinteressen der europäischen Staaten dienen, sondern auch zur Stärkung der atlantischen Solidarität beitragen" (ebenda). Mit anderen Worten: den westeuropäischen Staaten wird zugestanden, im Rahmen der WEU ihren "europäischen Pfeiler" zu errichten und eine "europäische Sicherheitsidentität" zu entwickeln; besondere politische Strukturen oder gar besondere militärische Strukturen soll es nicht geben, sondern alles beim Alten bleiben. Die europäische Option bleibt im Kern in der Nato und gegenüber den USA eingebettet, die integrierten Befehlsstrukturen im wesentlichen so, wie sie sind.

Die "neue" Nato: für alle Fälle gerüstet

Auf der Frühjahrstagung wurden ferner die "Eckdaten" über die künftige Streitkräftestruktur vorgelegt. Die Nato-Streitkräfte sollen sich demnach aus folgenden drei sich überlappenden und ergänzenden Elementen bestehen:

- den sog. Hauptverteidigungsstreitkräften (Main Defense Forces) aus 7 multinationalen Korps mit 16 Divisionen für den Einsatz in Europa. Die Nato speckt also insgesamt 10 Divisionen ab, größtenteils durch die Verringerung der US-Truppen in Westeuropa, vor allem in der BRD (1). Sechs der sieben multinational zusammengesetzten Korps werden in der BRD disloziert sein. Die genauere Zusammensetzung dieser Verbände wird der Militärausschuß der Nato erarbeiten und dem Nato-Rat im kommenden November zur endgültigen Absegnung vorlegen. Klar ist auch, daß diese integrierten Main Defense Forces auch mit atomaren Abschreckungswaffen ausgerüstet sind.

- der ebenfalls multinational zusammengesetzten "Schnellen Eingreiftruppe" (Rapid Reaction Forces) aus fünf Korps. Hier setzten sich die USA und Großbritannien nicht mit ihren Vorstellungen durch, daß diese Eingreiftruppen ausschließlich unter britischen Oberbefehl und hauptsächlich aus britischen Streitkräften bestehen soll. Die Rapid Reaction Forces werden aus zwei britischen Divisionen (von denen eine im Frieden auf der Insel weilt) gebildet und durch eine multinationale Division, bestehend aus je einer Brigade aus der BRD, Belgien, den Niederlanden und Großbritanniens, verstärkt. In Krisenzeiten können zwei weitere deutsche Brigaden zugeführt werden.

Im Frieden werden diese Schnellen Eingreiftruppen von einem britischen General befehligt, ihm aber ein multinational zusammengesetzter "Planungsstab" beigegeben, deren Chef rotiert. Im Kriegsfalle entscheidet die Gesamtallianz über die Einsätze und die Stärke der Verbände, für den militärischen Einsatz ist der Oberbefehlshaber in Abstimmung mit dem Planungsstab zuständig.

Für die BRD ergibt sich daraus, daß sie bei den Rapid Reaction Forces mit drei Brigaden dabei sind (plus zwei weitere im Krisenfall); bei den Main Defense Forces ist die Bundeswehr mit zwei Korps unter deutschem Befehl und zwei Divisionen unter US-amerikanischem bzw. niederländischem Kommando dabei. Ein drittes Korps ist ein rein deutsches und soll in der ehemaligen DDR disloziert sein.

- Das dritte Element besteht aus Verstärkungsstreitkräften (Augmentation Forces), die im Bedarfsfall sowohl den Hauptstreitkräften als auch den Schnellen Eingreiftruppen zugeführt werden können.

Frankreich gehört der geplanten Nato-Eingreiftruppe nicht an, da es nicht der militärischen Nato-Struktur angehört. Und damit wird die ganze Widersprüchlichkeit der "neuen Nato" evident; faktisch steht die neue Nato-Truppe unter dem Oberbefehl der USA und Großbritanniens, Frankreich ist nur politisch, nicht jedoch militärisch an den Nato-Verbänden beteiligt. Das durchkreuzt logischerweise alle Absichten und Gedankenspielereien der BRD und vor allem Frankreichs, eine eigene, rein westeuropäische Eingreiftruppe aus multinationalen Verbänden aufzustellen. Eine faktische Unterordnung einer militärischen "europäischen Option" unter die USA erschwert bis verunmöglicht jene Ambitionen und Pläne, im Rahmen der WEU langfristig auch neutrale Staaten wie Irland, später einmal Österreich oder Schweden oder gar osteuropäische Länder einzubeziehen.

Nach Lage der Dinge und nach dem gültigen Nato-Vertrag sind die Schnellen Eingreiftruppen ausschließlich im Rahmen des Nato-Einsatzgebietes bis südlich des Wendekreises des Krebses einsetzbar; also weiterhin gegen die Sowjetunion bzw. gegen osteuropäische "Unruheherde" gerichtet. Eine Änderung des Nato-Vertrages zum weltweiten Einsatz dieser Eingreiftruppen erfordert eine konsensuale Änderung der Nato-Verträge und ist somit politisch nicht durchsetzbar, auch wenn US-Kriegsminister Cheney darauf drängt. Denn faktisch würden in so einem Fall - siehe Golfkrieg - die westeuropäischen Verbände zu reinen US-Hilfstruppen degradiert.

Die Beschlüsse und Empfehlungen der Nato-Frühjahrstagung erschwert auch den Herrschenden hierzulande ein wenig das Geschäft. Der außenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Lamers, brachte es auf den Punkt: eine deutsche Beteiligung an militärischen Einsätzen außerhalb der Nato sei in "europäisierter" Form leichter durchsetzbar als im Rahmen der Nato. Außerdem hätte man sich der Kritik zu erwehren, die Bundeswehr diene nur als Hilfstruppe der USA. Von daher hält Lamers die Integration deutscher Streitkräfte in eine rein europäische Struktur für politisch opportuner und damit durchsetzbarer. Nun sind genau Lamers Befürchtungen eingetreten; zwar besteht die Schnelle Eingreiftruppe im Kern aus westeuropäischen Verbänden ohne die Franzosen, ist aber dem US-amerikanischem Oberbefehl unterstellt.

Während die EG-Staaten noch an ihrer Politischen Union, einschließlich ihrer militärischen Bestandteile, feilschen und die künftige Rolle der WEU um oder in der EG auszuloten versuchten, haben die USA im

Bündnis mit Großbritannien den Sack fürs erste zugemacht. Sie konnten sich letztlich erfolgreich durchsetzen, weil es noch keine tragfähige westeuropäische Option gibt und der Golfkrieg anschaulich demonstrierte, wie weit entfernt die EG noch von ihrer "Sicherheitsidentität" ist. Dabei liegt die Betonung auf dem "noch".

D./Westberlin

Anmerkungen:

(1) Gegenwärtig stehen 23 alliierte Divisionen in der BRD sowie 3 französische Divisionen in Frankreich.

6. Das "schwedische Modell" auf dem Altar der EG

Rubrik: Westeuropa / EG allgemein; Schweden · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:18

Die Staaten Skandinaviens galten seit langem als Modell eines hochentwickelten wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus. Insbesondere in Teilen der Sozialdemokratie, aber auch in den Reihen der ehemaligen staatstragenden Parteien - nebst ihren Nachfolgeorganisationen - der ex-RGW-Staaten genießt diese Art moderner bürgerlicher Gesellschaften ein hohes Ansehen. Am Beispiel Schweden wird im folgenden aufgezeigt, wie sich diese Gesellschaft von ihrem modellhaften Charakter der siebziger Jahre ausgehend immer mehr den Verhältnissen der übrigen EG-Länder bewußt angenähert hat. Als vorläufiger Endpunkt ist der offizielle Aufnahmeantrag an die EG zu sehen, der in den nächsten Tagen an Brüssel gestellt werden wird.

Im Dezember vergangenen Jahres erteilte der schwedische Reichstag gegen die Stimmen der Grünen und der Linkspartei (den früheren Kommunisten) der sozialdemokratisch geführten Regierung den Auftrag, baldmöglichst die EG-Mitgliedschaft zu beantragen. Ende Juni wird die Regierung Ingvar Carlsson ein offizielles Beitrittsgesuch an die EG richten. Gewissermaßen als Vorleistung trat Schweden am Pfingstfreitag dem "Europäischen Währungssystem" (EWS) bei. Damit wird auch "das sogenannte schwedische Modell nicht offiziell, aber de facto begraben", urteilte Jens Breiding, stellvertretender Geschäftsführer der Deutsch-Schwedischen Handelskammer in Stockholm, über die radikale außenpolitische Kurswende der schwedischen Regierung (Handelsblatt, 16.5.91). Daß die schwedische Regierung im Konsens mit den oppositionellen bürgerlichen Parteien nunmehr im Sauseschritt in die EG strebt und alle üblichen Neutralitätsvorbehalte beiseite schiebt, ist dem Druck der (ökonomischen) Verhältnisse und einer Krise des politischen Systems ("schwedisches Modell") ebenso geschuldet wie der außerordentlichen Sogwirkung des EG-Binnenmarkts `92. Gewissermaßen als Opfergabe wird Anpassung und Nivellierung an EG-Standards betrieben - und das heißt eben auch die zumindest teilweise Abschiednahme vom Modell eines Wohlfahrtsstaates, das sich gerade bei den gewendeten ehemaligen realsozialistischen Parteien Osteuropas großer Beliebtheit erfreut. Mit der außenpolitischen Wende könnte auch ein innenpolitischer Macht- und Kurswechsel verbunden sein, denn am 15. September finden die Wahlen zum schwedischen Reichstag statt. Nach mehreren demoskopischen Umfragen haben die regierenden Sozialdemokraten mit einem tiefen Einbruch zugunsten des bürgerlich-konservativen Lagers zu rechnen.

Das "Modell Schweden" in der Krise

Das "schwedische Modell" basiert auf dem berühmten Abkommen von Saltsjöbaden aus dem Jahre 1938, als sich die wichtigsten Kapitalgruppen mit den Gewerkschaften auf einen friedlichen Klassenkompromiß verständigten. Unter Ausschaltung des Staates vereinbarten die Verbände, ihre Konflikte im Rahmen der Tarifpartnerschaft friedlich zu lösen. Der Staat sollte darüber hinaus eine große Rolle als Sozial- und Wohlfahrtsstaat spielen. In den gesamten Nachkriegsjahren gelangte das klassenkompromißlerische schwedische Modell zu hohem Ruhm, weil es eine relativ hohe Beschäftigung garantierte - und dies eben auch in Krisenzeiten. Für eine hohe Ausstrahlung sorgte zum einen die spezifische schwedische Variante eines modernen Interventionsstaates; er läßt zwar letztlich die private Verfügungsgewalt an Produktionsmitteln weitgehend unangetastet, kann aber induzierend und lenkend bei Investitionsentscheidungen, der Struktur- und Regionalpolitik eingreifen. Das funktionierte bis zum Ende der achtziger Jahre etwa so: Unternehmen mußten 52% ihrer Gewinne versteuern, die Einkommenssteuern waren progressiv gestaffelt und erreichten den Höchstsatz bei 72%. In der Realität zahlte jedoch kaum ein Unternehmen diese 52%, sondern machten von den diversen Abschreibungsmöglichkeiten und Rückstellungsfonds - ganz ähnlich wie in der BRD - regen Gebrauch. Wurden die Gewinne beispielsweise in einem Investitions-Rückstellungsfonds einbehalten, so waren diese von der Steuer befreit. Wenn ein Kapitalist von diesem Fonds Gebrauch machen, also investieren wollte, so bedurfte es der Genehmigung der staatlichen Behörden. Das klassische Beispiel ist die Bewältigung der schwedischen Werftenkrise, als die Schiffbau-Unternehmen in Malmö und Uddevalla ihre Werke schlossen und dafür die beiden Automobilkonzerne Volvo und Saab-Scania hohe Investitionen in diesen Regionen vornahmen. Durch begleitende Umschulungs-und Fortbildungsmaßnahmen der entlassenen Werftarbeiter bei sozialstaatlicher Flankierung konnte dieser Strukturwandel relativ reibungslos und unter weitgehender Vermeidung von Arbeitslosigkeit, Streiks usw. bewerkstelligt werden. Die Investitionen wurden zum großen Teil aus den Rückstellungsfonds der beiden Automobilkonzerne getätigt. Zum zweiten beruhte das schwedische Modell auf einer umfangreichen Regulierung des Arbeitsmarktes - die relative Vollbeschäftigung

gehörte zum Gütesiegel des schwedischen Wohlfahrtsstaates. Drei staatliche Institutionen - das Arbeitsmarktinstitut, die lokalen Arbeitsmarktausbildungsbehörden und das Zentralamt für Arbeit - sorgten dafür, daß genügend Lehr- und Ausbildungsstellen zur Verfügung standen und die Erwerbslosen über zahlreiche Umschulungs- und Fortbildungsmöglichkeiten wieder in das lohnarbeitszentrierte System integriert wurden. Während in den übrigen OECD-Staaten im Schnitt zwei Drittel ihrer Ausgaben für Arbeitslosengelder und nur ein Drittel für Umschulungen und neue Arbeitsplätze aufwenden, ist das Verhältnis in Schweden genau umgekehrt. Dabei liegen die dafür benötigten staatlichen Aufwendungen in Schweden, gemessen am Bruttosozialprodukt, nicht höher. Die spezifische Regulierung des Arbeitsmarktes sorgte dafür, daß die Arbeitslosigkeit in Schweden immer bemerkenswert niedrig lag. Die Arbeitslosenquote lag nach dem Krieg zumeist deutlich unter 2%. Das Vollbeschäftigungswunder in Schweden beruht allerdings ebenso auf den spezifischen Gegebenheiten des Landes; einerseits verfügt Schweden nur über einen vergleichsweise kleinen Arbeitsmarkt und hat sich gegenüber Einwanderungen von Arbeitsimmigranten meist restriktiv verhalten. Andererseits basiert der hohe Beschäftigungsgrad auch darauf, daß sie u.a. wegen der relativ hohen direkten Steuern gezwungen sind, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. Das insgesamt knappe Angebot an der Ware Arbeitskraft wiederum führte dazu, daß die schwedischen Arbeiter und Angestellten relativ hohe Lohnzuwachsraten durch ihre Gewerkschaften herausholen konnten. Die staatlichen Transfers für Kindergärten, gesundheitliche Versorgung, Renten und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mußten aus den Steuereinnahmen, in der Hauptsache den Lohn- und Einkommenssteuern, aufgebracht werden. Dies erfolgt über einen hohen Anteil an direkten Steuern. Tatsächlich lag der Anteil der öffentlichen Ausgaben Schwedens, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, weit über dem OECD- Durchschnitt:

Schweden

OECD 1960

31,1%

28,5% 1970

43,7%

32,6% 1980

61,6%

39,3% 1990

58,2%

40,9%

Die Krise des schwedischen Modells

Seit Mitte der achtziger Jahre schlitterte das "Modell Schweden" in die Krise. Sie zeichnete sich durch die "Stagflation" aus, wenn man Inflation, Wirtschaftswachstumsraten und Arbeitslosigkeit in Beziehung setzt (siehe Tabelle).

Die sozialdemokratische Regierung versuchte, das Haushaltsdefizit durch höhere Steuereinnahmen abzubauen, was auch gelang, scheiterte aber hinsichtlich der Inflationsbekämpfung. Im internationalen Vergleich zeigte sich außerdem, daß die schwedische Exportindustrie infolge der hohen Kosten weiter an Konkurrenzfähigkeit einbüßte; die Anfang der achtziger Jahre zweimalige Abwertung der schwedischen Krone (skr) um insgesamt 26% wurde aufgezehrt. Im Jahre 1989 folgte dann der erste tiefere Einschnitt in das bisherige System. Zum einen konnte die Regierung durch Einsparungen und Steuererhöhungen wieder einen Etatüberschuß erzielen, zum anderen beschloß der schwedische Reichstag den totalen Umbau des Steuersystems nach US-amerikanischem Vorbild. In zwei Etappen wurde der Spitzensatz bei der Einkommenssteuer von 72% auf 50% gesenkt. Unterhalb eines Jahreseinkommens von 180 000 skr (ca. 51 000 DM) betrug der Steuersatz einheitlich 30%. Dafür wurden einige wesentliche Abschreibungsmöglichkeiten gestrichen. Im Gegenzug erfolgte eine erhebliche Anhe- bung der indirekten Steuern, vor allem der Mehrwertsteuer. Insgesamt folgte Schweden damit den führenden imperialistischen Staaten und insbesondere der EG, das Steuersystem durch eine niedrigere Besteuerung der Einkommen und eine höhere Besteuerung

des Konsums umzubauen. Per saldo entlastete dies die Unternehmen und belastete die unteren Einkommensschichten, die erheblich mehr für Mieten, Heizen, Essen und auch Tanken aufwenden mußten. Entlastet wurden allenfalls Familien mit Kindern, da der Staat das Kindergeld zum Ausgleich der Teuerungen verdoppelte. Die "Stagflation" im Inneren und die indirekt von der EG aufgezwungene Liberalisierung des schwedischen Kapitalmarktes forcierten sowohl die Inflation als auch eine Erhöhung des Leistungsbilanzdefizits. Das exportorientierte schwedische Kapital suchte sich die Investitionsstandorte nun nicht mehr im Lande selbst, sondern vor allem in der EG. Im letzten Jahr übernahmen schwedische Unternehmen und Banken in der EG insgesamt 126 Betriebe im Werte von 2,2 Mrd. DM und lagen damit weit vor den USA und Japan. Diese Form von "Kapitalflucht" versuchte die schwedische Regierung mit einer drastischen Erhöhung der Leitzinsen auf 16% beizukommen, um anlagesuchendes Kapital im Land zu halten. Ein Teufelskreis, denn die hohen Zinsen wiederum blockierten industrielle Investitionen. Die schwedische Regierung stand vor zwei möglichen Alternativen: entweder paßte sie sich dem Weltmarkt durch ein drastisches Austerity-Programm an, oder aber die skr mußte erneut drastisch abgewertet werden. Die Regierung wollte den ersten Weg durch ein auf 2 Jahre begrenztes "Anti-Krisen-Programm" beschreiten, das u.a. ein Einfrieren der Löhne und Preise und ein Streikverbot vorsah. Über dieses Krisenpaket stürzte die Carlsson-Regierung im Februar letzten Jahres, da nicht nur die konservativen Parteien, sondern auch die Grünen und die Linkspartei ihr die Zustimmung versagten.

Ende Februar kam es zur Installierung einer neuen sozialdemokratischen Minderheitsregierung, gestützt von der "Linkspartei", nachdem die SAP das Streikverbot zurücknahm, im Kern aber an den sonstigen Maßnahmen des Anti-Krisen-Pakets festhielt. Auch die schwedischen Gewerkschaften hielten im großen und ganzen still und fanden sich zur Lohnzurückhaltung bereit, nachdem die schwedische Regierung ihnen mit einer Aufkündigung der Vollbeschäftigungspolitik gedroht hatte. Im Laufe des vergangenen Jahres baute die sozialdemokratische Minderheitsregierung Zug um Zug sozialstaatliche Maßnahmen ab und nahm von den eigenen Wahlversprechen Abstand. So wird am ersten Krankheitstag kein Geld mehr gezahlt, die Krankengelder generell um 10% gekürzt. Die Benzinpreise wurden nochmals erhöht und ein Abbau der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst um 10% binnen 3 Jahren beschlossen. Um den immensen Kapitalabfluß ins Ausland einzudämmen, wurden die Leitzinsen erneut angehoben. In einer "Konzertierten Aktion" verständigten sich Staat, Kapitalverbände und die Gewerkschaften auf ein "Stabilisierungsabkommen", das die Löhne und Gehälter für höhere Einkommen auf das bisherige Niveau einfriert und eine Reallohnsicherung nur in den unteren Lohngruppen vorsieht. Offiziell stiegen die Löhne nominell um 28% in den letzten 3 Jahren, real jedoch nur um ca. 2% jährlich. Die Reformversprechen wie eine Erhöhung des Urlaubs, mehr Kindergeld und mehr Kindergartenplätze wurden stillschweigend zurückgenommen. Stattdessen erklärte Finanzminister Allan Larsson, daß der Bevölkerung ein "Krisenbewußtsein" eingeschärft werden müsse. Hinzu kam im letzten Jahr eine Krise der schwedischen PKW-Industrie, den beiden "Flaggschiffen" Volvo und Saab-Scania. Beide Konzerne verzeichneten Absatzrückgänge im PKW-Bereich; Volvo bändelte mit dem ebenfalls krisengeschüttelten Renault-Konzern eine engere Kooperation an, Saab-Scania ging zu 50% an den US-Konzern General Motors. Die als "Fabrik der Zukunft" gepriesene PKW-Produktion bei Saab in Malmö, wo die Automobile in Gruppenfertigung hergestellt wurden, erwies sich als unproduktiv; durchschnittlich werden dort 100 Stunden für die Produktion eines PKW aufgewendet, während bei VW alle 45 Stunden ein PKW das Band verläßt.

Schwedens Spurt in die EG

Innerhalb eines knappen Jahres haben sich die Dinge in Schweden geradezu überschlagen. Im Mai 1990 erteilte die schwedische Regierung einem EG-Beitritt eine klare Absage. Man strebte eine Lösung über die EFTA mit der EG im Rahmen eines gemeinsamen "Europäischen Wirtschaftsraumes" (EWR) an. Im Oktober letzten Jahres, nicht zufällig im Rahmen der Austerity-Politik, sprach Ingvar Carlsson erstmals von gewissen "Ambitionen" Schwedens gegenüber der EG. Und bereits im Dezember faßte der Reichstag mit den Stimmen der konservativen Opposition einen Beschluß, nachdem die schwedische Regierung beauftragt wurde, einen förmlichen EG-Beitrittsantrag zu stellen. Der übliche Neutralitätsvorbehalt fand keine Erwähnung mehr, man verwies in diesem Zusammenhang auf Irland. Selbst eine Zusammenarbeit mit der WEU wird von den schwedischen Sozialdemokraten nicht mehr grundsätzlich ausgeschlossen. Ende Juni wird das Beitrittsgesuch an die EG ergehen, 1992/93 sollen die Beitrittsverhandlungen erfolgen, 1994 eine Volksabstimmung, um zum 1.1.1995 EG-Mitglied zu werden - wenn die 12 EG-Staaten denn mitspielen. Woher dieser abrupte Sinneswandel? Die "stagflationäre" Krise in Schweden haben dazu ebenso maßgeblich beigetragen wie die

sich insgesamt verschlechterten Konkurrenzpositionen gegenüber der EG, denn schließlich gingen 52% der Ausfuhren in diese Region und nur 20% in die EFTA, 10% in die USA. Innerhalb der EG ist die BRD wiederum der wichtigste Handelspartner Schwedens. In dieser Situation gab es zwei Möglichkeiten: Schweden hätte eine EG-Annäherung über die EFTA erwirken können oder aber den direkten EG-Beitritt. Die EFTA selbst als lockere Freihandelszone zerbarstet an den unterschiedlichen Interessen der beteiligten Staaten, denn sowohl Österreich als auch Norwegen haben keinen Hehl daraus gemacht, eine EG-Lösung gegenüber dem EWR zu präferieren. Durch den schnellen Beitrittsspurt erhofft sich vor allem die schwedische Industrie Wettbewerbsvorteile in der EG und die von ihr ausgehende disziplinierende Wirkung auf die Wirtschaftspolitik. So erklärte die schwedische Regierung in diesem Zusammenhang, daß die "Inflationsbekämpfung allen anderen Zielen übergeordnet" sei (Handelsblatt, 16.5.1991).

Ohnehin haben sich das schwedische Kapital und die schwedische Regierung mehr und mehr den EG-Vorgaben angepaßt; das betrifft nicht nur die Liberalisierung des Kapitalverkehrs vor 2 Jahren, die parallel zur EG erfolgte, sondern auch eine enge Abstimmung der nationalen Gesetze an die bestehenden EG-Richtlinien. Die als "Jahrhundertreform" bezeichnete Steuerreform sei als Beispiel genannt. Das "Handelsblatt" hob in diesem Zusammenhang gar hervor, daß die schwedischen Unternehmen im Schnitt weniger als 20% Steuern an den Staat entrichten müßten; "damit dürfte Schweden im europäischen Vergleich zukünftig für Wirtschaftsunternehmen eines der steuerlich günstigsten Länder sein".

Eine weitere überraschende "Vorleistung" für einen erhofften schnellen EG-Beitritt erbrachte am Pfingstfreitag die schwedische Reichsbank. Sie erklärte, ab sofort die skr an das Europäische Währungssystem zu binden und bekannte noch obendrein, die tolerierte Wechselkurs-Schwankungsbreite der EG von 2,25% noch um ein drei Viertel Prozent zu unterschreiten. Bisher orientierte sich der Wechselkurs der skr an einem Währungskorb, der sich zu 21% am US-Dollar und zu 17,6% an der DM und den übrigen EG-Währungen zusammensetzte. Nunmehr ordnet sich die schwedische Währung der harten DM-Disziplin unter. Statt einer Währungsabwertung hat das u.a. eine striktere Haushaltsdisziplin (Einsparungen), eine Lohndisziplin, schärfere Rationalisierungen und eine von der Industrie durchaus erwünschte Erhöhung der Arbeitslosigkeit zur Folge, die von schwedischen Instituten bereits mit über 3% veranschlagt wird. Als Eintrittskarte in die EG konditioniert die schwedische Regierung sich schon selbst, um im EG-Konzert nicht zu kurz zu kommen.

Die EG selbst gerät zunehmend unter Entscheidungsdruck nicht nur gegenüber Schweden, sondern auch gegenüber Österreich und Norwegen, die sehr hartnäckig auf ihren Beitritt drängen werden. Auch in Brüssel werden die Karten neu gemischt. Am Beispiel Schwedens läßt sich das durch und durch reaktionäre Projekt der EG deutlich veranschaulichen. Auf der einen Seite werden die nationalstaatlichen Schranken, keinesfalls aber damit der Nationalismus - Schweden verfolgt eine äußerst restriktive Asyl- und Ausländerpolitik - überwunden. Dies geschieht allerdings erstens ausschließlich im Interesse der Konkurrenzfähigkeit des schwedischen Kapitals, das sich über den EG-Beitritt eine Erweiterung ihrer Märkte erhofft, zweitens zu Lasten der übrigen Bevölkerung, die den Beitritt mit Lohn- und Sozialabbau bezahlen müssen. Das "schwedische Modell" weicht nach und nach den Normen und Bedingungen der EG. Und drittens schließlich auf eine durch und durch undemokratische Weise, denn erst wird im Rahmen einer faktischen Großen Koalition der EG-Beitritt betrieben, um erst nach den Mitgliedschaftsverhandlungen das Volk in einer Abstimmung um die demokratische Absolution zu bitten.

Die Krise des politischen Systems

Die politische Krise des schwedischen Systems ist vornehmlich eine Krise der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die seit über 50 Jahren - bei nur wenigen Unterbrechungen - die Regierungen stellte und das "schwedische Modell" verkörperte. Stagflation und Steuerreform mehrten den Reichtum des Kapitals und kosteten den Arbeitern einen guten Monatslohn im Jahr. Hinzu kommt der bis heute ungeklärte Mordfall Palme mit zahlreichen Skandalen innerhalb der Polizeiführung, der ungesetzlichen Überwachungspraktiken. Dazu gesellt sich der Bestechungsskandal des schwedischen Rüstungskonzerns Bofors, der den ermordeten ehemaligen indischen Ministerpräsidenten Rajiv Ghandi zu Fall brachte, Enthüllungen über eine engere geheimdienstliche und Nato-Zusammenarbeit der schwedischen Behörden und letztlich das unpopuläre Anti-Krisen-Programm. Durch gezielte Veröffentlichungen in den Medien gerade über die führenden EG-Länder erhält die schwedische Bevölkerung Vergleichsmöglichkeiten über Lohn- und Arbeitskosten, über die unterschiedliche Ausgestaltung der sozialstaatlichen Systeme; die Botschaften dieser Kampagnen sind

eindeutig. Die schwedischen Produktionskosten sind zu hoch, das soziale System ist - einmal abgesehen vom regulierten Arbeitsmarkt - in mancher Hinsicht mit den EG-Standards kompatibel.

Kein Wunder also, daß die demoskopischen Meinungsumfragen für die im September stattfindenden Reichstagswahlen für die Sozialdemokraten ein Abrutschen auf 30% voraussagen. Zu den Gewinnern zählen neben der Linkspartei vor allem das konservative Lager. Neben den Konservativen Moderaten, die auf 27% kommen, der Liberalen Volkspartei, die auf ca. 14% veranschlagt wird, könnte erstmals auch die "Christlich-Demokratische Gemeinschaftspartei" (8%) und eine rechtsradikale Gruppierung namens "Neue Demokratie" in den Reichstag einziehen. Letztere geht mit Parolen des dänischen Rechten Glistrup ("weniger Steuern") und "Ausländer raus"-Forderungen hausieren; Schweden müsse sich endlich vom staatlichen Moloch und der Sozialdemokratie "befreien". Der "Neuen Demokratie" werden rund 10% der Stimmen prophezeit. Ein politischer Rechtsruck ist also keineswegs ausgeschlossen, sondern höchst wahrscheinlich. Dabei haben die schwedischen Sozialdemokraten selbst die wesentlichen Grundsteine für diese Entwicklung gelegt, in dem sie wesentliche Elemente neoliberaler Wirtschaftspolitik und deren Ideologie adaptiert haben. Auch in diesem Sinne paßt sich Schweden gut in die EG ein.

D./Westberlin

Jahr

1987

1988

1989

1990

1991 Wirtschaftswachstum

2,4%

2,3%

2,1%

0,9%

-0,5% Inflation

5,5%

5,8%

6,5%

10,5%

10,3% Arbeitslosigkeit

1,9%

1,6%

1,4%

1,5%

2,8% (geschätzt)

7. Indien nach dem Mord an Gandhi: Droht der Zerfall?

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Indien · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:30

Inmitten der laufenden Wahlen zur Lok Sabha, dem 545-sitzigen indischen Parlament, kam der ehemalige Premierminister und Spitzenkandidat der "Congress Party", Rajiv Ghandi, bei einem blutigen Attentat ums Leben.

Durch die Verhängung von Ausgangssperren und permanenter Präsenz der indischen Polizei und des Militär konnten gewaltsame Eskalationen nach diesem Attentat größtenteils verhindert werden, wenngleich blutige Auseinandersetzungen schon immer zu den Begleiterscheinungen von Wahlen zählten. Bereits vor dem Ghandi-Attentat starben über 200 Menschen.

Mit dem Tod Rajiv Ghandis scheint sich auch die postkoloniale Ära Indiens dem Ende zuzuneigen; die gesamte Entwicklung Indiens nach 1947 war sehr stark von der Nehru-Ghandi-Dynastie geprägt, jener reichen Brahmanen-Familie aus Kashmir, die die indischen Oberschicht-Traditionen mit säkularem britischen Einfluß verkörperte und es verstand, den großen Schmelztiegel in Südasien zusammenzuhalten.

Die jetzigen Wahlen, die am 12. und 15. Juni fortgesetzt werden sollen, sind durch eine deutlich stärkere gesellschaftliche Polarisierung gekennzeichnet, die den Bestand des indischen Staates sogleich mehrfach in Frage stellen. In wohl keinem Staat der Welt vereinigen sich so viele Widersprüche in dieser "composite nation": im Bundesstaat Punjab herrscht Bürgerkrieg zwischen den indischen Streitkräften und den nach Unabhängigkeit strebenden Sikhs, die ein freies Kalisthan fordern; in Assam tobt seit Jahren ein Guerillakrieg zwischen der ursprünglichen Stammesbevölkerung, den Bodos, die mehr politische Mitbestimmung verlangen und der indischen Armee; in Kashmir kommt es zu ständigen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Armee und den schiitischen Moslems. Die militanten Konflikte in den genannten drei Bundesstaaten haben dazu geführt, daß in Kashmir gar nicht gewählt wird. In den übrigen zwei Staaten finden die Wahlen zeitverschoben statt, damit genügend Einheiten der indischen Armee zur Sicherung der Wahlen disloziert werden können.

Darüber hinaus schwelt der latente Konflikt zwischen den Hindus, die rund 80% der 850 Millionen Einwohner stellen und den Moslems; innerhalb der hinduistischen Bevölkerung wuchsen nicht nur die sozialen Widersprüche zwischen den Reichen und Armen, sondern auch den oberen und unteren Kasten. Die in den achtziger Jahren aufgestiegene "middle class", die das moderne Indien verkörpert, steht in großem Kontrast zu den armen Bauern und Landarbeitern, die im Norden Indiens in mittelalterlich-feudalen Verhältnissen leben. All diese vorhandenen Widersprüche politischer, sozialer, kultureller und religiöser Natur haben sich verschärft und rütteln an den politischen Strukturen und Verhältnissen des Landes.

Von der Moderne zur prekären Verschuldung

Seit Mitte der achtziger Jahre, unter der politischen Herrschaft Rajiv Ghandis und der Congress Party, fand in Indien eine Art "middle class"-Revolution statt. Sie bestand zum einen in der "Grünen Revolution" in der Landwirtschaft, wo modernere Geräte und Maschinen zum Einsatz kamen und die Chemisierung ihren Einzug hielt. Zwar sind die ökologischen Folgen der landwirtschaftlichen Industrialisierung und Chemisierung erheblich, aber es gelang auf der anderen Seite, die Ernährung der eigenen Bevölkerung sicherzustellen. Selbst während der großen Dürre vor drei Jahren mußte niemand verhungern. Die Modernisierung in der Landwirtschaft brachte eben auch größere Klassenunterschiede auf dem Lande hervor; die reicheren Bauern wollten ihren Machtanteil gegenüber den Feudalherrschern vergrößern, was ebenso zu blutigen Auseinandersetzungen führte wie die Auflehnung der Kleinbauern und Landarbeiter gegenüber ihren neureichen Bauern.

Ebenso gelang Indien der Sprung in die technologische Spitzengruppe; das betrifft nicht nur ihre militärisch-atomaren Ambitionen, die Tests von Atombomben (1974) und Mittelstreckenraketen (1989), sondern auch die zivilen industriellen Sektoren. Die Automobilproduktion, in Kooperation mit Japan, nahm einen Aufschwung, rund 25 Millionen indische Haushalte besitzen ein Fernsehgerät, Waschmaschinen, Staubsauger, Kühlschränke, Ventilatoren. Die Herausbildung einer modernen Industrie - neben der traditionellen Kleinindustrie und dem Handwerk - war einer beschränkten Importliberalisierung geschuldet, die die neuen Technologien und Joint Ventures ins Land holte.

Die neue "middle class" umfaßt ca. 100 bis 150 Millionen Inder; sie sind die politische Basis des säkularen indischen Zentralstaates und der Congress Party des ermordeten Rajiv Ghandi. Sie sind es aber auch, die eine weitere Überwindung des sich an den Realsozialismus anlehnenden "Kommandosystems" verlangen. Die weitgehend verstaatlichte Industrie, die rund 50% der öffentlichen Investitionen aufsaugt, trägt nur zu 25% zum gesamten Nationaleinkommen bei. Wesentlich dynamischer dagegen sind die Wachstumsdaten der privaten Industrien und Dienstleistungen, so daß der Druck zu weiteren Liberalisierungen zugenommen hat.

Das indische "Wirtschaftswunder" mit überproportionalen jährlichen Wachstumsraten bekam allerdings im letzten Jahr einen deutlichen Knacks. Erstmals fiel das Bruttosozialprodukt von 267 auf 262 Mrd. US-Dollar, das Haushaltsdefizit stieg beträchtlich auf 6% des Sozialprodukts an, die Handelsbilanz weist ein hohes Minus von 10 Mrd. US-Dollar auf, die äußere Verschuldung stieg auf 80 Mrd. US-Dollar und erreichte damit lateinamerikanische Größenordnungen. Für die Bevölkerung am schlimmsten wirkte sich die höhere Inflation von durchschnittlich 12,5% aus. Die eindeutige Verschlechterung der Lebensverhältnisse der ohnehin in großer Armut lebenden Inder führte zu zahlreichen sozialen Konflikten, die sich zum Teil in religiösen Bahnen entfalteten: Die traditionellen Auseinandersetzungen zwischen den Kasten, den Reichen und den sogenannten backward castes and tribes, nahmen deutlich zu, wenngleich sie auf den deutlicher zutage getretenen sozialen und materiellen Diskrepanzen beruhen.

Die prekäre Lage Indiens führte inzwischen dazu, daß aus einem der besten Schuldner der Welt nun der Abstieg in die Kreditunwürdigkeit droht. Ein Anfang des Jahres vergebener IWF-Kredit in Höhe von 1,8 Mrd. US-Dollar ist längst aufgezehrt, frisches Geld gibt es nur gegen die berüchtigten Auflagen des IWF. Und die sehen einen Abbau des hohen Staatsdefizits, eine Währungsabwertung, die Streichung von Subventionen, die Privatisierung und Deregulierung der staatlichen Sektoren und einen freieren Kapitalzugang und -transfer vor. Dazu ist Indien nach wie vor nur sehr widerwillig bereit, wenngleich Handelsminister Swamy die Notwendigkeit betont, der Marktwirtschaft in Indien zum großen Durchbruch zu verhelfen.

Derzeit verfügt Indien noch über Devisenreserven, die bis Juni reichen, um Rechnungen zu begleichen. Danach droht die Zahlungsunfähigkeit - und Indien ist dann dort, wo sich Mexiko bereits 1982 befand.

Religiöse Konflikte

Eine gewisse Pilotfunktion bei den religiösen Konflikten zwischen Hindus und Moslems spielen die blutigen Auseinandersetzungen in der Stadt Ayodiya, in der die ersten muslimischen Eroberer Nordindiens vor über 400 Jahren die Babri-Moschee errichteten. Fanatische Hindus bestehen darauf, diese Moschee zu beseitigen, da ihrer Ansicht nach dort die heilige Stätte des Gottes Rama liege. Hindus verübten an dieser Stelle bereits Pogrome an den Moslems, bis die indische Armee einschritt und bis heute die Moschee streng bewacht. Der Konflikt um diese von Moslems und Hindus gleichermaßen beanspruchte heilige Stätte spielt innenpolitisch eine symbolische Rolle, auf die noch zurückzukommen sein wird. Mit der Abspaltung Pakistans von Indien, bei der infolge von Vertreibungen und Bürgerkrieg über 2 Millionen Menschen ums Leben kamen (1947), waren die Konflikte zwischen Hindus und Moslems keineswegs beendet, wenngleich die Congress Party es verstand, über 40 Jahre lang durch gewisse Mitbestimmungsrechte für die muslimische Bevölkerung die religiösen Auseinandersetzungen auf ein Mindestmaß einzudämmen. Immerhin leben 110 Millionen Moslems in Indien, ohne daß die religiöse Zeitbombe jemals endgültig entschärft werden konnte (1).

Die wieder aufkeimenden inner-hinduistischen Konflikte zwischen den reichen und armen Kasten, wobei sich letztere in die backward castes und die Unberührbaren (Harijans) und Kastenlosen unterscheiden lassen, sind neben den genannten sozialen Konflikten auch der Politik des vorletzten indischen Premiers V.P. Singh von der sozialistischen Janata Dal Party zuzuschreiben. Dieser setzte eine Quotierung durch, die es Mitgliedern der unteren Kasten ermöglichen sollte, eine qualifizierte Ausbildung, ein höheres Studium zu absolvieren und in die "middle class" aufzusteigen. Diese Quotenregelung wurde und wird von den reichen Hindus ständig umgangen und unterlaufen. Ein beliebter Trick ist zum Beispiel, daß die betreffenden reichen Hindus sich vom hinduistischen Glauben trennen, um zu den Harijans abzusteigen. Dies sicherte ihnen die begehrte Quote, und nachher kehrten sie reumütig wieder ihrem Glauben bei. Die Quotierung erwies sich insgesamt als ein Fehlschlag, weil die Kastenhierarchien nicht überwunden wurden. Die von Singh geplante Steigerung der Quotierung auf 50% war erstens politisch nicht durchsetzbar und hätte zweitens nur dazu geführt, die Tricks und Intrigen noch zu verfeinern.

Insgesamt trug die Quotierung nicht zur Befriedung und zum sozialen Aufstieg der unteren Mitglieder der Kasten bei, sondern reaktivierte stattdessen die traditionellen Kastenkämpfe, die zum Teil in bürgerkriegsähnlicher Manier ausgetragen werden. So ist bekannt, daß sich die reichen Hindus Privatarmeen zulegen und mit mafiotischen Methoden die wirtschaftlichen Prozesse zu beherrschen versuchen. Das geschieht u.a. mit Hilfe bestochener Beamter in den örtlichen Verwaltungen oder dadurch, daß eine Bakshisch-Zahlung zu zahlen ist, wenn Ersatzteile oder Strom benötigt wird.

Die Ghandi-Nehru-Dynastie

Die Ermordung Rajiv Ghandis, deren Hintergründe und Motive bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht aufgeklärt sind, steht nicht allein in der indischen Geschichte. Ein Jahr, nachdem Jawarharlal Nehru der erste Premierminister des Landes wurde, fiel der legendäre Mahatma Ghandi im Zusammenhang mit dem Pakistan-Konflikt einem Attentat zum Opfer (30.1.1948). Nach dem natürlichen Tod Nehrus setzte dessen Tochter Indira Ghandi die dynastische Herrschaft im Jahre 1966 fort, stürzte 1977 infolge von Korruption und Wahlmanipulationen, um 1980 wiedergewählt zu werden. Im gleichen Jahr kam ihr einflußreicher Sohn und designierter Nachfolger Sanjai Ghandi bei einem Flugzeugabsturz ums Leben. Bis heute halten sich Gerüchte, daß bei diesem Absturz etwas "nachgeholfen" wurde.

Vier Jahre später kam Indira Ghandi bei einem Attentat ihrer Leibgarde ums Leben. Als sich herausstellte, daß der Attentäter den Sikhs angehörte, kam es zu regelrechten Pogromen gegen sie; über 3.000 Sikhs wurden damals getötet. Indira Ghandis zweiter Sohn Rajiv wurde zum Nachfolger ernannt, und er erzielte mit der Congress Party bei den Wahlen 1985 einen überwältigenden Wahlsieg. Dank des von Großbritannien übernommenen Mehrheitswahlrechts verfügte Ghandi über 80% der Parlamentssitze.

Nach den wirtschaftlichen Anfangserfolgen bezüglich der Modernisierung, die einem kleinen Teil der indischen Gesellschaft zugute kam, aber letztlich die Unterschiede zwischen indischen Traditionen und der Moderne noch vertieften, stolperte Rajiv Ghandi an der sogenannten Bolfors-Affäre. Der schwedische Rüstungskonzern soll 50 Millionen US-Dollar an den Ghandi-Clan überwiesen haben, um ein lukratives Waffengeschäft mit dem zweitgrößten Waffenimporteur aus der Dritten Welt einzufädeln. Die Wahlen im Dezember 1989 führten zu einer verheerenden Wahlniederlage der Congress Party, die mit 200 Parlamentssitzen dennoch die stärkste Fraktion stellte.

Nach diesen Wahlen wurde V.P. Singh neuer Premierminister; er regierte auf der Grundlage eines Bündnisses aus der Janata Dal Party (der er auch angehörte), den Kommunisten, verschiedenen anderen Kleinparteien und der rechten Bharatiya Janata Party (BJP). Nach nur einem Jahr trat V.P. Singh zurück, da das genannte Wahlbündnis wieder zerbrach. Der Anlaß war, daß Singh den Führer der BJP, Advani, verhaften ließ. Die BJP steht für einen aggressiven Hindu-Nationalismus und führt entsprechende aggressive Kampagnen durch. Das Ziel dieser Partei ist die Errichtung eines religiösen Hindu-Staates, in dem die Moslems als Ausländer bloß geduldet werden sollen. Die Sprache der Heiligen Schrift, Sanskrit, soll zur Muttersprache des Landes werden. In Ayodiya, der angeblichen Geburtsstätte des Hindu-Gottes Rama, will die BJP die dortige moslemische Moschee beseitigen.

Die BJP fordert die atomare Bewaffnung Indiens, die Errichtung eines Elektrozaunes an der Grenze zu Bangladesh, einen 1 km breiten "Sicherheitsstreifen" gegenüber Pakistan und Indiens Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat. Der aggressive Hindu-Nationalismus, die Hindutva, paart sich mit einem Wirtschaftsprogramm neoliberaler Schule. Die BJP fordert die völlige Beseitigung des indischen "Kommandosystems" und des dominanten Einflusses des Staates zugunsten einer entfesselten Marktwirtschaft und einer viel weitergehenden Öffnung gegenüber dem Westen. Die BJP erzielte bei den letzten Wahlen vor zwei Jahren bereits beachtliche 86 Parlamentssitze. Hinzu kommt, daß sich die BJP der massiven Unterstützung aller bedeutenden Hindu-Organisationen wie dem "Bund der Freiwilligen" mit seinen sechs Millionen militanten Kadern, dem "Heer Shiwas" und dem Welt-Hindu-Rat sicher sein kann.

Völlig konträr dazu sagte V.P. Singh nicht nur der Hindutva den Kampf an; die Einführung der Quotierung stieß folgerichtig auf den massiven Widerstand der BJP, so daß das wacklige Parteienbündnis zerbrach.

Nach dem Rücktritt Singhs im November letzten Jahres wurde nach langen Rangeleien Chandra Shekhar neuer Premier; er gehörte der sozialistischen Janata Party an und stützte sich auf eine 10%ige Minderheit im Parlament. Damit war klar, daß letztlich die relativ stärkste Fraktion, die Congress Party, ihren Einfluß geltend

machen konnte. Zeichnete sich das Parteienbündnis unter Singh in einer prekären gemeinsamen Gegnerschaft zur Congress Party aus, so war Shekhar in seiner nur viermonatigen Amtszeit auf die Zustimmung der mächtigen Congress Party angewiesen.

Die Congress Party bereitete ihre Rückkehr zur politischen Macht im Lande systematisch vor. So verweigerte sie ihre Zustimmung zum diesjährigen Haushalt, sehr zum Ärgernis des IWF, und blockierte andere Maßnahmen des Premiers. Chandra Shekhar kam seiner völligen Demontage durch seinen plötzlichen Rücktritt im März dieses Jahres zuvor, so daß die jetzigen Neuwahlen fällig wurden.

Der Wahlkampf und die Parteien

Von vornherein zeichneten sich die jetzigen Wahlen durch eine sehr starke Polarisierung zwischen drei Parteien bzw. Parteienblöcken ab.

Die Congress Party führte ihren Wahlkampf, vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise, mit ihren Slogans nach mehr "Stabilität" und einer begrenzten wirtschaftlichen Liberalisierung. Das Ziel des Sozialismus wurde aus dem Parteiprogramm gestrichen. Die Congress Party setzt vor allem auf die neue "middle class" Indiens und den bevölkerungsreichen, hinduistischen Norden.

Die hinduistisch-chauvinistische BJP führt einen äußerst polarisierenden Wahlkampf, verfügt über eine gut organisierte gekaderte Partei und setzt auf die Zustimmung der enttäuschten hinduistischen Bevölkerung.

Die in der National Front in einem Parteienbündnis zusammengeschlossenen linken Parteien wie die Janata Dal Party und die in Bengalen sehr einflußreichen Kommunisten fordern mehr soziale Gerechtigkeit, die Durchsetzung des Quotensystems und versuchen, ihre Stimmen vor allem aus den unteren Kasten, den Harijans und der muslimischen Bevölkerung zu gewinnen.

Die drei Parteienblöcke konkurrieren also um die unterschiedlichen sozialen und religiösen Segmente der indischen Gesellschaft, wobei der Congress Party die größten Chancen für einen Wahlsieg eingeräumt werden - mit Stimmenzuwächsen allerdings für die BJP.

Mit der Ermordung Rajiv Ghandis ist die Congress Party in eine prekäre Lage geraten. Damit scheint nicht nur das Ende der Ghandi-Nehru-Dynastie absehbar, jener reichen Brahmanen-Familie, die für ein säkularisiertes Indien stand und die religiösen Auseinandersetzungen in den Hintergrund zu drängen versuchte. Die Congress Party ist keine Partei im herkömmlichen Sinne, sondern in etwa vergleichbar mit der mexikanischen PRI: durch und durch von Machtcliquen durchzogen, von Seilschaften und Korruption gekennzeichnet. Die Ghandi-Tradition hielt diese Partei bislang zusammen, und ein Zerbrechen der Congress Party ist nicht einmal ausgeschlossen. Die Enkel Indira Ghandis und die Kinder Rajivs sind noch zu jung, um die Erbfolge antreten zu können. Die Zukunft Indiens ist ungewiß.

D./Westberlin

Anmerkungen:

1) Zu betonen ist, daß die religiösen Konflikte zwischen Hindus und Moslems bei weitem nicht die einzigen dieser Art in der multireligiösen indischen Gesellschaft sind.

8. Vor 50 Jahren: Hitlerdeutschland überfällt die Sowjetunion. Hinter diesen Mauern stöhnt die Erde

Rubrik: Geschichte des Faschismus; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:08

Mit 3,6 Millionen deutschen und verbündeten Soldaten, rund 3.600 Panzern und 2.700 Flugzeugen überfiel das faschistische Deutschland am 22. Juni 1941 die Sowjetunion, von Hitler als der größte Kampf der Weltgeschichte deklariert - geplant und durchgeführt als Vernichtungskrieg.

Die Sowjetunion kostete der Kampf auf Leben und Tod, kostete ihre Befreiung 20 Millionen Menschenleben; davon 10 Millionen, die außerhalb der eigentlichen Kampfhandlungen getötet wurden, unter ihnen 3,3 Millionen Kriegsgefangene und 2 Millionen Juden. (1)

Bereits im Juli 1940 hatten die Oberkommandos des Heeres, der Luftwaffe und der Kriegsmarine in Stellungnahmen den Erfolg eines Feldzuges gegen die UdSSR ausgesprochen positiv gesehen. Der zunächst für den Überfall vorgesehene Zeitpunkt Mai 1941, um "die Gefahr des Bolschewismus ein für allemal aus der Welt zu schaffen", so General Jodl vom Oberkommando der Wehrmacht (OKW), wurde später auf den 22. Juni 1941 verschoben. Mit Hitlers Weisung Nr. 21 vom 18.12.1940 an die "Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht" ("Fall Barbarossa") begann die konkrete, detaillierte und akribisch genaue Vorbereitung für den "Kampf zweier Weltanschauungen" zur "Ausrottung" des Kommunismus "für alle Zeiten", "zur Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und kommunistischen Intelligenz" und zur physischen Vernichtung der "jüdisch-bolschewistischen" Bevölkerung. (2)

Die im Vorfeld des 22. Juni herausgegebenen Erlasse, Richtlinien, Anordnungen des OKW (Oberkommando der Wehrmacht) wurden vom 1. Tag des Überfalls an genauestens befolgt: Ihre Einhaltung garantierte und überwachte nicht nur die der Wehrmacht umgehend folgenden Einsatzgruppen der SS, sondern auch die Wehrmacht durch Mit- und Beihilfe und direkte Übernahme von Aufträgen der SS.

In den Richtlinien des OKW für das "Verhalten der Truppe in Rußland" (19.5.41) heißt es u.a.:

"1. Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen deutschen Volkes. Dieser zersetzenden Weltanschauung und ihren Trägern gilt Deutschlands Kampf.

2. Dieser Kampf verlangt rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden und restlose Beseitigung jedes aktiven und passiven Widerstandes.

3. Gegenüber allen Angehörigen der Roten Armee - auch den Gefangenen - ist äußerste Zurückhaltung und schärfste Achtsamkeit geboten, da mit heimtückischer Kampfweise zu rechnen ist. Besonders die asiatischen Soldaten der Roten Armee sind undurchsichtig, unberechenbar, hinterhältig und gefühllos.

4. Bei der Gefangennahme von Truppeneinheiten sind die Führer sofort von den Mannschaften abzusondern (...)" (3)

Der Mord an der jüdischen Bevölkerung

Die Ermordung von fast der Hälfte der sowjetischen Juden (2,2 von 4,7 Millionen jüdischer Menschen) wurde angewiesen durch die von Hitler selbst redigierte Ziffer 2b der "Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa)" vom 13. März 41, erlassen gegen "jüdischen Bolschewismus", "bolschewistische Kommissare", "kommunistische Intelligenz". Sie lautet: "Im Operationsgebiet des Heeres erhält der Reichsführer SS zur Vorbereitung der politischen Verwaltung Sonderaufgaben im Auftrag des Führers, die sich aus dem endgültig auszutragenden Kampf zweier entgegengesetzter politischer Systeme ergeben. Im Rahmen dieser Aufgaben handelt der Reichsführer SS selbständig und in eigener Verantwortung." (4)

Die 4,7 Millionen sowjetischer Juden lebten fast ausschließlich in den von den Deutschen besetzten Gebieten und vorwiegend in Städten, wo sie bis auf Moskau, Leningrad und Riga einen Bevölkerungsanteil von 30 bis 50 Prozent stellten. Diejenigen, die ihren Mördern entgehen konnten, waren entweder vor deren Einmarsch geflohen oder (ab Herbst 41) im Rahmen der Evakuierung großer Teile der Bevölkerung den Faschisten entkommen. (5)

Die vom Reichssicherheitshauptamt gebildeten vier Einsatzgruppen mit einer Gesamtstärke von etwa 3.000 Mann ermordeten mit logistischer Unterstützung der Wehrmacht und deren direkter Hilfe bis November 1942 820.000 vorwiegend jüdische Menschen durch Exekution, genauestens dokumentiert in durchnumerierten Meldungen, die zweimal wöchentlich an das Reichssicherheitshauptamt geschickt wurden. (6)

"Die Deutschen konnten ihre Arbeit rasch und effizient verrichten, weil der Tötungsvorgang standardisiert war. In allen Städten folgte man - mit geringfügigen Variationen - dem gleichen Verfahren. Die Erschießungsstätte befand sich für gewöhnlich außerhalb der Stadt, am Rande eines Massengrabs. (...) Die Juden wurden in Gruppen (Männer zuerst) von der Sammelstelle zum Massengrab geführt. (...) Vor ihrem Tod händigten die Opfer dem Leiter des Tötungskommandos ihre Wertsachen aus. Im Winter legten sie sodann ihre Mäntel ab; bei wärmerem Wetter mußten sie ihre gesamte Oberbekleidung und gelegentlich auch die Unterwäsche ausziehen." (7)

Ab Oktober 1942 wurden die den Faschisten in die Hände gefallenen sowjetischen Jüdinnen und Juden in Gettos gepfercht und umgebracht durch Hunger, Krankheit, wiederum Erschießungen und durch mobile Gaswagen, russisch Duschegubka, abgeleitet von duschegub (Mörder). (8)

Die hervorragende Zusammenarbeit mit der Wehrmacht war für die Einsatzgruppen selbst überraschend und sie meldeten, z.B. aus Tarnopol: "Wehrmacht erfreulich gute Einstellung gegen die Juden". Die Wehrmacht war immer wieder bedenkenlos bereit, Juden an die Einsatzgruppen auszuhändigen, diese um ein Einschreiten gegen Juden zu ersuchen, sich an den Tötungsaktionen selbst zu beteiligen und als "Vergeltung" für Angriffe auf Besatzungskräfte jüdische Geiseln zu erschießen. (9)

Der Kommissarbefehl

Die Einbeziehung der Wehrmacht in die nationalsozialistische Ausrottungspolitik wird besonders deutlich am Kommissarbefehl. Der Entwurf kam Anfang Mai vom OKH (Oberkommando des Heeres) und sah die Liquidierung aller Kommissare (ziviler und militärischer) vor, ohne daß das OKW bis dahin seinerseits aktiv geworden wäre, wenn auch die Vernichtung "aller Bolschewistenhäuptlinge und Kommissare" in Hitleranweisungen vom März 41 bereits angedeutet wurde.

Am 6. Juni 41 wurden die "Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare" als geheime Kommandosache vom OKW an die "Oberbefehlshaber der Armeen bzw. Luftwaffenchefs" übermittelt mit der Anweisung, die weitere Bekanntgabe nur mündlich vorzunehmen. In ihnen heißt es:

"Im Kampf gegen den Bolschewismus ist mit einem Verhalten des Feindes nach den Grundsätzen der Menschlichkeit oder des Völkerrechts nicht zu rechnen. Insbesondere ist von den politischen Kommissaren aller Art als den eigentlichen Trägern des Widerstandes eine haßerfüllte, grausame und unmenschliche Behandlung unserer Gefangenen zu erwarten.

Die Truppe muß sich bewußt sein:

1. In diesem Kampfe ist Schonung und völkerrechtliche Rücksichtnahme diesen Elementen gegenüber falsch. Sie sind eine Gefahr für die eigene Sicherheit und die schnelle Befriedung der eroberten Gebiete.

2. Die Urheber barbarisch asiatischer Kampfmethoden sind die politischen Kommissare. Gegen diese muß daher sofort und ohne weiteres mit aller Schärfe vorgegangen werden. Sie sind daher, wenn im Kampf oder Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu liquidieren. (...)

Politische Kommissare als Organe der feindlichen Truppe sind kenntlich an besonderen Abzeichen - roter Stern mit goldenem eingewebten Hammer und Sichel auf den Ärmeln - (...) Sie sind aus den Kriegsgefangenen sofort, d.h. noch auf dem Gefechtsfelde, abzusondern. Dies ist notwendig, um ihnen jede Einflußmöglichkeit auf die gefangenen Soldaten zu nehmen. Die Kommissare werden nicht als Soldaten anerkannt; der für Kriegsgefangene geltende völkerrechtliche Schutz findet auf sie keine Anwendung. Sie sind nach durchgeführter Absonderung zu erledigen." (10)

Die Behandlung der Kriegsgefangenen

Insgesamt wurden bis 1945 über 5 1/2 Millionen Rotarmisten gefangengenommen. Geschätzt wird, daß 500.000 sich befreien konnten und knapp 1 Million als "Hilfswillige" oder Freiwillige für die "Osttruppen" entlassen wurden.

Anfang Januar 1945 lebten noch ca. 900.000 gefangene Rotarmisten, ca. 3,3 Millionen waren verhungert, erfroren, an Krankheiten infolge der mörderischen Behandlung der Gefangenen gestorben und erschossen worden, etwa 2 Millionen schon vor dem Frühjahr 1942. (11)

Die "Bestimmung über das Kriegsgefangenenwesen im Fall Barbarossa" durch das OKW war am 16.6.41 ergangen: "Der Bolschewismus ist der Todfeind des Nationalsozialistischen Deutschland. Gegenüber den Kriegsgefangenen der Roten Armee ist daher äußerste Zurückhaltung und schärfste Wachsamkeit geboten. Mit heimtückischem Verhalten insbesondere der Kriegsgefangenen asiatischer Herkunft ist zu rechnen. Daher rücksichtsloses und energisches Durchgreifen bei den geringsten Ansätzen von Widersetzlichkeit, insbesondere gegenüber bolschewistischen Hetzern. Restlose Beseitigung jedes aktiven und passiven Widerstandes ..."

Über den Kommissarbefehl hinaus verfügte der Befehl vom 16.6. die Absonderung von Offizieren und Unteroffizieren und die Absonderung nach "Volkstumsgruppen". Das ermöglichte den Einsatzgruppen des SD (Sicherheitsdienst), die Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht nach "auszuscheidenden Elementen" durchzukämmen, nach Juden, nach Kommissaren, nach der "sowjetisch-russischen Intelligenz", nach "Aufwieglern". (12)

"In Borispol wurden auf Anforderung des Kommandanten der dortigen Kriegsgefangenenlager durch einen Zug des Sonderkommandos 4a am 14. Oktober 752 und am 18. Oktober 357 jüdische Kriegsgefangene, darunter einige Kommissare und 78 vom Lagerarzt übergebene jüdische Verwundete, erschossen. Hierzu ist zu bemerken, daß die reibungslose Durchführung der Aktionen in Borispol nicht zuletzt auf die tatkräftige Unterstützung durch die dortigen Wehrmachtsdienststellen zurückzuführen war." (Ereignismeldung der Einsatzgruppe C). (13)

Alexander Wassiljew, der Autor von "Rückkehr nach Stukenbrock", beschreibt das erste Kriegsgefangenenlager, das er kennenlernen mußte, als ein mit Stacheldraht umzäuntes Gelände ohne Baracken und sanitäre Anlagen, auf dem die Gefangenen bis in den Winter hinein in Gräben und Erdlöchern dahinvegetieren mußten. Sie aßen das Gras des Lagergeländes und Baumrinde. (14)

Konstantin Simonow schildert in seinem Roman "Man wird nicht als Soldat geboren", wie eine herbeigerufene Militärärztin im Winter 42 bei Stalingrad ein solches Gefangenenlager betritt: "Etwa fünfzig Schritte vorm Tor war der niedrige schneebedeckte Hügel des nächsten Erdbunkers zu sehen; auch weiter weg waren links und rechts einige solcher Hügel zu erkennen. Der gesamte Raum vom Tor bis zu dem verschneiten Hügel mit dem sich dunkel abzeichnenden Bunkereingang war dicht mit Leichen bedeckt. Sie waren in den Schnee hineingetreten, hineingestampft, weil man hier schon seit langem nicht anders gehen konnte als über sie hinweg. Vereist, halb nackt, lagen sie mit übereinandergeworfenen Armen und Beinen da, so daß nicht zu unterscheiden war, was wem gehörte. Über diese Leichen führte ein von menschlichen Füßen getretener Pfad zu einer seitlich hinter der zweiten Drahtsperre gelegenen kleinen Baracke.

‚Dort soll ihre Verpflegungsausgabe gewesen sein, solange sie überhaupt noch etwas zu essen ausgaben', erklärte der Oberfeldwebel und deutete auf die kleine Baracke.

Er sagte das, als sie alle zusammen vor den ersten Toten stehenblieben. Es war ihnen bereits klar, daß sie jetzt über diese hinweggehen müßten, und trotzdem blieben sie stehen und suchten mit den Augen eine freie Stelle, auf die man den Fuß setzen könne. Doch es gab keine freie Stelle.

‚Verzeiht uns, Genossen', sagte Rosljakow heiser. Er nahm die Pelzmütze ab, setzte sie wieder auf und trat dann als erster mit seinem Stiefel auf einen nackten starrgefrorenen Rücken." (15)

Anfang 1942 verbesserte sich die Versorgung der sowjetischen Kriegsgefangenen geringfügig, da durch das Scheitern der Blitzkriegsstrategie in der Sowjetunion die Kriegsgefangenen in der deutschen Industrie und Landwirtschaft gebraucht wurden. An die Stelle der nackten Vernichtung trat die Vernichtung durch Zwangsarbeit.

Verbrannte Dörfer

"Dieser ungeheuerlichste Angriffs-, Raub- und Vernichtungskrieg der neueren Geschichte hat jedem zehnten Sowjetbürger das Leben gekostet, ein Drittel des bebaubaren Landes verwüstet und ca. die Hälfte des sowjetischen Industriepotentials vernichtet. Außerdem wurden 15 Großstädte, 1.710 Kleinstädte und ca. 70.000 Dörfer ganz oder teilweise verwüstet, wodurch 25 Millionen Menschen ihr Obdach verloren." (16)

Tausende von Dörfern wurden - wie die in der BRD etwas bekannteren Orte Lidice (CSFR) und Oradour (Frankreich) - durch "Strafexpeditionen" niedergebrannt, die Bewohner verbrannt, erschossen, aufgehängt, verschleppt. Partisanenaktivitäten dienten als bequemer Vorwand für dieses unvorstellbare Verbrechen, besonders den Wehrmachtsbefehlshabern. SS und die SD-Einsatzgruppen benötigten selbstverständlich nicht einmal einen solchen Vorwand.

Bis ins Detail geregelt war der Umgang der Angreifer mit der Zivilbevölkerung im OKW-"Erlaß über die Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet ‚Barbarossa' und über besondere Maßnahmen der Truppe" vom 13. Mai 1941 (gez. Keitel). Danach wurde die Kriegsgerichtsbarkeit ersetzt durch umgehende Liquidierung bei "Freischärlern", "Straftaten feindlicher Zivilpersonen", "Angriffe(n) feindlicher Zivilpersonen gegen die Wehrmacht" mit dem ausdrücklichen Verbot, "Verdächtige zu verwahren". "Gegen Ortschaften, aus denen die Wehrmacht hinterhältig oder heimtückisch angegriffen wurde, werden unverzüglich auf Anordnung eines Offiziers ... kollektive Gewaltmaßnahmen durchgeführt ..." (17)

Gleichzeitig wurde die gerichtliche Verfolgung von Wehrmachtsangehörigen bei Verbrechen gegenüber der Zivilbevölkerung ausdrücklich außer Kraft gesetzt.

Als wenige Beispiele dieser unvorstellbaren Verbrechen seien angeführt:

- Am 29. November 41 wurden in Rostow 26.000 Einwohner und Hunderte Rotarmisten erschossen.

- Im Dezember 41 wurden in Kertsch an der Krim über 7.000 Einwohner erschossen und beim Rückzug der Deutschen zahlreiche Dörfer dem Erdboden gleichgemacht.

- In Charkow wurde nach der Befreiung ein Massengrab mit 14.000 Leichen geöffnet.

- Im Donezgebiet wurden mehr als 200.000 Zivilisten ermordet.

- In Smolensk wurden 380.000 Sowjetbürger umgebracht. Nach dem Krieg fand man ein Massengrab mit 135.000 Toten.

- In Minsk fielen während der Besetzung 700.000 Menschen den Deutschen zum Opfer, 70.000 Minsker wurden zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Nach der Befreiung fand man Massengräber mit 120.000 Kriegsgefangenen.

- In einem Kriegsgefangenenlager bei Kiew haben die Deutschen bei ihrem Rückzug 680.000 Kriegsgefangene liquidiert. (18)

In einem Augenzeugenbericht von Maria Fjodorowna Kot aus dem Dorf Bolschije Prussy, Rayon Kopylsk, Gebiet Minsk: "Und als sie in die Türen, in die Fenster schossen, sagte meine Jüngste ‚O Mami'! Ich sah sie an, sie war hier getroffen, an der Nasenwurzel, sie röchelte nur noch kurz. Die andere, meine Älteste, war schon sechzehn. Die da ist es, auf dem Photo. Sie brachten uns um, aber ich spürte, daß sie auch den Nachbarn hinterm Ofen den Rest geben wollten, und öffnete die Augen. Die Frau küßte einem die linke Hand, ließ ihn nicht ans Bett - da waren die Kinder, und die piepsten, großer Gott! Der andere sah, daß ich alles beobachtete, kam an und - tack, tack, tack! Als wär's jetzt, so seh ich den blauen Revolver vor mir, ganz blau war er, und er schoß mir ins Gesicht, mitten ins Gesicht. Er schleifte mich an den Beinen von meinen Kindern weg. Aber ich lebte. Wieder hörte ich Schritte. Dachte, das sind noch mal die Deutschen. Doch es war mein Sohn Shora ..." (19)

Konstantin Simonow schreibt als Kriegsberichterstatter in seinem Kriegstagebuch über einen Prozeß in Charkow gegen drei Deutsche und einen Russen: "Dem Russen schlug aus dem Gerichtssaal noch tieferer Haß entgegen als den drei Deutschen, weil man sehr wohl wußte, daß ohne solche wie diesen vierten, solche Deutschen wie diese drei in einem fremden Land daständen, als hätten sie keine Arme. Trotzdem war das Neue, was ich damals auf diesem Prozeß fühlte, nicht Haß - ihn hatte ich auch schon früher verspürt, sondern

die Erschütterung darüber, zum erstenmal nicht von irgend jemandem zu hören: ‚Sie haben gemordet, sie haben niedergebrannt, sie haben zu Tode gefoltert', sondern in der ersten Person, über sich selbst, und zwar laut: ‚Ich habe gemordet', ‚ich habe erschossen', ‚ich habe sie reingestoßen und den Wagenkasten geschlossen', ‚ich habe aufs Gaspedal getreten' (...) Während der Hinrichtung (der vier Nazimörder, AK) schwieg die Menge auf dem Platz gesammelt. Weder damals noch später bereute ich, auf den Platz gegangen zu sein. Nach allem, was ich beim Prozeß gehört hatte, mußte ich auch das sehen." (20)

Zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt

Als Ende 1941 unübersehbar war, daß die Sowjetunion nicht durch einen Blitzkrieg zu Boden geworfen werden konnte, wurden für die deutsche Rüstungsindustrie und die Landwirtschaft Millionen von vor allem sowjetischen jungen Frauen und jungen Männern verschleppt, insgesamt ca. 2,1 Millionen. 630.000 Kriegsgefangene unterlagen zusätzlich dem Programm Vernichtung durch Arbeit.

Bei der Anwerbung wurden Methoden verwandt, die selbst Beamte des Ostministeriums als Sklavenhandel bezeichneten. "Es setzte eine regelrechte Menschenjagd ein. Ohne Rücksicht auf Gesundheitszustand und Lebensalter wurden die Menschen nach Deutschland verfrachtet." (21) Die Sklavenhalterfirmen waren u.a.: Siemens, AEG, Telefunken, Rheinmetall-Borsig, BMW, Daimler-Benz, Volkswagen-Werke, Ford, Demag, Blohm & Voss, Deutsche Werft, Continental Gummi, Hanomag etc. (22)

Im März 1942 wurde - zur Organisierung und Koordinierung der Zwangsarbeiter- und Zwangsarbeiterinnenbeschaffung - der NS-Gauleiter von Thüringen, Fritz Sauckel, als "Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz" ernannt.

Wenn demagogische Anwerbungsversuche nicht fruchteten, wurden ganze Dörfer ausgehoben. Später, als sich herumgesprochen hatte - u.a. durch große Flugblatt-Aktionen der sowjetischen Führung - was die Frauen und Männer in Deutschland erwartete, wurden die Methoden noch brutaler. So schildert ein Augenzeuge aus einem Dorf in der Ukraine: "Es kam der Befehl, 25 Arbeiter zu stellen, aber keiner hat sich gemeldet, alle waren geflohen. Dann kam die deutsche Gendarmerie und fing an, die Häuser der Geflohenen anzuzünden ... Man verbot den herbeigeeilten Leuten zu löschen, schlug und verhaftete sie, so daß sechs Höfe niederbrannten. Die Gendarmen zündeten unterdessen andere Häuser an, die Leute fallen auf die Knie und küssen ihnen die Hände, die Gendarmen aber schlagen mit Gummiknüppeln auf sie los und drohen, daß sie das ganze Dorf niederbrennen werden. Man fängt Menschen, wie die Schinder früher Hunde gefangen haben." (23)

Am 10. September 42 wurde mit dem Erlaß für die Hereinholung von Ostarbeiterinnen eine halbe Million Frauen zwischen "15 und 35", "von kräftiger körperlicher Konstitution", als Haushaltssklavinnen für deutsche Familien angefordert. Im "Merkblatt für die Behandlung der ausländischen Zivilarbeiter im Reich" hieß es: "Die im Reiche eingesetzten hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen stehen in einem Beschäftigungsverhältnis eigener Art. Die deutschen arbeitsrechtlichen und arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften finden auf sie nur insoweit Anwendung, als dies besonders bestimmt wird (...) Ein Anspruch auf Freizeit besteht nicht. Hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen dürfen sich grundsätzlich außerhalb der Haushalte nur bewegen, um Angelegenheiten der Haushaltungen zu erledigen ... Bekleidung kann grundsätzlich nicht gewährt werden ..." (24)

Die aus der deutschen Sklaverei geflüchtete Kolchosbäuerin Warwara Bachtina aus der Nähe von Kursk sagte vor sowjetischen Behörden zu ihrer Verschleppung aus: "Aus Kursk waren wir mit dreitausend Menschen abgefahren, aber fast auf jeder Station warf man kranke oder vor Hunger sterbende Menschen hinaus. In Deutschland sperrte man uns in ein Lager ein, wo sich sowjetische Kriegsgefangene befanden. Es war ein Revier in einem Walde, das mit einem hohen Stacheldrahtzaun umgeben war. Vier Tage später wurden wir auf einzelne Orte verteilt". (25)

Vom 12. Juni 1944 stammt ein Vermerk, der unter dem Namen "Heuaktion" die systematische Deportation von Kindern plante. Die Heeresgruppe Mitte bekundet darin die Absicht, "40-50.000 Jugendliche im Alter von 10-14 Jahren zu erfassen und ins Reich zu bringen". Die Kinder sollten hauptsächlich dem deutschen Handwerk (welches die Initiative sehr begrüßte) zur Verfügung gestellt werden und als Nebeneffekt die "biologische Kraft des Gegners" geschwächt werden. (26)

Michael Schneider ist bei einem Besuch in der Sowjetunion Oleg Tichonow begegnet, der mit neuen Jahren gemeinsam mit seiner Mutter ins Deutsche Reich verschleppt wurde: "Der Transport endete in Simmern, einer Kleinstadt im Hunsrück. Zusammen mit anderen zwangsverschleppten Russen wurden Oleg und seine Mutter unter strenger Bewachung auf dem Marktplatz ausgestellt. Er trug ein Pappschild mit der Aufschrift ‚5 RM' um den Hals, seine Mutter wurde für 25 Reichsmark feilgeboten. Er wurde von einem Gutsbesitzer, sie von einem deutschen Fabrikanten gekauft.

Vier Jahre lang hat der Halbwüchsige zusammen mit russischen, polnischen und französischen Zwangsarbeitern auf einem Gutshof in der Nähe von Simmern gearbeitet. Er lebte von seiner Mutter getrennt; nur dreimal durfte er sie in den vier Jahren bis Kriegsende besuchen. Damals habe er zwar gelernt, die deutsche Sprache zu verstehen, doch gesprochen habe er sie nicht. Er konnte und wollte die Sprache seiner Sklavenhalter nicht sprechen." (27)

Konzentrationslager

Je mehr Niederlagen die Rote Armee bei ihrem Vormarsch den Deutschen beibringen konnte, desto mehr ließen sich diese neue Bestialitäten gegen die Zivilbevölkerung einfallen. "So wurden in Weißrußland Todeslager errichtet, die nicht nur der Tötung der Menschen, die sich im Lager befanden, sondern auch der Verbreitung von ansteckenden Krankheiten ... dienten. (...) Für Konzentrationslager in der Nähe der Verteidigungslinie wählten die Deutschen vor allem Plätze, die zu halten sie kaum hoffen konnten. Dann konzentrierten sie große Massen von Russen in diesen Lagern, in die sie hauptsächlich Kinder, kranke Frauen und alte Männer steckten. Zum Schluß brachten sie in diese Lager, in denen vollkommen erschöpfte und kranke Menschen ohne jede Hygiene lebten, Tausende von Flecktyphuskranken, die eigens zu diesem Zweck aus verschiedenen, zur Zeit besetzten Gegenden der Weißrussischen Republik gebracht wurden. Unter den aus diesen Lagern Befreiten waren 15.960 Kinder unter 13 Jahren, 13.072 arbeitsunfähige Frauen, 4.448 alte Männer". (28)

Im KZ Salispils, wo zwischen Oktober 1941 und Oktober 1944 mehr als 100.000 Menschen umgekommen sind, darunter 7.000 Kinder, wurde diesen Kindern Blut extrahiert als Blutkonserven für deutsche Lazarette. Die Kinder, die so zu Tode gequält wurden, hatten Eltern, die Partisanen waren. (29)

Leningrad

Seit dem ersten Kriegstag gab es vor allen Partei- und Komsomolkomitees der Stadt lange Schlangen, die tagelang nicht kürzer wurden. Die Freiwilligen standen dort, ältere und junge Männer, Frauen und Mädchen, Parteimitglieder und Parteilose, alle meldeten sich zur Front. Am achten Kriegstag wurde die Volkswehr aufgestellt. Alle großen historischen Gebäude der Stadt werden gegen Luftangriffe mit Tarnnetzen überspannt; am 15. Juli (vierundzwanzig Tage nach dem Überfall) werden Lebensmittelkarten eingeführt. Die Kinder werden evakuiert. In Unkenntnis des Frontverlaufes und aufgrund des schnellen Vormarsches der Deutschen fahren auch Züge direkt auf die Front zu. Unter Bombardements kehren sie nach Leningrad zurück. Nach der Einnahme von Nowgorod durch die Deutschen wird die Gefahr der Einkreisung für die Stadt immer größer. Am 1. September 1941 fällt Schlüsselburg, damit ist die Einkreisung perfekt. Jede Nacht Bombenangriffe, die Stadt wird beschossen, aber sie verteidigt sich. Sie verteidigt sich, die Rotbannerflotte verteidigt sie, die Arbeiter in den Volkswehren verteidigen sie, die Frauen verteidigen sie.

Leningrad wird gehalten trotz Hungers, trotz Kälte, trotz Wassermangels.

Aus dem Wintertagebuch der kleinen Tanja Sawitschewa: "Großmutter ist am 25. Januar gestorben, Onkel Aljoscha am 10. Mai, Mama am 13. Mai um 7.30 morgens. Nur Tanja ist noch da." (30)

Die Brotrationen werden ab September 41 täglich geringer und sind für das Überleben zu wenig, wobei die schwer arbeitenden Menschen, das Militär und die Volkswehr ein wenig höhere Rationen erhalten. Für Hausfrauen, Angestellte, Alte und Kinder beträgt die tägliche Brotration 125 Gramm, eine Ration weit unter dem Existenzminimum. (31) So sterben die Menschen.

"Was soll ich Ihnen noch sagen? Bei uns saß ständig Miliz im Militärarchiv. Das waren alles prachtvolle Jungen, die Milizionäre, feine Kerle und alle noch jung. Es waren welche, die man für den Armeedienst einberufen und hier bei der Miliz behalten hatte. Sie wurden sehr schlecht verpflegt, wie auch die örtliche Luftverteidigung. Ich unterhielt mich oft mit ihnen, wir sprachen über die Geschehnisse jener Zeit und darüber,

was später sein würde. Und auf einmal sah man einen Menschen an und erkannte, daß seine Augen glasig wurden ... Zwei sind so vor meinen Augen gestorben. Sie reden immer langsamer, immer langsamer." (32)

"Sie gingen. Dann setzte sich einer auf den Gehsteig. Anfangs trat man noch zu ihm, später aber ging man einfach um ihn herum, und oft ist einer in dem Wasser angefroren, das dort entlangrann." (33)

"Wissen Sie, das hat mich auch beeindruckt. Man ging so schlürfend, konnte kaum die Füße bewegen, auch die Menschen rings um dich gingen so, bei dem einen baumelte irgendwo an seinem Körper eine Aktentasche, weil sie ihm zu schwer war, in der Hand zu tragen, hatte er sie sich um den Hals gehängt. Und alle gingen wir im Zeitlupentempo." (34)

Der Hunger war das Schlimmste, und es war faschistisches Kalkül, die Stadt verhungern zu lassen, nachdem die militärische Einnahme fehlgeschlagen war. Aber es war noch mehr und noch schlimmer: Die Kälte setzte den völlig geschwächten Menschen zu, die wegen ein bißchen Wärme zuerst ihre Möbel, dann die Dielenbretter und zum Schluß die Bücher verheizten. Es fehlte Wasser: Die Wasserleitungen waren eingefroren, das Wasser mußte mit Eimern von Wasserstellen oder direkt von der Newa geholt werden, und das von verhungernden Menschen.

Aber die Leningrader gaben nicht auf. Sie errichteten ab Ende November 1941 unter großen Anstrengungen und vielen Opfern die "Straße des Lebens" über das Eis des Ladogasees, brachten darüber Lebensmittel, Kriegsgerät und Soldaten in die Stadt, brachten die Alten, die Mütter und die Kinder heraus und über die Eisstraße ins sichere Hinterland.

"Der erste Punkt, an dem der deutsche Angriff sein strategisches Ziel verfehlte, war Leningrad, die Stadt, die seit Mitte Juli angegriffen wurde, konnte zwar Anfang September weitgehend eingeschlossen, aber nicht, wie vorgesehen, gestürmt und ‚dem Erdboden gleichgemacht werden'. ‚Im ersten Halbjahr 1942 starben über 600.000 Einwohner Leningrads an Hunger'. Die Gesamtzahl der Bewohnerinnen und Bewohner Leningrads, die durch die deutsche Belagerung ums Leben kamen, wird auf bis zu 1,5 Millionen geschätzt." (35)

Bei Leningrad gingen die faschistischen Pläne zum ersten Mal nicht auf.

Das endgültige Scheitern des Vernichtungskampfes gegen die Sowjetunion wurde am 8. Mai 1945 (nach Moskauer Zeit der 9. Mai 1945) in Berlin-Karlshorst besiegelt, wo Keitel, Stumff und Friedeburg die bedingungslose Kapitalation unterschreiben. Konstantin Simonow beschreibt das als Augenzeuge: "Am zentralen Tisch beginnt die Unterzeichnung der Dokumente. Ihre Unterschrift leisten Shukow, Tedder, Spaatz, als letzter Lattre de Tassigny ... Shukow steht auf und sagt: ‚Der deutschen Delegation wird vorgeschlagen, die Urkunde über die bedingungslose Kapitulation zu unterschreiben'. Der Dolmetscher übersetzt die Aufforderung ins Deutsche, und Keitel, der den Sinn der Worte schon erfaßt hat, ehe alles übersetzt ist, vollführt eine Handbewegung auf sich zu als Zustimmung, daß ihm die Urkunde zur Unterschrift vorgelegt werden soll. Shukow streckt jedoch mit einer kurzen Bewegung den Arm in Richtung der Deutschen aus, deutet auf den Tisch, an dem die Verbündeten sitzen und sagt hart: ‚Sollen sie zum Unterschreiben herkommen'." (36)

B. (Westberlin)

Zur Thematik dieses Artikels sei sehr empfohlen ein Besuch des "Museum der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschland im Großen Vaterländischen Krieg 1941-1945", Berlin 1157 (Karlshorst), Fritz-Schmenckel-Straße

Quellen

1) Michael Schneider, Das "Unternehmen Barbarossa", Frankfurt 1989 (Sammlung Luchterhand)

2) Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. "Unternehmen Barbarossa" 1941, Herausgegeben von Gerd R. Überschär/Wolfram Wette, Frankfurt 1991 (Fischer Verlag), S. 41, zitiert dort nach Kriegstagebuch Halder, Chef des Generalstabes des Heeres

3) Überschär/Wette, Dokumentenanhang

4) Überschär/Wette, S. 191

5) nach Raul Hilberg, Die Vernichtung der Europäischen Juden, Berlin 1982 (Olle & Wolter)

6) Überschär/Wette, S. 194

7) Raul Hilberg, S. 228

8) Konstantin Simonow, Kriegstagebücher 2. 1942-1945, Berlin (DDR) 1979 (Volk und Welt), S. 328

9) Raul Hilberg, S. 216

10) Überschär/Wette, Dokumentenanhang

11) Überschär/Wette, S. 160

12) zitiert nach Stern Nr. 18 vom 23.4.81

13) ebenda

14) Rady Fish/Michael Schneider, Iwan der Deutsche, Frankfurt 1989 (Luchterhand Literaturverlag)

15) Konstantin Simonow, Man wird nicht als Soldat geboren, Berlin (DDR) 1967 (Verlag Kultur und Fortschritt), S. 426

16) Fish/Schneider, S. 267

17) Überschär/Wette, Dokumentenanhang

18) Fish/Schneider, S. 110 und 111

19) Ales Adamowitsch, Stätten des Schweigens, Köln 1985 (Pahl-Rugenstein)

20) Konstantin Simonow, Kriegstagebücher 2. 1942-1945, s.o.

21) Schneider, s.o.

22) Schneider, s.o.

23) AK Nr. 272, 1986, S. 40ff

24) Prozeßprotokolle der Nürnberger Prozesses, Bd. 8, München und Zürich 1984 (Delphin), S. 170

25) s.o., Bd. 8, S. 177

26) s.o., Bd. 3, S. 455, 456

27) Fish/Schneider, S. 192

28) Prozeßprotokolle, s.o., Bd. 7, S. 635 und 636

29) Fish/Schneider, S. 227

30) Ales Adamowitsch/Daniil Granin, Das Blockadetagebuch, Zweiter Teil, Berlin (DDR) 1984 (Volk und Welt), S. 9

31) Fish/Schneider, S. 161

32) bis (34) aus: Das Blockadetagebuch. Erster Teil

35) AK Nr. 255, 1985, S. 16

36) Konstantin Simonow, Kriegstagebücher 2, s.o.

Am 29. und 30. September 1941 wurden bei Kiew 33.771 Juden - Frauen, Männer und Kinder - in der Schlucht von Babij Jar, der "Schlucht der Guten Frauen", ermordet. 20 Jahre später schrieb Jewtuschenko:

Über Babij Jar, da redet der Wildwuchs, das Gras,

Streng, so sieht sich der Baum an,

mit Richter-Augen.

Das Schweigen rings schreit.

Ich nehme die Mütze vom Kopf, ich fühle,
ich werde
grau.
Und bin - bin selbst
ein einziger Schrei ohne Stimme
über tausend und aber
tausend Begrabene hin.
Jeder hier erschossene Greis -
ich.
Jedes hier erschossene Kind -
ich.
Nichts, keine Faser in mir,
vergißt das ja.

9. Berlin kassiert ab. Wohnheimmiete als Waffe gegen AusländerInnen

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:26

Mietwucher gerät immer häufiger in die Ostberliner Öffentlichkeit. Noch handelt es sich scheinbar um Einzelfälle. AusländerInnen jedoch, die per Regierungsabkommen in die DDR geholt und in sogenannten Wohnheimen untergebracht wurden, zahlen zum Teil bereits seit Juli letzten Jahres ein Vielfaches an Miete für die gleichen Wohnungen wie ihre deutschen Nachbarn: pro "Bettenplatz" 225 DM und mehr. Mietsubventionen, für die früher die Betriebe zuständig waren, will keiner übernehmen. Im Durcheinander der DDR- Annexion fällt das aber kaum auf.

Die meist arbeitslos gewordenen Vertragsarbeiter aus DDR-Bruderländern will die BRD schnellstmöglich loswerden, denn der ostdeutsche Markt bietet billige Arbeitskräfte zur Genüge. Zwar wurden offiziell die Regierungsabkommen übernommen, aber jedes Druckmittel, Vietnamesen, Mocambiquaner, Angolaner zur "freiwilligen" Ausreise zu bewegen, ist diesem Staat recht. Heute leben die ImmigrantInnen in noch rechtloseren Verhältnissen als zu DDR-Zeiten, was sich in der angespannten sozialen Situation verheerend auswirkt.

Ein Baustein der sauberen Abschiebung sind Wuchermieten für die überbelegten, heruntergekommenen Heim-Wohnungen, die eigentlich drei Monate nach Kündigung des Arbeitsplatzes geräumt werden müßten. Den darüber hinaus bestehenden "Anspruch auf angemessenen Wohnraum wie für DDR-Bürger" gibt es ausschließlich auf dem Papier einer Verordnung vom 13.6.1990. Der Markt ist dicht, selbst geübte Wessis kommen nur noch selten an erschwingliche Ostwohnungen ran. Für Wohnheime gilt angeblich keine Mietpreisbindung, alle Kosten werden in der Regel auf die Bewohner abgewälzt - so was nennt sich "kostendeckende Miete" - die Höhe entspricht jedoch den Preisen besserer Westberliner Wohngegenden. Demgegenüber wird selbstverständlich das Arbeitslosengeld weiterhin nach DDR-Löhnen berechnet.

Vor Ort betrachtet erweist sich die juristische Konstruktion der"Wohnheimplätze" als absurd: Deutsche und AusländerInnen leben in den selben Plattenbauten vom Wohnblocktyp "WBS 70", nur in unterschiedlichen Aufgängen. Zur "voll möblierten Wohneinheit" eines Vietnamesen gehört oft kaum mehr als ein Tisch, Bett, Stuhl sowie ein Vorhang, um die eigenen 5m2 abzugrenzen; dazu Blümchentapeten in schmuddelfarbigem DDR-Standard, gängiger Wandschmuck sind Frauenposter. Mehrere Personen teilen sich ein Zimmer. Die Wohnungsbaugesellschaft beklagt die hohe Dunkelziffer der schwarz Wohnenden und sieht sich außerstande, dies zu kontrollieren, die Enge entspräche allerdings "sowieso den Bedürfnissen der Vietnamesen, die wollen gar nicht so weit auseinander wohnen".

Auch die Sicherheit der Wohnungen ist keineswegs gewährleistet. Trotz regelmäßiger rassistischer Angriffe lehnt die Baugesellschaft heiminterne Notrufleitungen zum nächsten Telefonanschluß ab. "Nicht, daß es nicht nötig wäre, aber mit den Informationen bei den Vietnamesen klappt es ganz gut", so die Dame für Öffentlichkeitsarbeit. Dachte sie vielleicht an die Bewohner der Zingsterstraße, die sich durch Klopfzeichen an den Heizungsrohren warnen? Die Papptüren in real-sozialistischen Wohnsilos lassen sich mit kräftigen Tritten oder einfachem Schraubenzieher öffnen. Kein Problem in einer wohlgeordneten und gut überwachten Gesellschaft, aber inzwischen sind die Trabantenstädte zum Pulverfaß geworden, in dem sich von Tag zu Tag mehr sozialer Sprengstoff ansammelt.

Längst ist in den Medien das wachsende rechtsextremistisch orientierte Gewaltpotential vor allem bei jugendlichen Ex-DDR'lern zum Dauerbrenner geworden, obwohl dort nur ein Bruchteil der Vorfälle ankommt. Weitgehend verschwiegen wird jedoch die Gewaltbereitschaft der Staatsdiener. Bei Überfällen auf Wohnheime verwechseln die Bullen schon mal Täter und Opfer. Wenn AusländerInnen sich wehren, kann daraus ein Anlaß zur Razzia werden.

AusländerInnen ohne Mietrecht

Staatliche Willkür ist im Osten nichts Ungewöhnliches, auch wenn sie jetzt im Westen gemacht wird. Da viele Übernahmeverträge und Verordnungen widersprüchlich und lückenhaft sind, schafft die totale Überlastung des gesamten juristischen Systems quasi rechtsfreie Räume, die nicht zuletzt der Finanzsenat und die

Ausländerbehörden zu nutzen wissen. Die stille Mietexplosion für ImmigrantInnen in Ostberlin ist von der Stadt verursacht. Durchgesetzt wird sie von der "AR WO GE", der Arbeitnehmer-Wohnungsbauten-Ge- sellschaft mbH. Das ist die ehemalige AWHV (Arbeiterwohnheimverwaltung), die im August 1990 in eine GmbH umgewandelt wurde. Alleiniger Gesellschafter ist die Stadt Berlin, alle Geschäftsführer sind aus dem Westen. Die Gründung der AR WO GE fußt auf einer politischen Fehlentscheidung des Ostberliner Magistrats im Juni 1990. Im Umwandlungsbeschluß wurde weder einkalkuliert, daß nicht mehr "volkseigene" Betriebe sich von Mietsubventionen für ausländische Werktätige befreien würden, noch daß arbeitslose AusländerInnen von ihrem Recht, bis Vertragsende in Deutschland zu bleiben, Gebrauch machen könnten.

Die neuen Chefs aus dem Westen definierten als Geschäftszweck der AR WO GE nicht etwa, den derzeitigen HeimbewohnerInnen, die über die Betriebe ihren Bettenplatz zugewiesen bekamen, zumutbare Wohnungen zu bieten. Diese will die Gesellschaft nämlich "zuziehenden Arbeitnehmern zum vorübergehenden Gebrauch" vermieten.

Hierbleiben ist nicht eingeplant. Spätestens nach Entlassung der AusländerInnen kündigen die Betriebe verständlicherweise auch ihre Mietverträge mit der AR WO GE. Für den Mietzuschuß ist von da an niemand mehr zuständig. Der Arbeitslose sitzt in einer Rechtslücke. Nach Ansicht der AR WO GE hat er keine Unterkunft, er ist quasi Besetzer, da die Gesellschaft laut Satzung an "Arbeitnehmer" vermieten soll. Sie kann zwar "freien Wohnraum ... an andere Bewerber vermieten", aber das gilt nicht für den theoretisch rausgeflogenen Bewohner. Sein Bett ist nicht frei, sondern laut AR WO GE "in nicht vermietbarem Zustand" - es wird ja von ihm selbst besetzt.

Wer dieser Logik noch folgen konnte, kann es mit einer noch verknoteteren versuchen. AR WO GE mietet in Marzahn ganz normale Wohnungen von der KWV, bzw. deren Nachfolge-Wohnungsbaugesellschaft an, allerdings nicht nur ohne Mietpreisbindung sondern auch zu Gewerbe-Tarifen, da die alten DDR-Verträge einfach übernommen wurden. Die AWHV vermietete an die Betriebe, diese an ihre Arbeitskräfte, denen dafür 30 Mark vom Lohn abgezogen wurde. Die inzwischen überwiegend arbeitslosen vietnamesischen MieterInnen werden freundlicherweise nicht rausgeschmissen. Sie dürfen bei der AR WO GE neue Verträge unterschreiben, die jedoch weder West- noch Ostmietrecht entsprechen. Für eine Wohneinheit in einer Ein-Raum-Wohnung "zum vorübergehenden Gebrauch", inclusive vertraglicher Verpflichtung, "sich schnellstmöglich eine andere Wohnung zu suchen", müssen 450 DM hingeblättert werden. Um eine "Mietpreissenkung zu ermöglichen", ist Doppelbelegung der Wohneinheit gestattet. Die AR WO GE versteht dies ausdrücklich als Entgegenkommen gegenüber den AusländerInnen, da so "Obdachlosigkeit" verhindert wird. Sie sieht auch keine Veranlassung, die Wohnungen an die KWV zurückzugeben, denn "es besteht keine Anforderung von der Wohnungsverwaltung in Marzahn". Die "Heimbewohner" zahlen die angeblich kostendeckende Miete von 17,65 DM pro m2. Berlin spart dadurch erstens die Subventionen, die für die Deutschen fällig sind, und zweitens können auf Kosten der VietnamesInnen auch noch einige Zeit Hausmeister und Verwaltungspersonal beschäftigt werden. Erst wenn die Bewohner wissen, daß sie neuerdings wohngeldberechtigt sind und dies auch nutzen, fließen wieder Staatsgelder in diese Wohnungen.

Rassismus hat viele Formen

Die AR WO GE ist das Beispiel eines alltäglichen Skandals, der kaum jemanden interessiert. Rassismus kennt viele Formen, nicht nur die nackte Gewalt. Unter den rundum neuen gesellschaftlichen Bedingungen muß auch Widerstand neu entwickelt werden. Ostberlin braucht dringend die Erfahrungen und Hilfe aus Westberlin, weil sich nicht nur frustrierte DDR-Bürger, sondern auch die "West"polizei, -vermieter und -behörden im Osten häufig weitaus unverschämter verhalten. Daß ausgerechnet in dieser Situation beinahe die gesamte Linke zwischen Selbstfindung und Resignation taumelt, stimmt nicht gerade hoffnungsvoll. "Solidarität" klingt altmodisch, geradezu zum "vergessen ..."

Gegen den Haß auf ImmigrantInnen kämpft auf dem politischen Parkett derzeit nur eine Handvoll Leute. Aber es gibt massenweise Jugendliche, die Fascho- Outfit zur Mode machen. Meistens sind es keine organisierten Neonazis, von denen die rassistische Gewalt ausgeht, sondern die "ganz normalen" Kids aus der Nachbarschaft. Und die Väter ereifern sich verbal, zum Beispiel darüber, "was die Fitschis für Autos fahren", wenn mal ein Vietnamese mit einem etwas neueren West-Auto zu sehen ist. Bedrohlich ist aber vor allem das gesellschaftliche Klima, in dem es zur Selbstverständlichkeit wird, wenn mit Einbruch der Dunkelheit für AusländerInnen ungeschriebene Ausgangssperren bestehen.

ma., Berlin

Anmerkung:

Alle Zitate mit Positionen der AR WO GE sind Aussagen von Dagmar Sohlich, die für Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist.

10. Wohnungsmarkt im wilden Osten: Eldorado für Spekulanten und Abschreibungsgesellschaften

Rubrik: Wiedervereinigung; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:44

Ähnlich wie der Industrie und der Landwirtschaft steht dem Wohnungssektor der ehemaligen DDR eine flächendeckende Privatisierung ins Haus. Zwar liegt diese Umstrukturierung noch in den ersten Zügen, denn die ungeklärten Eigentumsverhältnisse und die bislang niedrigen Mieten, behindern diese, doch schon jetzt werden die entscheidenden Weichen gestellt. Die Folgen, explodierende Mieten und Verdrängung der sozial schwachen Mieter, sind absehbar.

Das Credo der "sozialen Marktwirtschaft" ist auch, was die Wohnungswirtschaft angeht, inzwischen in den Stand der absoluten Wahrheit gehoben worden. Privatisierung und kostendeckende Miete seien die Vorausetzung für Investitionen, mit denen die Folgen von "40 Jahren sozialistischer Mißwirtschaft" beseitigt werden können. Wirksame soziale Absicherung würde durch das Wohngeld gewährleistet.

Vor der Wende befanden sich in der DDR 60% aller Wohnungen in staatlichem Besitz. Innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre sollen diese privatisiert werden. Bereits vor der Wiedervereinigung wurden die ehemaligen Kommunalen Wohnungsverwaltungen (KWV) in im Kommunalbesitz befindliche Wohnungsbaugesellschaften umgewandelt. Ihnen wurde der ehemals volkseigene Wohnungsbestand übertragen. Übernehmen mußten die Wohnungsbaugesellschaften auch die Altschulden der KWVs. Sie machen ca. 10.000 DM pro Wohnung aus. Die Zinsen aus diesen Altschulden belasten die Wohnungsbaugesellschaften erheblich und sollen den Privatisierungsdruck erhöhen. Zuschüsse zu den laufenden Kosten werden den Gesellschaften nur zögerlich gewährt, so daß viele von ihnen ständig am Rande des Konkurs stehen. In Dresden sah sich eine Wohnungsbaugesellschaft schon gezwungen, gerade fertiggestellte Wohnanlagen zu verkaufen, um den Unterhalt für andere Häuser zu gewährleisten. Damit liegt sie voll im Trend, denn nach Meinung der Bundesbauministerin Adam-Schwätzer soll mit dem Verkauf von Häusern die Instandsetzung und Modernisierung finanziert werden.

Die Rückgabe der Häuser an ihre früheren Besitzer bildet den ersten wichtigen Schritt der Privatisierung. Allerdings herrscht hier noch allgemeines Chaos vor. Über eine Millionen Anträge auf Rückerstattung enteigneter Häuser liegen den Behörden vor. Wie diese aufgearbeitet werden sollen und wie lange es dauern wird, ist vollkommen unklar. Auch wenn in Einzelfällen von dem Grundsatz Rückgabe vor Entschädigung abgerückt wird, weil dieses der schnellen Umstrukturierung im Wege steht, ist doch damit zu rechnen, daß bei der Rückgabe sehr großzügig verfahren wird, um schnelle Ergebnisse zu erzielen. Spektakulär war der Vorschlag, den Wohnraum an die jetzigen Mieter billig zu verkaufen oder zu verschenken. Inzwischen heißt es nur noch, daß bei der Umwandlung in Eigentumswohnungen vorrangig an die Mieter verkauft werden soll. Doch angesichts von Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg werden wohl nur wenige das Geld für die notwendigen umfangreichen Instandsetzungen aufbringen können. Die übrigen Wohnungen werden dann an finanzkräftige Anleger verscheuert. Mieterhöhungen waren bis zu den Bundestagswahlen im Dezember ein Tabuthema, aber auch jetzt tut man sich schwer damit. Zu sehr wird der soziale Sprengstoff gefürchtet, den drastische Mieterhöhungen in sich bergen.

In der ehemaligen DDR waren die Mietpreise auf dem Niveau von 1936 eingefroren. Zwischen 0,65 DM und 0,86 DM pro Quadratmeter für Altbauwohnungen und 1,25 DM pro Quadratmeter für Neubauwohnungen, zuzüglich 0,40 DM pro Quadratmeter Heizkostenumlage, betrugen die Mieten zu DDR-Zeiten.

Zwar schreibt der Einigungsvertrag vor, daß die Mietsteigerungen der Einkommensentwicklung angepaßt werden müssen, aber dies spielt für die Politiker keine Rolle mehr. Die schrittweise Anpassung der Mieten an das Westniveau soll möglichst ohne soziale Konflikte durchgeführt werden. Aus der Absicht, die Mietenbegrenzungen mit der Zeit ganz aufzuheben, macht die Bundesregierung keinen Hehl.

Angestrebt werden kostendeckende Mieten von 15-25,- DM/qm. Der Grundeigentümerverband hält selbst dieses für zuwenig. Er fordert die völlige Freigabe der Mietpreise, denn selbst 25,- DM/qm seien im freifinanzierten Wohnungsbau und bei der privaten Altbausanierung nicht kostendeckend.

Den Plan, die Mieten zum 1. April auf bis zu 10,- DM/qm zu erhöhen, mußte die Regierung nach massiven Protesten zunächst zurückziehen. Die Mieterverbände z.B. sammelten innerhalb von 14 Tagen über 100.000 Unterschriften gegen diese Mietpläne, es gab in mehreren Städten Demonstrationen und Aktionstage. Selbst ein Mieterhöhungsboykott wurde diskutiert. Allerdings wurde nur von wenigen diese Mieterhöhung grundsätzlich in Frage gestellt. Bemängelt wurde vor allem, daß Mieterhöhungen nicht wie im Einigungsvertrag vorgeschrieben an die Einkommensentwicklung angepaßt sei. Auf einhellige Ablehnung stieß lediglich die elfprozentige Instandsetzungsumlage, mit der die Kosten für die Mängelbeseitigung und Reparaturen direkt auf die Mieter abgewälzt werden sollten.

Aber auch die jetzt beschlossen Mieterhöhungen haben es in sich und bedeuten den bislang gravierendsten Eingriff in das Privatbudget der Ex-DDR-Bürger. Zum 1. Oktober sollen die Mieten auf 3,- DM bis 6,- DM pro Quadratmeter erhöht werden (das sind 250% - 500%). 1,15 DM beträgt die Erhöhung der Grundmiete, hinzu kommen 1,- DM Betriebskostenzuschuß, sowie 2,60 DM Heizkosten-Umlage.

Sozial abgefedert werden die Mieterhöhungen durch umfangreiche Wohngeldzahlungen. Erklärtes Ziel ist es, daß der Durchschnittsneubundesbürger nicht mehr als 10% (früher waren es 3%- 5%) seines Einkommens für Miete ausgibt. Damit, so meint man, seien sie gut bedient, denn westdeutsche Familien geben durchschnittlich 25% ihres Einkommens für Miete aus. Allerdings genügt ein Blick in die Wohngeldtabellen, festzustellen, daß selbst dies nicht eingehalten wird. Und bei 10% Mietkosten und einem Durchschnittseinkommen von ca. 1350,- DM für ArbeitnehmerInnen in der ehemaligen DDR verbleiben weit weniger Geld als im Westen, denn dort beträgt das Durchschnittseinkommen fast das Dreifache. Über die Situation von Arbeitslosen, Rentnern, Sozialhilfeempfängern, etc. sagen solche Durchschnittswerte sowieso nichts aus. Die Hälfte bis zweidrittel aller Mieter, so wird gerechnet, werden längerfristig auf Wohngeld angewiesen sein.

Angesichts der Milliardensubventionen durch Steuererleichterungen und Sonderabschreibungen etc. für den privaten Wohnungsbau ist das Wohngeld jedoch nicht mehr als eine soziale Beruhigungspille.

Wie die Umstrukturierung aussehen soll, kann beispielhaft an den Plänen für den Ost-Berliner Altbaubezirk Prenzlauer Berg aufgezeigt werden. Der Spiegel "erklärte" den Bezirk, in dem überdurchschnittlich viele Menschen mit niedrigem Einkommen leben, zum größten Sanierungsgebiet Europas. Im Jahr 2000 soll der Prenzlauer Berg ein Schwerpunktstandort der Olympischen Spiele werden. Neben dem Ausbau des Sportstadions sind eine Boxhalle und ein Baseballstadion geplant. Darüberhinaus soll im Prenzlauer Berg ein Dienstleistungszentrum entstehen.

Die Instandsetzung und Modernisierung des Altbaubestandes soll mit privatem Kapital finanziert werden.

"Berlin braucht eine Gründerzeit mit Markanz und Brutalität", so forderte es der Leiter des Investitionsstabes des Beliner Senates Hanno Klein. Die alteingesessenen Mieter müßten dann "in die gesichtslosen Plattenbauten am Stadtrand weichen" (vgl. Spiegel 14/91). Bei den ersten Versteigerungen von Mietshäusern wurden Verkaufspreise erzielt, die sich nur amortisieren, wenn die Häuser luxusmodernisiert werden. 11% der Modernisierungskosten dürfen dauerhaft auf die Jahresmiete aufgeschlagen werden, d.h. je aufwendiger die Modernisierung, desto mehr Miete darf hinterher verlangt werden.

Die Verunsicherung unter den Mietern im Prenzlauer Berg ist groß. Viele, insbesondere ältere Menschen, versuchen ihre Wohnungen gegen kleinere zu tauschen, doch gibt es im Gegensatz zu vorher derzeit fast niemanden, der in eine größere Wohnung einziehen will.

Soweit Besitzansprüche ehemaliger Besitzer angemeldet wurden, übernehmen die Wohnungsbaugesellschaften bis zur endgültigen Klärung der Eigentumsverhältnisse, die Verwaltung. Einige mögliche zukünftige Besitzer haben schon jetzt versucht, auf die Wohnungsverwaltung Einfluß zu nehmen und den Gesellschaften die Neuvermietungen leerer Wohnungen oder die Instandsetzungsarbeiten, die eine spätere Luxusmodernisierung behindern würden, zu untersagen. Dort, wo eine Rückübertragung bereits stattgefunden hat, scheren sich viele der neuen Eigentümer wenig um die geltenden Mietbestimmungen. Mietvereinbarungen auf Westberliner Niveau kommen genauso vor wie Schmiergeldzahlungen von mehreren tausend Mark an Makler bzw. Vermittler.

Einer der Vorreiter unter den Spekulantenfirmen ist die Westberliner Bauausführungs GmbH Data-Domizil. Die Steuerabschreibungsgesellschaft, die sich schon in Westberlin in den achtziger Jahren einen unrühmlichen

Namen gemacht hat, drängt jetzt auf den Ostberliner Häusermarkt. Für ein Haus, das Data-Domizil im Bezirk Mitte erworben hatte, kündigte man den Mietern eine umfassende Modernisierung und anschließende Mieterhöhungen von über 2000% an. Die Miete einer Wohnung sollte von 65,- DM auf 1360,- DM erhöht werden. (Alles ganz legal!?) In einem anderen Fall begann Data-Domizil mit der Zerstörung von Sanitäranlagen eines leerstehenden Seitenflügels, obwohl ihr der Besitz noch gar nicht übertragen worden war. Einer der Geschäftsführer von Data-Domizil, Michael Kluge, engagiert sich gleichzeitig als mietenpolitischer Berater in der Berliner CDU. In einem Beitrag zur "innerparteilichen Diskussion" forderte Kluge die Abschaffung aller gesetzlichen Grenzen bei der Mieterhöhung sowie die Beseitigung des "völlig grundlosen" Kündigungsschutzes. Nach Meinung Kluges habe jeder die Möglichkeit, sich eine Wohnung zu marktgerechten Preisen zu suchen.

Ähnliche Entwicklungen werden sich (wenn vielleicht auch nicht so drastisch) in allen größeren Städten der ehemaligen DDR wiederholen. Zumindest die lukrativen Altbaubestände in der Nähe der Innenstädte werden sich dem nicht entziehen können. Erstes Anzeichen dafür sind die explodierenden Gewerbe- und Ladenmieten in den ostdeutschen Großstädten. Die Gewerbemieten, die keiner Begrenzung unterliegen, sind in den Innenstadtlagen der DDR-Großstädte bereits auf Westdeutsches Niveau von 30 - 50,- DM/qm angestiegen. In Leipzig sind sie mit bis zu 75 DM/qm sogar schon höher als in Frankfurt.

Bislang regt sich gegen diese Entwicklung kaum Widerstand. Zu sehr haben die Menschen verinnerlicht, daß kostendeckende Mieten sein müssen. Das Recht auf Wohnung und bezahlbare Mieten fordern dagegen nur noch wenige. Dabei ist die Freigabe der Mieten als Voraussetzung für die Privatisierung des Wohnungssektors eine politische Entscheidung.

cs, Berlin

11. Sie werden an den Grenzen stehen und auf die Flüchtlinge schießen!

Autor: Rolf Rethmeyer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Außenpolitik der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:21

Flüchtlinge, Asylrecht, Einwanderung - Schlagworte einer innenpolitischen Diskussion und Auseinandersetzung, die seit mehr als zehn Jahren zum Dauerbrenner geworden ist - ein Ende ist nicht abzusehen. Seit fünf Jahren wird über diese Fragen auf europäischer Regierungsebene mit dem Ziel diskutiert, den Zuzug von Menschen aus anderen Ländern zu kontrollieren und zu begrenzen. Motor für diese Verhandlungen sind nicht die Flüchtlingsschicksale oder die Situation in den Herkunftsländern, sondern die Sorge um die Stabilität der Systeme in den Metropolen, die Aufrechterhaltung des Status Quo, der es den Menschen in den Metropolen ermöglicht, ein - im Vergleich mit den Peripherien - sorgenfreies Leben zu leben.

Aber auch bei den Opponenten der herrschenden restriktiven Ausländer- und Asylpolitik wurde die Entwicklung der letzten zehn Jahre zum Anlaß genommen, über Alternativen zu diskutieren und Strategien gegen die Abschottung zu entwickeln. Ein griffiges Konzept konnte allerdings bislang nicht entwickelt werden. Die Ansätze der unterschiedlichen Gruppen sind zu verschieden, um eine schnelle Einigung, die für einen erfolgreichen Widerstand vonnöten wäre, zu erzielen. Immerhin reicht das Spektrum von Sozialdemokraten über Kirchen und Wohlfahrtsverbände bis zur radikalen Linken; von den verschiedenen Einwanderer-, Exil- und Flüchtlingsorganisationen ganz abgesehen. Durchgesetzt hat sich die Erkenntnis, daß die im Zusammenhang mit den o.g. Schlagworten auftretenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nicht mechanisch aus ökonomischen Verhältnissen abgeleitet werden können, sondern aus einer Vielzahl von ideologischen, kulturellen und ökonomischen Faktoren zusammengesetzt sind. Anders wäre nicht zu erklären, daß nahezu überall auf der Welt Rassismus grassiert und allemal die leichter anzunehmende Auffassung für die Menschen ist als eine antirassistische Haltung. Im Schluß bedeutet dies, daß das Eintreten für die Rechte von Flüchtlingen immer auch antirassistisch und antikapitalistisch sein muß. Antirassismus ist aber zur Zeit immer gegen einen großen, wenn nicht den größten Teil der Bevölkerung gerichtet, agiert deshalb auch immer aus einer Minderheitsposition. Auch diese Erkenntnis setzt sich langsam gegen die Auffassung durch, daß Rassismus die Domäne einiger weniger Spinner und Faschisten ist.

Gegenwärtig sind laut UNHCR (UNO- Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen) -Schätzungen rund 15 Millionen Menschen Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention. Weitere 5 Millionen sind Flüchtlinge, fallen aber nicht unter das Mandat der GFK (Genfer Flüchtlingskonvention). Hinzu kommen mindestens 10Millionen Menschen, die wegen der fortschreitenden Umweltzerstörung ihre angestammten Lebensräume verlassen mußten. Andere Institutionen schätzen diese Zahl auf bis zu einer Milliarde Menschen. Das UNO-Hochkommissariat geht davon aus, daß bis zum Jahr 2000 weltweit 30 Millionen Menschen Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention sein werden. Andere Schätzungen, die auch die nicht dem Mandat des UNHCR unterstellten Flüchtlinge mitzählt, kommen auf 200 Millionen. (Umweltflüchtlinge, Palästinenser, innerstaatliche Flucht etc.). Auf jeden Fall ist davon auszugehen, daß das "Thema" Flucht und Asyl für einen riesigen Teil der Menschheit zum alles bestimmenden Element des Lebens wird. Was wir gegenwärtig erleben, sind die Vorboten der Völkerwanderungen des nächsten Jahrtausends.

Die UNO hat in der Genfer Flüchtlingskonvention die (subjektiv) begründete Furcht vor Verfolgung zum grundlegenden definitorischen Kriterium für die Flüchtlingseigenschaft gemacht. Demgegenüber ist nach Art. 16 GG sowie des Asylverfahrensgesetzes die objektive Beurteilung der Verfolgungsgefahr Grundlage für die Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft eines Menschen. Das hat zur Folge, daß die Beweislast faktisch den Flüchtlingen übertragen ist, eine in der Praxis nur schwer zu erbringende Anforderung. Weitergehender ist die Flüchtlingsdefinition der OAU (Organisation für afrikanische Einheit) von 1969, die explizit auch Krieg und Bürgerkrieg und die daraus resultierenden Flüchtlingsbewegungen in ihrer Konvention benannte. Die mittelamerikanischen Staaten haben sich mit der Cartagena-Erklärung von 1984 dieser Definition angeschlossen.

Allen Konventionen auf internationaler Ebene ist aber gemeinsam, daß sie nicht rechtsverbindlich sind, was die Aufnahme und Anerkennungspraxis von Flüchtlingen angeht. Auch auf nationaler Ebene gibt es in der Regel keinen Rechtsanspruch auf Asyl. Die vielgerühmte Ausnahme BRD mit dem im GG verbrieften

Rechtsanspruch auf Asyl ist keine, weil durch die eingeschränkte Definition des objektiv Verfolgten sowie durch Einschränkungen des Asylverfahrensgesetzes nicht einmal alle Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention als asylberechtigt anerkannt werden. Viele von ihnen leben hier als sogenannte de-facto-Flüchtlinge ohne rechtliche Absicherung, ohne Zukunft. Schutz vor Verfolgung degeneriert so weltweit trotz anderslautender Vertragstexte und Konventionen zum generösen Willkürakt. De jure keinen Schutz vor Verfolgung erhalten die sogenannten Massenflüchtlinge, also Kriegs- und Bürgerkriegs- sowie Umweltflüchtlinge. Für sie wird je nach Bedarf und Dringlichkeit ein Notprogramm aufgelegt, das in der Regel jahrelanges Dahinvegetieren in riesigen Lagern bedeutet.

Der UNHCR hat in einer programmatischen Erklärung die Schwerpunkte seiner Arbeit in drei Stufen kategorisiert:

- erstens die freiwillige Rückkehr

- zweitens die Eingliederung der Flüchtlinge im Erstasylland (in der Regel in der Herkunftsregion)

- drittens die Umsiedlung in ein Drittland.

Zwar betonen die Mitarbeiter des UNHCR bei jeder Gelegenheit, daß die Prioritätensetzung aus rein humanen Gesichtspunkten erfolgt ist, und die Betonung bei der ersten Lösung auf "freiwillig" liegt, faktisch läßt sich jedoch nicht bestreiten, daß diese Prioritätensetzung bedeutet, daß für die unter UN-Mandat stehenden Flüchtlinge ein Entkommen aus der "Region ihrer Qual" kaum möglich ist. Für die nicht unter UN-Mandat stehenden Flüchtlinge sieht es eher noch düsterer aus.

Das Modell Deutschland

Die Bundesregierung hat unter Berufung auf die UN-Prinzipien im vergangenen Jahr den Entwurf einer Flüchtlingskonzeption unter dem Titel "Flüchtlingsproblematik, bisherige und neue Lösungsansätze, insbesondere Rückführungsprogramme" vorgelegt, der die humanistischen Absichten dieser UN-Mitarbeiter konterkariert. In diesem Programm bemängelt die Bundesregierung die mangelnde Initiative der westeuropäischen Industrienationen am Punkt Rückkehrförderung, die es dem UNHCR ermöglicht habe, schwerpunktmäßig Rückkehrförderung für Flüchtlinge in Drittweltländern zu betreiben. Innenminister Schäuble beklagt, daß Rückkehrförderungsprogramme für Flüchtlinge in den Industriestaaten nicht existieren und unterstellt dem UNHCR wohl nicht ganz zu Unrecht, daß dieser den Verbleib der Flüchtlinge in Westeuropa für die Aufnahmeländer für zumutbar hält. Angesichts des Elends der Flüchtlinge in den Lagern der Dritten Welt wäre dies auch eine durchaus akzeptable Prioritätensetzung des UNHCR.

Was die Bundesregierung aber unter einer aktiven, konstruktiven Flüchtlingspolitik versteht, wird in der Konzeption unverholen ausgeführt. Zunächst werden die Flüchtlinge in der Bundesrepublik zahlenmäßig kategorisiert:

- sehr viele Wirtschaftsflüchtlinge

- viele Gewaltflüchtlinge

- eine relativ kleine Zahl von politisch Verfolgten.

Den sogenannten Wirtschafts- und Gewaltflüchtlingen wird sodann pauschal der Status als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention aberkannt, was schlicht falsch ist, aber erneut den Umgang der Bundesregierung mit dieser von ihr ratifizierten Konvention dokumentiert. Weiterhin unterscheidet die Bundesregierung zwischen europäischen Wirtschaftsflüchtlingen und nichteuropäischen Gewalt-, Wirtschafts- und Elendsflüchtlingen.

Aber auch unter den nichteuropäischen Flüchtlingen differenziert die Bundesregierung weiter in sogenannte bedrohte Gewaltflüchtlinge, Wirtschaftsflüchtlinge, die in der Bundesrepublik ein besseres Leben in materieller Hinsicht suchen und Wirtschaftsflüchtlinge, die Elendsflüchtlinge sind, deren Zahl aber in der Bundesrepublik relativ klein sei.

Diese zahlenmäßige Einteilung und Qualifizierung in Flüchtlinge mit berechtigtem und unberechtigtem Anliegen ist willkürlich und durch nichts zu belegen. Gründe für diese perfide Klassifizierung von Flüchtlingen liegen in den differenzierten Absichten der Bundesregierung, was den Umgang mit verschiedenen Menschen angeht.

Erstens will man die nach eigenem Bekunden weltweit relativ kleine Zahl der politisch Verfolgten nach der Definition des Grundgesetzes weiterhin aufnehmen.

Zweitens will man die Abschottung gegen die Einreise von Flüchtlingen nicht so weit treiben, daß die ökonomischen Interessen der BRD gefährdet sind: "Die Bundesrepublik kann und will den Besucher-und Touristenverkehr aus den osteuropäischen Ländern nicht einschränken. Sie hat im Gegenteil ein politisches Interesse daran, diesen Verkehr zu erleichtern und zu fördern." Somit ist der Rahmen für den Umgang mit dem Personenverkehr zwischen der BRD und den Ländern des ehemaligen Ostblocks abgesteckt. Hierfür dürfte vor allem das starke Interesse der BRD, sich die Märkte dieser Region einzuverleiben, verantwortlich zu sein. Und Märkte werden u.a. erschlossen, indem man es Menschen ermöglicht, in der Bundesrepublik einen Schaufensterbummel zu machen. Aber auch hier sollen Restriktionen den sogenannten "Asylmißbrauch" stoppen: Abgelehnten und abgeschobenen Asylbewerbern aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks wird zukünftig nebst ihren Familien die Wiedereinreise nicht gestattet. Der davon erwartete Rückgang der Asylbewerberzahlen deutet sich bereits an. Konsequent in diesem Sinne ist die Unterzeichnung des Abkommens über den freien Grenzverkehr mit Polen, der als Bonbon auch die Erlaubnis zur befristeten Arbeitsaufnahme in bestimmten Branchen beinhaltet. Dies ist allerdings schlicht die Sanktionierung einer seit Jahrzehnten bestehenden Eigenart des deutschen Arbeitsmarktes, in dem Polen einen guten Teil der Erntehelfer stellen. Ein positiver Nebeneffekt liegt darin, daß diese Touristen nicht nur ins Schaufenster schauen, sondern auch gleich noch ein paar Produkte made in germany mitnehmen. Die vor einiger Zeit durch die Gazetten geisternden Zahlen von zwei Millionen ausreisewilligen UdSSR-Bürgern, so es sie überhaupt gibt, werden diese Linie nicht ändern, auch wenn zeitweilig Restriktionen eingeführt werden sollten.

Drittens schlägt das Konzept für die Drittweltflüchtlinge einen Plan der sogenannten Regionalisierung vor. Dies mit Ausnahme der "politisch Verfolgten", wie ich oben bereits erwähnte. Im Rahmen dieses Plans wird zunächst einmal festgestellt, daß es für die Bundesrepublik ein Nichteinwanderungsprinzip gibt, an dem aus übergeordneten Gründen (der Staatsräson) festgehalten werden müsse.

Die Bundesregierung kann sich der Kritik an ihrer menschenverachtenden Asylpolitik (in den Begriffen der Bundesregierung: "ungerechtfertigte Kritik") ihrer Meinung nur dadurch entziehen, daß sie den Flüchtlingen eine sogenannte Perspektive in einem anderen Land bietet. Die verschiedenen Rückführungsprogramme (REAG) sind aus Sicht der Bundesregierung nicht erfolgreich genug gewesen, weshalb die zweite Säule der UN-Prinzipien verstärkt für Rückführungsprogramme aus den Metropolen in Länder der Region genutzt werden soll.

Pervers wird die Interpretation der Bundesregierung von der dritten Säule der UN-Prinzipien: "Vor allem könnten südamerikanische aber auch afrikanische Länder in diese Überlegungen einbezogen werden. Geeignet wären insbesondere große Flächenstaaten mit dünner Besiedlung und großem Kapitalbedarf zur Entwicklung einer leistungsfähigen Infrastruktur und Volkswirtschaft. Auch Länder, die nach ihrer Konstitution oder Staatsdoktrin polyethnisch verfaßt sind, könnten sich zur Aufnahme von Flüchtlingen geeignet erweisen." Bereits einmal in der Geschichte hat sich eine "deutsche Regierung" mit dem Plan befaßt, Millionen von Menschen auszusiedeln; es waren die Faschisten mit ihrem Plan, die Juden nach Madagaskar zu deportieren (nachdem England geschlagen sein sollte). Auch wenn heute die Drohung mit Massenvernichtung nicht im Raume steht, ist ein solcher Plan an Menschenverachtung kaum zu überbieten. Es fehlte nur noch als Begründung, daß das Urbarmachen entlegener Wüstengebiete durch exportierte Flüchtlinge auch unter ökologischen Gesichtspunkten sinnvoll sei... Den Kostenvorteil, den dieses Programm böte, scheut sich die Bundesregierung jedenfalls nicht, in dem Programm zu erwähnen.

Es gibt neben diesen regierungsoffiziellen Positionen noch die u.a. von Heiner Geißler oder der "Wirtschaftswoche" vorgetragene Position, daß die Bundesrepublik allein schon aus bevölkerungspolitischen Gründen (die Deutschen sterben aus) langfristig auf Arbeitskräfte aus anderen Ländern angewiesen sei. Diese beiden Positionen widersprechen sich durchaus nicht. Im neuen Ausländergesetz ist das Instrumentarium für solche "Arbeitskräftewanderungen" bereits angelegt. Der gegenwärtige Bedarf soll jedoch aus europäischen Ländern gedeckt werden und, was vielleicht wichtiger ist, die Beschäftigung in der BRD soll nicht zu "Aufenthaltsverfestigungen" führen, weshalb der Einreiseweg über das Asylrecht massiv beschnitten werden soll.

Die europäische Einigung

Neben der Schweiz gehört die Bundesrepublik auch auf europäischer Ebene zu den vorantreibenden Elementen der differenzierten Abschottungs- und Abschreckungspolitik. Eine Reihe von Abkommen zur "Harmonisierung" des Asylrechts, der Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen sowie zur Datenübermittlung seien genannt.

TREVI ist eine Expertenrunde der Justiz- und Innenministerien der 12 EG- Staaten. TREVI ist die Abkürzung für Terrorismus, Radikalismus, Extremismus, Gewalt International. Die Gruppe unterliegt weder öffentlicher noch parlamentarischer Kontrolle, auch der UNHCR wird von ihr nicht konsultiert. Aus naheliegenden Gründen - Terrorismus und Flüchtlingsschicksal liegen nahe beieinander - wird unter dieser Abkürzung auch über illegale Einwanderung und Asylrechtsmißbrauch diskutiert, für letzteres hat TREVI eigens eine Arbeitsgruppe eingerichtet. TREVI diskutiert v.a. Fragen der Visumsbestimmungen und der polizeilichen Zusammenarbeit sowie Fragen des Datenaustauschs. TREVI deckt nach Aussagen von Heinrich Boge, Leiter des BKA "ein Feld ab, das Interpol seinen Statuten entsprechend ausklammern muß".

SCHENGEN ist nach dem Ort des ersten Treffens benannt und beinhaltet ein Abkommen über die Aufhebung der Kontrollen an den Binnengrenzen zwischen den BENELUX-Staaten, der BRD und Frankreich. Italien und Österreich werden sich voraussichtlich dem Abkommen anschließen. Das durch die Unterzeichnung des Schengener Vertrages am 19.6.1990 entstandene neue Hoheitsgebiet hat für die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern tiefgreifende Folgen. Die Niederländische Regierung hat im April 1991 kritisch festgestellt, daß durch dieses Abkommen - das sie selbst unterschrieben hat - asyl- und ausländerrechtlich faktisch die jeweils schlechtesten Bestimmungen für das gesamte Vertragsgebiet Gültigkeit erlangen. Neben dem Schengen-Abkommen werden zukünftig unter diesem Arbeitstitel eine Reihe weiterer Abkommen zu erwarten sein. Hierbei werden die Staaten des Schengen-Abkommens in der EG, aber auch im Europarat eine Pilotrolle übernehmen. Beim sogenannten "Erstasylabkommen", das die Mehrfachantragstellung von Asylanträgen in den Unterzeichnerstaaten, faktisch aber die freie Wahl des Asyllandes unterbindet, ist diese Pilotfunktion bereits Wirklichkeit geworden: Das Abkommen wurde am 15.6.1990 von den EG-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Dänemarks unterzeichnet. Aber auch über die EG hinaus hat SCHENGEN Pilotfunktion.

CAHAR ist die Abkürzung für Ad-hoc-Expertenkomitee zu Gesetzesfragen im Zusammenhang mit territorialem Asyl, Flüchtlingen und Staatenlosen. CAHAR ist eine Arbeitsgruppe des Europarates, der mit seinen gegenwärtig 22 Mitgliedern größten, aber auch bedeutungslosesten Europäischen Staatenorganisation. Parallel zu den Beratungen über das Erstasylabkommen im Rahmen der EG hat die Schweiz in dieser Runde einen nahezu gleichen Entwurf eingebracht, der gute Chancen hat, als Empfehlung des Europarates an die Parlamente der Mitgliedstaaten weitergereicht zu werden.

Als Ergebnis dieser Harmonisierungsbestrebungen werden Flüchtlinge zukünftig nur noch in dem Land einen Asylantrag stellen können, in das sie zuerst eingereist sind - eine freie Wahl des Asyllandes, etwa aus familiären oder sonstigen privaten Gründen, oder auch aus politischen Gründen entfällt. Günstigere Regelungen bezüglich der Anerkennungspraxis der Rechtsstellung oder der Ausbildungs-, Arbeitsmarkt- oder sozialen Situation sind nur von den Ländern zu gewähren, die das Erstasyl gewährt haben - in der Konsequenz entfällt hiermit die Freizügigkeit auch für anerkannte Flüchtlinge.

Auch wenn in der Frage der Einreise und des Aufenthalts von Menschen aus Osteuropa durchaus unterschiedliche Ambitionen der EG-Mitgliedsstaaten zu verzeichnen sind, so ist man sich doch im Prinzip einig: Abschottung gegen die Dritte Welt und kontrollierte Öffnung für die Menschen der Zukunftsmärkte im Osten. Auch die Integration von osteuropäischen Staaten in die EG wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die bestehenden Unterschiede in der Behandlung von bereits im Land lebenden Menschen aus der Dritten Welt sind nicht etwa Ausdruck von Widersprüchen zwischen den europäischen Staaten, sondern nur eine unterschiedliche Handhabung, meist aus historischen Gründen.

Unterm Strich besehen sind wir mit der Situation konfrontiert, daß die Folgen der hemmungslosen Ausbeutung der Welt, soweit sie sich in meßbaren Flüchtlingsbewegungen widerspiegeln, von den Metropolen ferngehalten werden. Bereits heute sind die in die Staaten Europas einreisenden Flüchtlinge überwiegend aus relativ wohlhabenden Schichten, weil sich andere die notwendigen, teuren Fluchthilfeorganisationen nicht leisten können. Ausnahmen gibt es nur zeitweise und dort, wo durch Arbeitsimmigration bereits nennenswerte Teile der Bevölkerung aus Ländern stammen, die heute Flüchtlingsbewegungen produzieren, wie das Beispiel der

Kurden aus der Türkei zeigt. Aber auch diese "Lücken" werden geschlossen, wie in diesem Fall v.a. durch die Einführung des Visumszwangs für minderjährige Alleinreisende.

Die aufgezeigten Programme oder auch der Einsatz amerikanischen Militärs in Südkurdistan zur Repatriierung kurdischer Flüchtlinge zeigt die Marschroute der metropolitanen Flüchtlingspolitik. Drittweltländer werden notfalls unter Waffengewalt gezwungen werden, "ihre" Flüchtlinge zurückzunehmen - ungeachtet der Ursachen für die Fluchtbewegungen. Zudem müssen wir in unsere Ausgangsüberlegungen miteinbeziehen, daß die übergroße Mehrheit der Bevölkerung in unseren Ländern dieser Politik zustimmt, wenn sie nicht sogar eine noch härtere Gangart fordert. Hierbei spielt es keine Rolle, ob die härtere Gangart die Behandlung von bereits im Land lebenden Flüchtlingen betrifft oder ob es sich um Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Einreise handelt. Man muß wohl davon ausgehen, daß Mehrheiten in nahezu jedem europäischen Land bereit sind, sich, wie im Film "Der Marsch" angedeutet, an die Außengrenzen "ihrer Länder" zu stellen und auf Flüchtlinge zu schießen.

Dieser allgegenwärtige Rassismus hat seine Wurzeln nicht, wie vielfach behauptet, in aktuellen sozialen Konflikten oder Arbeitslosigkeit. Sicherlich können solche Situationen den akuten Ausbruch rassistischer Gewaltakte befördern - der Rassismus ist indessen schon vorher da und sehr viel weiter verbreitet, als gerade wir uns einzugestehen bereit sind. Die Selbstverständlichkeit, mit der von Flüchtlingen, aber auch anderen ImmigrantInnen erwartet wird, sich den kulturellen Gepflogenheiten des Aufnahmelandes unterzuordnen und anzupassen, ist weit verbreitet - auch unter Linken oder fortschrittlichen Menschen. Sie ist aber dennoch keine als "normal" zu klassifizierende Haltung, obwohl sie durchaus "norm"gerecht ist. Sie ist rassistisch, weil sie die bevorzugte Teilhabe an den Reichtümern dieser Welt für die "weiße Rasse", die es wie "Menschenrassen" allgemein nicht gibt, für selbstverständlich erklärt und nicht als Produkt einer Geschichte der Unterdrückung, Versklavung und Vernichtung. Die Flüchtlinge sind in der Tat der sichtbare Beweis dafür, daß es diese Geschichte gegeben hat und jeder Versuch, sie von den Reichtümern dieser Welt fernzuhalten, ist die Fortsetzung der Geschichte ohne jeden Bruch. Das Recht an diesen Reichtümern teilzuhaben ist unbestreitbar ein Menschenrecht und jedes Knüpfen dieses Rechtes an eine bestimmte Hautfarbe, Sprache, Nationalität oder Kultur ist Rassismus.

Auch wenn eine Reihe pragmatischer Gründe z.B. bei den GRÜNEN im letzten Jahr für ein Aufflammen der Diskussion um ein "fortschrittliches" Einwanderungsgesetz gesprochen haben mögen - immerhin würde dies die Situation der bereits Eingewanderten verbessern und die germanisch-rassische Staatsdoktrin und das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht untergraben - so kann dies doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz von allen seinen Verfechtern mit einer Quotierung oder Kontingentierung der Einwanderung verbunden worden ist. Zuletzt betonte Daniel Cohn-Bendit, wie positiv sich ein solches Gesetz zum jetzigen Zeitpunkt auswirken würde, wo doch die Kurden unserer Hilfe so dringend bedürfen. Die Anmaßung einer Quotierung ist Rassismus, weil sie implizit anerkennt, daß es hierzulande so etwas wie die "Grenze des Zumutbaren", der "Belastung" oder der "Aufnahmefähigkeit" gibt. Diese Behauptung ist reine Suggestion! Der Grund für diese Position ist, daß man zwischen Flensburg und Berchtesgaden auch zukünftig "deutsch" sein will, Millionen Steuergelder für Rüstung ausgibt, und das Elend dieser Welt nicht zur Kenntnis nimmt (im günstigsten Fall). Der vermeintliche "Realismus", der in der Diskussion um die Kontingentierung immer wieder als Triebkraft für diese Vorschläge benannt wird, ist reine Imagination, weil "realistisch" die Durchsetzung eines Einwanderungsgesetzes mit keiner der etablierten Parteien zu haben ist. Zu fest steht die Staatsdoktrin, daß die BRD kein Einwanderungsland ist. Um die zu kippen, braucht es erstmal eine Menge an Bewegung und hiermit ist nicht die Mundbewegung grüner Parlamentarier gemeint. Auch die Hoffnung, mit den Geißler's, den Funcke's und der SPD solch ein Gesetz durchdrücken zu können, wird sich zerschlagen.

Die Diskussion um Einwanderungsgesetz und Kontingentierung ist m.E. geprägt von der Illusion, daß an dieser Frage mit den Herrschenden in diesem Land ein Kompromiß zu erzielen wäre. Die Bereitschaft "Kontingentierungen" in die entsprechenden grünen Konzepte aufzunehmen, ist eine Vorleistung an die Regierenden ohne jede Gegenleistung. Zudem bedeutet dies auch, daß die Protagonisten dieser Konzepte sich zumindest tendenziell vom Kampf gegen die deutschtümelnde Staatsdoktrin verabschiedet haben, obwohl ich durchaus sehe, daß ein Bestandteil dieses Gesetzesvorschlages auf ideologischer Ebene einen Angriff gegen diese Staatsdoktrin darstellt. Ich kann in diesen Vorschlägen keine "Realisierbarkeit" entdecken, die zumindest die Argumentation zuließe, daß für einen kleinen Erfolg eben auch ein Preis zu zahlen ist. Da also

das Einwanderungsgesetz mit Kontingentierung kein taktischer Schachzug ist, bleibt zur Erklärung der grüne Kotau vor den Regierenden.

Gibt es Perspektiven?

Man kann heute m.E. nur Ansätze benennen, deren Weiterentwicklung es bedarf, und eine Reihe von Problemen im Auge behalten, die uns auch in Zukunft begleiten werden. Es steht der Vorwurf im Raum, daß die radikale Kritik an den "realpolitischen Vorschlägen" sich sehr leicht auf eine Position wie "Offene Grenzen", "Diplomatenpässe für alle" o.ä. zurückzieht, mit der man zwar nichts falsches sagt, aber auch nie in die Verlegenheit kommt, so ein Projekt mal praktisch zu realisieren.

Prinzipiell müssen wir uns die Fähigkeit erhalten, Kritik an den Verhältnissen zu üben - und wenn diese Kritik prinzipiell ist, dann sollte sie auch so vorgetragen werden können. Wer die Realpolitik so weit treibt, daß er quasi zum "Mittäter" wird, der beraubt sich gerade dieser Möglichkeit. Andererseits sehe ich durchaus Möglichkeiten für "Realpolitik". Diese sind aber nicht im großen Wurf zu haben, sondern Ergebnisse von Kleinarbeit. Hier mal eine Beratungsstelle oder ein Zentrum, dort ein Aufenthalt o.ä. Außerdem findet gerade am Thema Flüchtlinge eine die gesamte Gesellschaft erfassende und prägende Debatte statt, in der unsere Position faktisch nicht zum Tragen kommt. Wer hat denn republikweit gegen die antiislamische Propaganda im Zusammenhang mit dem Golfkrieg opponiert? Weltweit war "der islamische Fundamentalist", "der Orientale" zum Verbrecher gestempelt und wurde auch so behandelt. Da gibt es für uns einige Arbeit, die erst noch erledigt werden muß, bevor wir mit der Regierung über Quotierungen verhandeln. Folgende Ansätze sollten wir im Auge behalten:

Erstens brauchen die Flüchtlinge hier eine Lobby, die diesen Namen verdient - allzu oft sind die mit diesen Aufgaben betrauten Verbände zu sehr mit Regierungsinstanzen verklüngelt und verschwägert - der kleinste errungene Kompromiß wird als Erfolg gefeiert, nur die Flüchtlinge haben nichts davon.

Zweitens brauchen die Flüchtlinge eine Selbstorganisation. Die zwar vielfältig existierenden Exilorganisationen sind aufgrund ihrer Aufgabenstellung nicht in der Lage, effektive Flüchtlingsarbeit zu machen. Wesentlichstes Problem dabei sind die relativ kurzen Aufenthaltszeiten der Flüchtlinge und die durch die Lebenssituation erzwungene Beschäftigung mit Alltagssorgen, die erdrückend sind. Die bisherigen Ansätze, solche Projekte zu unterstützen, sind in der Regel paternalistisch verfaßt und bewirken deshalb auch kaum eine Änderung. Außerdem gibt es auch zwischen den Flüchtlingen Trennendes: politische und nationale Gegensätze, Sprachprobleme, aber auch Chauvinismus und Rassismus.

Drittens sollte versucht werden, die Zusammenarbeit inhaltlich verschieden konzipierter Gruppen zu verstärken - ein wesentlicher Grund für mich, die Einladung zu diesem Kongreß anzunehmen, wofür ich mich an dieser Stelle nochmals bedanken möchte.

Viertens müssen wir die Auseinandersetzung um den Rassismus in unserer Gesellschaft forcieren. Zwar ist in den vergangenen Monaten viel um dieses Thema auf unterschiedlichste Art diskutiert worden, einen einheitlichen und zielgerichteten Umgang damit haben wir jedoch nicht erreicht. Die Reaktionen in der "Szene" auf Rassismus-Vorwürfe verheißen jedenfalls nichts Gutes. Anstatt auf solche Vorwürfe eine verstärkte Auseinandersetzung zu entwickeln, reichen die Reaktion von Ignoranz über Rückzug bis hin zu Selbstbezichtigungen im Stil: "Ich bin ein ganz schlimmer Rassist". Solcherart vorgetragener Rassismus-Softi bringt uns nicht weiter. Außerdem ist zu bemerken, daß die vorgetragenen Rassismus-Vorwürfe allzuoft nur mangelhaft ein politisches Machtkalkül verdecken, bei dem es weniger um eine echte Auseinandersetzung als um die Dominierung bestimmter Bewegungen und Zusammenschlüsse geht. Ich denke, daß es Rassismus von Linken gibt; die Leitlinie aber, in der Rassismus-Frage "erstmal bei uns selbst anzufangen" halte ich für eine politische Desorientierung und der Situation in keiner Weise angemessen.

Fünftens müssen wir die Zusammenarbeit mit den politischen Organisationen der Verfolgten in unsere Arbeit einbeziehen. Es muß darum gehen, den Flüchtlingen trotz der Restriktionen und Barrieren die Flucht und Ausreise zu ermöglichen.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit!

Eingangsreferat zum 15. BUKO, 9.5. bis 12.5.1991 in Köln

Rolf Rehtmeyer, Hamburger Arbeitskreis ASYL e.V.

12. Bleiberecht für die sowjetischen JüdInnen

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:28

Wohl nur in wenigen Fällen ist der Kern eines politischen Themas bereits den Überschriften der entsprechenden Zeitungsmeldungen zu entnehmen. Die Diskussion über das Bleiberecht der 269 sowjetischen JüdInnen in Berlin ist offensichtlich ein solcher Fall. Konnte mensch im März noch die Nachricht "Sowjet-Juden dürfen bleiben" lesen, hieß es Mitte Mai dann wieder "Juden droht die Abschiebung aus Berlin" und einen Tag später "Senat will Juden vorerst nicht abschieben". Das Wörtchen "vorerst" verspricht zum einen die Fortsetzung dieses bösen Spiels und charakterisiert zugleich die systematisch schwankende Politik des deutschen Staates gegenüber den Betroffenen.

Die Betroffenen: Das sind ca. 269 JüdInnen, die aus der Sowjetunion auswanderten/flohen und über Israel in die Bundesrepublik eingereist sind. Ihre Motive für diesen Schritt sind vielfältig (s. Konkret 5/91), was sie allerdings eint, ist ihr erklärter Wunsch, auf alle Fälle in Deutschland bleiben zu wollen. Und ihr aufenthaltsrechtlicher Status: Anders nämlich als diejenigen JüdInnen, die direkt aus der Sowjetunion hierher kamen, für die die noch zu DDR-Zeiten erlassene humanitäre Aufnahmeregelung oder die seit dem 15. Februar geltende "Kontingentregelung" zutrifft, sind sie eben "über Israel" eingereist. Auch wenn es für viele JüdInnen nicht den eigentlichen Wünschen entspricht, bleibt die Auswanderung nach Israel - u.a. wegen Einreisebeschränkungen anderer Länder, wie der BRD - oft die einzige Möglichkeit, die Sowjetunion zu verlassen. In Israel angekommen, werden sie aber automatisch (s. nebenstehenden Artikel zur israelischen Einwanderungspolitik) zu israelischen Staatsbürgern. Während des Golfkrieges gelangte die Gruppe der Berliner JüdInnen mit Touristenvisa und israelischen Reisedokumenten in das eigentliche Zielland ihrer Ausreise. Doch ihrem Wunsch, hier leben und arbeiten zu können, wird von deutscher Seite mit Zermürbungstaktik und bürokratischen Schikanen begegnet.

Bereits im Februar und März diesen Jahres erregte die Diskussion über das Aufenthaltsrecht dieser Gruppe in Berlin Aufsehen und zeigte das Dilemma auf, in das sich der Senat durch die Konstruktion, es handele sich um ganz normale TouristInnen, gebracht hatte. Einerseits war es angesichts des deutschen Völkermordes an den JüdInnen und der sich hieraus ergebenden Verantwortung für ihn politisch unmöglich, JüdInnen abzuschieben. Andererseits erklärte die israelische Botschaft dem Regierenden Bürgermeister mehrmals ihr Interesse an der Rückkehr der Einwanderer nach Israel. Ende März zog sich der Senat aus der Affäre, indem die Entscheidung an den Bundesinnenminister geschoben und erklärt wurde, bis zu dessen Entscheidung könnten die betroffenen Menschen vorerst bleiben. Die Unsicherheit der JüdInnen über ihre Situation wurde in der folgenden Zeit beispielsweise mittels der Verweigerung von Sozialhilfe durch das SPD-regierte Weddinger Bezirksamt (bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des ohnehin geltenden Arbeitsverbotes) und Diskussionen über die Abschiebung in andere Bezirke am Leben erhalten. Auch zur Erteilung von Krankenscheinen, selbst für ein Tschernobyl-geschädigtes Kind, sahen sich deutsche Beamte nicht in der Lage, war doch die Rechts- und Verordnungslage immer noch ungeklärt. Eine politische und rechtliche Verteidigung der betroffenen 269 Menschen wurde auch dadurch erschwert, daß sie jeweils als Einzelfall behandelt wurden und einzelnen bereits eine Abschiebung angedroht wurde. Die notwendige Klärung wurde allgemein von der Entscheidung des Bundesinnenministers erwartet. In einem Schreiben an den Berliner Innensenator vom 15.5.91 legt Schäuble fest, daß keine humanitären Gründe vorliegen, die eine Aufnahme rechtfertigen. "Wer aus Israel und ausgestattet mir israelischen Papieren in Deutschland einreist, ist Zuwanderer aus Israel und nicht aus der Sowjetunion, auch wenn er von dort kommt" (taz), heißt es in diesem Schreiben und die Konsequenzen werden vom "Tagesspiegel" deutlich formuliert: "Sowjetische Juden, die jetzt mit einem Touristenvisum in Deutschland einreisen, werden wie alle anderen Touristen auch nach Ablauf ihrer Aufenthaltsgenehmigung ausländerrechtlich behandelt". Die Normalisierung der deutschen Gesellschaft, von der nach dem Anschluß der DDR so oft die Rede war, gibt Schäuble als Linie vor, die auch im Kleinen realpolitisch umzusetzen ist. Keine Rede also mehr von besonderer deutscher Verantwortung. Im Deutschland von 1991 werden JüdInnen "ausländerrechtlich behandelt" wie andere Touristen auch. Weit mehr beachtet als dieser innenpolitische Aspekt wurde jedoch die außenpolitische Begründung der Schäuble-Entscheidung. Hierzu schreibt Schäuble: "Zu recht kann sich Israel dagegen verwahren, daß früheren sowjetischen Juden, die eine Aufnahmezusage für Israel erhalten und dort bereits Aufnahme gefunden haben, eine Weiterwanderungsmöglichkeit nach Deutschland eröffnet wird. Ein solches Unterlaufen der israelischen Einwanderungspolitik führt zu erheblichen

Belastungen des deutsch-israelischen Verhältnisses und steht daher im Widerspruch zu den Interessen der Bundesrepublik Deutschland" (taz, 15.5.91)

Die israelische Einwanderungspolitik, zu der an anderer Stelle in diesem ak Stellung bezogen wird, hierbei zum zentralen Punkt der Kritik zu machen, lenkt von der sich hier real verwirklichenden BRD-Einwanderungspolitik ab und geht der bewußt so offensiv dargestellten Behauptung auf den Leim, man selbst wolle ja, aber die Israelis ... So sind die Westberliner autonom-antiimperialistisch Gesinnten, die mit einigen Aktionen Aufmerksamkeit zugunsten der Gruppe der Berliner JüdInnen geschaffen haben, zu fragen, inwieweit ihr eigentliches Anliegen die Kritik der israelischen Siedlungspolitik ist (O-Ton: "Gegen Semitismus und Antisemitismus"), ihre Haltung zu den Betroffenen also nicht auch eine rein funktionale ist. Liest mensch die Erklärung des "Komitees zur Unterstützung der sowjetischen jüdischen Flüchtlinge" (taz, 16.5.91) direkt nach dem Schäuble-Brief, so fragt sich, wer hier eigentlich wirklich kritisiert werden soll: "Es kann nicht hingenommen werden, daß die israelische Regierung sich anmaßt, über das Schicksal der jüdischen Flüchtlinge zu entscheiden" und bereits davor: "Doch Schäuble hat sich, wie der ‚Tagesspiegel' vom 14.5.91 meldete, dem ‚massiven Druck von Seiten der israelischen Regierung' gebeugt". Und neben den richtigen Forderungen an die deutsche Seite findet sich dann auch der Satz: "Wir erwarten von Herrn Galinski von der Jüdischen Gemeinde Westberlin, sich endlich für die Interessen der jüdischen Flüchtlinge einzusetzen, und nicht in erster Linie für die Interessen der israelischen Regierung". Die unhinterfragte Wiedergabe der Zeitungsdarstellung der BRD quasi als Büttel der israelischen Regierung und der widerwärtige Ton, in dem die Enkel der Täter von einem jüdischen Repräsentanten, der Auschwitz überlebte, hier etwas erwarten, ist es, der diese Form der Solidarität suspekt macht. Dem Anliegen der eingewanderten JüdInnen wäre sicherlich die Kritik der deutschen Einwanderungspolitik dienlicher. Zurecht erklärte die "Jüdische Gruppe Berlin", es sei eine Schande, daß "so schnell ordnungspolitisches Denken und Handeln die Erinnerung an die jüngste deutsche Geschichte auslöscht". Die Bonner Entscheidung wird auch - allerdings deutlich relativiert - als "inspiriert von der israelischen Regierung" gekennzeichnet. Weitere Proteste kamen von Pax Christi und den Fraktionen der FDP und Bündnis 90/Grüne. Heinz Galinski bezeichnete die Vorstellung einer zwangsweisen Ausweisung als unerträglich. Der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Barthel, wollte die eigenen Finger sauber halten und bejammert nun die "himmelschreiende Verantwortungslosigkeit", dem Senat eine Abschiebungsentscheidung zuzuschieben. Bei seiner gelungenen Kennzeichnung der Sozialhilfeverweigerung als "Heraushungern", vergißt Barthel jedoch die Verantwortlichkeit seiner Parteigenossin Sozialsenatorin Stahmer für die Situation. Berlins Innensenator Heckelmann erinnerte schließlich daran, daß Touristenvisa ja verlängert werden könnten und sicherte eine erneute Prüfung der Position Schäubles zu. Wieder einmal also nur vorerst sollen die JüdInnen auf eine endgültige Aufenthaltsgenehmigung hoffen; offensichtlich wird darauf gesetzt, daß die erzeugte Unsicherheit das "Problem" von selbst löst.

Schlimmer noch, die Einwanderer sollen weiter Objekt bleiben. Objekt wechselweise für deutsche Bürokraten, für linke deutsche Solidarität und auch Objekt israelischer Einwanderungspolitiker. "Wir bitten, uns als Menschen und nicht als Objekte auf dem Schachbrett der großen Politik anzusehen", heißt es dagegen in einem offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister Diepgen, den sie ihm am 28. Mai während einer Kundgebung übergaben. Sie betonen darin noch einmal die ständige Spannung, der sie ausgesetzt sind, und ihre Forderung, nicht nach Israel abgeschoben zu werden. Indem sie selbst als Subjekte und als organisierte Gruppe auftreten, liegt denn auch eine Chance, den Abschiebe-Behörden einen Strich durch die Rechnung zu machen, und endlich das zu erhalten, was ihnen zusteht: das Bleiberecht.

m., Westberlin

13. "Friedenspläne" statt Frieden. Eine historische Übersicht 1974-1990

Rubrik: Israel / Palästina; Nahost allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:37

Im Juni-Krieg von 1967 besetzte Israel Teile Ägyptens bis zum Suez- Kanal, einschließlich des palästinensischen Gasa-Streifens, Westjordanien (Westbank) mit Ostjerusalem, und die syrischen Golan-Höhen. Im Oktober 1973 starteten Ägypten und Syrien eine koordinierte, aber begrenzte Offensive, um Israel zu Verhandlungen über den Abzug aus den besetzten Gebieten zu nötigen. Damit begann eine Serie von "Friedensplänen" und diplomatischen Ritualen, die außer dem Rückzug Israels von der Sinai- Halbinsel und dem Friedensschluß mit Ägypten (1979) kaum praktische Resultate brachten. Im folgenden ein, im Detail notwendigerweise knapper Gesamtüberblick zur Entwicklung des "Palästina-Konflikts" seit 1973.

Die Wende von 1974

Der Oktoberkrieg von 1973 schien in das Palästina-Problem neue politische Bewegung zu bringen. Im Dezember des Jahres trat in Genf eine von den USA und der UdSSR arrangierte Nahost-Konferenz zusammen und "vertagte" sich kurz darauf ohne Ergebnis und ohne neuen Termin. Praktisch handelte es sich um nicht mehr als einen noch vor dem Aufstieg geplatzten Versuchsballon.

Dennoch stellte sich für die PLO nun das praktische Problem, welche Position sie gegenüber demnächst möglich scheinenden Verhandlungen einnehmen würde. Wollte sie sich - falls es ihr dann gestattet würde, was sehr zweifelhaft war - an einer Friedenskonferenz beteiligen? Wollte sie sich also öffentlich und ausdrücklich um eine Einladung bemühen? Auf dem Papier lautete der Konsens der PLO ja immer noch kategorisch: "Keine Verhandlungen mit dem zionistischen Feind!".

Zweites Problem, das nun hypothetisch zu beantworten war: Falls Israel (im Ergebnis des Oktoberkriegs und unter Druck der Großmächte) bereit sein sollte, die Westbank und den Gasa-Streifen zu räumen, welche Position würde die PLO dazu einnehmen? Ihre programmatisch festgeschriebene Haltung lief immer noch auf ein Alles oder Nichts hinaus. Also Auflösung des "zionistischen Gebildes" Israel und Bildung eines palästinensischen Staates als Teil der arabischen Welt - eventuell mit Bleibe-Rechten und Religionsfreiheit für die jüdische Bevölkerung. (Ganz wörtlich genommen hätte der, bis heute nicht explizit revidierten PLO-Charta zufolge der überwiegende Teil der israelischen Juden Palästina verlassen müssen.)

Die eben skizzierten Fragen waren zwischen den Organisationen der PLO heftig umstritten. Die Sowjetunion, von der mehr oder weniger alle PLO-Fraktionen, gerade auch die "Radikalen", weitgehend abhängig waren, drängte auf eine gemäßigtere, pragmatische und flexible Haltung der PLO. In dieser Situation bedeutete die im wesentlichen "einmütige" Annahme eines 10-Punkte-Programms durch die 12. Tagung des palästinensischen Nationalrats (Juni 1974) einerseits nur einen sehr brüchigen Kompromiß, andererseits aber einen historischen Wendepunkt für die PLO.

Die 1974 eingeleitete Modifizierung der PLO-Positionen liest sich auf dem Papier so bescheiden, daß sie ohne genauere Kenntnis der PLO-Entwicklung und ihrer Sprachregelungen gar nicht zu erschließen und in ihrer Bedeutung zu begreifen ist. Dies bezeichnet ein permanentes Problem der PLO: Ihre Selbstdarstellung (gegenüber den palästinensischen Massen und der arabischen Öffentlichkeit) beruht auf Prinzipien wie Standhaftigkeit, Kompromißlosigkeit und Kontinuität. Die praktische Flexibilität und Lernfähigkeit der PLO drückt sich in versteckten und verschlüsselten Signalen aus, die zwar von den Fachleuten der Großmächte oder von der israelischen Regierung exakt verstanden werden können, nicht aber beispielsweise von der jüdischen Bevölkerung Israels richtig wahrgenommen werden können. Das hat sich zwar schrittweise geändert, aber die Tatsache, daß die PLO zum Beispiel immer noch nicht offiziell ihre Charta von 1964/68 beiseite gelegt hat, deutet auf die Grenzen dieser Wandlung hin.

Die zentrale Aussage des 10-Punkte- Programms von 1974 ist, daß man eine "nationale Autorität" errichten wolle "auf jedem Teil des palästinensischen Landes, das befreit wird". (Punkt 2) - Das wurde (scheinbar) wieder relativiert durch die Bekräftigung, Israel nicht anzuerkennen und weiter für das Selbstbestimmungsrecht im gesamten Palästina (also Israel eingeschlossen) kämpfen zu wollen. (Punkt 3)

Scheinbar war der Punkt 2 also nur eine logische Antwort auf den - im offiziellen PLO-Weltbild bis dahin nicht vorgesehenen - Eventualfall, daß sich Israel von der Westbank und Gasa zurückziehen könnte, ohne sich gleich aufzulösen. Natürlich würde man dann in den freigewordenen Gebieten eine Art von palästinensischer Souveränität anstreben müssen.

Verbal wird diese pragmatische Schlußfolgerung im 10-Punkte-Programms nur als Übergangslösung bezeichnet: Man nimmt, was man bekommen kann, ohne Verpflichtungen einzugehen. Der Kampf um die "Befreiung" des gesamten Palästina geht trotzdem weiter. Dagegen konnten eigentlich auch die radikalsten Sektoren der PLO nichts einwenden.

Das ist die eine Seite der Sache. Realpolitisch bedeutete der Punkt 2 aber, daß die Bildung einer palästinensischen Souveränität in Westbank/Gasa als Teil einer "Kompromißlösung" betrachtet wurde, an deren Ende nicht mehr unbedingt die Auflösung Israels stehen mußte.

Die Ablehnungsfront

Das 10-Punkte-Programm war offiziell von den Organisationen der PLO "einmütig" beschlossen worden. Schon kurz nach der Nationalratstagung formulierte die PFLP aber Positionen, die dazu in Widerspruch standen: Keine Teilnahme an der Genfer Konferenz, keine Teilnahme an Kompromißverhandlungen, keine Zusammenarbeit mit der jordanischen Regierung. Eine "nationale Autorität" in Teilen Palästinas sei nicht durch diplomatische Manöver, sondern nur durch bewaffneten Kampf zu erreichen. Während es das Ziel des 10-Punkte-Programms war, der PLO den Weg an den Verhandlungstisch zu öffnen, wollte die PFLP diesen von vornherein blockieren. Ihr Argument: ohne entscheidende Änderung des militärischen und politischen Kräfteverhältnisses könnten Verhandlungen nur mit "Verrat" und "Kapitulation", mit einer "imperialistischen Lösung" enden. - Für den Fall einer Beteiligung der PLO an der Genfer Konferenz drohte die PFLP an, den Dachverband zu verlassen.

Ende September 1974 gab die PFLP ihren Rückzug aus dem Exekutivkomitee, dem höchsten Gremium der PLO, bekannt. Ihre Begründung: Die PLO-Spitze habe geheime, inoffizielle Gesprächskontakte zur US-Regierung geknüpft. (Diese Behauptung traf anscheinend zu.) Damit habe sich die PLO bereits in die "Verschwörung" für eine "imperialistische Lösung" verstrickt. Für diese Politik wolle die PFLP keine Verantwortung mittragen.

Der Kritik der PFLP schlossen sich die vom Irak abhängige ALF, die PFLP-GC und die FPPS an. Zusammen bildeten sie die Ablehnungsfront. Die von Syrien gelenkte Saika stand in diesem Konflikt auf der anderen Seite: Gemeinsam mit der Fatah und der DFLP hatte sie den neuen Kurs der PLO entwickelt.

In der Praxis erwies sich die Politik der Ablehnungsfront als hochgradig sektiererisch und irrational. Ohne den lautstark hochgehaltenen Anspruch des "bewaffneten Kampfs zur Befreiung Palästinas" jemals einlösen zu können, stand die Ablehnungsfront lediglich den diplomatischen Bemühungen (und teilweisen Erfolgen) der PLO im Wege bzw. nörgelte an diesen herum. So wurde sogar das Auftreten Arafats vor der UNO-Vollversammlung (November 1974) von der PFLP und ihren Partnern abgelehnt. ALF und PFLP- GC kehrten 1977 ins Exekutivkomitee der PLO zurück, die PFLP erst 1983. Die Ablehnungsfront bzw. Bündnisse unter neuen Namen bestanden jedoch fort.

Ägyptens Separatfrieden

Nach dem Oktoberkrieg war im Dezember 1973 eine Nahost-Konferenz in Genf zusammengetreten und hatte sich gleich wieder ergebnislos "vertagt". Seither drängte vor allem die Sowjetunion auf eine Wiedereinberufung der Konferenz als Weg zu einer international vereinbarten und garantierten Verhandlungslösung. Die USA trugen diesem Drängen scheinbar Rechnung, waren aber in der Praxis darauf bedacht, die UdSSR herauszuhalten und sich selbst ein Monopol auf die Vermittlerstellung zu verschaffen. 1974/75 kamen unter der Regie Kissingers Abkommen zustande, durch die Israel seine Truppen auf der Sinai-Halbinsel und auf den Golan-Höhen etwas zurückzog. Auf diesem Stand liefen sich die Verhandlungen aber erst einmal fest.

Unter Präsident Carter (ab Ende 1976) war anfangs von einer "Beschleunigung des Friedensprozesses" die Rede. Im März 1977 sprach Carter als erster US-Präsident von der Notwendigkeit, den Palästinensern ein "homeland" zu geben. Eine amerikanisch-sowjetische Erklärung (1. Oktober 1977) sprach von der

Anerkennung der "legitimen Rechte der Palästinenser" und befürwortete eine baldige Wiedereinberufung der Genfer Konferenz.

Israels Regierung reagierte mit heftigem Protest. Außenminister Dajan reiste nach Washington und handelte dort ein gemeinsames "Arbeitspapier" zu den Formalitäten einer Nahost-Konferenz aus. Die dort festgehaltenen Bedingungen entsprechen bis heute dem israelischen Standpunkt: Die Konferenz soll nur eine symbolische Eröffnungssitzung abhalten und danach ihre Funktion einstellen. Anschließend sollen bilaterale "Arbeitsgruppen" zwischen Israel und den einzelnen arabischen Staaten gebildet werden. Über Westbank und Gasa soll in einer "Arbeitsgruppe" verhandelt werden, für die die arabische Seite von Jordanien, Ägypten und ausgewählten Palästinensern gebildet wird. - Die PLO lehnte dieses Modell erwartungsgemäß ab. Ob sich die PLO überhaupt an einer Friedenskonferenz beteiligen sollte, war immer noch umstritten. Selbst für die Allergemäßigten stand jedenfalls fest, daß die PLO nur mit einer autonomen und gleichberechtigten Delegation teilnehmen könnte.

Inzwischen war, im Mai 1977, das israelische Parlament neugewählt worden. Zum ersten Mal bildeten nun die rechten Parteien (unter Menachem Begin) die Regierung. Die Chance, über eine Freigabe von Westbank und Gasa zu sprechen, war damit auf den Nullpunkt gesunken, da diese Gebiete aus Sicht der zionistischen Rechten unwiderruflich Teil des Landes Israel sind. Andererseits konnte gehofft werden, daß Begin eher als seine sozialdemokratischen Vorgänger territoriale Kompromisse an anderen Fronten verkraften würde. Jene wären als "nationale Verräter" angegriffen worden, was Begin nicht zu befürchten brauchte. Insofern war sein Spielraum tatsächlich größer.

Dieses Gesamtbild veranlaßte Ägypten, sich aus der kollektiven arabischen Politik auszuklinken und eine separate Lösung mit Israel unter Regie der USA anzustreben. Am 9. November 1977 gab Präsident Sadat seine Bereitschaft bekannt, nach Jerusalem zu kommen und im Parlament zu sprechen, um den festgefahrenen Friedensgesprächen einen neuen Anschub zu geben.

Die ägyptisch-israelischen Verhandlungen führten schließlich nach etlichen Schwierigkeiten und Rückschlägen im September 1978 zu den Vereinbarungen von Camp David (USA). Auf dieser Grundlage wurde im März 1979 ein Friedensvertrag unterzeichnet.

Im gleichen Monat wurde Ägypten wegen seines Alleingangs aus der Arabischen Liga ausgeschlossen. Eine besonders schwerwiegende Sanktion, denn erstens war laut Statut Kairo der zentrale Sitz der AL, und zweitens war es bis dahin "ungeschriebenes Gesetz", daß der Vorsitzende der AL immer ein Ägypter war. Umstritten war der Friedensvertrag auch in der israelischen Regierung. Der heutige Ministerpräsident Schamir und sein Verteidigungsminister Arens gehörten 1978/79 zu den Likud-Politikern, die die Vereinbarungen ablehnten.

Der israelisch-ägyptische Friedensvertrag legte erstens fest, daß sich Israel im Lauf von drei Jahren schrittweise aus allen seit 1967 besetzten Gebieten Ägyptens zurückzog. Die dort angelegten jüdische Siedlungen sollten aufgelöst werden. (Der Rückzug betraf nicht den palästinensischen Gasa-Streifen, den Ägypten bis 1967 zwar verwaltet, aber nie offiziell annektiert hatte.)

Zweitens sah der Vertrag Verhandlungen über eine Autonomie-Regelung für die palästinensische Bevölkerung der Westbank und des Gasa-Streifens vor. Diese sollten einen Monat nach Ratifizierung des Vertrags zwischen Israel, Ägypten, Jordanien und palästinensischen Vertretern aus den besetzten Gebieten beginnen, unter Beteiligung der USA. Ziel sollte die Vereinbarung einer "administrativen Selbstverwaltung" sein, zunächst für eine "Übergangsperiode" von fünf Jahren. Die militärische Kontrolle würde bei Israel bleiben. Sobald wie möglich, spätestens aber drei Jahre nach Beginn der "Übergangsperiode", sollten Verhandlungen über den "endgültigen Status" der Westbank und Gasas geführt werden.

Da Jordanien ablehnte und die PLO von Anfang an ausgegrenzt war, kam es zu dem seltsamen Verfahren, daß ägyptische und israelische Vertreter unter sich über eine palästinensische "Selbstverwaltung" debattierten. Dieses von vornherein aussichtslose Unternehmen zog sich, mit längeren Unterbrechungen durch die ägyptische Seite, die offenbar mehrmals die Geduld verlor, bis zum Libanon-Krieg (Sommer 1982) hin.

Mittlerweile hatte die israelische Regierung die Sache selbst ad absurdum geführt: Zwar hatte sie 1976 in den besetzten Gebieten Kommunalwahlen durchführen lassen. Die populärsten der neuen palästinensischen

Bürgermeister ließ sie aber zwischen November 1979 und März 1982 wieder absetzen. Das "Komitee für nationale Führung", zu dem sich die Bürgermeister zusammengeschlossen hatte, wurde 1982 verboten. Mehrere Bürgermeister wurden Opfer von Bombenanschlägen jüdischer Nationalisten. Damit war die Sichtweise der palästinensischen Radikalen bestätigt, daß von einer "Autonomie" unter israelischer Militärverwaltung wirklich nichts zu erhoffen wäre. Das zeigt sich auch darin, daß Israel seit 1976, also seit 15 Jahren, keine neuen Kommunalwahlen in den besetzten Gebieten zugelassen hat. Offenbar ist Israels Regierung überhaupt nicht daran interessiert, daß sich in den besetzten Gebieten eine autonome palästinensische Führung und Autorität (autonom eventuell auch gegenüber der PLO) herausbildet. Anderenfalls wäre auch nicht einzusehen, warum Israel nicht schon längst im Alleingang ein Autonomie-Statut für die besetzten Gebiete in Kraft gesetzt hat.

Libanon-Krieg

Im März 1978 waren starke israelische Truppen in den Libanon vorgestoßen ("Operation Litani"). Ergebnis dieser Invasion war die dauerhafte Errichtung einer "Sicherheitszone" im Südlibanon, die von einer pro-israelischen Söldnerarmee kontrolliert wird.

Im Juli 1981 griff Israel den Libanon zwei Wochen lang aus der Luft an, angeblich mit dem Ziel, militärische Stellungen der PLO zu treffen. Die meisten Opfer gab es bei einem Bombenangriff auf ein Beiruter Wohnviertel am 17. Juli, durch den 300 Menschen getötet und 800 schwer verletzt wurden. Am 24. Juli kam durch Vermittlung der US-Regierung ein indirekter Waffenstillstand zwischen Israel und der PLO zustande.

Anfang Mai 1982 kündigte die Regierung Begin die Waffenruhe auf und ließ erneut angebliche PLO-Stellungen im Libanon bombardieren. Ein Attentat auf den israelischen Botschafter in London (durch die PLO-feindliche Gruppe Abu Nidals) wurde von Israel als Vorwand für eine Großoffensive ("Operation Frieden für Galiläa") benutzt, die am 6. Juni 1982 begann.

Israels Regierung versteckte das Ziel dieses Kriegszugs zunächst hinter Lügen. So hieß es anfangs, man wolle lediglich eine Zone von rund 40 Kilometern nördlich der israelischen Grenze von PLO-Milizen "säubern". Nach dem raschen Vorwand, der kaum von Widerstand aufgehalten wurde, hieß es dann plötzlich, daß die "Vernichtung" der PLO im Libanon Kriegsziel sei. Das bedeutete Zerstörung sämtlicher palästinensischer Strukturen im Lande, von denen bekanntermaßen der allergrößte Teil nicht militärischer, sondern sozialer Art war. (Schulen, Krankenhäuser, Waisenheime, kommunale Verwaltung usw.)

Nebenbei fügte die israelische Armee den syrischen Truppen im Libanon schwere Niederlagen zu. Einerseits erklärte Israel öffentlich, daß der Krieg sich nur gegen die Palästinenser richte und daß man die Syrer nicht angreifen würde, falls sie sich heraushielten. Dies Angebot wurde von Syrien in der Praxis angenommen. Andererseits ließ sich Israel aber die Gelegenheit doch nicht entgehen, die syrischen Luftabwehr-Raketen im Libanon zu zerstören und an einem einzigen Tag mehrere Dutzend syrische Kampfflugzeuge abzuschießen.

Beirut wurde von israelischen Truppen eingeschlossen und mehrere Wochen lang heftig beschossen und bombardiert, obwohl Arafat schon am 3. Juli die Bereitschaft der PLO erklärt hatte, aus der Stadt abzuziehen. Erst über sechs Wochen später, am 19. August, billigte das israelische Parlament einen von der US-Regierung vermittelten Abzugsplan. Der Abzug begann im Schutz amerikanischer Truppen am 24. August und war am 1. September abgeschlossen.

Am 14. September wurde der unter dem Druck Israels zum Präsidenten des Libanon gewählte Christenführer Baschir Gemajel bei einem Anschlag auf das Hauptquartier seiner Falange-Partei getötet. Am folgenden Tag besetzten israelische Truppen, den Abmachungen zum Trotz, Westbeirut. Im Schutz dieser Besatzungsarmee kam es dann zu dem dreitägigen Gemetzel in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila (16. bis 18. September). Israelische Truppen hatten die Lager hermetisch abgeriegelt und dann falangistische Milizen hineingelassen, um "Ordnung zu schaffen".

Die Zahl der Ermordeten in den beiden Lagern wird zwischen 700 und 1.500 geschätzt. Insgesamt kamen während des Libanon-Kriegs nach Angaben offizieller Stellen 19.100 Menschen ums Leben; 30.000 wurden verletzt.

Fahd-Plan

Im August 1981 hatte der saudische Kronprinz Fahd einen Friedensplan präsentiert, der de facto erstmals die Anerkennung Israels durch die arabischen Staaten enthielt. Gefordert wurde der vollständige Abzug Israels aus den besetzten Gebieten, einschließlich Entfernung der jüdischen Siedlungen. Dann sollte ein palästinensischer Staat mit (Ost-)Jerusalem als Hauptstadt geschaffen werden, und die palästinensischen Flüchtlinge sollten das "Recht auf Rückkehr" in ihre früheren Wohnorte (gemeint: in Israel) erhalten. Auf dieser Grundlage sollte schließlich das Recht aller Staaten der Region, in Frieden und anerkannten Grenzen zu leben, garantiert werden.

Israel lehnte den Fahd-Plan auch als Ausgangsbasis für Verhandlungen rundum ab, da doch nur die "Liquidierung des jüdischen Staates" das Ziel sei. Jordaniens König Hussein unterstützte bei einem Besuch in Washington die Vorschläge. Arafat zeigte zunächst Sympathie für den Plan, distanzierte sich kurz darauf aber aufgrund des starken internen Drucks. Im November 1981 scheiterte der Versuch, den Fahd-Plan auf einem Gipfeltreffen der Arabischen Liga zum gemeinsamen Projekt zu machen.

Am 1. September 1982, unmittelbar nach dem Abzug der PLO aus Beirut, wurde in Washington der kurzlebige Reagan- Plan präsentiert: "Autonomie" für die Bewohner der Westbank und Gasas unter jordanischer Oberaufsicht; "Einfrieren" der jüdischen Siedlungstätigkeit in den Gebieten; Unteilbarkeit Jerusalems, das hieß praktisch Festschreiben der Zugehörigkeit der ganzen Stadt zu Israel. - Begin lehnte den Reagan-Plan in schärfster Form als "selbstmörderisch" und "Verrat an Camp David" ab.

Am 9. September 1982 erlebte der Fahd-Plan erfolgreiche Auferstehung, nun geringfügig modifiziert und unter dem neuen Namen Fez-Plan. In Fez (Marokko) nämlich billigte im zweiten Anlauf ein Gipfeltreffen der AL das Projekt; vertreten waren alle arabischen Staaten mit Ausnahme Libyens und des ausgesperrten Ägyptens.

Innerhalb des palästinensischen Spektrums wurde sofort ein Bruch sichtbar. Drei Mitglieder der PLO-Delegation in Fez - Angehörige der PFLP, der PFLP- GC und des "radikalen" Fatah-Flügels - distanzierten sich von dem Punkt 7, der die Anerkennung des Staates Israel implizierte. Diese Kritik machten sich ein paar Tage später in einer gemeinsamen Erklärung die PFLP, die PFLP-GC, die von Syrien abhängige Saika und die PPSF zu eigen.

Israels Ministerpräsident Schamir seinerseits verdammte den Fez-Plan als "neuerliche Kriegserklärung an Israel".

Syrien vertreibt die PLO

Am 5. April 1983 legte Arafat dem Fatah-ZK und dem Exekutivkomitee der PLO den Entwurf einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Erklärung vor. Inhalt: Bildung einer gemeinsamen Delegation für Friedensverhandlungen; Anstreben einer palästinensisch-jordanischen Föderation. Beides entsprechend der "jordanischen Option", die offiziell von den USA und, mit Einschränkungen, auch von der israelischen Arbeitspartei befürwortet wird. Anscheinend rechnete Arafat zum damaligen Zeitpunkt, nach den Vorschlägen Fahds und Reagans, mit der Möglichkeit baldiger Verhandlungen und wollte sich dafür ein Mandat holen.

Die palästinensischen Gremien forderten mehrere Ergänzungen und Änderungen an dem von Arafat vorgelegten Entwurf. König Hussein lehnte ab und gab am 10. April 1983 das Scheitern der Gespräche mit der PLO bekannt. Am gleichen Tag wurde in Lissabon der PLO-Politiker Issam Sartawi ermordet, der sich in besonderer Weise um die Entwicklung und Durchsetzung einer flexiblen, realistischen Außenpolitik der PLO bemüht hatte.

Schon seit Januar 1983 gärte es in der Fatah. Angestachelt von Syrien opponierte der "radikale" Flügel immer stärker und offener gegen die "gemäßigte" Linie Arafats. Dieser versuchte, mit der Entlassung dissidenter Offiziere zu kontern, was den Konflikt noch weiter verschärfte.

Ende Juni 1983 wurde Arafat aus Syrien ausgewiesen, im Oktober des gleichen Jahres wurden die Fatah-Büros in Damaskus geschlossen. Der Machtkampf innerhalb der Fatah spitzte sich zu als militärische Konfrontation um die Stadt Tripoli (Nordlibanon) und die sie umgebenden Flüchtlingslager. Im September hatte Syrien rund 1000 loyale Fatah-Kämpfer aus der südostlibanesischen Bekaa-Ebene vertrieben. Wenige Tage später hatte Arafat demonstrativ sein Hauptquartier in Tripoli bezogen. Mitte Oktober schlossen "radikale" Fatah-Dissidenten, Einheiten der PFLG-GC und anderer pro-syrischer Organisationen, sowie syrische Truppen die Stadt und die Lager ein. In der ersten Novemberhälfte wurden die Lager besetzt, am 24.

November 1983 schließlich wurde, insbesondere mit ägyptischer Hilfe, ein Waffenstillstand geschlossen. Zum zweiten Mal mußten die PLO-Einheiten und Arafat aus einer belagerten Stadt unter westlichem Schutz, diesmal durch französische Kriegsschiffe, abziehen. Syrien hatte, jedenfalls fürs erste und warum auch immer, das israelische Kriegsziel einer Vertreibung der PLO aus dem Libanon vollendet.

Spaltung der PLO

Arafats erster Weg nach dem Abzug aus Tripoli führte ihn am 22. Dezember 1983 zu Mubarak nach Kairo, um ihm für seine Hilfe zu danken. Dieser eigenmächtige Schritt, innerhalb der PLO-Spitze nicht abgesprochen und im Widerspruch zur anhaltenden Verdammung Kairos wegen Camp David stehend, verschärfte die Widersprüche in der PLO noch einmal. Die PFLP und DFLP hatten schon Arafats Position gegenüber Syrien nur schwach unterstützt - zwar lehnten sie derartigen Druck eines arabischen Staates auf die PLO ab, gaben in dem Streit aber auch nicht einfach Arafat Recht. Nun, nach der Umarmung in Kairo, forderten sie Arafats Rücktritt.

Die 17. Tagung des Nationalrats Ende November 1984 widerspiegelte die tiefe Spaltung der PLO. Daß sie in der jordanischen Hauptstadt Amman stattfand, war ebenso politisches Signal Richtung USA wie auch eine Provokation gegen die "radikaleren" Teile der PLO, die in König Hussein immer noch den Lakaien des Imperialismus und Palästinenser-Schlächter sahen. Nur die Fatah, die pro-irakische ALF und eine Fraktion der PLF waren überhaupt vertreten, alle anderen boykottierten die Sitzung.

Auf Basis der von dieser Mini-Tagung beschlossenen Richtlinien konnte Arafat im Februar 1985 dann doch noch den Vertrag PLO-Jordanien abschließen, mit dem er im April 1983 gescheitert war (Bekannt als Amman-Abkommen). Kurz gesagt: gemeinsame Verhandlungsdelegation und Föderation. Teile des PLO-Apparats wurden nach Amman verlegt. Die große Mehrheit der palästinensischen Organisationen, einschließlich sogar der Kommunistischen Partei, die immer eine Avantgarde der "Mäßigung" gewesen war, lehnten das Amman-Abkommen aufs schärfste ab.

Peres-Plan 1

Im Oktober 1985 bombardierte Israels Luftwaffe das Hauptquartier der PLO in Tunis, nachdem am Tag zuvor drei Israelis - angeblich Geheimdienst-Agenten - in Larnaka/Zypern von einem palästinensischen "Kommando" getötet worden waren. Einige Tage später sorgte die Kaperung der "Achille Lauro" durch eine Fraktion der PLF für Schlagzeilen und brachte die PLO wieder einmal ins Zwielicht.

Ebenfalls im Oktober 1985 stellte Arbeitspartei-Chef Peres erstmals seinen 7- Punkte-Plan vor. Er hat eigentlich an "Aktualität" kaum verloren; die meisten derzeit wieder erörterten "Ideen" finden sich dort schon wieder: 1. Es sollen Friedensverträge zwischen Israel und den arabischen Staaten angestrebt werden, und die "palästinensische Frage" soll gelöst werden. 2. Die Verhandlungen sollen ohne Vorbedingungen aufgenommen werden. 3. Verhandlungen sollen auf Grundlage der UN-Resolutionen 242 und 338 stattfinden. 4. Es soll sich um direkte, bilaterale (zweiseitige) Verhandlungen, jeweils zwischen Israel und einem Partner, handeln. 5. Die bilateralen Verhandlungen könnten, falls gewünscht und von allen akzeptiert, durch eine internationale Konferenz (richtiger: symbolische Auftaktveranstaltung!) "in Gang gesetzt werden". 6. Diese Konferenz könnte noch vor Jahresende (1985) stattfinden. 7. Über die besetzten Gebiete soll mit einer gemischten jordanisch-palästinensischen Delegation verhandelt werden, wobei deren Mitglieder "Frieden und nicht Terror vertreten" müßten. (Dahinter versteckt sich die Forderung nach einem Veto-Recht Israels gegen einzelne palästinensische Vertreter, d.h. das Ansinnen, die Mitglieder dieser Delegation im Einvernehmen mit Israel auszuhandeln.)

Die PLO geriet nun von amerikanischer und jordanischer Seite unter starken Druck: Ohne ihr als Gegenleistung wenigstens einen sicheren Platz am Verhandlungstisch zu offerieren, wurde von der PLO die Anerkennung der Resolution 242 als einseitige Vorleistung gefordert. Diese nach dem Juni-Krieg 1967 beschlossene Resolution enthält einerseits den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, andererseits das Recht aller Staaten der Region, also auch Israels, in anerkannten und gesicherten Grenzen zu leben. (338 basiert auf 242 und wurde nach dem Oktoberkrieg 1973 beschlossen.)

Die Einwände der PLO-Spitze gegen 242 beschränkten sich schon 1985/86 darauf, daß dort von palästinensischen Rechten keine Rede ist, sondern die Palästinenser nur als "Flüchtlinge" vorkommen. Daher

im Februar 1986 Arafats Vorschlag an die USA: Im Gegenzug gegen die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts Zustimmung der PLO zu 242 und 338. Reagan winkte ab und ließ die bis dahin informell geführten Gespräche mit PLO- Vertretern scheitern.

König Hussein zog nach: Nachdem die PLO seiner ultimativen Aufforderung, 242 anzuerkennen, keine Folge leistete, kündigte Hussein im Dezember 1986 das Amman-Aufkommen auf. Das hatte auch die Schließung der PLO-Büros und die Ausweisung von PLO-Funktionären zur Folge.

Damit war andererseits der Weg frei zum Wieder-Zusammenschluß der PLO- Organisationen, allerdings ohne die extrem von Syrien abhängigen wie Saika, PFLP-GC u.ä. Die wiederhergestellte Einheit demonstrierte die 18. Tagung des Nationalrats im April 1987 in Algier. Das Exekutivkomitee der PLO hatte zuvor das von Hussein ohnehin schon gesprengte Amman-Abkommen seinerseits für "de facto nicht existent" erklärt.

Peres-Plan 2

1987 war das Jahr des Peres-Plans. Der damalige sozialdemokratische Außenminister hatte dieses Projekt, das sich eng an seinen 7-Punkte-Plan von 1985 anlehnte, im Herbst 1986 gemeinsam mit Ägyptens Präsident Mubarak präsentiert.

Im Zentrum sollte nach wie vor die Verständigung mit Jordanien über eine Machtteilung in den besetzten Gebieten stehen. Nach den Vorstellungen von Peres sollte Israel etwa ein Drittel der Westbank endgültig annektieren. Für den Rest sollte eine gemeinsame Verwaltung mit Jordanien vereinbart werden. Diesen sollten kommunale, fiskalische und teilweise auch polizeiliche Aufgaben zufallen, während die "militärische Sicherheit" und damit auch die faktische Souveränität zumindest für eine unbefristete Übergangszeit in israelischen Händen geblieben wäre.

Um König Hussein gegen den Vorwurf des Verrats und des Alleingangs abzuschirmen, sah der Peres-Plan als Rahmen eine internationale Konferenz unter Einbeziehung der Sowjetunion vor. Die Konferenz sollte aber nur eine symbolische Auftaktveranstaltung ohne Kompetenz sein. Alles weitere sollte direkten israelisch-jordanischen Verhandlungen vorbehalten bleiben. Eine direkte palästinensische Mitsprache war anscheinend überhaupt nicht mehr vorgesehen.

Der Peres-Plan wurde von Regierungschef Schamir blockiert, der einer internationalen Konferenz und einer sowjetischen Beteiligung grundsätzlich ablehnend gegenüber stand. Der Beginn der Intifada im Dezember 1987 ließ die Idee, sich mit Jordanien anstelle der Palästinenser zu verständigen, noch aussichtsloser erscheinen.

Shultz-Plan

1988 stand im Zeichen eines Modells, das der amerikanische Außenminister Shultz im Frühjahr vorgestellt hatte. Auch der Shultz-Plan enthielt wieder die internationale Konferenz als rein symbolisches Element, das der Aufnahme direkter Verhandlungen zwischen Israel und einer gemischten jordanisch-palästinensischen Delegation vorausgehen sollte. Gesprochen werden sollte zunächst über eine "Übergangsperiode" von drei Jahren und dann über den "endgültigen Status" der Gebiete.

Wie dieser konkret aussehen könnte, war nicht Gegenstand des Shultz-Plans. Negativ legte sich Shultz aber schließlich doch fest, indem er sich ausdrücklich zu den "Drei Nein" der israelischen Politik bekannte: Kein palästinensischer Staat; keine Rückkehr zu den Grenzen von 1967; keine Verhandlungen mit der PLO.

Außer bei Peres fand Shultz mit seiner Idee nirgendwo Zustimmung. Die angesprochenen arabischen Regierungen bekräftigten, daß es an der PLO vorbei keine Regelung geben könne. Schamir lehnte nach wie vor eine internationale Konferenz ab.

Die Parlamentswahlen in Israel im November 1988 stellten einen wichtigen Einschnitt dar, indem sie das rechte und rechtsextreme Lager leicht, aber entscheidend stärkten. Damit war die Hoffnung der Arbeitspartei, demnächst die Führung der Regierung zu übernehmen - 1987 hatten die Meinungsumfragen sie noch klar vorn gesehen -, auf absehbare Zeit gescheitert. Erledigt war damit auch die Neigung der US-Regierung und maßgeblicher jüdischer Verbände der USA, Peres gegenüber Schamir leicht zu favorisieren. Peres mußte aus dem Amt des Außenministers in das des Finanzministers umziehen. Die Arbeitspartei verzichtete fortan auf eigene außenpolitische Initiativen und überließ das Feld ganz den Rechten.

PLO bereit zur Anerkennung Israels

Gestärkt durch die Intifada proklamierte die 19. Tagung des Nationalrats im November 1988 die Gründung des Staates Palästina, als "integraler und untrennbarer Bestandteil der arabischen Nation mit ihrer Tradition und Zivilisation, mit ihrem aktuellen Streben nach Befreiung, Entwicklung, Demokratie und Einheit." - Die UNO wurde aufgefordert, "die besetzten arabischen Gebiete, einschließlich des besetzten Jerusalem, für eine begrenzte Zeit unter UN-Kontrolle zu stellen." - Die "besonderen Beziehungen" zu Jordanien wurden bestätigt. Der Staat Palästina solle mit Jordanien föderativ verbunden werden. - Und schließlich wurde, als außenpolitisch zentraler Punkt, dem starken Druck von USA, EG usw. nachgegeben, die UN-Resolution 242 offiziell als Verhandlungsgrundlage anzuerkennen. Die Abschlußerklärung, in der dies enthalten ist, wurde mit 253 Stimmen gegen 46 Nein und 10 Enthaltungen angenommen. Gegen das Statement hatten insbesondere die Delegierten der PFLP gestimmt, die das Ergebnis aber ohne das gewohnte Verrats-Geschrei tolerierten.

Den Beschlüssen der 19. Nationalratstagung folgte einen Monat später die Erklärung der US-Regierung, sie sei nun zu direkten Gesprächen mit der PLO bereit. Dieser "Dialog", von der PLO und weiten Teilen der palästinensischen Bevölkerung mit großen Hoffnungen befrachtet, erwies sich jedoch als unfruchtbar und zwecklos. Es fanden insgesamt nur vier offizielle Gespräche auf Botschafterebene in Tunis statt. Im Zentrum stand dabei das amerikanische Drängen, die PLO müsse sich noch weiter vom Terrorismus distanzieren und mehr Flexibilität gegenüber den israelischen "Friedensvorschlägen" zeigen. Die anscheinend durch nichts zu zerstörende arabische Erwartung, daß die Großmacht USA endlich einmal auch Druck in die umgekehrte Richtung machen würde, erwies sich wieder einmal als illusorisch.

Am 20. Juni 1990, sechs Wochen vor dem irakischen Einmarsch nach Kuwait, gab die US-Regierung die "Unterbrechung" - nicht den Abbruch - ihrer Gespräche mit der PLO bekannt. Unmittelbarer Anlaß war eine von der israelischen Armee schon im Ansatz vereitelte palästinensische Guerilla-Aktion am 30. Mai. Die PLO hatte sich trotz ultimativem Drängen der USA nicht in geforderter Weise distanziert.

Nach dem Golfkrieg hat die US-Regierung bekräftigt, daß sie den "Dialog" mit der PLO vorerst nicht wieder aufnehmen will. Andererseits hat sich Außenminister Baker, ebenso wie schon sein Vorgänger Shultz, mehrfach mit Palästinensern getroffen, die sich explizit als Beauftragte der PLO betrachten. Die Frage des "Dialogs" hat also nur eine symbolische Bedeutung.

Schamir-Plan

Nach den Beschlüssen des 19. Nationalrats machte die US-Regierung deutlich, daß sie nun auch von Israel "neue Ideen" sehen wolle. Das müßten aber, um international glaubwürdig zu sein, wirklich neue Ideen sein, und nicht etwa solche, die in der Vergangenheit schon erfolglos diskutiert wurden. Schamir sollte diese "neuen Ideen" bei einem Besuch in den USA im April 1989 vorlegen. Unmittelbar vorher inszenierte er das PR-wirksame Schauspiel einer "Conference of Jewish Solidarity with Israel" in Jerusalem. 700 Leader der jüdischen Diaspora aus aller Welt, vor allem Vertreter der großen jüdischen Verbände der USA, folgten der Aufforderung, sich schützend vor Israel zu stellen und damit indirekt auch Schamirs Position gegenüber der US-Regierung zu stärken.

Kern des Schamir-Plans vom Frühjahr 1989 war der Vorschlag, unter den Palästinensern der besetzten Gebiete "freie Wahlen" durchzuführen. Das Wort "frei" wurde von Schamir unmißverständlich definiert: Der Wahlvorgang sollte "frei sein von Einschüchterungen und Terror durch die PLO", sollte also unter israelischer Militärkontrolle stattfinden und die PLO ausschließen. Gewählt werden sollte einzig und allein eine Delegation, um mit Israel über eine "Übergangslösung" zu verhandeln. Später sollten Verhandlungen über eine "endgültige Lösung" folgen. Wählbar sollten nur Palästinenser sein, die nicht zur PLO gehören und den Verhandlungsrahmen (kein eigener Staat!) von vornherein akzeptieren.

Die von Scharon geführte rechtsextreme Fraktion des Likud setzte Anfang Juli 1989 im ZK der Partei eine Reihe von Zusätzen durch: 1. Die arabische Bevölkerung Ostjerusalems darf nicht an den Wahlen teilnehmen. 2. Vor Aufnahme von Verhandlungen müssen "Terrorismus und Gewalt eliminiert" sein, d.h. die Intifada muß entweder zerschlagen oder abgebrochen sein. 3. Die Besiedlung der besetzten Gebiete muß verstärkt werden. 4. Es darf nie eine "fremde Souveränität" in den Gebieten geben. 5. Es darf keine Verhandlungen mit der PLO geben.

Alle diese Punkte entsprachen an sich mündlichen Erläuterungen, die Schamir ohnehin schon öffentlich zu seinem "Friedensplan" abgegeben hatte. Mit der Beschlußfassung im Likud-ZK sollte lediglich noch einmal provokativ demonstriert und sichergestellt werden, daß der Schamir-Plan selbst für die ganz "gemäßigten" Sektoren der palästinensischen Bevölkerung keine Basis sein kann. In dieser Form distanzierte sich dann sogar die Arbeitspartei von dem Projekt.

Mubarak-Plan

Die PLO-Spitze hatte auf den Schamir-Plan zunächst widersprüchlich reagiert: Einerseits hatte das PLO-Exekutivkomitee ihn als "taktischen Schachzug" zur Täuschung der Weltöffentlichkeit verurteilt. Andererseits hatten Arafat und sein engster Berater, Bassam Abu Scharif, versucht, sich auf die Idee von Vertretungswahlen in den besetzten Gebieten positiv einzulassen und den Schamir-Plan nur im konkreten Detail mit eigenen Forderungen zu konfrontieren: 1. Teilweiser Rückzug der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten vor dem Wahlvorgang. (Die PLO hatte bis dahin den vollständigen Abzug gefordert.) 2. Überwachung und Sicherung der Wahlen durch internationale oder multinationale Streitkräfte. 3. Internationale Aufsicht während der Übergangsperiode. 4. Durchführung einer internationalen Friedenskonferenz.

Das Scheitern des Schamir-Plans veranlaßte den ägyptischen Präsidenten Mubarak, im September 1989 einen eigenen 10-Punkte-Plan zu veröffentlichen, der insgeheim der israelischen Regierung schon im Juni übermittelt worden war.

Der Mubarak-Plan sah vor: 1. Israel muß das Ergebnis der Wahlen in jedem Fall akzeptieren. 2. Die Wahlen müssen unter internationaler Aufsicht stattfinden. 3. Den gewählten palästinensischen Vertretern muß eine Art Immunität zugesichert werden, um sie vor israelischen Repressalien zu schützen. 4. Die israelische Armee muß sich vor den Wahlen aus den besetzten Gebieten zurückziehen. 5. Israel muß sich zu Gesprächen über eine endgültige Regelung bereit erklären, die nach einer drei- bis fünfjährigen Übergangsperiode in Kraft treten soll. 6. Einstellung der jüdischen Besiedlung. 7. Recht auf freie Meinungsäußerung für alle Kandidaten. 8. Israelische Staatsangehörige dürfen am Wahltag die besetzten Gebiete nicht betreten. 9. Teilnahme der arabischen BewohnerInnen Ostjerusalems an den Wahlen. 10. Israel muß das Prinzip "Land gegen Frieden" und die "politischen Rechte" der Palästinenser akzeptieren.

Der Likud lehnte den Mubarak-Plan selbstverständlich sofort und kategorisch ab. Grundsätzlich positiv äußerten sich hingegen die Arbeitspartei und die US-Regierung. Diese Wertung bezog sich aber nicht auf die einzelnen konkreten Punkte des Projekts, die teilweise sogar weiter gingen als die von der PLO-Spitze ins Gespräch gebrachten Wahl-Voraussetzungen. Tatsächlich sagten die Sprecher der Arbeitspartei eigentlich nur, daß der Mubarak-Plan eine "Verhandlungsgrundlage" sein könnte. Übereinstimmend behaupteten die Arbeitspartei und das US- Außenministerium, daß Mubaraks Vorschläge nicht in Widerspruch oder Konkurrenz zum Schamir-Plan stünden; sie würden diesen lediglich konkretisieren und ergänzen. Eine höchst eigenwillige Interpretation.

Der interessanteste Teil des Mubarak-Plans stand gar nicht in den 10 Punkten, sondern separat neben ihnen: Noch vor den Wahlen - die wohlgemerkt nur der Bildung einer Gruppe für Verhandlungen mit Israel dienen sollten - sollte unter Vermittlung Kairos ein "israelisch-palästinensischer Dialog" beginnen. Die palästinensischen Teilnehmer wollte Mubarak höchstpersönlich benennen. Das ganze Projekt lief also praktisch nur darauf hinaus, irgendeine Art von israelisch-palästinensischen Gesprächen zu beginnen, ohne den Palästinensern das Recht auf selbständige Benennung ihrer Vertreter zuzugestehen.

Die PLO lehnte den Mubarak-Plan zwar ab, allerdings nicht absolut klar und definitiv, sondern in zweideutigen, teilweise auch direkt einander widersprechenden Äußerungen. Anscheinend wollte die PLO den kleinen taktischen Vorteil nicht verspielen, der sich aus dem Nein des Likud zu den Vorschlägen und aus dem erhofften Widerspruch zwischen Likud und US-Regierung in dieser Frage zu ergeben schien.

Baker-Plan

Tatsächlich drückte die Ablehnung des Mubarak-Plans auf Schamirs Image in den USA, ausgerechnet wenige Wochen vor einer geplanten Reise in die USA. In dieser Situation wurde die US-Regierung nach Monaten der totalen Passivität in Sachen Nahost wieder aktiv: Außenminister Baker präsentierte einen "neuen Friedensplan", der sich eng an Mubaraks Dialog-Idee anlehnte, aber bereits wesentliche Kritikpunkte des Likud

berücksichtigte. Der Baker-Plan bestand aus folgenden fünf Punkten: 1. Israel soll in Kairo einen "Dialog" mit palästinensischen Vertretern beginnen. 2. Ägypten wird die Rolle eines Vermittlers zwischen den drei Beteiligten (Israel, USA, Palästinenser) spielen. 3. Die USA akzeptieren, daß Israel die Gespräche erst beginnt, wenn eine für Israel "zufriedenstellende" Namensliste der palästinensischen Delegation vorliegt. (Die Vorstellung war anscheinend, daß die palästinensischen Teilnehmer zwar informell von der PLO vorgeschlagen, aber von den USA, Israel und Ägypten gemeinsam ausgesucht werden sollten.) 4. Die USA akzeptieren, daß Israel nur auf Grundlage des Schamir-Plans am Kairoer "Dialog" teilnimmt. Gegenstand des "Dialogs" soll nichts weiter sein als die praktische Durchführung der Vertreter-Wahlen in den besetzten Gebieten. 5. "Um den Prozeß zu erleichtern", sollten sich die Außenminister der USA, Ägyptens und Israels zu einem vorbereitenden Gespräch treffen.

Die PLO lehnte den Baker-Plan rundum ab. Arafat erklärte, daß die Mitglieder einer palästinensischen Delegation selbstverständlich nur von der PLO bestimmt werden könnten. Überraschend blockte aber auch der Likud mit wenig schlüssigen Einwänden ab. Die US-Regierung kam daraufhin Schamir noch weiter entgegen, indem eine "modifizierte" Version des Baker-Plans nachgeschoben wurde. Sie enthielt noch klarer die Bestimmung, daß als solche bekannte PLO-Mitglieder ebenso wie Personen, die derzeit nicht in den besetzten Gebieten leben (also z.B. auch Ausgewiesene), nicht zur palästinensischen Delegation gehören dürften. Außerdem wurde noch schärfer formuliert, daß in Kairo ausschließlich über die Modalitäten der Vertreterwahlen gesprochen werden dürfe.

In dieser Version stimmte die israelische Regierung dem Baker-Plan schließlich zu. Da die PLO aber schon die erste Version Bakers abgelehnt hatte, war die noch weiter zugunsten Israels modifizierte Version von vornherein kein ernsthafter Vorschlag. Als einziger erkennbarer Zweck blieb nur noch übrig, Schamir ein halbes Ja zu ermöglichen, das Ansehen der israelischen "Friedenspolitik" zu verbessern, und der PLO wieder einmal den Schwarzen Peter zuzuschieben.

Kt.

14. Anmerkungen zur Geschichte des Staates Israel - Teil 2

Rubrik: Israel / Palästina; Nahost allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:53

Mit der Balfour Declaration von 1917 sicherte Großbritannien den Zionisten eine "nationale Heimstätte" für das jüdische Volk in Palästina zu. (siehe AK 330) Dabei blieb erstens unklar, welchen staatlichen Status die Juden in Palästina haben würden. Unklar waren zweitens die Grenzen der versprochenen Heimstätte.

1919 legte die Zionistische Weltorganisation der Pariser Friedenskonferenz eine Karte vor, die nicht nur das ganze heutige Israel, einschließlich Westbank und Gasa-Streifen, als Teil des jüdischen Staates sah, sondern auch den Süden Libanons, einen Streifen Syriens, sowie das westliche Jordanien bis heran an die Bahnlinie Damaskus-Amman. Gemessen an manchen Wunschvorstellungen war das eher noch ein Minimalprogramm.

Die Friedenskonferenz und der Völkerbund trugen den zionistischen Territorial-Forderungen bekanntlich nur unzureichend Rechnung. Die Herauslösung Transjordaniens (das heutige Jordanien) aus dem britischen Palästina-Mandat 1922 bedeutete, daß dieses Gebiet für die angestrebte "Heimstätte" nicht mehr in Frage kam und dort auch keine jüdischen Siedlungen errichtet werden durften.

Zwischen 1922 und 1936 wuchs der jüdische Bevölkerungsteil in Palästina von 86.000 (11 %) auf 400.000 (30 %), verfünffachte sich also nahezu. Entgegen einer verbreiteten Annahme war diese Zunahme nur zum kleineren Teil auf die Flucht von Juden aus dem nazistischen Deutschland zurückzuführen: aus Deutschland kamen zwischen 1933 und 1939 "nur" etwa 60.000 Juden nach Palästina.

Ein Dutzend Danzigs und Memels

Der zunehmende Widerstand der arabischen Bevölkerung gegen die jüdische Einwanderung veranlaßte die britische Mandatsregierung, 1937 einen Plan für die Teilung Palästinas vorzulegen (Peel Commission). Dieser Vorschlag hätte dem jüdischen Staat 17% des Landes gegeben. In diesem Staat hätten 313.000 Juden und 300.000 Araber gelebt. Jerusalem und ein großes umgebendes Gebiet sollten britisches Mandat bleiben.

Der erste britische Hochkommissar für das Mandatsgebiet Palästina (1920- 25), Viscount Samuel - selbst Jude, dem Zionismus freundlich gegenüberstehend und einer der "Architekten" der Balfour Declaration - gab im britischen House of Lords eine Charakterisierung des Teilungsplans, die den Sachverhalt mit europäischen Analogien exakt beschrieb: Die Teilung würde ein Saargebiet schaffen, einen polnischen Korridor und ein halbes Dutzend Danzigs und Memels, das alles in einem Land mit der Größe von Wales. - Klarer ließ sich die Unmöglichkeit oder Fatalität einer Teilung Palästinas nicht begründen.

In der Zionistischen Weltorganisation war der Peel-Plan heftig umstritten. Es dominierten schließlich die Argumente Ben Gurions: Es bestehe die Gefahr, daß die Zeit gegen die Zionisten arbeiten würde. Der Peel-Plan sei eine gute strategische Ausgangsbasis. Selbstverständlich dürfe Palästina nicht geteilt werden - nicht nur vom historischen Standpunkt aus, sondern auch aus natürlichen und wirtschaftlichen Gründen. Darum gehe es aber überhaupt nicht. Mit dem Aufbau eines entwickelten militärischen Potentials werde sich der jüdische Rumpfstaat die Option zur Expansion verschaffen.

Dennoch stimmte der 20. Zionistische Weltkongreß (Juli 1937) dem Peel-Plan nicht etwa zu, wie gelegentlich falsch kolportiert wird, sondern ermächtigte lediglich die Jewish Agency, mit Großbritannien über die Errichtung eines jüdischen Staats - mit günstigeren Grenzen als im Peel-Plan vorgesehen - zu verhandeln. Dabei sollte betont werden, daß nach zionistischem Verständnis das Versprechen der Balfour Declaration sich auf das ganze ursprüngliche Mandatsgebiet, einschließlich Transjordaniens, bezogen habe. - Die arabische Seite war sich in der Ablehnung des Peel-Plans einig. Unter arabischem Druck ging die britische Regierung zu einer für die Zionisten sehr viel ungünstigeren Politik über. (Britisches "Weißbuch" von 1939)

Nach dem Zweiten Weltkrieg stellte sich vor dem Hintergrund des Holocaust und angesichts von Hunderttausenden jüdischer Flüchtlinge in Europa die Errichtung eines jüdischen Staats mit neuer Dringlichkeit. Am 29. November 1947 nahm die Vollversammlung der UNO den Plan an, Palästina zu teilen in einen arabischen und einen jüdischen Staat. Die Stadt Jerusalem mit Umgebung sollte als besondere Einheit von der UNO verwaltet werden und zwar zunächst für eine Übergangszeit von zehn Jahren. Danach sollte der

Status der Stadt "im Lichte der gemachten Erfahrungen" überprüft werden und Gegenstand eines Referendums der Bewohner sein. Die beiden zu schaffenden Staaten und die Stadt Jerusalem sollten durch eine Wirtschafts-, Währungs- und Zollunion eng miteinander verbunden sein.

Eine Aufforderung zum Krieg

Die Teilungsresolution enthielt eine genaue Beschreibung der Grenzen beider Staaten und des Gebiets von Jerusalem. Daraus ergab sich erstens, daß der jüdische Staat rund 54 % des Gebiets von Palästina einnehmen sollte, obwohl zu diesem Zeitpunkt nur etwa ein Drittel der Einwohner Palästinas Juden waren und flächenmäßig kaum 15 % des Landes von Juden bewohnt wurden. Dem UN-Plan zufolge hätten im jüdischen Staat zunächst etwa gleichviel Araber wie Juden leben sollen (jeweils knapp eine halbe Million), im arabischen Staat hingegen nur etwa 10.000 Juden (und 725.000 Araber). - Diese offensichtlich ungerechte Aufteilung wurde damit begründet, daß der jüdische Staat eine "Reserve" brauche, um mehr Überlebende des Holocaust aus Osteuropa aufnehmen zu können.

Zweitens zeigt ein Blick auf die Karte, daß die UNO-Teilungsresolution von 1947 den jüdischen und den arabischen Staat jeweils aus drei separaten Gebieten bestehen ließ, die so ineinander verkeilt waren, daß die Verbindungswege immer nur über das Gebiet des anderen Staates führten. Das hätte ein Maximum an gutem Willen auf beiden Seiten vorausgesetzt, um zu funktionieren. In der sehr angespannten realen Situation stellte dieser Plan einen Wahnwitz und indirekt eine Aufforderung zur schnellen Klärung der Verhältnisse durch Krieg dar. (Gerade auch mit der Unmöglichkeit des friedlichen Zusammenlebens beider Völker in einem Staat begründete beispielsweise die Sowjetunion damals ihr Votum für die Teilungsresolution.)

Eine territoriale Aufteilung Palästinas unter die beiden Völker, Araber und Juden, war nach Lage der Dinge auf jeden Fall eine mit friedlichen Mitteln nicht zu lösende Aufgabe. Zwar gab es großflächige arabische Siedlungsgebiete, aber die Juden lebten mehr oder weniger über das ganze Land verteilt. Eine konsequente Grenzziehung entlang der Wohngebiete hätte ein beispielloses Chaos von Enklaven und Mini-Territorien zur Folge gehabt. Schon die Engländer waren daher bei ihrem Teilungsplan 1937 auf die wirklich naheliegende Idee gekommen, die arabische Bevölkerung aus dem projektierten jüdischen Staat zu "transferieren", also auszusiedeln. Alles auf streng freiwilliger Grundlage, versteht sich.

Wie wir sahen, sollten laut UNO-Teilungsresolution eine halbe Million Araber unter die Herrschaft des jüdischen Staates kommen. Ein kleiner Teil davon lebte natürlich als Minderheit in überwiegend jüdischen Gegenden und hätte sich vielleicht arrangiert. Die große Mehrheit jedoch befand sich in ausschließlich oder überwiegend arabischen Orten und Gebieten. Daß die meisten von ihnen nicht freiwillig BürgerInnen Israels werden wollten, stand schon fest. Wie sollte also gegen ihren Willen der Teilungsplan durchgesetzt werden?

Es ist schon seltsam: Die UN-Resolution von 1947 beschrieb sorgfältig jede Biegung des Grenzverlaufs. Sie beschäftigte sich bis ins lächerlichste Detail mit der Wirtschaftsunion zwischen den beiden zu gründenden Staaten, mit den einzurichtenden Gremien dieser Union und ihren Kompetenzen usw., wovon niemals das Allergeringste realisiert wurde. Die UN-Resolution schwieg aber zu der zentralen Frage, wie die Teilung Palästinas, das heißt insbesondere die Errichtung der jüdischen Herrschaft über arabische Siedlungsgebiete und Orte, praktisch durchgesetzt werden sollte. Zumindest den Politikern der Großmächte war wohl klar, wie die Umsetzung des Teilungsbeschlusses aussehen würde, aber damit hatte man dann ja nichts mehr zu tun.

Ohne Begin kein Israel

Die Teilungsresolution der UNO wurde, aus unterschiedlichen Gründen, von den Palästinensern und den arabischen Staaten abgelehnt. Verworfen wurde sie aber auch vom revisionistischen (d.h. radikalnationalistischen) Flügel der Zionisten, der über die bewaffneten Organisationen Irgun und Lehi verfügte. (Irgun war 1931 gegründet worden; die noch radikalere Lehi spaltete sich 1940 von Irgun ab.)

Die Revisionisten hatten stets Palästina "auf beiden Seiten des Jordan" für den jüdischen Staat reklamiert und das bedeutete: einschließlich des gesamten Jordaniens, das damals noch Transjordanien hieß. Nach Ansicht der Revisionisten war die UN-Teilungsresolution illegal und unannehmbar. Sie würden sich ihr, so erklärten sie ganz deutlich, mit allen Mitteln widersetzen. Im Juni 1948 proklamierte Irgun gar die Nichtanerkennung des im Mai gegründeten Staates Israel. Erst im Herbst 1948, nachdem der "Unabhängigkeitskrieg" gegen die Araber im Wesentlichen abgeschlossen war, gelang die Integration von Irgun und Lehi in die israelische Armee.

Die Revisionisten waren keine unbedeutende Randströmung des Zionismus. Zwar waren sie politisch Minorität, aber auf der Ebene der bewaffneten Aktion, des Terrors gegen Araber und Engländer, der gezielten Provokation und des militärischen Handstreichs vermochten sie sehr effektiv zu agieren. Das gilt insbesondere für die komplizierte Phase des unerklärten Kleinkriegs, die mit der Teilungsresolution im November 1947 begann und mit dem Eingreifen regulärer arabischer Armeen am 15. Mai 1948 endete. Die Beziehungen der Revisionisten zur zionistischen Führung um Ben Gurion standen in dieser Phase im permanenten Widerspruch zwischen Konflikt und Kooperation. Einerseits stellten Irgun und Lehi aus Sicht Ben Gurions einen Risikofaktor und eine Gefährdung des jüdischen Ansehens dar. Andererseits war es gelegentlich günstig, daß außer Verantwortung der offiziellen Führung Dinge geschehen konnten, die zwar nützlich, aber eben leider nicht sehr schön waren - wie beispielsweise das Massaker an 250 BewohnerInnen des Dorfes Deir Jasin am 9. April 1948.

Später haben es die damaligen Führer von Irgun und Lehi im Staat Israel zu höchsten Ehren gebracht. Ihre Namen: Menachem Begin und Jitzchak Schamir. Ein weiterer Hinweis darauf, daß dieser Aspekt zionistischer Politik und der revisionistische Anteil an der Staatwerdung des Zionismus nicht als marginal betrachtet werden sollte. Eher hatte wohl Begin recht, der schon im Juni 1948 erklärte, ohne die illegale Tätigkeit des Irgun hätte Israel gar nicht gegründet werden können.

Die Teilungsresolution der UNO war zweifellos nicht nur aus Sicht der Revisionisten, sondern auch der sozialdemokratischen Führung um Ben Gurion eine Zumutung und ein Ding, das überhaupt nicht zu praktizieren war. Ein winziger Staat, der aus drei miteinander nicht direkt verbundenen Mini-Territorien bestehen sollte, war inmitten einer nicht gerade freundlich auf das zionistische Projekt reagierenden Umgebung kaum lebensfähig. Jedenfalls nicht nach den Regeln militärischer Doktrinen. Man denke nur an das seit 1967 ständig zu lesende israelische Argument, die Rückkehr zu den Grenzen vor dem Juni-Krieg - die schon ein viel grösseres und geschlosseneres Gebiet umfaßten als nach dem Teilungsplan vorgesehen - wäre militärisch unverantwortlich, würde Israel einem "zweiten Holocaust" aussetzen.

Es kam hinzu, daß ein arabischer Bevölkerungsanteil von 50% die ganze Idee des Zionismus ad absurdum geführt hätte. Dieser Staat wäre binational gewesen oder hätte es jedenfalls sein müssen, falls man nicht sämtliche Regeln der Demokratie außer Kraft setzen wollte.

Das Interesse, die Linien des Teilungsplans militärisch zu revidieren (und zugleich die Bevölkerungsverhältnisse zu "korrigieren"), bestand demnach auch bei der Führungsgruppe um Ben Gurion. (In diesem Zusammenhang ist wichtig, daß auf Drängen Ben Gurions am 12. Mai 1948 beschlossen wurde, sich bei der Proklamation des Staates Israel nicht auf die in der UN-Teilungsresolution genannten Grenzen zu beziehen.)

Krieg als Mittel der Politik

Der erste arabisch-israelische Krieg begann tatsächlich nicht am 15. Mai 1948 mit dem Eingreifen regulärer arabischer Armeen, sondern unmittelbar nach der Teilungsresolution vom November 1947. Auf der einen Seite kämpften palästinensische Guerilla-Verbände, teilweise mit Unterstützung aus arabischen Staaten. Sie konnten zwar kaum Territorium besetzen, gefährdeten oder blockierten aber die Verkehrswege und schnitten jüdische Siedlungen ab. Auf der anderen Seite heizten seit Januar 1948 Irgun und Lehi den Konflikt durch Bombenanschläge auf arabische Bevölkerungszentren an. Es gab daraufhin arabische "Vergeltungsaktionen", die im Gegenzug wiederum Aktionen der offiziellen zionistischen Truppen (Hagana) rechtfertigen mußten, obwohl man sich von den Anschlägen der Revisionisten selbstverständlich öffentlich distanzierte.

Anfang April 1948 war die Lage so, daß die Zionisten zur militärischen Offensive übergehen konnten, wobei mitunter, wie bei der Eroberung der arabischen Stadt Haifa, Hagana und Irgun direkt zusammenarbeiteten. Durch diese Offensive wurden in wenigen Wochen weitgehend die im Teilungsplan vorgesehenen Linien erreicht. Eine Massenflucht der arabischen Bevölkerung setzte ein, besonders nachdem sich die Nachricht vom Massaker in Deir Jasin (9. April 1948) verbreitete. Das setzte die arabischen Regimes, die zwar lautstark Kriegsparolen verbreiteten, aber vor Taten eher zurückschreckten, weil sie sich ihrer militärischen Schwäche bewußt waren, unter Zugzwang. (Ein Phänomen, das in der Geschichte der arabisch-israelischen Konflikte immer wieder eine entscheidende Rolle spielen sollte.)

Der Termin des Eingreifens regulärer Truppen arabischer Staaten ergab sich daraus, daß am 14. Mai 1948 das britische Mandat über Palästina endete (und am gleichen Tag der Staat Israel proklamiert wurde). Die arabischen Regimes, die durchweg gute Beziehungen zu Großbritannien unterhielten, hatten vor Ende des Mandats nicht intervenieren wollen.

Der erste arabisch-israelische Krieg begründete, vor dem Hintergrund des Holocaust, den Mythos vom tapferen kleinen Volk, das sich gegen eine riesige Übermacht von vernichtungswilligen Feinden behauptet. Indem man einfach die Bevölkerung der Staaten zusammenzählte, die Israel den Krieg erklärt hatten, kam man, wie beispielsweise Ben Gurion, zu der Version, 27 Millionen Araber hätten 700.000 Juden überfallen. Das Kräfteverhältnis wird mal mit 1:25, mal mit 1:40 angegeben. Tatsächlich schickten die arabischen Staaten - in erster Linie Transjordanien und Ägypten, der Rest spielte kaum eine Rolle - insgesamt nicht viel mehr als 50.000 Mann an die Fronten. Das entsprach ungefähr der zahlenmäßigen Stärke der israelischen Truppen. Über wesentlich mehr kriegsfähige Soldaten verfügten die arabischen Staaten damals gar nicht.

Schon zum Zeitpunkt des ersten Waffenstillstands (7. Juni 1948) konnte die israelische Armee melden, daß, mit Ausnahme des Negev südlich von Beerscheba, das gesamte von der UNO für den jüdischen Staat vorgesehene Gebiet fest unter Kontrolle war. Die Fortführung des Krieges bis in den März 1949 hinein diente nur noch der Erweiterung des Territoriums.

Das Ergebnis des Krieges war erstens, daß Israel sich weit über die Linien des UN-Teilungsbeschlusses hinaus ausdehnte. Zweitens, daß zwischen 500.000 und 700.000 arabische Palästinenser geflüchtet oder vertrieben waren, so daß im Gebiet Israels nur noch etwa 100.000 als tolerierbare Minorität lebten. Israel weigerte sich, diese Kriegserfolge zu revidieren, d.h. auf die Linien der UN-Resolution zurückzugehen und die Rückkehr der Flüchtlinge zu erlauben. Das trug dazu bei, daß mit den arabischen Staaten, die 1948/49 mit Israel lediglich Waffenstillstands-Abkommen geschlossen hatten, keine Friedensverträge und keine Anerkennung Israels zustande kamen.

Nicht zustande kam auch der von der UNO beschlossene arabisch-palästinensische Staat. Das transjordanische Regime annektierte das Land westlich des Jordan, soweit es nicht von Israel erobert worden war. Nur zu diesem erklärten Zweck hatte sich Amman überhaupt an dem Krieg beteiligt. Die von den konkurrierenden arabischen Regimes nur halbherzig unterstützte radikalnationalistische palästinensische Exilregierung protestierte von Gasa aus erfolglos. Ägypten unterstellte den Gasa-Streifen seiner Verwaltung, betrachtete ihn aber offiziell nicht als Teil seines Territoriums.

Vom Aufstieg Nassers ...

In den 50er Jahren entwickelte sich der israelisch-ägyptische Konflikt zum Zentrum der Konfrontation zwischen Israel und den arabischen Staaten. Die halbkoloniale Monarchie wurde 1952 gestürzt, und der weiterhin diktatorisch regierte Staat ging unter dem Nationalisten Nasser schrittweise auf Distanz zu den westlichen Großmächten. Das war anscheinend aus israelischer Sicht so vorteilhaft, daß man die Entwicklung noch künstlich zu forcieren versuchte: Im Juli 1954 explodierten in Ägypten mehrere Bomben, die sich gegen britische und amerikanische Ziele richteten. Organisator war, wie sich schnell herausstellte, der militärische Geheimdienst Israels. Zweck der Sache war, das Mißtrauen zwischen den Westmächten und dem neuen Kairoer Regime zu verschärfen. (Der Vorgang ist unter dem Namen "Lavon-Affäre" bekannt; Lavon war israelischer Verteidigungsminister).

Zur weiteren Zuspitzung trug bei, daß Nasser es ablehnte, dem 1955 gegründeten pro-imperialistischen Bagdad-Pakt beizutreten. (Mitglieder waren Großbritannien, die Türkei, Irak, Iran und Pakistan.) - Nasser bemühte sich andererseits zu dieser Zeit noch um amerikanische Waffenlieferungen, lehnte aber die von Washington geforderte Erklärung ab, die Waffen nicht offensiv einzusetzen. So wurde durch ein Abkommen im September 1955 die Sowjetunion erstmals zum Waffenlieferanten eines arabischen Staates, und es begann die Epoche sowjetisch-amerikanischer Konfrontation in Nahost, die erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre mit dem Kollaps der sowjetischen Außenpolitik endete.

Am 26. Juli 1956 gab Nasser die Nationalisierung des Suez-Kanals bekannt, der bis dahin der Kontrolle durch eine britisch geführte Gesellschaft unterstand. Das brachte Ägypten in einen schweren Konflikt mit den Großmächten England und Frankreich und Israel ergriff die Gunst der Stunde. Die drei Regierungen verabredeten folgendes Vorgehen, das dann auch exakt praktiziert wurde: Israel sollte Ägypten angreifen und

möglichst bis zum Suez-Kanal vorstoßen. Dann würden England und Frankreich in der Pose besorgter Vermittler beide Seiten ultimativ auffordern, sich vom Suez-Kanal zurückzuziehen. Schließlich würden, da Kairo das Ultimatum gewiß zurückweisen würde, britische und französische Truppen die Kanalzone besetzen. - Massive französische Waffenlieferungen an Israel in der Zeit von Ende Juli bis Ende September 1956 bereiteten die Aggression vor.

... zum Suez-Krieg

Am 15. Oktober 1956 beantragte Jordanien eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrats, um Maßnahmen gegen wiederholte Vorstösse Israels auf jordanisches Gebiet (zuletzt Ende September und am 11. Oktober) zu beraten. Ben Gurion erklärte dazu, Israel fühle sich wegen der häufigen Angriffe bewaffneter Gruppen aus den arabischen Staaten berechtigt, "eine Politik der Selbstverteidigung durchzuführen". (Solche Aktionen der israelischen Armee hatten in der Vergangenheit auch schon mehrfach gegen Ägypten stattgefunden)

Ebenfalls am 15. Oktober trafen sich in Amman Jordaniens König Hussein und der irakische Kronprinz, um entsprechend dem zwischen den beiden verwandten Königshäusern bestehenden Beistandspakt über irakische Hilfeleistungen zu sprechen. Angeblich sollten irakische Flugzeuge und Truppen in Jordanien stationiert werden. Ben Gurion erklärte noch am gleichen Tag, daß sich Israel in diesem Fall frei fühlen würde, so zu handeln, wie es dies für richtig halte. Aufgrund dessen, was man inzwischen über die britisch-französischen-israelischen Geheimabsprachen weiß, ist das damalige israelische Drohverhalten gegen Jordanien als Ablenkungsmanöver einzuschätzen. Denn Jordanien hatte von Großbritannien eine militärische Beistands-Garantie, die bei einem israelischen Angriff in Kraft getreten wäre.

Am 28. Oktober gab die israelische Regierung eine Teilmobilisierung ihrer Streitkräfte bekannt. Begründet wurde das mit sich häufenden Angriffen (von Guerilla-Trupps) aus Jordanien, Libanon und Ägypten, mit der Konzentration irakischer Truppen an der jordanischen Grenze und mit dem Abschluß eines Militärpakts zwischen Ägypten, Syrien und Jordanien am 23. Oktober.

Am Abend des 29. Oktober gab Israel bekannt, seine Truppen hätten Fedajin-Einheiten in Ägypten angegriffen. Es handele sich um eine Reaktion auf "militärische Angriffe ägyptischer Streitkräfte gegen israelische Verbindungswege zu Land und zur See". Man konnte daher im ersten Moment annehmen, daß Israel wieder eine seiner zahlreichen, aber begrenzten "Vergeltungsaktionen" gestartet hatte. Schnell zeigte sich jedoch, daß eine massive Offensive an der gesamten Sinai-Front begonnen hatte.

Am 30. Oktober nachmittags wurde ein auf zwölf Stunden befristetes britisch-französisches Ultimatum ausgesprochen, das beide Seiten aufforderte, den Kampf einzustellen und ihre Truppen auf zehn Kilometer vom Suez-Kanal zurückzuziehen - den selbst die Spitzen der israelischen Truppen zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht erreicht hatten. Von Ägypten wurde außerdem die Zustimmung zur "zeitweisen" Stationierung britischer und französischer Streitkräfte in der Kanalzone verlangt. Nach Ablaufen dieser Frist würden Streitkräfte der beiden Großmächte intervenieren. Israel stimmte sofort zu, während Nasser Ägyptens Entschlossenheit betonte, "sein legitimes Recht zur Selbstverteidigung zwecks Aufrechterhaltung seiner Unabhängigkeit, seiner territorialen Integrität und seiner Ehre auszuüben". Die israelische Armee setzte danach ihren Vormarsch fort.

Am 31. Oktober begann die Bombardierung ägyptischer Städte, Flughäfen, Industrieanlagen usw. durch britische und französische Flugzeuge. Am frühen Morgen des 5. November landeten Fallschirmjäger der beiden Staaten in der Kanalzone. Andere Einheiten wurden mit Landungsbooten herangeschafft.

Am 6. November wurden alle Kämpfe eingestellt, nachdem Ägypten einem Waffenstillstand mit Israel zugestimmt hatte. Die Verluste des Kriegs wurden von israelischer Seite mit 3000 ägyptischen und 150 israelischen Toten angegeben. Die Zahl der durch die britisch-französischen Angriffe getöteten Ägypter wurde zusätzlich auf etwa 1000 geschätzt.

Israel erhält Garantien der USA

Die schnelle Beendigung des Krieges, die letztlich keinem der Aggressionsstaaten bleibenden Gewinn brachte, ist darauf zurückzuführen, daß sich nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die USA gegen den Angriff und für die Integrität Ägyptens aussprachen.

Die letzten israelischen Truppen, die noch den Gasa-Streifen und das Gebiet zwischen Eilat und Sharm-el-Sheikh (am Golf von Akkaba) besetzt hielten, wurden allerdings erst Anfang März 1957 abgezogen. Vorausgegangen waren schwere amerikanisch-israelische Verhandlungen, in denen US-Präsident Eisenhower auch vor finanziellem Druck auf Israel nicht zurückgeschreckt war. Er ist der einzige Präsident der USA, der das jemals versucht hat, was ihm bis heute in Israel den Ruf eingebracht hat, der judenfeindlichste Präsident gewesen zu sein, der jemals die USA regierte. Eisenhowers Drohung mit Sanktionen scheiterte allerdings am Widerstand des Senats und der Presse, wie Abba Eban (Israels Vertreter bei der UNO) aus den USA melden konnte.

Die israelische Regierung, immer noch geführt durch Ben Gurion, hätte es anfangs wohl bevorzugt, sich überhaupt nicht wieder von der Sinai-Halbinsel zurückzuziehen. Diese Position wurde aber sehr schnell fallengelassen. Viel mehr Widerstand setzte man der Forderung nach Freigabe Gasas und des Streifens am Golf von Akkaba entgegen. Ersteres aus "Sicherheitsgründen", weil das Gasa-Gebiet mit seinen palästinensischen Flüchtlingsmassen als Ausgangspunkt von Guerilla-Aktionen gegen Israel gedient hatte. Das zweite, um die freie Schiffahrt durch den Akkaba-Golf und die von Ägypten als Hoheitsgewässer beanspruchte Straße von Tiran zum südisraelischen Hafen Eilat am Roten Meer zu garantieren.

Israel stimmte dem vollständigen Abzug erst zu, nachdem es von der US-Regierung eine schriftliche Garantie für die Unterstützung folgender "Essentials" erhalten hatte: 1. Freier Zugang israelischer Schiffe nach Eilat. - 2. Öffentliche Zusicherung der USA, daß Israel im Fall einer Sperrung der Straße von Tiran durch Ägypten das "Recht zur Selbstverteidigung" haben würde. - 3. Der freie Zugang nach Eilat sollte auch für israelische Kriegsschiffe gelten. - 4. Kriegsschiffe unter UN-Flagge sollten auf dem Seeweg patrouillieren. - 5. Die US-Regierung verpflichtete sich, darauf hinzuwirken, daß soviele Staaten wie möglich den Zugang nach Eilat als internationales Gewässer anerkennen und Israel ein "Selbstverteidigungsrecht" im Sinne des Punktes 2 zubilligen sollten. Das spielte zehn Jahre später beim Juni-Krieg 1967 tatsächlich eine zentrale Rolle, als Nasser die Sperrung des Golfs von Akkaba proklamierte.

Am 28. Oktober 1957, ein Jahr nach dem Krieg, faßte Ben Gurion die positiven Ergebnisse des Sinai-Feldzugs so zusammen: "Anstieg der Verbindungen der Diaspora (die Juden außerhalb Israels) mit Israel; Ehre und Bewunderung für die IDF (die israelische Armee) in der ganzen Welt; Abschreckung der Nachbarländer von Angriffen auf Israel für etliche Jahre; Untergrabung der Hegemonie Nassers; relative (und zeitweise) Ruhe an den Grenzen; Freiheit der Schiffahrt in Eilat und im Roten Meer; eine Ölpipeline von Eilat zum Mittelmeer und eine Chance für eine Alternative zum Suez-Kanal."

Kleine Zwischenbilanz

1. Unabhängig von Berechtigung oder Nichtberechtigung der jüdischen Einwanderung nach Palästina, die seit der Balfour Declaration auf zunehmenden Widerstand der arabischen BewohnerInnen des Landes stieß, muß festgestellt werden: Die Schaffung eines jüdischen Staates in Palästina entlang der realen Verteilung der beiden Völker im Land war unter den Bedingungen des 20. Jahrhunderts technisch eine Unmöglichkeit, da sie nur einen "Flickenteppich" produziert hätte. Die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina hatte daher die gewaltsame Unterwerfung oder/und Vertreibung eines Teils der arabischen Bevölkerung notwendigerweise zur Voraussetzung.

2. Daß dieser Vorgang das ohnehin problematische israelisch-arabische Verhältnis zusätzlich so schwer belasten würde, daß daraus leicht ein Dauerkonflikt werden konnte, lag auf der Hand. Zionisten, soweit sie die Existenz einer arabischen Bevölkerung im Land überhaupt zur Kenntnis nahmen, hatten frühzeitig vorausgesehen, daß das zionistische Projekt nur über einen heftigen nationalen Verteilungskampf zu realisieren war. Teilweise mit der Schlußfolgerung, einem binationalen Konzept den Vorzug zu geben, teilweise aber auch mit dem Ergebnis radikalisierter Militanz. ("Sie oder wir"). Es ist nicht uninteressant, daß gerade viele ultranationalistische Revisionisten der Tatsache, daß die Araber nicht ohne Kampf und Widerstand aus ihrer Heimat weichen oder sich unterwerfen lassen würden, großes Verständnis und manchmal sogar eine Art Sympathie entgegenbrachten - aber durch diese Erkenntnis in der Sache selbst nur noch unversöhnlicher wurden.

3. Die Perspektive eines auch bewußt offengehaltenen Dauerkonflikts mit den arabischen Nachbarstaaten und den Palästinensern hatte aus vorherrschend zionistischer Sicht durchaus positive Aspekte. Der jüdische Staat,

wie er im Mai 1948 gegründet wurde, entsprach in keiner Weise den traditionellen territorialen Vorstellungen des Zionismus. Er entsprach in den damaligen Grenzen selbstverständlich auch absolut nicht den Erfordernissen, die sich aus dem zionistischen Anspruch ergaben, Heimatland für alle Juden der ganzen Welt zu werden. Daraus folgte, daß Israel als Staat im Werden begriffen werden mußte, also als Staat, der seine "historischen", per religiöser Überlieferung "rechtmäßigen" und quasi auch "natürlichen" (verteidigungsfähigen, ökonomisch erforderlichen etc.pp.) Grenzen noch nicht erreicht hat. Ein Staat also, der immer auf dem Sprung war (und ist), zur richtigen Zeit und im geeigneten Moment eine "Korrektur" der Grenzen herbeizuführen. Die Fixierung Israels als Staat in permanenter Notwehr - die in der mehr verbalen als realen Aggressivität der Nachbarstaaten ihre scheinbare Bestätigung findet - ist so gesehen die Voraussetzung für eine Politik der schrittweisen Expansion.

4. Alle israelisch-arabischen Kriege zeigen, daß Israel militärisch eine nicht einzuholende qualitative Überlegenheit besitzt, die nicht nur auf seinen Waffensystemen, sondern auch auf dem Ausbildungsstand seiner Soldaten und Offiziere basiert. Wer in der Lage ist, die Armee seines Nachbarstaats in einer Woche kriegsentscheidend zu schlagen und dabei nur ein Zehntel oder Zwanzigstel der Verluste des Gegners zu erleiden, hat ein Übergewicht, das nicht zu erschüttern ist, solange der Nachschub an Wirtschafts- und Militärhilfe aus den USA nicht unterbrochen wird. Israels Existenz war zu keinem Zeitpunkt seit der Staatsgründung bedroht. Die traditionelle Neigung arabischer Regimes und Potentaten, ihr innen-und außenpolitisches Prestige durch Kriegsparolen gegen Israel erhöhen zu wollen, stand immer in umgekehrtem Verhältnis zu ihren militärischen Möglichkeiten.

Kt.

(Der dritte Teil im AK 332 wird sich mit dem Juni-Krieg von 1967, seiner Vorgeschichte und den Reaktionen in der BRD befassen.)

"Es ist in Palästina genauso wie in anderen Ländern, wo zwei Völker aufeinanderstoßen. Das eine Volk kann nicht über die Tatsache hinweg, daß das andere Volk da ist. Es ergibt sich die Alternative, entweder man rottet die anderen aus oder man findet einen Ausgleich; entweder man sucht sich gegenseitig mit Bomben oder Gas zu vernichten, oder man will selber weiterleben und auch die anderen leben lassen. Der Gedanke, daß Palästina von zwei Völkern bewohnt ist, muß so sehr in unser Bewußtsein dringen, daß jede Überheblichkeit und jedes Herrengefühl von vornherein aus jüdischen Köpfen verschwindet."

(Robert Welsch, 1920 in der "Jüdischen Rundschau")

"Das Hauptproblem ergibt sich aber daraus, daß die umliegenden arabischen Staaten sämtlich instabile Herrschaften sind, antimodern, sozial rückständig, immer fürchtend, daß sich das Volk gegen sie wenden kann. Diese Herrscher wie Assad, die saudischen Herrscher oder ein Diktator wie Saddam Hussein zeigen kein Anzeichen, daß sie sich mit der Existenz eines modernen, demokratischen Staates Israel abfinden werden. Letztlich geschieht alles, was Israel tut, aus einer Position der Bedrohung, der Selbstbehauptung und der Notwehr - auch wenn ich die Menschenrechtsverletzungen, die dabei begangen werden, nicht entschuldige."

(Ralph Giordano, Interview im Nürnberger "Plärrer", März 1991)

"Die arabische Unnachgiebigkeit war die natürliche Reaktion eines Volks, das nicht bereit war, sein Land mit einem anderen zu teilen...Vom arabischen Standpunkt betrachtet war der Zionismus eine aggressive Bewegung, die jüdische Einwanderung eine Invasion. Zionisten sind schuldig, sich benommen zu haben wie andere Völker - nur mit etwas Verspätung aufgrund der historischen Umstände. Immer in der Geschichte haben Staaten nicht zu existieren begonnen als Ergebnis friedlicher Entwicklung und legaler Vereinbarungen. Sie entstanden durch Invasionen, Kolonisation, Gewalt und bewaffneten Kampf. Es war die historische Tragödie des Zionismus, daß er auf dem historischen Schauplatz erschien, als es keine leeren Räume mehr auf der Landkarte gab. Wo auch immer die Juden entschieden hätten, sich niederzulassen, wären sie früher oder später in Konflikt mit der ansässigen Bevölkerung geraten. Die Schaffung von Nationalstaaten bedeutet das Begehen von Akten der Ungerechtigkeit. Die ansässige Bevölkerung wird entweder absorbiert und assimiliert, oder sie wird dezimiert oder vertrieben."

(Walter Laqeur, A History of Zionism, S. 596-597)

"Wir im Ausland pflegen zu glauben, daß die Araber alle Wilde seien, die auf tierischer Stufe stehen, und für das, was um sie herum vorgeht, keinen Blick haben. Das ist ein großer Irrtum...Die Araber und besonders die Städter durchschauen unsere Tätigkeit im Lande und deren Zweck, schweigen aber und lassen sich nichts anmerken, weil sie in unserem Tun vorläufig keine Gefahr für ihre Zukunft sehen. Wenn aber einmal die Zeit kommen wird, wo sich das Leben unseres Volkes in Palästina so weit entwickelt hat, daß sich die Landbevölkerung mehr oder weniger beengt fühlt, dann wird sie uns auch nicht leichthin ihren Platz räumen."

(Der russische Zionist Achad Haam in seinem Buch "Am Scheideweg", 1891)

15. "Humankapital". Sowjetische Einwanderer in Israel

Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:49

Von wilden Spekulationen und einem gerüttelt Maß an Spekulationen geprägt waren die Prognosen, wieviele jüdische Einwanderer sich in Israel niederlassen würden. Der israelische Ministerpräsident Shamir sprach von einer Million Menschen, die 1990 einreisen würden, und deutete gleichzeitig an, was seine Regierung sich davon versprach: "Eine große Aliya braucht ein großes Israel". Die Jerusalem Post zitierte einen für die Eingliederung zuständigen Beamten mit "400.000 Sowjet immigrants expected this year" für 1991. Die unsichere Situation während des Golfkrieges habe die Zahlen etwas gedrückt, doch 20.000 pro Monat wären, wie in der Zeit vor den Scud-Angriffen, durchaus wieder drin. Fakt ist, daß 1. im vergangenen Jahr 200.000 Menschen aus der SU einwanderten, 2. in diesem Jahr bisher etwa 60.000 einreisten, 3. darüberhinaus etwa 15.000 JüdInnen aus Äthiopien und einige Hundert aus Albanien eingeflogen wurden und 4. die Ausreisemodalitäten, genaue Umstände des Transports nach Israel, exakte Angaben über die Unterbringung sowie Regierungspläne bezüglich der Ansiedelung in den besetzten Gebieten als Geheimsache behandelt werden, d.h. der Militärzensur unterliegen.

Wie dem auch sei: Die nicht unrealistische Einschätzung, Israel würde in den nächsten Jahren einen Bevölkerungszuwachs von einer Million, also 25%, erfahren, fordert dazu heraus, der auch bei Linken üblichen Gleichsetzung Juden = Israelis = Israel=israelische Regierung = Zionismus (und je nachdem, ob die Priorität auf Antiimperialismus oder Antifaschismus gelegt wird, diese angebliche Entität positiv oder negativ zu bewerten) entgegenzutreten.

Hiergeblieben!

Unmittelbar nach ihrer Ankunft am Flughafen werden die Neuankömmlinge verpflichtet, ein Dokument zu unterzeichnen, das Identitätskarte und Schuldschein in einem ist. Der Ausweis legt den Status als ImmigrantIn fest und berechtigt während des ersten Aufenthaltsjahres nicht zur Ausreise aus Israel. Diese Regelung trifft v.a. diejenigen Einwanderer, die ihre sowjetischen Pässe in der SU an die Behörden zurückgegeben hatten. Erst nach einem Jahr besteht das Recht, einen israelischen Reisepaß zu erhalten. Trotzdem besteht die Möglichkeit, frei zu reisen, falls die betreffende Person eine Strafe von 6.000 US-Dollar bezahlt. Zudem hat sich ein Neueinwanderer von vorneherein beim Staat verschuldet und muß alle für die Einreise angefallenen Kosten, beispielsweise das Flugticket, zurückerstatten, falls er/sie innerhalb von fünf Jahren auswandert. (1)

Unter dem Eindruck der zu erwartenden Einwanderungswelle hatte sich 1989 ein Ministerialberaterstab gebildet und zusammen mit der Regierung das System "Direkte Einwanderung" entwickelt, das die Minimierung der immens hohen Kosten für die Eingliederung vorsah. (Insgesamt wird davon ausgegangen, daß die Eingliederung von einer Million Menschen 50 bis 60 Milliarden US-Dollar kostet). Jeder Einwanderer erhält eine Summe von 4.000 Dollars pro Jahr, ein halbes Jahr lang kostenlos medizinische Hilfe sowie großzügige Kreditaufnahmebedingungen. (2)

Seit Sommer 1990 existiert ein sog. Aliya-Kabinett, bestehend aus Ministern, VertretInnen der Jewish Agency und der Bank of Israel unter dem Vorsitz des extrem rechten Wohnungsbaumimisters Sharon. Die Regierung stimmte einem von diesem Gremium entwickelten Plan zu, der den Bau von 150.000 Wohnungen, einigen Tausend Fertighäusern und Groß-Wohnwägen plus Steuererleichterungen für die private Bauindustrie vorsieht. Allerdings setzte der Wohnungsbau nur schleppend ein, und die fahrbaren Häuser waren noch nicht geliefert (Sharon hatte sie bei einem "Privatbesuch" in der SU bestellt), als sich bereits über 100.000 Neuankömmlinge im Land befanden. Indes, der kapitalistische Wohnungsmarkt funktionierte: Schon im Herbst bekamen die unteren Einkommensschichten die sozialen Konsequenzen zu spüren. Die steigende Nachfrage von Wohnungen trieb die Mieten zur Zufriedenheit der Hausbesitzer in die Höhe, so daß einige hundert Familien, v.a. orientalischer Herkunft, sowie jüngere Leute die Mieten nicht mehr bezahlen konnten und - über Israel verstreut - am Rande der Städte in Zeltlagern zu leben gezwungen waren. Eine aus Protest vor dem israelischen Parlamentsgebäude, der Knesset, errichtete Zeltstadt brachte die Sache an die Öffentlichkeit. Die leer geräumten Wohnungen fanden binnen Tagen neue MieterInnen: sowjetische Einwanderer, die staatlicherseits hohe Mietzuschüsse erhalten. Als aus den Reihen der orientalischen Armenviertelbewegung ein Telegramm an Gorbatschow geschickt wurde mit der Bitte, die Auswanderung aus der SU zu stoppen, da

die Migration die einkommensschwachen Schichten der israelischen Gesellschaft belasten würde, winkte die Regierung empört ab und beschwor das "Wir-alle-müssen-den-Gürtel-enger- schnallen-etc-pp."

Doch weshalb setzt die Regierung die Priorität auf die Eingliederung und nimmt sogar soziale Konflikte in Kauf, um die Neueinwanderer im Land zu halten?

"Jüdische Qualität gegen arabische Quantität"

Über die Doktrin "Juden gehören nach Israel" und ihre rechtliche Verankerung, beispielsweise das Rückkehrgesetz (vgl. AK 329) halten alle zionistischen Strömungen an der Möglichkeit freier Einwanderung von Juden und Jüdinnen fest. Fast alle zionistischen Strömungen halten zudem die Frage des Territoriums, innerhalb dessen Grenzen das potentielle Staatsvolk leben soll, bewußt offen. Entsprechend des kaum immer kalkulierbaren Zustroms bzw. Abfließens von menschlicher Arbeitskraft erhalten Überlegungen, wie die israelische Wirtschaft aussehen kann/soll/muß, geradezu strategische Bedeutung. Ganze Stäbe von SozialwissenschaftlerInnen zerbrechen sich die Köpfe, welche Qualität das "human capital" aus der SU besitzt und wie es sich am besten in die israelische Ökonomie eingliedern läßt. Außerdem steht die Frage auf der Tagesordnung, welche Rolle Israel auf dem Weltmarkt dann spielen wird.

Tatsächlich bestehen in Israel große Erfahrungen mit der Integration von Arbeitskräften. Im Zeitraum von 1950 bis 1985 wanderten fast 2,5 Millionen Menschen in das Land ein; ein überdurchschnittlich hoher Anteil an AkademikerInnen kam in den 70er Jahren (7,5% der Einwanderer waren DoktorInnen, IngenieurInnen und Universitätsprofs). Strukturell war die fast ausschließlich auf Kapital- und Waffenimport ausgerichtete israelische Ökonomie nicht in der Lage, die Tausenden von akademisch geschulten Menschen entsprechend ihres kwow-how zu integrieren und der Abwerbung dieser so wertvollen Arbeitskräfte entgegenzuwirken. Das Lösungsmodell bestand in der Industrialisierung des Landes, d.h. dem Aufbau hoch entwickelter, kapital- und arbeitsintensiver Industrien innerhalb kürzester Zeit. Israel war in der Lage, die (von den USA "geborgte") Macht, die aus einer gigantischen (und im Zuge von militärischen Interventionen und Aufstandsbekämpfung erprobten) und modernisierten Militärindustrie plus einer diesem Entwicklungsstand gegenüber unterentwickelten "zivilen" Wirtschaftsstruktur bestand, qualitativ zu verändern. Innerhalb von 20 Jahren stieg die Anzahl der Bevölkerung um 157%, das Bruttosozialprodukt (BSP) aber um 260%. Das Gewicht der israelischen Industrie nahm, gemessen am Anteil an Exporten und am BSP, erheblich zu. Die Elektronik- und Elektrogeräteindustrie (das sind nicht Elektromixer, sondern hauptsächlich Bordkanonen!) erfuhr dabei den größten Zuwachs - 1965 4,3% gegenüber 1985 18,5%. Auch der Anteil der Erwerbstätigen in dieser Sparte stieg um das Vierfache. Gerade beim Aufbau der weltweit nachgefragten israelischen Militärindustrie war das Stichwort "Arabischer Quantität mit jüdischer Qualität entgegnen" prägend, was dem bis heute gepflegten Bild des israelischen David gegenüber dem arabischen Goliath entspricht. Das Ergebnis des israelischen Wirtschaftswunders ist die Tatsache, daß Israel nicht mehr in dem Ausmaß wie früher von direkter Wirtschafts- und Militärhilfe der USA abhängig ist. Der Motor der Nationalökonomie ist eine Militärindustrie, die das eigene Militär, Juntas und Diktaturen (Südafrika oder El Salvador z.B.) beliefert. Allerdings besteht die "Unabhängigkeit" in dieser Beziehung nur in begrenztem Ausmaß, da in den wichtigsten Militärindustrien Israels US-Firmen hohe Aktienanteile besitzen. (3)

Der Anteil hoch qualifizierter Arbeitskräfte aus der SU ist einigen Schätzungen zufolge noch höher als der oben erwähnte in den 70er Jahren. Unter den 80.000 ImmigrantInnen, die von Januar bis September 1990 einflogen, hatten 54% der Erwachsenen eine abgeschlossene akademische Ausbildung. 22% waren im Verwaltungsbereich tätig und nur 21 waren ArbeiterInnen. (4)

Der Einwanderungsstrom trifft Israel also nicht unvorbereitet und kann durchaus integriert werden, mit der Folge, daß Israel einen "push" erfährt, der soziale Widersprüche, vielleicht sogar Widerstände ans Tageslicht treten läßt, aber keineswegs so katastrophal sein wird, wie z.T. befürchtet. Allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die Faktoren, die den relativ hohen Lebensstandard der israelischen Bevölkerung (d.h. der jüdischen Bevölkerung Israels) garantieren, aufrecht erhalten bleiben: die imperialistischen Stützen.

Kapitalhilfe und Exporterleichterungen

Diese Stützen bestehen in ihrem Kern in der "special connection" USA/Israel und den Exportbedingungen, die Israel gewährt werden.

Anfang 1990 legte der Congressional Research Service, ein vom US-Kongreß beauftragtes Forschungsteam, zwei Berichte vor, die angesichts der miserablen Haushaltslage und der sporadisch immer wieder aufgeworfenen Frage, wieviel US- Hilfe Israel bekäme und "ob es sein Geld überhaupt wert" sei (5), Aufklärung bringen sollten. Der erste Bericht listet 43 spezielle Gesetze auf, die über die Jahre hinweg verabschiedet wurden und Israel im Vergleich zu anderen Staaten, die in den Genuß von Wirtschafts- und Militärhilfe kommen, ausnahmslos begünstigen. Der "cash transfer" beispielsweise bedeutet eine jährliche Wirtschaftshilfe in Höhe von 1,2 Mrd. US-Dollar, die ohne Auflagen gewährt und nicht zurückgezahlt werden brauchen. Gleichzeitig erhält Israel als einziger Staat diese Summe als Paket und nicht, wie sonst üblich, in vierteljährlichen Raten, was Israel zusätzlich pro Jahr etwa 50 Mio. US-Dollar an Zinsen einbringt. Dazu kommen seit 1985 jährlich 1,8 Mrd. US-Dollar Militärhilfe, die - entgegen den sonst üblichen Gepflogenheiten - in Israel selbst ausgegeben werden dürfen. (Normalerweise darf Militärhilfe nur in den USA ausgegeben und nicht für militärische Forschung und Entwicklung verwendet werden.) Der US-Imperialismus schützt dadurch die eigene Militärindustrie, damit ausländische Regierungen nicht mit US-Geldern Waffensysteme entwickeln, die mit US-Erzeugnissen konkurrieren könnten. Trotz des mit US-Militärhilfe in den Sand gesetzten LAVI-Fighter-Projekts besteht das Gesetz weiter. Israel darf als einziger Staat offiziell US-Gelder zur Waffenforschung und - entwicklung verwenden und für 400 Mio. US-Dollar auf dem eigenen Waffenmarkt einkaufen. Zusätzliche Finanzhilfen wurden diverse Male gewährt, davon kürzlich 400 Mio. für die Unterbringung sowjetischer ImmigrantInnen. Schließlich ist Israel per Gesetz an Grundlagenforschung am SDI-Projekt und seinem Nachfolger, den ARROW-Missiles, beteiligt. (6) Im Bereich der UNO behalten sich die USA einige Druckmittel vor, die die einzigartige Beziehung zu Israel politisch verdeutlichen: sollte die UNO die PLO finanziell unterstützen, treten die USA aus der UNO aus. Dasselbe gilt für den Fall, daß Israel aus der UNO ausgeschlossen wird. Der zweite CRS-Bericht stellt u.a. fest, daß Israel seit 1976 Jahr für Jahr das am besten bedachte Empfängerland von US-Finanzhilfe ist, etwa 1 Mrd. Dollar zusätzlich an Krediten, und mindestens 500 Mio. an sogenannten Israel Bonds erhält. Letztere sind Schuldscheine des Staates Israel, die in erster Linie von privaten Institutionen erworben und von der Steuer abgesetzt werden können.

Der zweite Stützpfeiler des israelischen Modells erstreckt sich auf den Bereich des Außenhandels. Freihandelsabkommen mit den USA und der EG machen mehr als 50% der israelischen Exportkapazitäten aus. Seit 1975 erleichterte die EG den Import israelischer Waren und verzichtete als Haupthandelspartner (63,8% aller israelischen Exporte gingen 1988 in die EG) auf Zollsätze für gewerbliche Güter. Seit den 50er Jahren besteht zwischen den USA und Israel ein Meistbegünstigungsabkommen, das - zusammen mit dem "Generalized System of Preferences" von 1976 - für ca. 90% der israelischen Exporte Zollfreiheit gewährt. Ab 1995 tritt ein Abkommen in Kraft, das den unbeschränkten, tarif- und zollfreien Verkehr aller Waren und Dienstleistungen zwischen beiden Ländern vorsieht.

Fazit: Unter der Bedingung der Aufrechterhaltung finanzieller und wirtschaftlicher Hilfeleistungen und Handelsvorteile, die die imperialistischen Konglomerate USA und EG gewähren, wird Israel in der Lage sein, die Einwanderungswelle zu absorbieren. Diese Struktur wird so bestehen bleiben. Und weiter: Wenn die USA für die Gelder und die SU für die Menschen sorgt, dann wird Israel seine militärische Vormachtstellung, gekoppelt mit ökonomischer Dominanz, in der Region ausbauen können.

Regierung: Siedeln für den Krieg

Folgt man den israelischen Medien, so befindet sich die Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten auf einem Höhepunkt, seit das internationale Interesse sich auf die Vorbereitungen und den Verlauf des 2. Golfkriegs verlagerte. Seit einigen Monaten werden die im Verlauf der 80er Jahre von der Regierung gebilligten, aufgrund politischer und bürokratischer Hemmnisse jedoch verzögerten Projekte in Angriff genommen. "Die Bautätigkeit in Judäa und Samaria hat ihren Höhepunkt erreicht. Jede Siedlung und Ortschaft in dem Gebiet befindet sich in einem Expansionsprozeß ... Während die Errichtung einer neuen Siedlung in der Welt Reaktionen auslöst, kann die Vergrößerung bestehender Siedlungen ohne Schlagzeilen vonstatten gehen ... Es gibt keine Siedlung, in der es nicht zusätzliche Aktivitäten gibt: entweder werden Wohnwagen aufgestellt oder dauerhafte Unterkünfte errichtet ... Pläne, die in Schubladen abgelegt waren und wegen fehlender Gelder nicht durchgeführt werden konnten, können jetzt rasch realisiert werden." (7)

Der in letzter Zeit so oft beschworene und Hoffnungen in einen Friedensprozeß weckende "Druck der USA auf Israel" reduziert sich bei genauerem Hinsehen auf Symbolik und bedeutet bestenfalls, daß der US-Administration eine sozialdemokratische Regierung momentan lieber wäre. Während der Reisediplomatie

Bakers waren des öfteren Klagen über Wohnungsbauminister Sharon zu hören, nicht aber über den Ausbau der schon bestehenden Siedlungen. Zwar wurde Sharon Ende April in Washington ein offizieller Empfang verweigert, weil "er den Amerikanern ins Gesicht sagte, daß sie die israelische Siedlungspolitik nichts angehe" (Tagesspiegel vom 8.5.91), doch besteht der Protest der USA im Protest gegen die Lautstärke, mit der die Siedlungen errichtet werden. Zuhause in Jerusalem wurde Sharon denn auch von seinen Regierungskollegen gerügt. Finanzminister Modai meinte, es sei nicht notwendig, Siedlungen mit "so großem Tamtam" zu errichten.

Der Siedlungsschwerpunkt besteht indes im Bereich "Groß-Jerusalems", d.h. im annektierten Ost-Jerusalem plus Teilen der über Ost-Jerusalem hinausgehenden, an der Stadtgrenze liegenden Westbank. Gleichzeitig mit Verbalattacken gegen Sharon gaben die USA Anfang November 1990 400 Mio. US-Dollar zur Unterbringung sowjetischer ImmigrantInnen frei und hatten nichts dagegen einzuwenden, daß diese Gelder für die Errichtung von Wohnungen und den Ausbau von Siedlungen in und um Ost-Jerusalem verwendet werden. Tatsächlich ließen sich dort einige Tausend sowjetische ImmigrantInnen und orientalische JüdInnen nieder. Letztere, nachdem sie ihre Wohnungen in West-Jerusalem verkauft hatten, in die dann die "Russen" einzogen, und sich in den billigeren Siedlungen im Ost-Teil der Stadt niederließen. Der Jerusalemer Bürgermeister Kollek, wegen seiner "Liberalität" gerühmt, stellte klar, wem die Stadt gehöre, und zwar "für immer": "Die Lösung ist, so viele Immigranten wie möglich in die Stadt zu bringen und aus ihr eine überwältigende jüdische Stadt zu machen, damit sie (die PalästinenserInnen, Anm. d. A.) sich aus dem Kopf schlagen, Jerusalem wäre etwa nicht Israels Hauptstadt. Koexistenz ist ein Muß, aber sie müssen verstehen, daß sie nicht immer alles machen können, während wir uns beschränken". (8)

Die Frage ob die sowjetischen ImmigrantInnen potentielle Siedler darstellen, die sich in den besetzten Gebieten niederlassen, ist insofern unerheblich, als die SU signalisiert hat, daß sie die Auswanderungsbedingungen nicht (mehr) von einer garantierten Nicht-Ansiedlung in den Gebieten abhängig macht. Zweitens geht es nicht um die ethnische Herkunft von Siedlern, sondern um Siedlungen überhaupt. Wahrscheinlich wird sich die Klassenstruktur der israelischen Gesellschaft so ausdifferenzieren, daß einkommensschwache Schichten und religiös-ideologisch motivierte Fanatiker das Humankapital der israelischen Siedlungspolitik darstellen. Denn Siedlungen werden vom Staat finanziell und strukturell gefördert, und außerdem sinkt die Hemmschwelle zu siedeln, wenn der palästinensische Widerstand nachläßt.

"Land gegen Frieden und Exportindustrie"

Die Logik zionistischer Expansionspolitik kollidiert bisweilen mit dem imperialistischen Befriedungsmodell, das einen Ausgleich mit den "moderaten" arabischen Staaten vorsieht. Die offene Errichtung von Siedlungen wird in dieser Phase kontraproduktiv, da sie den arabischen Staaten den Vorwand für die Argumentation liefert, Israel sei nicht an Frieden interessiert, womit das Problem der Siedlungspolitik und der allen arabischen Staaten lästigen PLO in die Waagschale von Verhandlungen geworfen zu werden droht. Tatsächlich fürchten die arabischen Regimes aufmüpfige PalästinenserInnen (wenn sie aus den besetzten Gebieten auswandern oder von den Zionisten von dort vertrieben werden, aber auch, wenn sie sich dem Einflußbereich des Irak entziehen sollten). Die USA und die pro-westlichen Regimes bevorzugen momentan deshalb den "moderateren" Zionismus, der "nur" die Besiedelung des Großraums Jerusalem, Teilen der Westbank und Gazas und eine (an ein Separatabkommen mit Syrien gekoppelte) Entmilitarisierung der Golanhöhen vorsieht.

Hinter dem Prinzip "Land gegen Frieden" stehen auch Überlegungen, die die Hebung der maroden Binnenwirtschaftsstruktur Israels auf eine neue Ebene vorsehen und die Tatsache berücksichtigen, daß die Fortführung des crash-Kurses à la Sharon innerhalb der Region der Anpassung an die "Neue Weltordnung" zuwiderläuft.

So orientiert sich der "moderate" Kurs an der realistischen Überlegung, daß Frieden mit und die Schaffung von Absatzmärkten in der Region dem israelischen Modell zu ökonomischer und politischer Dominanz verhelfen kann, aber nicht gegen die arabischen Staaten, sondern in ihnen. Die Anwesenheit hoch qualifizierter Arbeitskräfte aus der SU gibt diesem Ansatz enorme Impulse: "Das Wesen und die Eingliederung der Immigrationswelle sowie die Entwicklung unserer Ökonomie sowohl im nationalen als auch im internationalen Kontext weisen in dieselbe Richtung. Wir müssen Exportindustrien auf viel breiterer Ebene entwickeln. Das heißt z.B. High-Tech-Konzerne, Elektroindustrie, Dienstleistungen im Ingenieurs-, Medizin- und Ausbildungsbereich - alles für den Export. Diese Wirtschaftssektoren werden in zunehmendem Maße auf dem

Weltmarkt an Bedeutung gewinnen und entsprechen exakt den Fähigkeiten und der Ausbildung der Immigranten. Jedoch hängt all dies davon ab, daß wir den richtigen Markt finden und das richtige Klima dafür schaffen. Nahöstliche, asiatische und muslimische Länder könnten mögliche Kunden sein. Um sie zu erreichen, brauchen wir Frieden."(9) Friedensabkommen mit den potentiellen Kunden würden darüber hinaus die Senkung des hohen Verteidigungsbudgets (= 25% des BSP) und die Aufrechterhaltung der Auslandshilfe gewährleisten. Und nicht zuletzt: die Veränderung der politischen Rahmenbedingungen, die die israelische Binnenökonomie bestimmen und das zionistische Primat der Politik gegenüber wirtschaftlicher Entwicklung prägen, würde der expansiven Geld- und Verschuldungspolitik mit ihren krisenhaften Auswirkungen ein Ende machen. Damit wäre die hauptsächlich durch die Kriegswirtschaft deformierte Wirtschaftsstruktur reformierbar und könnte auf dem Weltmarkt konkurrieren.

Wenn das kein imperialistischer Frieden wird !?

mö., Westberlin

Anmerkungen

1) Ein Neuankömmling hat kurz nach der Ankunft außerdem das Recht auf einen kostenlosen Anruf in die SU, unbegrenzte Freitelefonate in Israel und den freien Transport an einen beliebigen Ort in Israel und die besetzten Gebiete.

2) Die anfangs vorgesehene Summe wurde mehrmals gekürzt und wieder angehoben. Mittlerweile sieht die Regelung vor, daß alle ImmigrantInnen, auch die aus der SU, für mitgebrachte Waren Zoll bezahlen müssen, und der ist in Israel nicht von Pappe.

3) vgl. Ryan: US Military Contractors in Israel, in: Middle East Report Jan.-Febr. 1987

4) vgl. Die Zeit Nr. 21 -17. Mai 91

5) Genaueres in: Middle East International 8 Juni 1990

6) Israel lag mit seinen Entwicklungs- und Finanzierungsvorhaben pro Kopf weltweit an der Spitze, da 7O% aller Forschungs- und Entwicklungsvorhaben dem militärischen Bereich gelten

7) Israelisches Fernsehen vom 23.4.91, übersetzt in: DW Monitor Nahost vom 26.4.91

8) zit. in: Mideast Mirror 22.10.9o

Weitere Quellen:

diverse Ausgaben deutsch- und englischsprachiger Nahostzeitungen und -zeitschriften

16. "Rutsch zurück in den Schoß des israelischen nationalen Konsens - Militär ist unsere Stärke." Interview mit Shraga Elam

Rubrik: Israel / Palästina; PLO · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:34

Shraga Elam wurde 1947 in Israel, damals noch Palästina, geboren. Aktiv in der israelischen Linken, wanderte er 1978 aus politischen Gründen aus Israel aus; er lebt heute in der Schweiz. Immer wieder engagierte er sich in verschiedenen israelisch-palästinensischen Organisationen. Als antizionistischer Jude verfolgt er die Politik in seiner Heimat mit harter Kritik und arbeitet derzeit als Archivar und freier Journalist in Zürich.

Wir fragten ihn nach den neueren Entwicklungen in Israel nach dem Golfkrieg, den Ausdifferenzierungen der israelischen Friedensbewegung, nach der Politik der PLO, den laufenden Verhandlungsprozessen und den Auseinandersetzungen der BRD-Linken während des Golfkrieges.

ak: Wie stellt sich aus Deiner Sicht die Lage in Israel heute dar? Wie geht die Regierungsseite z.B. mit der gestärkten Rolle Israels nach dem Golfkrieg um? Wie war die innenpolitische Entwicklung während des Krieges, und welche Kräftekonstellationen haben sich daraus ergeben?

Shraga Elam: Ich glaube, wir befinden uns in einer Phase, die ich "Die Aufteilung der Beute nach der erfolgreichen Jagd" nenne; da gibt es viele Interessenten. Die Lage ist ziemlich kompliziert. Viele Parteien haben sich von diesem Krieg vielleicht mehr erhofft. Ich glaube, man hat sich sehr viele Hoffnungen auf die Beute gemacht, und jetzt scheint die Lage doch ein bißchen komplizierter zu werden. Politisch gesehen, ist die Lage Israels sehr günstig, zumal die PLO weitgehend ausgeschaltet wurde. Es gibt kaum nennbare Kräfte in der Welt, die die PLO ernst nehmen. Auch aus der arabischen Welt kommen kaum ernsthafte Forderungen, daß die PLO noch an irgendwelchen Lösungen teilnehmen soll. Dies ist sicherlich sehr zentral für Israel. Gleichzeitig gibt es verschiedene arabische Länder, die den Camp-David-Geist verbreiten. Das ist der Erfolg der israelischen, der us-amerikanischen und der ägyptischen Politik. Das ist eindeutig Ergebnis dieses Krieges. Ebenfalls treten heute die Kontakte zwischen Syrien und Israel deutlicher zutage. Das ist ja auch nichts Neues - zumindest seit 1976, als sie unter sich den Libanon aufgeteilt haben. Dazwischen gab es 1982 verschiedene Schwierigkeiten und Mißverständnisse bei der Koordinierung dieser Aufteilung. Das ist mittlerweile geregelt, und deshalb gibt es auch mehr Ruhe im Libanon. Israel wird noch Konzessionen bei den Golanhöhen machen müssen - das wird zwar schwierig, aber es wird gehen.

Das Hauptproblem für Israel ist nach wie vor das Ausschalten der Palästinenser. Das wäre jetzt politisch ziemlich günstig, wenn nicht die wirtschaftlichen Probleme Israels so groß wären. Man hat sich da große Hoffnungen gemacht, daß von den Kriegsverlierern, nicht nur dem Irak, Reparationen gezahlt werden, und daß andere Quellen sprudeln - hier v.a. die BRD, Japan und Saudi-Arabien. Bei letzterem geht dies sicherlich nicht so direkt und plump, daß Saudi-Arabien direkt an Israel zahlt. Die direkten Zahlungen sind eher der BRD und Japan vorbehalten. Aber auch die fließen nicht so schnell - bisher gab es in erster Linie Versprechungen. Die BRD hat m.W. so etwa 8 Mrd. DM zugesagt. Was Israel bräuchte, wären schnelle Investitionen, die dringend notwendig sind, z.B. zur Lösung der Einwanderungsprobleme aus der Sowjetunion, zur Linderung der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsproblematik. Insgesamt ist eine Umstrukturierung der krisenhaften Wirtschaft notwendig - vor allem nach dem Ausfall der Palästinenser als billige Arbeitskräfte.

Bei den dringend benötigten, auch privaten, ausländischen Investitionen war Anfang '90 bereits mehr Bewegung zu sehen als heute. Z.B. Maxwell kaufte sich bei einigen Zeitungen in Israel ein, und andere konnten auch gute Geschäfte in Israel machen; verschiedene Staatsbetriebe sollen privatisiert werden.

Könnte man von einem ökonomischen Zwang zur Befriedungspolitik sprechen?

Ja, sicherlich. Die Krise ist jetzt so stark in so vielen Bereichen. Die Zahl der Arbeitslosen wächst ständig, und wenn heute die offiziellen Angaben bei 120.000 liegen, so sind das horrende Zahlen. Ich glaube, das sind mehr als 15 %; und das sind nur die Zahlen der Arbeitssuchenden, die registriert sind. Das heißt, die Dunkelziffer ist mindestens zweimal so hoch. Die Schätzungen der israelischen offiziellen Stellen liegen bei 250.000 Arbeitssuchenden bis Ende des Jahres. Das ist eine sehr bedrückende Erscheinung. Die sozialen

Unruhen, die sich bereits im letzten Sommer gezeigt hatten, wurden durch den Golfkrieg beiseite geschoben - jetzt werden sie umso stärker ausbrechen. Die Integration der sowjetischen Einwanderer muß vorangetrieben werden, und das geht nur mit dem Aufbau einer High-Tech-Industrie und mit Investitionen von außen.

Nach den großen wirtschaftlichen Verlusten durch die Intifada, die Krise der Waffenindustrie und die Krise in der Landwirtschaft, durch das Fehlen der palästinensischen Arbeitskräfte und den enormen Wassermangel geht die Produktion zurück. Es besteht die absolute Notwendigkeit zur Umstrukturierung der Wirtschaft. Den Hebel dazu sollte der neuerliche Einwandererschub aus der SU liefern. Einerseits gibt es die neuen qualifizierten Arbeitskräfte, und andererseits sollten mit diesem Schachzug ausländische Hilfen und Investitionen angelockt werden. Dies kann wegen der instabilen Lage nicht gelingen. Daran hat sich auch nach dem Golfkrieg kaum etwas geändert.

Die Hauptbedrohung liegt im palästinensischen Konflikt, und die Lage spitzt sich ständig zu. Die PalästinenserInnen sind so verzweifelt, fast jeden Tag gibt es irgendwelche Aktionen, teilweise bewaffnete Aktionen von Jordanien aus, oder Messerstechereien etc. Die Unsicherheit innerhalb Israels ist gewachsen. Es wird nach scharfen Maßnahmen gerufen. Aber einerseits gibt es einige Beschränkungen, und andererseits weiß die Regierung, daß sie den Konflikt nicht rein militärisch unter Kontrolle kriegen kann. Das ist natürlich unbequem für ausländische Investoren. Ein Element ist da sicherlich, die Belagerung der palästinensischen Menschen zu verschärfen und sie durch diese ökonomische Belagerung zu weiteren Konzessionen zu zwingen. Aber die Lage der palästinensischen Menschen in der Westbank und im Gazastreifen und auch mittlerweile in Galiläa ist schlimm genug. Es herrschen Hunger und Krankheiten, Epidemien sind vorprogrammiert aufgrund der Mangelernährung. Die gesamten Probleme der letzten dreieinhalb Jahre treten mittlerweile kumuliert auf. Es ist ja nicht nur der Ausfall der Arbeit in Israel, der massiv ist, und die fehlenden Einnahmen von PalästinenserInnen in den Golfstaaten oder die fehlenden Quellen der PLO, sondern auch der Ausfall der heimischen landwirtschaftlichen Produktion insgesamt. Diese ist entweder während der langen Ausgangssperre während des Golfkriegs vertrocknet oder kann nicht vermarktet werden, weder in Israel, noch in den Golfstaaten, die früher wichtige Abnehmer palästinensischer Waren gewesen sind. Die PalästinenserInnen stecken in einer enormen Kriese und sie sind stark erpressbar.

Die Israelis haben jedenfalls das Gefühl, sie kämen mit Druck weiter und sie könnten die PalästinenserInnen zu weiteren Konzessionen in Richtung des Autonomie-Planes von Camp-David zwingen. Das ist auf jeden Fall das Vorhaben von Schamir.

Innerhalb von Likud gibt es einen starken Machtkampf zwischen Schamir und Scharon. Scharon will den Verhandlungsprozeß verhindern. Weniger aus ideologischen Gründen, sondern aus Gründen des Machtkampfes. Er sieht eine Chance, die Stimmen der Siedlerbewegung, also Gush Emunim, aber auch andere, für sich zu kanalisieren. Ich schätze, daß die Position von Schamir heute viel stärker ist, als sie 89 war. Damals mußte er mit seinem Plan innerhalb des Likuds eine Niederlage einstecken und ihn zurücknehmen. Er hat zwei sehr wichtige Opponenten ausgeschaltet, nämlich David Levi und Itzchak Modai, indem er sie in die Regierung integrierte.

Die sogenannte Arbeiterpartei geht in eine andere Richtung. Sie hält nicht soviel von dem Autonomieplan des Likud und von Camp-David. Sie setzt wieder auf die jordanische Karte. Den Palästinensern soll eine Möglichkeit geboten werden, sich mit Jordanien zusammenzuschließen. Nach der Intifada schien zuerst die jordanische Option nicht mehr möglich. Jetzt wird sie wieder aufgewärmt und stößt auf ein Interesse der PLO. Zwar hat der Zentralrat der PLO beschlossen, nein zu einer nur regionalen Konferenz zu sagen, aber gleichzeitig finden Verhandlungen zwischen Menschen der Arbeiterpartei und PLO-Vertretern aus den besetzten Gebieten statt.

Eine regionale Konferenz und die jordanische Option wird auch von den USA unterstützt, und es zeigt sich, daß einige eher kompromißbereite Persönlichkeiten aus den besetzten Gebieten, wie z.B. Feisal Husseini, bereit sind, sich daran zu beteiligen.

Der PLO ist bewußt, daß sie in die Enge getrieben ist. Sie hat kaum mehr eine ökonomische Basis. Von sämtlichen europäischen Ländern kommt trotz früherer verbaler Äußerungen keine konkrete Unterstützung; sie ist wirklich isoliert.

Weder linke Solidarität, noch irgendwelche Friedensbewegungen, weder in Europa noch in Israel, geben Anlaß zu Hoffnungen. Aber auch die Fundamentalisten, die Hamas-Bewegung, verlieren an Boden. Ihre Position ist geschwächt, da ihre Stärke nicht zuletzt eine finanzielle war, durch die Unterstützung von den Saudis. Diese Unterstützung ist jetzt sehr stark zurückgegangen. Sie können den Leuten auch nichts groß anbieten. Im Gegensatz zu gängigen Behauptungen, daß die Leute dort in Palästina so fanatisch seien und deshalb für die Fundamentalisten sind, meine ich, gab es recht materielle Gründe dafür. Sie hatten Geld, und sie konnten die Leute damit mobilisieren; das fällt heute teilweise weg. Ich glaube, das hat sich schon am 23.4. gezeigt: Sie haben zum Generalstreik im Gazastreifen - eine sehr wichtige Basis der Hamas-Bewegung - aufgerufen, und die Aufrufe wurden bisher auch sehr gut verfolgt, aber an diesem Tag wurden die Aufrufe einfach nicht befolgt, weder von den Händlern noch den Leuten, die nach Israel zum Arbeiten fahren. Ich will nicht die Intifada begraben, aber ich meine, das zeigt einfach die Gefahr und die Stärke des Belagerungszustandes.

Wie hat sich aus Deiner Sicht die Opposition und die Friedensbewegung Israels im Golfkrieg und danach entwickelt - wo steht diese heute?

Es ist sehr schwierig. Schon im Vorfeld der Golfkrise hat sich die Krise dieser Bewegung gezeigt. Resignation, die wir auch in Europa kennen, ist stark vorhanden. Anfänglich, mit dem Ausbruch der Intifada, entstanden wie Pilze nach dem Regen mehr als 100 verschiedene Organisationen. Sie waren grundsätzlich sehr kurzlebig, aber es war eine starke Stimmung und Begeisterung vorhanden; die Leute wollten was machen. Erstens war Hoffnung da, und zweitens war auch eine starke Bedrohung da. Man mußte sich der neuen Situation stellen und sein Bild über die Palästinenser verändern. Aber man gewöhnte sich daran. Schließlich nahm man die Situation so hin und sagte, es sterben mehr Leute an Verkehrsunfällen als bei der Intifada. Die Opferzahl war zu niedrig, und es wurde immer wieder von der palästinensischen Seite betont, die Israelis spüren zu wenig davon.

Aber die Verzweiflung wird wachsen, und dann kommt es zu mehr und mehr Verzweiflungsaktionen; das ist vorprogrammiert. Es mangelt auch an einer echten Perspektive, Einfluß auf die israelische Politik zu nehmen. Verdrängungsmechanismen haben die Leute mehr und mehr zu Resignation geführt.

Mit der zunehmenden Unterdrückung der PalästinenserInnen kommt mehr und mehr zum Vorschein, daß die PalästinenserInnen nicht nur dankbar sind, daß es eine israelische Friedensbewegung gibt. Anfänglich war dies so. Jetzt sind sie sehr frustriert; an sich wollen sie eine echte unabhängige Situation haben und nicht eine paternalistische oder rein caritative Haltung seitens der Israelis.

Es ist eine sehr ungewöhnliche Situation für manche Israelis und überhaupt für Solidaritätsbewegungen: Die "armen Schweine" sind nicht dankbar für unsere Arbeit, sondern es kommt mehr und mehr durch, sie hassen uns eigentlich. Diese Undankbarkeit ist für die Israelis unerträglich, und man wollte sich nicht richtig befreien von rassistischen Vorurteilen in dieser Situation. Vor allem ist dies der Fall bei der Bewegung "Frieden Jetzt". Das brach dann in aller Deutlichkeit während der Golfkrise aus, als der Haß gegenüber der israelischen Unterdrückung stark zum Ausdruck kam und zur Identifikation der palästinensischen Massen mit Saddam Hussein führte.

Es war unmöglich, für israelische Friedensbewegte zu kapieren, daß man den Palästinensern zwar sämtliche Rechte rauben kann, aber das Recht zu hassen kann man ihnen nicht wegnehmen, und umso länger die Sache so fortschreitet, um so größer wird der Haß. Abgesehen davon haben die Menschen von "Frieden Jetzt" ein sehr starkes Problem der Glaubwürdigkeit bei den palästinensischen Massen. Denn an einem Tag kommen sie als Soldaten und hohe Offiziere, um sie zu unterdrücken, und am nächsten Tag demonstrieren sie für sie; das ist undurchschaubar. Abgesehen davon haben sie die Erwartungen gehabt, daß diese Menschen eine Änderung in der israelischen Gesellschaft bewirken, aber es zeigt sich, diese Menschen bringen das nicht. Nicht zuletzt, weil eine Asymmetrie herrscht - die Palästinenser und Palästinenserinnen auf der einen Seite sind bereit, mit ihrem Leben zu bezahlen; auf der anderen Seite sind zwar die Israelis bereit, innerhalb des Militärs ihr Leben zu riskieren - aber für den Frieden zu kämpfen, ist die Risikobereitschaft sehr beschränkt, und es wird schnell eine Grenze gesetzt. Von daher verliert die israelische Friedensbewegung bei den PalästinenserInnen ständig an Glaubwürdigkeit. Man redet und redet, aber man merkt nichts von einer echten Unterstützung. Noch dazu sind ständig weniger Leute da, die Bewegung ist geschwächt. Mit dem Beginn der militärischen Auseinandersetzung brach das oppositionelle Lager völlig zusammen.

Die Menschen Israels, vor allem was die Oppositionellen betrifft, haben mindestens seit dem Libanonkrieg eine Bewußtseinsänderung durchgemacht. Die zentralen Werte der israelischen Gesellschaft, besonders der Militarismus, wurden mehr und mehr in Frage gestellt. Die militärischen Werte waren bis 77 stark vorhanden und sind seit 82 immer mehr in Bedrängnis gekommen. Da hat man irgendwie das Gefühl gehabt, die Menschen kapieren, daß nicht alles mit Gewalt geht. Aber dann kam der Golfkrieg, und es gab einen gewaltigen Rückschlag. Plötzlich sagten so Menschen wie Jossi Sarid (Knesset-Abgeordneter der Ratz-Partei; Anm.ak): ja, wir sind für den Krieg.

Sie signalisierten diese Botschaft auch sehr stark an die deutsche Friedensbewegung. Sie haben diese auch kritisiert, und man konnte sie auch leicht erpressen aus anderen Mechanismen. In der Bundesrepublik fanden sie einen sehr fruchtbaren Boden bei Leuten wie Biermann und Enzensberger und wie sie alle heißen, und da kann man auch sehr leicht die BRD-Menschen erpressen. Intern dachte man plötzlich wieder in alten Mustern, also: Die Bedrohung von Saddam Hussein kann nur mit Gewalt verschwinden.

Es fand ein Rutsch zurück in den stinkenden Schoß des israelischen nationalen Konsens - Militär ist unsere Stärke - statt. Sie haben die Amerikaner aufgerufen, sie sollten Saddam Hussein einfach vernichten. Es gab auch einen sehr bekannten Intellektuellen Professor, Dan Miron, der einen Aufruf zum Einsatz von Nuklearwaffen gegen den Irak befürwortete, ganz abgesehen von Leuten auf dem rechten Spektrum, die diese Forderungen in Israel auch formulierten, z.B. General Ben-Gal.

Trotzdem meine ich, daß es nach dem Krieg eine Ernüchterungsphase gibt. Die Sachen liegen erneut auf dem Tisch. Man macht sich weniger Illusionen auf beiden Seiten. Man wird zwar mit dem Haß und mit dem Rassismus irgendwie konfrontiert, dennoch weiß man, wir müssen eine Lösung finden. Nicht, weil die Palästinenser so nette Menschen sind oder sein sollten, sondern weil die Situation so bedrohlich ist für alle Menschen, die da leben. Ich finde, es stärkt eine gewisse Hoffnung, daß alles jetzt ehrlicher laufen kann, da weniger auf vermeintliche Wunschbilder gesetzt wird und weniger eine Romantisierung stattfindet. Hinzu kommt noch ein anderes Element, das wahrscheinlich der Frieden-Jetzt-Bewegung einen neuen Auftrieb geben wird. "Frieden Jetzt" entstand 78 im Vorfeld des Camp-David-Abkommens mit dem Ziel, dieses zu fördern, mit einer starken Unterstützung von den USA, und jetzt stehen wir vor einem ähnlichen Prozeß. "Frieden Jetzt" besitzt enorm viel Geld. Bis jetzt waren sie ratlos, wie sie operieren sollten, und jetzt haben sie grünes Licht von Onkel Sam gekriegt. Nun können sie mit ihrem Wunschpartner zusammenarbeiten, nämlich der Arbeiterpartei, was während der Intifada nicht so gut ging. Interessant ist, daß sie auch wieder Kontakt mit der PLO aufgenommen haben. Vielleicht gibt es da einen neuen Anfang. Offen ist noch, wie die palästinensische Bevölkerung reagiert; sie ist ja eher gegen Konzessionen. Fraglich ist auch, wer die Verhandlungspartner sein sollen. Leute, die von außerhalb unterstützt werden, haben ja nicht unbedingt den Rückhalt in der Bevölkerung und auf der Straße.

Kommen wir zur Politik der PLO und wo sie Fehler gemacht hat?

Es ist sehr schwer, von Fehlern zu reden. Ein Hauptproblem ist sicherlich, daß die PLO-Führung seit langem blockiert ist. Und sie hat die Intifada verspielt. Die Politik der USA und Israels wurde v.a. 1988 nicht richtig eingeschätzt. Die PLO hat nachgegeben und einseitig Israel anerkannt, also sehr weitgehende Konzessionen gemacht. Gekriegt hat man nicht viel, außer ein bißchen Dialog, der von den USA im Sommer 90 wieder abgebrochen wurde.

Sie konnten dann aus verschiedenen internen strukturellen Gründen keine politische Phantasie und Initiative mehr ergreifen. Der Konsensdruck und die bürokratischen Prozesse innerhalb der PLO sind extrem stark. Niemand will sich gefährden mit allzu eifrigen Vorschlägen, lieber wird der Status Quo behalten in der Hoffnung, daß es schon irgendwie weitergeht. Das mit dem Golfkrieg war dann natürlich verheerend. An sich hatte die PLO eine vernünftige Haltung eingenommen, der Versuch einer Neutralität und einer Vermittlung zwischen den Konfliktparteien. Danach konnte aber die Kriegslogik der USA nicht gestoppt werden. Als der Krieg anfing, war es nicht mehr möglich, weiter neutral zu bleiben. Arafat bemühte sich, daß verschiedene Leute kommen, um den Krieg zu stoppen. Die Palästinenser haben sich nicht, wie Saddam Hussein von ihnen erwartete, militärisch eingesetzt. Ich weiß nicht, ob sie einen Fehler in der Linie gemacht haben, aber ich glaube, sie haben nicht viel mehr Möglichkeiten als das gehabt. Darüber hinaus darf man den Druck der palästinensischen Massen nicht vergessen, die im Gegensatz zur offiziellen Politik der PLO, die sehr vorsichtig war, sich viel eindeutiger mit Saddam Hussein solidarisiert haben.

Gibt es Deines Wissens Brüche in der PLO-Führung?

Die PLO-Führung wird von linker Seite in letzter Zeit immer offener kritisiert. Es gab kürzlich bei der Zentralratstagung der PLO Gerüchte, daß eine Spaltung bevorsteht, wenn die PLO-Führung Ja sagt zu einer regionalen Konferenz. Das wurde dann vermieden.

Aber es hat bereits eine Spaltung innerhalb der DFLP (Demokratische Front) gegeben. Da hat sich die Pro-Fatah-Fraktion von der linken Fraktion abgespalten. An den Treffen mit US-Außenminister Baker teilgenommen haben z.B. Suheira Kmal und Chaider Abdel Schafi; sie wollen trotzdem diesen Versuch des Kontaktes und Dialoges mit den Amerikanern aufrechterhalten - im Gegensatz zu den anderen, die sagen: Eigentlich haben wir da nicht viel zu erwarten, warum sollen wir da unsere Zeit verschwenden. Sie sind der Ansicht, daß dies nur eine interne Schwächung bringt, und daß eigentlich eine ganz neue Strategie entwickelt werden muß.

Wie schätzt Du die derzeitige Verhandlungsdiplomatie in der Region ein?

Jetzt ist die Zeit reif für Veränderungen und eine nötige Umstrukturierung. Tonangebend bei diesem Prozeß sind sicherlich die USA, die die Früchte des Krieges gegen den Bösewicht des Jahrzehntes unbedingt ernten müssen, und zwar möglicherweise nach dem Muster des "Wiederaufbaus" von Kuwait, d.h. dicke Aufträge, fast ausschließlich für us-amerikanische Firmen, finanziert von allerlei Geldgebern, womöglich von der BRD und/oder Japan. Denn dieser Geldfluß war das Hauptziel des Krieges. Es war kein Krieg "die Welt gegen Irak", sondern der USA gegen die großen Wirtschaftssupermächte, die klatschend und dankbar Kriegsreparaturen zahlen sollten. Aber vorläufig ist die Zahlungsmoral ziemlich schlecht. Wieso sollen sie daher nicht ein bißchen ermuntert werden durch Verhandlungen und Abkommen im Nahen Osten. Die Maxime ist demzufolge eigentlich nicht Land gegen Frieden, sondern Abkommen gegen Geld.

So sagte Usamah El-Bas, der politische Berater vom ägyptischen Präsident Mubarak, in einem Interview (in der israelischen Gewerkschaftszeitung "Dawar" 17.5.): "Wir glauben, daß die syrische Position bezüglich der Konferenz positiv ist ... Unsere Positionen sind anders als vor zwei Jahren, ja sogar vor einem Jahr. Die Araber sind mit einer Friedenskonferenz einverstanden, wo weder die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats teilnehmen noch über die Rechte des palästinensischen Volkes gesprochen wird." - Frage: "Die Friedenskonferenz wird sich nicht mit den Rechten der Palästinenser beschäftigen?" - Usamah El-Bas: "Selbstverständlich werden wir darüber reden, aber die stehen nicht im Zentrum. In der Vergangenheit sagten immer die Syrer, daß Israel sich zum Rückzug aus sämtlichen arabischen Gebieten verpflichten muß - bevor eine Verhandlung stattfinden würde. Jetzt ist ihre einzige Bedingung, daß wir eine Verhandlung ohne Vorbedingung führen werden. Das ist eine sehr vernünftige Haltung." (Dies ist die alte israelische Formel, Anmerkung Shraga Elam)

Die PalästinenserInnen können also bei der ganzen Angelegenheit im besten Fall nur mit einer Super-Autonomie, und nicht einmal im Geist vom verhaßten Camp-David-Abkommen, rechnen. Die US-Amerikaner ihrerseits haben überzeugend gezeigt, daß sie es jetzt ernst meinen, als sie die Saudis zu einer Teilnahme an der Konferenz gezwungen haben. Das schwerste Hindernis liegt in Israel. Nicht zuletzt wegen der starken internen Machtkämpfe, die hier toben. Seit dem Niedergang von Ministerpräsident Menachem Begin gibt es eigentlich keine starke Führung im Lande, und danach sehnt sich die linke wie die rechte Seite.

Kommen wir noch auf die Debatten in der BRD-Linken v.a. zur Rolle Israels während des Golf-Krieges zu sprechen, Du konntest diese Diskussion von der Schweiz aus sicherlich gut verfolgen - wie siehst Du die Frage eines linken Antisemitismus?

Ich finde die Entwicklung traurig, und das ist im weiteren Rahmen und nicht nur bezüglich dieses Konfliktes zu sehen. Es ist überhaupt im Kontext der gesamten Schwächung der Linken zu sehen. Wie auch viele andere Sachen durch den Krieg bewußt geworden sind, ist auch diese Krise noch deutlicher geworden. Das Ganze ist höchst bedauerlich, und es zeigt, daß trotz massiver Anstrengungen der deutschen Linken in Bezug auf die Vergangenheitsbewältigung diese längst nicht so fortgeschritten ist, wie die umfangreiche Literatur dazu vermuten ließe.

Es zeigt sich, daß sehr viele Tabus immer noch vorhanden sind, und daß man dieses Thema nicht so frei behandeln kann, wie man in einem emanzipatorischen Sinn hoffen konnte. Gerade z.B. diese Ströbele-Geschichte zeigt ziemlich viele Sachen - da denkt man, die Leute sind kritischer geworden bezüglich der Politik Israels. Trotzdem sind sie so leicht erpreßbar mit einfachen, fast lächerlichen Mechanismen. Da kommt einfach das Stichwort "Gas - Deutschland - Juden", dann ist da irgendetwas schon da, oder das Gleiche mit den Vergleichen "Boykott Israels - Kauft nicht bei Juden". Da kommen diese Assoziationen ganz automatisch, und man hinterfragt diese Mechanismen viel zu wenig.

Ich meine, man muß nicht unbedingt sagen, Ja oder Nein, aber daß dies einfach so automatisch abläuft, finde ich bedenklich.

Aber die Bedrohung Israels war ja real durch die Scud-Raketen ?

Sicherlich, die Bedrohung Israels war real, aber es geht nicht darum. Ich meine, auch Hegel sprach über die Dialektik von Herr und Knecht, und da ist der Herr immer auch vom Knecht bedroht; d.h. die Bedrohung war da, aber man muß den gesamten Kontext sehen. Ströbele hatte mit seiner Position Recht - sein Rücktritt war Ausdruck dessen, daß es in der BRD immer noch Tabus gibt - dies ist jedoch nicht gerade Ausdruck eines emanzipatorischen Prozesses. Welches moralische Recht haben z.B. Leute wie Broder?

Israel hat regelrechte Kriegshetze betrieben. Innerhalb Israels gab es kaum ernsthaft eine Bewegung, die forderte "Wir wollen keinen Krieg!". Es gab auch Angebote Saddams zu Verhandlungen, dies hat man überhaupt nicht wahrgenommen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führten für den ak In. & Ha., Nürnberg .

17. Neues Anti-Terror-Gesetz in der Türkei: Militärputsch künftig überflüssig

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:36

Mitte April trat in der Türkei eine Gesetzesänderung in Kraft, mit der vier "Gesinnungsparagraphen" des Strafgesetzbuches aufgehoben wurden. Zugleich wurde eine Haftentlassungsaktion verkündet, wonach mehr als 40.000 Häftlinge unter Auflagen freikommen sollen. In der deutschen Presse wurden diese Gesetzesänderungen als weiterer Schritt der Türkei hin zu westeuropäischen Demokratiemaßstäben begrüßt. "Hoffnung für Zehntausende" verkündete das "Hamburger Abendblatt", und selbst die "taz" titelte: "Die Türkei auf dem Weg zu einer Liberalisierung" (13.4.91).

Unterschlagen wurde in diesen Berichten zumeist die Kehrseite dieser Gesetzesreform: die Verabschiedung eines Anti-Terror-Gesetzes, das die abgeschafften Knebelparagraphen mehr als ersetzt. Darüber hinaus wird für alle politischen Gefangenen eine früher in der Türkei nicht übliche scharfe Isolierung vorgeschrieben. Daß diese Isohaft nach bundesdeutschem Vorbild die körperliche Folter keineswegs ablösen, sondern ergänzen und verschärfen soll, machen wenige Absätze später ausgedehnte Schutzvorschriften für staatliche Folterer deutlich.

Bis April diesen Jahres war in der Türkei (nach einer aus dem Mussolinischen Strafgesetzbuch übernommenen Formulierung) jede Organisation oder auch nur bloße Propaganda "mit dem Ziel, die Herrschaft einer sozialen Klasse über die andere zu errichten", mit Haft zwischen 8 und 15 Jahren bedroht. (Paragraphen 141, 142 des türkischen Strafgesetzbuchs) Haftstrafen von mindestens fünf Jahren drohten für "Verbreitung von Informationen oder Ausübung von Aktivitäten im Ausland, die dem Ansehen des türkischen Staates schaden" (Paragraph 140) sowie für "Propaganda zum Zwecke der Zersetzung des Nationalgefühls" (Paragraph 142). Außerdem wurde der Paragraph 163 aufgehoben, der organisierte Bestrebungen für die Etablierung eines religiösen Staates unter ähnliche Strafen stellte.

Mit der Aufhebung dieser Bestimmungen gab die Türkei den Forderungen vor allem von Menschenrechtsorganisationen, aber auch einer verbreiteten Kritik von westeuropäischen Staaten nach. Der Hinweis auf das fortbestehende Verbot von sozialistisch/kommunistischen und radikalreligiösen Meinungen hatte insbesondere in den EG-Beitrittsverhandlungen immer wieder eine Rolle gespielt, um zu demonstrieren, daß die Türkei (bei allen Fortschritten auf dem Weg zur Demokratie) gemessen an westeuropäischen politischen Standards eben doch noch nicht "reif" sei für die volle EG-Integration. Solche - angesichts massiver Wirtschaftsinteressen - vorgeschobenen Einwände zu entkräften, dürfte ein wichtiges Anliegen von Staatspräsident Özal gewesen sein. Auch die zeitgleich erfolgte Zulassung der kurdischen Sprache - nicht jedoch von Publikationen auf kurdisch - paßt in dieses Bild. Özal zeigte sich politisch flexibel und bereit, sich auch gegen Protestgeschrei in seiner eigenen Partei über anachronistisch erscheinende Essentials kemalistischer Politik hinwegzusetzen.

Terror ist ...

In der Sache jedoch hat das Gesetz das Instrumentarium zur Verfolgung der Kurden ebenso wie der Linken (im weitesten Sinne) drastisch ausgeweitet. Ihre Aktivitäten lassen sich nämlich praktisch durchgängig unter den Terrorismusbegriff fassen, wie er im ersten Artikel des Gesetzes definiert ist. Terror ist demnach alles, was "unter Anwendung von Mitteln des Druckes, der Gewalt, der Verbreitung von Angst und Schrecken, der Einschüchterung oder der Drohung" darauf abzielt, die Verfassungsordnung oder "die Existenz des türkischen Staates und der türkischen Republik zu gefährden, die staatliche Autorität zu schwächen oder zu vernichten oder an sich zu reißen, die Grundrechte und -freiheiten zu beseitigen, die innere und äußere Sicherheit des Staates, die öffentliche Ordnung oder die öffentliche Gesundheit zu stören". Keineswegs ist die Anwendung von Gewalt (schon gar nicht die von bewaffneter Gewalt) erforderlich, um als "terroristisch" zu gelten; es genügt dafür bereits "Druck", "Einschüchterung" oder "Drohung". Auch der Katalog der bedrohten Rechtsgüter ist so breit gestreut, daß sich sicher für jeden Oppositionellen etwas findet. Da die "wirtschaftliche Grundordnung" des türkischen Staates ausdrücklich als Teil der bedrohten Verfassungsordnung genannt wird, ist allein durch diese Passage bereits ein vollgültiger Ersatz für die alten Paragraphen 141 und 142 gegeben. Allein: es wird hier eben nicht nur Kommunismus oder Klassenkampf kriminalisiert, sondern praktisch jeder

Versuch gesellschaftlicher Veränderung läßt sich unter die, wie selbst die gänzlich unverdächtige "Neue Züricher Zeitung" (17.4.91) feststellen muß, "äußerst vage Definition von Terror" fassen.

2 Menschen = 1 Terrororganisation

Offenbar hat man aus der Erfahrung mit dem bundesdeutschen Paragraphen 129a gelernt, daß es nicht immer einfach ist, für eine zu konstruierende "terroristische Vereinigung" den "dritten Mann" zu finden oder überhaupt feste Organisationsstrukturen nachzuweisen. Jedenfalls gilt nach dem ATG eine Organisation bereits dann als entstanden, wenn "sich zwei oder mehr Personen mit demselben Ziel zusammenschließen".

Wer Organisationen im Sinne des oben zitierten Artikel 1 ATG gründet oder deren Aktivitäten organisiert oder leitet, soll mit schwerer Haft zwischen 5 und 10 Jahren sowie schwerer Geldstrafe zwischen 200 und 500 Millionen türkische Lira (umgerechnet ca. 80.000 und 200.000 DM) bestraft werden. Mitglieder solcher Organisationen gelten ebenfalls als "terroristische Straftäter". Ihnen drohen Haft zwischen drei und fünf Jahren und Geldstrafen zwischen 40.000 und 120.000 DM. In der Türkei, wo die allermeisten Arbeiter, Angestellten und Beamten von Monatslöhnen von wenigen hundert DM leben müssen, bedeuten solche aberwitzig hohen Geldstrafen, daß die Verurteilten nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis praktisch zu lebenslanger Zwangsarbeit für die Ableistung ihrer Geldstrafe verdammt sind.

Die Unterstützung von oder Propaganda für vom Staat als terroristisch eingestufte Organisationen steht ebenfalls unter schwerer Haft- und Geldstrafe. Bei Vereinen, Gewerkschaften oder Parteien, denen die Unterstützung terroristischer Aktivitäten vorgeworfen wird, werden die Strafen verdoppelt; der Staat kann sie auflösen und ihr Vermögen beschlagnahmen. (Art. 7) Der Begriff der "Unterstützung" ist derart unbestimmt, daß etwa der Vorsitzende des Istanbuler Menschenrechtsvereins, Ercan Kanar, die Frage stellt, ob auch die Hilfe für Folteropfer aus einer "Terror-Organisation" als Unterstützung dieser Organisation ausgelegt werden wird.

Alte Politparagraphen als Terror-Tatbestände übernommen

Ganz und gar falsch wäre der Eindruck, mit der "Aufhebung des Extremistenverbots" sei das alte politische Strafrecht vom Tisch. Tatsächlich sind die meisten einschlägigen Paragraphen erhalten geblieben. Eine ganze Reihe der entsprechenden Straftaten klassifiziert das Gesetz als per se terroristisch.

Nach dem Paragraphen 146 TStGB droht die Todesstrafe jedem, der "mit Gewalt versucht, die Verfassung der türkischen Republik ganz oder teilweise zu ändern". Wer dazu auffordert, durch "Wort, Schrift oder Tat"; wer auf Plätzen oder Straßen "Reden hält oder Plakate anheftet oder Veröffentlichungen erläßt, wird, auch wenn es bei einem Versuch bleibt, gleichfalls mit dem Tode bestraft". Zahllose Linke wurden in den großen Massenprozessen der achtziger Jahre (gegen Dev Yol, Dev Sol etc.) nach diesem Paragraphen verurteilt. Viele von ihnen sitzen nach wie vor im Gefängnis. Zwar wurden die bis dahin ausgesprochenen, noch nicht vollstreckten Todesurteile durch den Parlamentsbeschluß in 36-jährige Haftstrafen umgewandelt; die entsprechende Vorschrift ist aber keineswegs aufgehoben, so daß die Todesdrohung weiter über allen revolutionären Linken hängt. Ob sie bewaffnete Aktionen gemacht oder nur politische Aufrufe veröffentlicht haben, spielt dabei kaum eine Rolle.

Der traditionelle Anti-Kurden-Paragraph 125 ist ebenfalls in den Terror-Katalog aufgenommen. Er bedroht jeden mit dem Tode, der "die Einheit des Staates zu zerstören oder einen Teil des der Herrschaft des Staates unterliegenden Gebietes von der Verwaltung des Staates loszureißen" versucht. Nach dieser Vorschrift wurde und wird jede kurdische Autonomiebestrebung abgeurteilt. Der Regierung schien der ausdrückliche Verweis auf diesen Straftatbestand offenbar immer noch nicht ausreichend. Ein eigener Artikel im Anti-Terror-Gesetz verbietet "schriftliche und mündliche Propaganda, Versammlungen und Demonstrationen, die mit welchen Mitteln, Zielen und Ideen auch immer die Zerstörung der unteilbaren Einheit von Staatsgebiet und Staatsvolk zum Ziel haben". (Artikel 8) Die Strafandrohung liegt bei zwei bis fünf Jahren schwerer Haft und 20-40.000 DM Geldstrafe; wenn es sich um eine Presseveröffentlichung handelte, wird auch der Inhaber (mit einer Geldstrafe nicht unter 40.000 DM) und der Chefredakteur (halb so hohe Geldstrafe wie der Besitzer und Haft zwischen sechs Monaten und zwei Jahren) bestraft.

Unter Terrorismus fällt weiter, wer "die Bevölkerung zum Aufstand gegen die Regierung durch Gebrauch von Waffen" oder zu einem Gemetzel auffordert und bewaffnet (Paragraph 149); wer das Kabinett "mit Gewalt an

der Ausübung seiner Befugnisse hindert oder wer dazu auffordert" (Paragraph 147); wer ein Attentat auf den Präsidenten verübt oder Militäreinrichtungen zerstört. Auch der Paragraph 168 (Bildung einer bewaffneten Vereinigung), aufgrund dessen in der Vergangenheit viele Linke verurteilt wurden, fällt generell unter Terrorismus.

Ein Reihe anderer Straftaten gilt als terroristisch, "wenn sie mit den in Artikel 1 bezeichneten terroristischen Zielen begangen wurden". (Art. 4) Das geht vom Entfernen oder Verunglimpfen der türkischen Flagge (Paragraph 145, zwischen 1 und 3 Jahren Knast) über die Anstachelung von Soldaten oder Polizisten zu Ungehorsam oder Meuterei (Paragraph 153, Strafe 1 bis 5 Jahre) bis zum Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung oder (ganz allgemein) zum Ungehorsam gegenüber irgendwelchen Gesetzen (Paragraph 155, 2 Monate bis 2 Jahre). Daneben taucht auch die erpresserische Geiselnahme in diesem Teil des Katalogs auf.

Gesinnungszuschlag

Pauschal werden für alle "terroristischen" oder "mit terroristischer Zielsetzung begangenen" Straftaten die Strafen um die Hälfte erhöht. Dieser ganz offizielle Gesinnungszuschlag führt dazu, daß die Höchststrafen sowohl für einzelne Taten als auch die für die Gesamtstrafen überschritten werden können - juristisch ein blankes Unding, aber in Artikel 5 des Anti-Terror-Gesetzes ausdrücklich legitimiert. "2 - 5 Jahre Haftstrafe können bis zu 36 Jahre erweitert werden ... Dies schafft die Relation zwischen Straftat und Strafe ab, schafft die Gerechtigkeit ab", kommentiert Rechtsanwalt Halit Celenik. (zit. nach Türkei-Information)

Pressezensur verschärft

Mehrere Artikel des Gesetzes schränken die Pressefreiheit empfindlich ein. "Propaganda für eine terroristische Organisation" in Presseorganen soll besonders drastisch bestraft werden. Anders als früher werden nicht nur Autoren oder Redakteure zu hohen Strafen verurteilt, sondern zusätzlich erhalten die Inhaber existenzbedrohende Geldstrafen, deren Höhe bei einem Monatserlös dieser Zeitung oder Zeitschrift oder (bei nicht periodischen oder neu erschienenen Zeitschriften) bei bis zu 90% des Verkaufserlöses der auflagenstärksten Tageszeitung im vorangegangenen Monat liegt. In jedem Falle darf die Strafe umgerechnet 40.000 DM nicht unterschreiten. Die verantwortlichen Chefredakteure dieser Zeitschriften erhalten halb so hohe Geldstrafen und zusätzlich Haft zwischen sechs Monaten und zwei Jahren. (Art. 7) Der Druck oder die Veröffentlichung von Erklärungen terroristischer Organisationen ist ebenfalls mit Geldstrafen von mehreren tausend Mark bedroht; bei Veröffentlichung in der Presse betragen die Strafen gegen die Inhaber mindestens 20.000 DM. (Art. 6)

Mit den Strafen gegen die Eigentümer von Presseorganen, die es bisher in der Türkei nicht gab, werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Linke Verlage können dadurch ohne Schwierigkeiten und, so hofft man, ohne großes öffentliches Aufsehen wirtschaftlich ruiniert und auf kaltem Wege ausgeschaltet werden. Zugleich wird in der gesamten bürgerlichen Presse ein massiver Druck in Richtung einer internen Zensur durch die Eigentümer ausgeübt. Vom Eigentümer befohlene Selbstzensur erregt wenig Aufsehen, kostet nichts und ist viel effektiver als staatliche Verbotsverfügungen im Einzelfall.

Folter vom Gesetzgeber gedeckt

Ein ganz zentrales Interesse des Anti-Terror-Gesetzes liegt in der Verhinderung einer Berichterstattung über staatliche Folter und Repression. Wer "die Personalien von Personen bekannt gibt, die am Kampf gegen den Terrorismus beteiligt sind", oder wer ohne Namensnennung erkennen läßt, um wen es sich handelt, und damit angeblich die öffentlich Genannten zum Ziel von Anschlägen macht, wird mit hohen Geldstrafen belegt (im Falle von Presseorganen wiederum bis zu 90% des Verkaufserlöses der auflagenstärksten Tageszeitung im vergangenen Monat, mindestens aber 20.000 DM). (Art. 6) Artikel 12 regelt unter der harmlos klingenden Überschrift "Vernehmung von Protokollanten", daß "leitende und einfache Beamte der Ordnungsbehörden, die im Verlauf der Ermittlungen bei unter dieses Gesetz fallenden Straftaten die Aussagen von Beschuldigten oder Zeugen aufnehmen", vor Gericht als Zeuge stets nur in nichtöffentlicher Verhandlung aufzutreten brauchen.

Mit diesen Regelungen hat der türkische Staat seinen Schergen und Folterknechten einen weitreichenden Schutz vor jeder demokratischen Öffentlichkeit verschafft. Falls dennoch einmal ein Verfahren gegen sie eingeleitet werden sollte, greift der Artikel 15 ATG. Danach wird in Verfahren gegen in der Terrorbekämpfung eingesetzte Beamte des Nachrichtendienstes (hier geht es um den berüchtigten MIT) und der

Ordnungsbehörden oder gegen "im Rahmen der Tätigkeitkeit dieser Behörden eingesetztes sonstiges Personal" (wer immer das sein mag ...) "wegen Straftaten, die sie angeblich in Ausübung ihrer Aufgaben begangen haben", nach dem Beamtenrecht verfahren. Normale Strafgerichte sind ausschließlich im Falle versuchter oder vollendeter Tötung zuständig. Erstere wird praktisch nie nachweisbar sein, für letztere gibt es nur selten Zeugen, und die Getöteten können nicht mehr aussagen. Verfahren nach dem Beamtenrecht aber heißt: Eine Verfolgung der Täter ist letztlich an die Entscheidung des Innenministers gebunden. Außerdem wird (nach demselben Artikel) in Verfahren gegen Anti-Terror-Kräfte generell keine Untersuchungshaft verhängt. Da auch nirgends von einer Suspendierung vom Dienst die Rede ist, ist nur eine Schlußfolgerung möglich: Auch bekannt gewordene Folterer sollen unbehindert weiter foltern können.

Dazu wurde die Polizeihaft im Gesetz ausdrücklich festgeschrieben: Verhaftete können bis zu 15 Tage (und in Notstandsgebieten bis zu 30 Tage) ohne Kontakt mit der Außenwelt festgehalten werden, bevor sie einem Richter vorgeführt werden müssen. Diese Zeitspanne der Polizeihaft ist in der Türkei ein selbstverständliches Synonym für Mißhandlungen und Folter. Der in der Strafprozeßordnung vorgeschriebene Zugang eines Anwalts ist im Anti-Terror-Gesetz nicht mehr erwähnt.

Eine weitere verfahrensrechtliche Einschränkung öffnet Denunziationen und frei erfundenen Beschuldigungen Tür und Tor. Die Identität von Personen, die jemanden nach dem Anti-Terror-Gesetz anzeigen, darf ohne Zustimmung des Denunzianten nicht bekanntgegeben werden. (Art. 14) Auch hier wird wieder - vor allem für die Presse - mit hohen Geldstrafen gedroht. Eine Verteidigung gegen solche anonym vorgebrachten Vorwürfe oder eine Klage wegen Verleumdung ist durch die Geheimhaltung so gut wie unmöglich.

Sondergerichte und Sonderhaftbedingungen für "Terroristen"

Die Prozesse, die Verteidigungsrechte und die Haftbedingungen unterscheiden sich bei "terroristischen Straftätern" deutlich von denen anderer Angeklagter. Verfahren nach dem Anti-Terror-Gesetz finden generell vor speziellen Staatssicherheitsgerichten statt. Die Angeklagten können dort von maximal drei Anwälten vertreten werden. Eine vernünftige Vorbereitung der Verteidigung wird dadurch unmöglich gemacht, daß alle Gespräche der Gefangenen mit ihren Verteidigern vom Anstaltspersonal überwacht werden. (Art. 9 und 10)

Die Strafen nach dem ATG, heißt es in Art. 16, "werden in besonderen Vollzugsanstalten vollstreckt, die im System der Einzel- und Drei-Personen-Zelle errichtet worden sind". Jede Kommunikation von politischen Gefangenen untereinander und mit anderen Gefangenen soll verhindert werden. Früher konnten traditionell während bestimmter Feiertage die Familien ohne direkte Kontrolle durch die Wärter mit den Gefangenen auf dem Gefängnishof zusammentreffen, es war möglich, einander zu berühren oder die Kinder auf den Arm zu nehmen. Die ersatzlose Streichung dieser "offenen Besuchstage" für politische Gefangene ist ein schwerer Schlag für die Angehörigen wie auch für die Gefangenen selbst.

Ganz offensichtlich ist die Abschaffung solcher Reste von Humanität Folge der Übernahme einschlägiger Bestimmungen und Verfahrensweisen aus den "entwickelten westeuropäischen Demokratien". Es wäre nicht verwunderlich, wenn bundesdeutsche Isolationstrakte und Haftstatuten hier Pate gestanden hätten.

Scheinamnestie

Vielleicht ist die Notwendigkeit umfangreicher Bau- und Umbauarbeiten an den chronisch überfüllten Gefängnissen zur Errichtung der Isolationstrakte ein entscheidender Hintergrund für die mit dem ATG verbundene Haftentlassungsaktion. Über 40.000 Menschen sollen dabei freigekommen sein. Allerdings: Nur die allerwenigsten davon waren Linke; unterschiedliche Schätzungen sprechen von 50- 60 bis zu 250-300, während zwischen 2.500 und 2.900 Verurteilte im Gefängnis bleiben. Dagegen sind alle ca. 400 inhaftierten Rechten und Faschisten freigekommen. (nach TI) Auch wenn die konkreten Zahlen naturgemäß mit Vorsicht zu betrachten sind, wird an den Relationen deutlich, wie sehr das Gesetz genau auf dieses Ergebnis zugeschnitten worden war.

Zunächst einmal handelte es sich nicht um eine Amnestie, sondern um eine Strafaussetzung auf Bewährung und unter Bedingungen. Diese Bedingungen waren je nach politischer Gesinnung höchst unterschiedlich: Während "normale" und rechte Gefangene freikamen, wenn sie mindestens ein Fünftel ihrer Strafe abgebüßt hatten, waren davon die nach "Terror"-Tatbeständen (125, 146, 168 etc.) Verurteilten ausgenommen. Sie konnten allenfalls eine geringe Strafermäßigung in Anspruch nehmen. Nicht enthalten in dieser Auflistung war

dagegen der Paragraph 149 (bewaffneter Aufruhr und Gemetzel), obwohl er auch unter das Anti-Terror-Gesetz fällt. Nicht zufällig: Zum Zeitpunk des Inkrafttretens des Gesetzes saß nach Paragraph 149 kein einziger Linker im Knast. Aber so kamen auch die letzten der "Grauen Wölfe" frei, die 1978 das Massaker von Karamanmaras (110 Tote) angeführt hatten. Dagegen sitzen immer noch Linke, die damals die Selbstverteidigung der Bevölkerung zu organisieren versuchten.

Auch die Wieder-Legalisierung des fortschrittlichen Gewerkschaftsverbandes DISK, der 1980 nach dem Paragraphen 141 TStGB aufgelöst worden war, kann da niemanden trösten. Zumal da das gesamte beschlagnahmte Vermögen der linken Gewerkschaften nicht wieder herausgegeben wird.

Ein Klima des Staatsterrors

Mit dem Anti-Terror-Gesetz hat Özal das Kunststück fertiggebracht, sich außenpolitisch als liberal zu profilieren und zugleich sich nach innen freie Hand zu schaffen für schärfste Repression gegen jede Form politischer Opposition. Sein Vorgehen dabei war von Anfang an darauf angelegt, die demokratische Öffentlichkeit zu überrollen. Nach einer monatelangen öffentlichen Debatte über die Aufhebung der Paragraphen 140 ff. und eine Amnestie wurde am 5. April im Nationalen Sicherheitsrat eine "Empfehlung" an die Regierung über ein neues Anti-Terror-Gesetz abgestimmt. Aus der Militärdiktatur hervorgegangen, ist der Nationale Sicherheitsrat eine Art oberster staatlicher Führung, besetzt mit den Armeekommandanten und dem Chef des Geheimdienstes MIT, dem Staatspräsidenten, dem Regierungschef und einigen Ministern. Am 10. April wurde der Gesetzentwurf vorgelegt. Bereits am 11. verabschiedete ihn das Parlament, das auf Drängen der Regierung bis in die frühen Morgenstunden hinein getagt hatte. Und innerhalb von 24 Stunden ratifizierte ihn Staatspräsident Özal und setzte ihn ab 13. April in Kraft.

Die beiden großen Oppositionsparteien, die konservative Dogru Yol Partisi (Demirel) und die sozialdemokratische Volkspartei (Inönü), unternahmen nichts, um dieses Vorgehen zu durchkreuzen. Beide Parteien - besonders die DYP - erweckten durch ihre Haltung im Gegenteil den Eindruck, sie begrüßten ein solches Gesetz. Erst im nachhinein kritisierten sie seinen antidemokratischen Charakter, und die SHP kündigte Klagen vor dem Verfassungsgericht an.

Hintergrund dieses Positionswandels sind die massiven Proteste von Menschenrechtsvereinen, Rechtsanwaltskammern und Journalistenverbänden. amnesty international zeigt sich in einer Stellungnahme trotz der Freilassungen "zutiefst enttäuscht" über das neue Gesetz, da es "weitere Folter in der Türkei begünstigt". Der Vorsitzende des Istanbuler Menschenrechtsvereins, Rechtsanwalt Ercan Kanar, sprach von einem "zivilen Putsch gegen das Recht, der in Zukunft Militärputsche überflüssig machen soll". Der Strafrechtsprofessor Cetin Özek bezeichnete die Aufhebung der Paragraphen 140 ff. als "Betrug", mit dem Gesetz solle "die ganze Türkei zu einem Gefängnis gemacht werden". (zit. nach Türkei-Information) Selbst das vom Putschistenregime installierte Ausnahmezustands-Militärgericht Nr. 2 (vor dem u.a. der Ankaraer Dev Yol Prozeß stattfand) sah sich inzwischen dazu veranlaßt, wegen "Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes" eine Aufhebung beim Verfassungsgericht zu beantragen. In diesem letzten Punkt wird den Verfassungsklagen auch von Menschenrechtsvertretern eine Chance auf Erfolg eingeräumt.

Den türkischen Staatsschutz hat das nicht daran gehindert, das Gesetz bereits breitgestreut anzuwenden. Vor allem linke Zeitungen stehen im Visier der "Terrorbekämpfer": So wird beispielsweise der kurdischen Wochenzeitung "Yeni Ülke" vorgeworfen, allein in ihrer Nummer 28 fünfmal gegen das Anti-Terrorismus-Gesetz verstoßen zu haben - durch zwei Veranstaltungsankündigungen, ein Interview mit PKK-Chef Abdullah Öcalan und zwei Leserbriefe. Ein weiteres Verfahren wurde wegen Nr. 30 eingeleitet - und für jede einzelne der Anklagen drohen Strafen hin Höhe von -zig Millionen Lira. Ähnliche Verfahren laufen gegen die Zeitschriften "Demokrat", "Özgür Halk" und "Kurtulus" (deren Direktor deshalb verhaftet wurde).

In der bürgerlichen Presse hat die Selbstzensur massiv um sich gegriffen, häufig wird in Nachsätzen zu Artikeln darauf hingewiesen, daß wegen des Anti-Terror-Gesetzes bestimmte Namen nicht genannt oder Interview-Passagen gestrichen wurden.

Viel besorgniserregender noch ist, daß die Ermutigung an die staatlichen Folterer und Anti-Terror-Kräfte blutige Früchte trägt: Die Folter hat sich verschärft und ausgeweitet, wovon auch völlig unpolitische Festgenommene betroffen sind. Vor allem aber steigt die Zahl der durch die Sicherheitskräfte getöteten Linken rapide an. Drei Beispiele aus einer ganzen Reihe von Fällen:

- Ende April wurde ein 17-jähriger Schüler beim Flugblattverteilen festgenommen. Die Behörden stritten die Festnahme ab. Am 2. Mai wurde seine Leiche mit mehreren Schußverletzungen aufgefunden.

- Ein anderer von der Polizei bereits Mitte März Festgenommener ist nach wie vor verschwunden. Mitgefangene hatten ihn im Istanbuler Polizeigefängnis gesehen und seine Schreie unter der Folter gehört. Nachdem die Polizei seine Verhaftung zunächst eingeräumt hatte, leugnet sie nun, ihn je in ihrer Gewalt gehabt zu haben.

- Am 19. Mai wurden im Istanbuler Stadtteil Kadiköy eine Krankenschwester und ein im gleichen Haus wohnender Student "tot festgenommen", wie es später im Polizeibericht hieß. Angeblich starben sie bei einer bewaffneten Auseinandersetzung - nur haben davon weder die Nachbarn etwas bemerkt, noch wurde eine Waffe gefunden. Der 8-jährige Sohn der Frau konnte beobachten, wie seine Mutter - noch am Leben - von Polizisten abgeführt wurde. Ihre Leiche wies einen einzigen Einschuß am Kopf auf; die Hände des Mannes sollen auf den Rücken gebunden gewesen sein.

Polizei und Staatsschutz in der Türkei haben das Anti-Terror-Gesetz so verstanden, wie es gemeint war: als Freibrief auf Staatsterrorismus.

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

Quellen:

Ausführliche Berichterstattung in Türkei-Information Nr. 39, Tagespresse, Gespräch mit dem Vorsitzenden des Istanbuler Menschenrechtsvereins, Ercan Kanar, am 2.5., Berichte von türkischen GenossInnen und von amnesty international. Die Zitate aus dem türkischen Strafgesetzbuch sind der deutschen Ausgabe von 1955 entnommen, die die aus dem Anti-Terror-Gesetz folgen der von amnesty international verbreiteten Übersetzung des Gesetzestextes (Kontaktadresse: Sektion BRD, Postfach 170229, 5300 Bonn 1).

18. "Die Linke ist noch keine Machtoption." Interview mit Jorge Villacorta (Demokratische Konvergenz/El Salvador)

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:33

Jorge Villacorta (45) ist einer der führenden Oppositionspolitiker El Salvadors. Als Vertreter der linksstehenden Parteienkoalition "Demokratische Konvergenz" (CD) wurde er ins neue Parlament gewählt, das am 1. Mai die Arbeit aufnahm. Von 1964 bis 1980 gehörte er der Führung der Christdemokratischen Partei an, aus der er sich gemeinsam mit anderen Mitgliedern des sozialchristlichen Flügels 1980 zurückzog, als jene unter der Führung Duartes mit den Militärs paktierte. 1980, zwei Tage nach der Ermordung des Erzbischofs Romero, mußte Jorge Villacorta das Land verlassen. Bevor er im Oktober 1988 wieder nach El Salvador zurückkehrte, lebte er in Costa Rica und Nicaragua im Exil. Jorge Villacorta war von 1986 bis 1989 Mitglied der politisch-diplomatischen Kommission der FDR/FMLN.

Albert Sterr sprach mit ihm am 26. Mai in München über die Wahlpolitik der legalen Oppositionsparteien und deren Bündnispolitik.

Die Wahlpolitik der legalen Oppositionsparteien

Bei den diesjährigen Parlamentswahlen vom 10. März rechnete sich die Opposition gute Chancen aus, die Mehrheit der ultrarechten ARENA zu brechen. Worauf ist es zurückzuführen, daß die Regierungspartei zwar verlor, aber dennoch 43% der abgegebenen gültigen Stimmen bekam und jetzt in einer Koalition mit der alten Militärpartei PCN weiter die Parlamentsmehrheit hat?

Zunächst einmal hat ARENA 9% gegenüber dem vorherigen Wahlergebnis verloren, was bereits auf einen minimalen, aber doch spürbaren Verschleiß nach 18 Monaten Regierungszeit hinweist. Die Gründe für den Erfolg von ARENA: diese Partei verfügt über einen effizienten Apparat, eine gut funktionierende Wahlmaschine und nahezu unbegrenzte Geldmittel. Sie kontrolliert auch drei von vier Fernsehsendern und viele Radiostationen, verbunden mit den gigantischen Geldsummen ....

... klar, ARENA hat mehr Einfluß und Geld, aber ist das alles?

Das Problem liegt tiefer: Der Krieg hat auch viel Verzweiflung hervorgebracht. Die Menschen wollen Sicherheit, sie suchen konkrete und umsetzbare Lösungen für ihre Probleme. ARENA ist nicht mehr die Partei von 1982. Sie verbreitet heute ein anderes Bild von sich, mit schönen populistischen aber dennoch rechten Reden, mit einem versteckten D'Aubuisson und mit einem Unternehmer-Präsidenten Cristiani, der sich moderat gibt. Und mit Vorschlägen zur Lösung der Probleme des Landes, die, ob wir nun damit einverstanden sind oder nicht, gut ausgearbeitet sind. Dazu kommt das weitverbreitete Bedürfnis nach Sicherheit, nach konservativen Positionen, die selbst Ergebnis der Unsicherheit infolge des Krieges sind. Es gibt auch eine erzkonservative kulturelle Tradition in unserem Land, so daß einfach 450.000 bis 500.000 Leute für den Faschismus stimmen.

Das leuchtet mir schon ein, was Sie sagen. Aber letztlich begründen Sie das Wahlverhalten sehr stark mit ideologischen Dispositionen der Menschen. Gut, sicher gibt es die, wie verbreitet, sei nun erst ein mal dahingestellt. Aber diese Ideologie tritt doch in Widerspruch mit der alltäglich konkret erfahrbaren Realität, daß ARENA für Preiserhöhungen verantwortlich ist, die Arbeitslosigkeit immens hoch ist etc.

Was eine große Rolle spielt, ist die technisch perfekte Art des ARENA-Wahlkampfes, die schönen Schlager, die kleinen Geschenke. Auf der anderen Seite sind die Auswirkungen der neo-liberalen Wirtschaftspolitik noch nicht massiv zu spüren. Die Arbeitslosigkeit, die Preiserhöhungen, die hohen Lebenshaltungskosten, all das sind Folgen christdemokratischer Wirtschaftspolitik. ARENA bittet die Wähler noch um etwas Geduld, schließlich sei sie erst gut ein Jahr an der Regierung, also etwas Geduld, den Gürtel noch etwas enger schnallen, denn bald meistern wir die Krise, das ist die Propaganda von ARENA. Wenn nicht der Krieg wäre und die korrupten Christdemokraten, hätte sie es längst schon geschafft, behauptet die Regierung.

Einverstanden, aber es gab ja auch andere Wahloptionen.

Die Christdemokratie steht für Unfähigkeit und Korruption. Die FMLN, oder wenn Sie so wollen, die Linke schafft es nicht, konkrete, umsetzbare Vorschläge zu präsentieren. Die Linke stellt sich weder als reale Siegesoption dar, noch wird sie so empfunden. Das macht ARENA für die nichtorganisierte Masse des Volkes interessant.

Dennoch, nach zehn Jahren bewaffnetem Kampf sind 43% der abgegebenen gültigen Stimmen für ARENA schon eine Menge.

450.000 bis 500.000 stimmen für ARENA. Aber mehr als eine Million Bürger gingen gar nicht zu den Wahlen. 2,2 Mio waren in Wahllisten eingeschrieben, etwa 1 Million wählte und davon bekam ARENA rund die Hälfte. Hier ist der Trick. ARENA gelang es, die übrigen vom Wählen abzuhalten, indem sie Registriernummern vertauschte, Namen verwechselte etc. In dem entstandenen Durcheinander konnten in Morazon 75% der Abstimmungswilligen nicht wählen, in Chalatenango waren es 60% und in San Salvador 25%. Damit stieg das Gewicht der ARENA-Anhängerschaft.

Ihre Wahlkoalition, die Demokratische Konvergenz, sprach ebenso von einem Wahlbetrug, wie die KP-nahe UDN. Aber mir scheint es so, daß nicht der unmittelbare "technische" Wahlbetrug das größte Problem war, sondern die repressiven Umstände und das undemokratische Wahlgesetz.

In El Salvador haben Wahlen drei Dimensionen: Zunächst einmal alles, was mit den politischen Aktivitäten vor dem Urnengang zusammenhängt. Sie haben Drohungen, Repression und Propagandakampagnen der Armee, welche die Demokratische Konvergenz mit der FMLN in einen Topf werfen. Deshalb hatten wir Schwierigkeiten Kandidaten und Wahlbeobachter zu finden. Denn wer will schon von der Armee als Terrorist angesehen werden? Dies verhinderte den Aufbau einer effizienten Organisation. Die Armee und die Rechte machen sich in dieser Phase ein psychologisches Problem der Massen zunutze, die Angst, die Produkt des jahrelangen Terrors ist. Heute reicht es, einen zu entführen, oder einen anderen zu ermorden, um diese instinktive Angst hervorzurufen.

Wie paßt das damit zusammen, daß ja die FMLN sich auch halten kann. Das heißt, daß sie große logistische Netze mit einer Menge Unterstützender knüpfen muß. Warum treten diese Leute, die im geheimen sogar die Guerilla unterstützen, nicht für die legale Demokratische Konvergenz ein?

Der Terror von zehn, elf Jahren verhindert, daß sich die Menschen an öffentlichen und legalen politischen Aktivitäten beteiligen. Es reicht, wenn heute jemand sagt, ich habe in der Kaserne gehört, daß sie drohend über deine Aktivitäten für die Demokratische Konvergenz geredet haben. Die Frau des Betroffenen packt diesen sofort beim Hemd, sagt, halt dich da heraus und kümmere dich um die Arbeit und deine Kinder, wir haben schon genug Probleme. Warum macht die FMLN-Basis nicht mit? Weil es leichter ist, weil es sogar sehr viel leichter ist, bei der FMLN zu sein, als bei der Demokratischen Konvergenz.

Warum?

Weil die FMLN sich nicht zu erkennen gibt, weil sie im Geheimen arbeitet. Während ich meinen Namen beim zentralen Wahlrat angeben und meine Propaganda offen betreiben muß.

Für die Opposition ist ja die Wahlpropaganda auch sonst ein sehr schwieriges Geschäft. Die Medien sind in Händen der Ultrarechten ...

In der ersten Phase der Wahlvorbereitung liegt der Schwindel darin, daß die Oppositionsparteien im Vergleich zu ARENA viel schlechtere Ausgangsbedingungen haben. Während ARENA alles hat, hat die Opposition nichts. Von den vier TV-Kanälen des Landes gehören drei einer einzigen Person. Derselbe Herr kontrolliert 35% der Radiosender und 30% der Presse. Zwei Zeitungsgruppen, die in Händen von zwei Familien liegen, kontrollieren 98% der Auflage. Die veröffentlichte Meinung ist also in Händen von nur drei Familien, alle drei führende ARENA-Mitglieder. Wie wollen Sie da konkurrieren?

Wir sind etwas abgeschweift, kommen wir nach der Wahlvorbereitung nun zur zweiten Dimension der Wahlen.

Die zweite Dimension, der Wahltag selbst. Sie müssen 7000 Wahlurnen von drei Uhr morgens bis acht Uhr abends permanent kontrollieren und sich dabei offen als Parteimitglied zu erkennen geben. Im eigenen Dorf, wo sie am folgenden Tag weiter leben wollen, wenn die freundlichen internationalen Wahlbeobachter längst

wieder weg sind. Die Angst, daß die politische Aktivität gefährliche Folgen hat, macht es schwierig, den notwendigen Apparat aufzubauen, um die Wahlstimmen in die Scheuer zu fahren.

Und der dritte Aspekt?

Die Überprüfung der Stimmauszählung. Dabei ist wiederum die vorherige Kontrolle entscheidend. Wenn ich die nicht organisieren konnte, kann ich auch meinen Stimmanteil nicht verteidigen. Nur ARENA hatte überall Wahlbeobachter.

Warum hat die Demokratische Konvergenz dann nicht die Annullierung der Wahlen gefordert?

Weil wir die Ziele erreichten, die wir uns für diese Wahlen gesteckt hatten. Wir sind pragmatisch: Wir wollten die drittstärkste Kraft werden und einige Abgeordnete haben, um das Parlament als Bühne für den Frieden benutzen zu können. Wir wollten unsere Organisation ausdehnen und unsere Anhänger im Wahlkampf trainieren, um uns auf 1994 vorzubereiten, um dann dem Kampf um die Macht wirklich gewachsen zu sein. Das haben wir erreicht. Und Vorsicht: wir haben den Betrug angeprangert, wo er anzuprangern war, aber ARENA gewann die Wahlen. Vielleicht hätten wir unter günstigeren Bedingungen nicht 12%, sondern 15% oder 18% bekommen können. Wir haben aber nicht mehr Stimmen erzielt, weil wir eine Linke sind, die noch keine wirkliche Machtoption ist.

Darauf wollte ich hinaus. Das Problem war also im Kern nicht ein technischer Wahlbetrug, sondern die gesamte undemokratische Struktur des politischen Systems.

Ganz richtig. Wobei wir uns vor dem Hintergrund eines militärischen Kräftegleichgewichts in unserem außerordentlich komplizierten politischen Prozeß dazu entschieden haben, alle politischen Instrumente zu nutzen.

Begünstigt das Wahlergebnis den Verhandlungsprozeß oder bremst es ihn eher, weil ARENA mit der alten Militärpartei PCN eine Mehrheitskoalition bilden kann?

ARENA hat keine entscheidende Mehrheit, denn dazu bräuchte sie eine 2/3-Mehrheit. Darüberhinaus ist diese Satellitenpartei PCN eine Partei von Einzelpersonen ohne jedes Programm. Bei uns heißt es: mit der PCN macht derjenige ein schlechtes Geschäft, der als erster bezahlt. Alle ihre Abgeordneten haben einen Preis. Dieser Preis ist nicht notwendigerweise in Geld zu bezahlen. In einem Land, das sich im Krieg befindet, gibt es auch andere Möglichkeiten. Im Parlament drückt sich heute ebenso ein Machtgleichgewicht aus, wie es auch auf dem militärischen Gebiet da ist. Noch etwas: In El Salvador werden die Stimmen nicht gezählt, sondern gewogen. Hinter der Demokratischen Konvergenz steht die organisierte Volksbewegung.

Die Bündnispolitik

Ihre Partei, die sozialchristliche MPSC gehörte seit 1980 der FDR an, die mit der FMLN eine "strategische Allianz" einging, wie ihr Bündnis von beiden Seiten definiert wurde. Gilt das immer noch?

Unser Verhältnis zur FMLN hat strategischen Charakter. Wenn wir, was unser Ziel ist, den Frieden mit Hilfe von Verhandlungen erreichen wollen, dann ist dies ohne die FMLN nicht möglich. Die FMLN hin zu einer verhandlungsbereiten, praktikablen Position zu bewegen, kann niemand besser als wir. Denn wir waren die politischen Verbündeten der FMLN, wenn wir auch mit anderen Methoden kämpften, und wir hatten ein gemeinsames Programm, was auf einer Verhandlungslösung basierte. Wir halten diese Allianz aufrecht. Die Bedingungen im Land haben sich geändert. Die Parteien der Demokratischen Konvergenz kamen 1988 ins Land zurück und nahmen jetzt erfolgreich an Wahlen teil. Damit änderte sich auch das Verhältnis zur FMLN. Aber all das kann zusammenfließen, um den Frieden und eine wirkliche Demokratie zu erkämpfen.

Die Demokratische Konvergenz hat in einer weiterhin engen Zusammenarbeit mit der FMLN die Funktion dort "pragmatische" Positionen zu stärken, die FMLN zu bremsen?

Wir bremsen nicht, sondern beschleunigen. Denn wir können die Krise des Landes nur mit Hilfe von Verhandlungen lösen. Wir beschleunigen den Verhandlungsprozeß. Wir tragen dazu bei, daß die FMLN die nötigen Spielräume bekommt, um sich in eine politische Bewegung transformieren zu können. Wir bezogen auch andere Parteien und sogar Teile der Armee, warum soll man es verheimlichen, mit in den Verhandlungsprozeß ein.

Vielleicht ist das Wort "bremsen" mißverständlich. Ich will wissen, ob Sie die FMLN dazu bewegen wollen "weichere" Positionen einzunehmen.

Wir tragen dazu bei, daß die FMLN realistischere Positionen einnimmt. Es gibt drei sehr verschiedene Welten, die für unseren Prozeß wichtig sind: die internationale Arbeit, die konfliktiven Zonen und die großen Städte, vor allem San Salvador. Diese Welten sind jeweils sehr verschieden und jemand, der in einer Kriegszone lebt, hat ein verzerrtes Bild von San Salvador und der internationalen Arbeit. Die in der Hauptstadt Aktiven haben ein verzerrtes Bild von den Konfliktzonen usw. Unsere Präsenz im Land trägt mit dazu bei, Licht in diese dunkle Seite "Stadt" zu bringen. Wir müssen alle gemeinsam dazu beitragen, herauszufinden, was wirklich die Realität des Landes ist.

Die FMLN, die Demokratische Konvergenz und die Massenbewegung sind jeweils spezifische Formen eines gemeinsamen Projektes, dessen politischen Rahmen diese zusammen definieren?

Eines volksnahen Projekts (projecto popular), das uns erlaubt gegenüber demokratischen und patriotischen Sektoren bei Unternehmern und in der Armee, die vielleicht ideologisch gesehen weniger fortschrittliche Positionen einnehmen, eine Bündnispolitik zu entfalten. Dieses Projekt ermöglicht auch, daß die Linke ihre Vorstellungen an der Realität prüft und sich nicht nur an Schreibtischen Modelle ausdenkt. Nur so können wir aus der gegenwärtigen katastrophischen gegenseitigen Blockade der politischen Kräfte herauskommen.

Warum ist die KP-nahe UDN nicht Teil der Demokratischen Konvergenz, die ja ein Bündnis aus drei Parteien ist, der sozialdemokratischen MNR, der Minigruppe PSD und der sozialchristlichen MPSC?

Die Demokratische Konvergenz wurde als Wahlliste von den Parteien, welche die FDR bildeten und einer kleinen sozialdemokratischen Partei gebildet, die im Landesinnern war. Wir wollten eine programmatische Plattform einer demokratischen Linken und ein entsprechendes Instrument aufbauen. Das sollte uns ermöglichen, uns wieder in das politische Leben im Land selbst einzumischen und dort Parteien aufzubauen. Die UDN ist historisch eine Partei, welche der legale Ausdruck der Kommunistischen Partei ist. Das weiß in El Salvador jedes Kind. Aus einer strikt taktischen Sicht der Dinge, das hat nichts mit Ideologie zu tun, konnte man mit der UDN sehr wohl dann Wahlallianzen suchen, wenn es um alles oder nichts geht, beispielsweise bei Bürgermeisterämtern. Aber bei Parlamentswahlen, wo die erzielten Stimmenprozente wichtig sind, hielten wir es für nützlich, getrennt anzutreten. Hierbei handelt es sich um eine rein taktische Angelegenheit, die nur etwas mit den Wahlen zu tun hat.

Also wollten Sie, die Demokratische Konvergenz, nicht, daß die UDN Teil ihrer Wahlliste werden konnte?

Das stimmt, wir wollten es nicht. Sie wollten es. Wir sagten, daß wir mit der UDN spezifische Wahlallianzen bilden sollten mit gemeinsamen Kandidaten an einigen Orten, getrennten an anderen und mit gemeinsamen Wahlaktivitäten. Aber sie zum organischen Teil der Demokratischen Konvergenz zu machen hätte bedeutet, die Companeros der Kommunistischen Partei, die Teil der FMLN ist, mit aufzunehmen. Das hätte einen hohen politischen Preis gefordert und bei den Wahlen nichts gebracht. Wir reden hier nur über die Wahlen, das muß klar sein.

Aber es kam ja zu keiner gemeinsamen Aktion von Demokratischer Konvergenz und UDN. In San Salvador hatte die Opposition vier Bürgermeisterkandidaten, während die Ultrarechte einen, den ARENA-Mann Calderon Sol, aufbot.

Es stimmt. Dort kam es zu Fehlern, die auf mangelnde Erfahrung mit Wahlkämpfen zurückzuführen sind. So gab es rechtliche Probleme bei der Einschreibung der Wahllisten, was eine einheitliche Liste verhinderte. Wo es ein weiteres Problem gab, war einen Kandidaten zu finden. So wollte die Christdemokratie keinen gemeinsamen Kandidaten aufstellen. Wir mußten getrennt antreten und den politischen Preis dafür bezahlen.

Ich bin mit dieser rein "technischen" und wahlmathematischen Anwort nicht sehr zufrieden, was die Probleme zwischen UDN und Demokratischer Konvergenz betrifft. Es mag zwar alles zutreffen, was Sie sagen, aber es hilft uns nicht, die zugrundeliegenden politischen Probleme herauszuarbeiten. Das Antreten in getrennten Listen verwirrt die Menschen, vor allem die unorganisierten. Wenn also aus technischen Gründen eine gemeinsame Liste nicht möglich war, warum hat dann die UDN ihre Kandidatur nicht fallenlassen?

Warum die UDN die Kandidatur nicht zurückzog, müssen Sie diese selbst fragen. In unserem Fall ist es so, daß wir viele Stimmen in denjenigen Gemeinden verloren, in denen wir keinen Bürgermeisterkandidaten aufstellten. Die Frage der Wahlallianzen muß von der Frage möglicher ideologischer Differenzen und der Bündnispolitik getrennt diskutiert werden. Was die Wahlallianzen betrifft, müssen die politisch-strategischen und taktischen Dinge vorher zwischen den verschiedenen Kräfte gelöst sein und nicht erst im Moment der Aufstellung der Liste.

Um es auf den Punkt zu bringen: Für mich war es ein Fehler der UDN und nicht der Demokratischen Konvergenz zu kandidieren. Denn es war vorher klar, daß die UDN wenige Stimmen bekommen würde. Wozu sollte das gut sein? Da kann ich keinen Nutzen für den revolutionären Prozeß sehen.

Die UDN hat diese Wahl so verstanden, wie wir die Präsidentschaftswahl von 1989 sahen, das heißt, sie haben sie als eine Probe für ihre Leute verstanden. Schließlich haben sie seit 1977 nicht mehr an Wahlen teilgenommen. Sie werden sich schon vorher über die politischen Kosten Gedanken gemacht haben. Die UDN hat einen Abgeordneten, das ist nicht schlecht. Ihre Präsenz im Parlament verbreitert auch das Spektrum der politischen Kräfte.

Ich sehe die Sache aus einer revolutionären Gesamtperspektive. Da kann ich für die Kandidatur der UDN keine logische Begründung entdecken. Eine logische Begründung ergibt sich nur, wenn ich von einer partikularistischen Logik einer spezifischen Strömung, der Kommunistischen Partei, ausgehe. Aber den politischen Schaden hat die ganze Volksbewegung!

Das stimmt. Aber ich meine, das die entstandene Verwirrung die Wahlergebnisse nicht substantiell beeinflußt hat. Aber es ist eine wichtige Lehre für 1994. Es wurde klar, daß die Linke geeint antreten muß.

Mir sind Hinweise bekannt, daß die FMLN als Bündnis die Demokratische Konvergenz unterstützte und nicht die UDN. Warum?

(Lacht) Gut, es ist interessant, was Du sagst. Die Position der FMLN war, daß sie keine Wahlempfehlung abgeben wollte, wenn die Wahlen nun schon einmal stattfinden. Sie überließen die Entscheidung den ihnen nahestehenden, oder von ihnen beeinflußten sozialen Organisationen, ihrer Basis und sogar ihren regionalen Kriegsfronten. Es ist interessant, daß sie je nach Ort verschieden abstimmten. Auch ihre Entscheidungen sind jeweils pragmatisch begründet, ob der Kandidat gut ist oder das Bürgermeisteramt ihren lokalen Interessen dient oder nicht. Die sozialen Bewegungen, die Mehrheit des Gewerkschaftsdachverbandes UNTS machte es öffentlich, sprachen sich für die Demokratische Konvergenz aus.

Welche Gründe gab es dafür?

Ich denke, daß dies zeigt, daß wir Fortschritte dabei machen, dem volksnahen politischen Projekt (projecto popular) ein Instrument zu verschaffen, um seinen politischen Willen auszudrücken. Die Demokratische Konvergenz kann es schon sein oder kann wenigstens ein Teil davon sein.

Aber das ist doch ein interessanter Punkt. Die UDN präsentierte sich selbst nicht als eine, sondern als die linke Alternative des Volkes.

Nun gut, das sind die klassischen Formen der lateinamerikanischen Linken, die Art von Fehlern ...

Eines bestimmten Teils der lateinamerikanischen Linken, der prosowjetischen Kommunistischen Parteien ...

Wir sehen es so, daß es ein Fehler der Companeros der Kommunistischen Partei ist. Aber sie sehen es wahrscheinlich anders. Es war ein Risiko, sich als die einzige Kraft der Linken darzustellen, was nicht zutraf. Darüberhinaus war es ein Fehler, sich als Wahlpartei der FMLN zur Wahl zu stellen.

Aber die UDN war ja nicht die Wahlpartei der FMLN. In einer Versammlung in Managua wies die FMLN dies als Bündnis ja zurück!

Klar, nicht nur nicht die Wahlpartei der FMLN zu sein und trotzdem in der Propaganda so zu tun, als ob es so wäre, war aus der Sicht des Wahlkampfes darüberhinaus ein weiterer Fehler. Das Wahlergebnis beweist das. Die UDN gab sehr viel Geld aus, machte einen exzellenten Medienwahlkampf. Das verführte sie vielleicht dazu, ihrer eigenen Propaganda Glauben zu schenken.

Wie sehen sie in Zukunft das Verhältnis zwischen der Demokratischen Konvergenz und den politisch-militärischen Organisationen, die heute die FMLN bilden. Vor allem, wenn diese beginnen, sich in das legale politische Leben des Landes einzugliedern.

In den nächsten drei Jahren haben wir die Aufgabe ein politisches Instrument zu schaffen, das für das volksnahe Projekt brauchbar ist und die Zustimmung der Massen findet. Das kann die Demokratische Konvergenz sein. Vielleicht sieht es in drei Monaten schon ganz anders aus, denn ich rede von einem Instrument, von einer taktischen Sache, die ich heute benutze und morgen nicht mehr. Was die FMLN betrifft darf man nicht vergessen, daß es sich dabei nicht um eine, sondern um fünf politische Parteien handelt, die unter Waffen stehen. Jede einzelne Partei wird Beschlüsse fassen, ob sie ein eigenes Instrument gründen und dann in die Demokratische Konvergenz einbringen, ob sie gleich in die Demokratische Konvergenz eintreten. Vor dem Hintergrund der Wahlen 1994 mit der realen Option einer demokratischen Machtübernahme müssen alle diese Optionen diskutiert werden. Logisch wäre es, daß wir alle zusammen in einer sehr breiten Front antreten, die sich Demokratische Konvergenz nennen kann oder auch nicht.

Vielen Dank für das Gespräch.

19. El Salvador: Die Vereinbarungen von Mexiko

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:32

Nachdem am 27. April in Mexiko ein Abkommen über Verfassungsreformen unterzeichnet werden konnte, begann am 24. Mai in Caracas (Venezuela) eine weitere Verhandlungsrunde zwischen der Befreiungsbewegung "Farabundo Marti" (FMLN) und der ultrarechten Regierung El Salvadors. Die Themen: weitere Verfassungsreformen, Armeereform und Waffenstillstand. Wir stellen die Vereinbarungen von Mexiko vor, skizzieren die weiter umstrittenen Fragen und sprachen mit Jorge Villacorta (Demokratische Konvergenz), einem führenden Oppositionspolitiker.

Nach 24 Tagen nahezu ununterbrochener Gespräche einigten sich FMLN und ARENA-Regierung in Mexiko auf ein Paket von Verfassungsreformen, welche die Unterordnung der Militärs unter zivile Führung, Justiz- und Wahlrechtsreformen und die Einsetzung einer dreiköpfigen "Wahrheitskommission" (comision de verdad) unter UNO-Aufsicht beinhalten. Entgegen erster Zeitungsmeldungen konnte außer allgemeinen Aussagen hinsichtlich der Rolle der Armee noch kein konkretes abschließendes Abkommen zu diesem Punkt getroffen werden. Genauso wenig gelang die Einigung beim Tagesordnungspunkt "Waffenstillstand". Diese beiden Themen stehen nun bei dem Treffen in Caracas im Mittelpunkt. Dazu kommen Nachverhandlungen zu Fragen der Verfassungsreform, denn in Mexiko wurden erst "Teilabkommen, die das Thema noch nicht abschließend behandeln", erzielt - so die Präambel des unterzeichneten Textes.

Der Vertragsinhalt

Das verabschiedete Dokument legt Verfassungsreformen zu den Punkten Armee, Justizwesen und Menschenrechte und Wahlsystem fest. Außerdem wird die Einrichtung einer Wahrheitskommission, eine Abschlußerklärung und eine spezielle Erklärung der FMLN festgehalten.

Zur Armee heißt es, daß Verfassungsreformen mit dem Ziel durchgeführt werden sollen, "die Unterordnung der Armee unter die zivile Macht möglichst deutlich zu definieren". Eine "zivile Nationalpolizei zur Sicherung des Friedens, der Ruhe und der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in der Stadt und auf dem Land" muß neu aufgebaut werden. Diese zivile Nationalpolizei hat ausdrücklich unabhängig von der Armee sein. Man legte die Bildung eines vom Militär unabhängigen und direkt dem Präsidenten unterstellten Geheimdienstes und die Beschränkung des Aktionsradius der Militärjustiz fest. Weitere Themen wie Zwangsrekrutierung, paramilitärische Kräfte, innere Strukturen der Streitkräfte, Entmilitarisierung der Gesellschaft etc. wurden auf die jetzt in Caracas stattfindende Gesprächsrunde vertagt.

Justizwesen und Menschenrechte: Der oberste Gerichtshof muß neu organisiert werden, wobei die Wahl der obersten Richter einer 2/3-Mehrheit im Parlament bedarf. Der Justizetat ist auf jährlich mindestens 6% des Staatshaushalts festgelegt. Ein "Nationaler Anwalt für die Menschenrechte" wird mit 2/3-Mehrheit vom Parlament berufen, der für die strafrechtliche Verfolgung von Vergehen in diesem Bereich verantwortlich ist. Die Ausbildung von Juristen soll verbessert und die Unabhängigkeit der Judikative von anderen staatlichen Organen gewährleistet werden. Über die Reform des Justizwesens wird weiter verhandelt.

Zum Wahlsystem: Der amtierende, von der ultrarechten ARENA kontrollierte zentrale Wahlrat wird von einem neugeschaffenen höchsten Wahltribunal abgelöst, in dem alle Parteien präsent sind. Die legalen Parteien haben das Recht, die Wahlregister zu kontrollieren. Über eine umfassende Reform des Wahlsystems wird weiter verhandelt.

Wahrheitskommission: Es wurde die Bildung einer dreiköpfigen Untersuchungskommission vereinbart, welche vom Generalsekretär der UNO bestimmt wird. Diese Arbeitsgruppe soll inerhalb eines halben Jahres Informationen über die seit 1980 begangenen Menschenrechtsverletzungen sammeln, Zeugen anhören und dazu alle Orte des Landes ohne vorherige Ankündigung inspizieren können, welche sie für notwendig hält. Die Wahrheitskommission hat keine juristischen Aufgabe sondern eine politische Funktion: Sie soll dem UNO-Generalsekretär einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen vorlegen, den dieser veröffentlichen wird. Beide Seiten verpflichten sich, der Wahrheitskommission gegenüber zu Kooperation und sagen zu, deren Empfehlungen Folge zu leisten. Nach Übergabe des Untersuchungsberichtes wird diese Kommission wieder aufgelöst.

In einer Schlußerklärung verpflichten sich beide Seiten "alles Notwendige zur Erfüllung der Vereinbarungen zu unternehmen" und "die Verhandlungen konzentriert fortzusetzen, in der Art und Weise, wie dies in der Tagesordnung von Caracas vereinbart wurde. Das heißt, daß politische Vereinbarungen über die Armee und die notwendigen Abkommen für einen Waffenstillstand unter Aufsicht der UNO Priorität haben."

In einer gesonderten Erklärung der FMLN dokumentiert diese ihren Dissens bezüglich einiger Aspekte des Gesprächsverlaufs. Dort heißt es: "Die FMLN bleibt bei ihrer Meinung, daß der Artikel 211 in dem Punkt, in dem die Armee als "ständige Einrichtung definiert wird, nicht ihrer Position entspricht; außerdem hält sie weitere Verfassungsreformen für notwendig, darunter die Entmilitarisierung, Änderungen des Artikels 105, der die Eigentumsrechte an Land regelt, die Schaffung von Möglichkeiten für Verfassungsreformen, das heißt eine Reform des Artikels 248, sowie die Schaffung anderer Möglichkeiten wie die Volksbefragung. In all diesen Punkten erhält die FMLN ihre Position aufrecht."

Bedeutung der Vereinbarungen von Mexiko

Das Abkommen vom 27. April dokumentiert einmal mehr die Bereitschaft der Befreiungsbewegung, sehr weitgehende Zugeständnisse einzugehen (siehe dazu: ak 330, S. 24f): Sie stimmte beispielsweise der Weiterexistenz eines Geheimdienstes und einer zivilen Polizei zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu. Sie konnte sich bisher weder in der Frage der Agrarreform (Art 105) noch in der Frage der völligen Entmilitarisierung des Landes durchsetzen. In der Festschreibung von formaldemokratischen Standards, die in bürgerlich-demokratischen Staaten üblich sind, wie unabhängige Wahlbehörden, zuverlässige Wahlregister und eines Justizsystems, das nicht dem unmittelbaren Einfluß von Mehrheitsparteien unterliegt, konnte die FMLN die größten Fortschritte erzielen.

Bei einer kritischen Betrachtung sollte nicht übersehen werden, daß diese formal-demokratischen Essentials moderner bürgerlicher Staaten bisher in El Salvador nie eingehalten wurden. Auch in anderen Staaten Lateinamerikas, die heutzutage von gewählten Präsidenten und Parlamenten regiert werden, ist die Einhaltung von Vereinbarungen, wie sie die FMLN unterzeichnet hat, die absolute Ausnahme. Es ist letztlich von entscheidender Bedeutung, ob die auf dem Papier errungenen Zugeständnisse auch konkrete gesellschaftliche Realität werden. So redet zwar in El Salvador mittlerweile auch die Ultrarechte von nationaler Versöhnung, deutet Zugeständnisbereitschaft an etc. Deren Taten sehen jedoch ganz anders aus. So wurde im Februar beispielsweise die einzige oppositionelle Tageszeitung, "Diario Latino", nach einem Brandanschlag verwüstet. Isaac Martinez, ein führender Oppositionspolitiker der Demokratischen Konvergenz wurde am 15. Mai ermordet und die Führungsspitze dieses linkssozialdemokratischen Parteienbündnisses wird ständig bedroht. Es muß sich erst noch erweisen, ob diese Gewalttätigkeit der Rechten eingedämmt werden kann.

Innerhalb ihres Konzeptes einer "demokratischen Revolution" sind diese Vereinbarungen durchaus nützlich. Es muß sich jetzt jedoch zeigen, ob die entscheidende zugrundeliegende Prämisse des Konzepts, die Entmilitarisierung der Gesellschaft, heißt die politische Ausschaltung der Armee - der historischen Peiniger der sich organisierenden Bevölkerungsmehrheiten - einzuleiten ist. Bei den anderen Tagesordnungspunkten ist zu erwarten, daß die Befreiungsbewegung weitere Zugeständnisse von der ARENA-Regierung erzielen kann. Die Einsetzung einer Wahrheitskommission ist dabei für die revolutionäre Bewegung als wichtiger Teilsieg zu bewerten. Sie verhindert das in Südamerika praktizierte "Vergeben und Vergessen" der Greueltaten der Armee. Die südamerikanischen Gorillas kontrollieren die Armeen weiterhin, während sich ihre alten und neuen Gegner ihres Lebens nicht besonders sicher sein können. In jüngster Zeit berichten Menschenrechtsorganisationen aus Argentinien und Brasilien über eine erneute Zunahme von gewalttätigen Übergriffen gegen Oppositionelle.

Aber auch die Guerilla, beziehungsweise einzelne Organisationen, werden die Verantwortung für ungerechtfertigte Übergriffe zu übernehmen haben. Da es sich bei den Vergehen der Guerilla jedoch um vereinzelt aufgetretene Randphänomene im Unterschied zu den massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen durch die Armee handelte, ist zu erwarten, daß der Untersuchungsbericht im Gesamtergebnis das Ansehen der Streitkräfte schwer erschüttern wird.

Es ist bemerkenswert, daß das bis Ende April amtierende Parlament El Salvadors, in dem ARENA über die absolute Mehrheit verfügte, die Verhandlungsergebnisse von Mexiko am letzten Sitzungstag einstimmig absegnete. Präsident Cristiani ist es offenbar gelungen, die Hardliner in seiner Partei soweit unter Kontrolle zu

behalten, daß sie ihre Ablehnung der Zugeständnisse an die FMLN nicht in der Parlamentsabstimmung zu äußern wagten. Gleichzeitig mit der Zustimmung zum Verhandlungspaket beschloß das Parlament auch die Wiedereinführung der Todesstrafe. Dies ist wohl als Zugeständnis an den Todesschwadronenflügel der ARENA zu bewerten. Bemerkenswert war die Tatsache, daß der Dialogbefürworter Calderon Sol, ARENA-Bürgermeister von San Salvador, besonders vehement für die Todesstrafe focht. Um Rechtsgültigkeit zu erlangen, müssen nun diese Vereinbarungen noch vom neuen Parlament ratifiziert werden, in dem ARENA (39 Sitze) mit der alten Militärpartei PCN (9 Sitze) weiterhin die Mehrheit der 84 Abgeordneten stellt.

Die 15 Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates beschlossen am 21. Mai einstimmig, eine UNO-Beobachter-Kommission (ONUSAL) für zwölf Monate nach El Salvador zu entsenden, um die Einhaltung der Menschenrechte zu überprüfen. Es ist das erste Mal, daß die UNO Beobachter zur Überwachung der Menschenrechte in ein Land entsendet. Dies war nur aufgrund der Abkommen zwischen Regierung und Guerilla möglich; ansonsten hätte dies als Einmischung in interne Angelegenheiten betrachtet werden können. Wenn in Caracas Vereinbarungen über die Armee und den Waffenstillstand erzielt werden können, hat ONUSAL auch die Aufgabe, die Einhaltung des Waffenstillstandes zu kontrollieren.

Al., Nürnberg

20. RAF-Mitglied ist, wer raf-typisch lebt. Paragraph 129a-Verfahren gegen Holger Deilke

§129a Verfahren gegen Holger Deilke in Hamburg

Rubrik: Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:25

Seit dem 18.4.1991 wird vor dem Oberlandesgericht (OLG) Hamburg gegen Holger Deilke nach §129a verhandelt. Ihm wird vorgeworfen RAF-Mitglied zu sein. Begründet wird das von der Bundesanwaltschaft (BAW) damit, daß Holger - gemeinsam mit Ute Hladki - alle typischen Verhaltensweisen eines RAF-Mitgliedes erfüllt hätte. So soll er mit dem Vorbereiten von nicht näher definierten Terroranschlägen auf "anschlagsrelevante" Personen oder Einrichtungen befaßt gewesen sein, in konspirativen Wohnungen gelebt, KFZ-Dubletten benutzt, gestohlene Ausweispapiere organisiert, und Kontakte zur RAF über tote Briefkästen unterhalten haben.

Offensichtlich mangels Beweisen für strafrechtlich relevante Dinge, soll jetzt mit dem Umkehrschluß aus einem Satz von Eva Haule - "die raf ist, seit es sie gibt, als kollektiv in einer kommandostruktur organisiert und jeder, der sich für den kampf in der raf entschieden hat, ist teil des kollektivs, illegal und bewaffnet." - diese Subsumption abgesichert werden: Weil Holger Deilke illegal lebte und bewaffnet war, muß er auch Teil des Kollektivs gewesen sein.

Holger wurde zusammen mit Ute Hladki Anfang Dezember 1989, kurz nach dem Anschlag der RAF auf Herrhausen, in Husum, Schleswig-Holstein festgenommen. Ihre Festnahme wurde zunächst als großer Fahndungserfolg gefeiert, doch bald mußte die Bundesanwaltschaft (BAW) zugeben, daß die beiden nicht mit dem Anschlag in Verbindung gebracht werden können. Der Prozeß gegen Ute wurde wegen einer Querschnittslähmung, die sie sich während der Haft zuzog, ausgesetzt. Ein neuer Gutachter soll jedoch demnächst neu über ihre Verhandlungsfähigkeit entscheiden. (siehe Kasten) Deshalb darf sie jetzt nicht als Zuschauerin am Prozeß gegen Holger teilnehmen, da offen ist, ob sie als Zeugin geladen wird.

Holger Deilke und Ute Hladki hatten sich 1988 einem Prozeß entzogen, in dem sie zusammen mit Christoph v. Hören wegen "Werbung für eine terroristische Vereinigung" angeklagt werden sollten. "Grund" der Anklage war eine Veranstaltung 1985 in Detmold, in der es um die Situation der politischen Gefangenen, die Forderung nach Zusammenlegung und die Diskussion und Mobilisierung für einen antiimperialistischen Kongress ging, der 1986 in Frankfurt stattfand. Christoph von Hören wurde damals zu 18 Monaten Knast verurteilt.

Holger schreibt heute selber zu der damaligen Situation, daß die Entscheidung, wegzugehen, vor allem mit der Schwäche des Widerstands zu tun hatte, der Kriminalisierungswelle etwas entgegenzusetzen.

"Weil einfach klar war aus unserer momentanen Situation, der des Widerstandes insgesamt, können wir zum Prozeß garnichts durchsetzen. wir hatten uns über das lange faktische Verdrängen des Prozesses selbst der Möglichkeit beraubt, mit einer Arbeit gegen diesen Prozeß an unserer Defensive der Repression gegenüber, was zu verändern, und wir wollten nicht abwarten, bis sie uns holen kommen."

Diese Veranstaltung spielt in dem jetzigen Prozeß nur insofern eine Rolle, als sie, wie viele andere Beispiele aus Holgers politischer Entwicklung, als "Beweis" für seine angebliche Mitgliedschaft in der RAF benutzt werden soll. Genauso seine Teilnahme am Hungerstreik 1984/85 der politischen Gefangenen aus RAF und Widerstand für ihre Zusammenlegung; Holger saß damals wegen der Teilnahme an einer Anti-Nato Demo 1983 in Krefeld im Knast und beteiligte sich mit einem Solidaritätshungerstreik, sein Briefkontakt mit Rolf Heißler (ein Gefangener aus der RAF), sein Kampf für die Zusammenlegung, der Besitz von allgemein zugänglichen Materialien über die Verflechtung von Politik und Wirtschaft in der BRD usw.usf.

Der Prozeß gegen Holger ist ein weiterer Schritt zur Zementierung der "Drei-Ebenen-Theorie" der BAW (1. Ebene: die Guerilla; 2.Ebene: Militante und Widerstand/legal und illegal; 3. Ebene: die Gefangenen). Es geht BAW und Bundeskriminalamt (BKA) darum, jeden legalen oder illegalen radikalen Widerstand zu "Umfeld" oder RAF-Mitgliedschaft zu machen. So wird von § 129a Prozeß zu § 129a Prozeß das "Umfeld" der RAF vergrößert. Immer weniger geht es in diesen Prozessen um konkrete Tatvorwürfe, sondern um "Lebenstatsachen" und "subjektive Beweise".

Auch wenn es wie Asche in unserem Mund ist: Hier werden politische Positionen und Ansichten, die Beschäftigung mit, und der Besitz von Materialien zu "anschlagsrelevanten Themen", das Denken an eine radikale Gesellschaftsveränderung kriminalisiert und jede mögliche Opposition abgeschreckt.

Die RAF wohnt im Hafen

Im Prozeß gegen Holger Deilke ist ein wesentlicher Punkt dieses ewig wieder auftauchenden und zu großen und absurden Medienspektakeln führenden "Die RAF wohnt im Hafen". Unmittelbar nach der Festnahme von Holger und Ute wurde schon die Fahndung nach zwei weiteren Personen ausgerufen: Karl-Heinz Gerum und Corinna Kammermeier. Diese beiden haben zeitweilig im Hafen gewohnt und wurden von der BAW zu RAF-Mitgliedern erklärt, weil sie nicht mehr auffindbar waren.

Die Suche nach diesen beiden war angeblich der Anlaß für die Razzia im Mai 1990, bei der das Landeskriminalamt (LKA) und das BKA alle besetzten Häuser in der Hafenstraße durchsuchten, begleitet von mehreren Hundertschaften Polizei und Bundesgrenzschutz. Die bei dieser Aktion mitgenommenen Stadtpläne waren Auslöser einer Medienkampagne gegen die Hafenstraße, die seitdem - mal stärker, mal weniger stark - anhält. So erschien z.B. im Hamburger Abendblatt, pünktlich zur Eröffnung des Prozesses gegen Holger ein Artikel mit der Überschrift "Der Stadtplan des Terrors" (Hamburger Abendblatt 24.4.91), hier wird die Hafenstraße erneut zum legalen Arm der RAF erklärt.

Es ist noch nicht abzusehen, was für Ermittlungsverfahren und weitere Konstrukte der Prozeß gegen Holger nach sich ziehen soll. Das ist auch davon abhängig, ob es gelingt, politisch etwas dagegen zu entwickeln.

Der Prozeß

"Größter Terror-Prozeß des Jahres" und Angst vor Attentaten: 120 Polizisten, Spürhunde im Strafjustizgebäude. Sicher wie ein Panzerschrank". Wie immer waren die Überschriften in der BILD am 18.4.91 zum Prozeßbeginn gegen Holger Deilke erfindungsreich und blutrünstig. Tatsächlich war der erste Prozeßtag vollgeladen mit Verfahrensfragen.

Die Anwälte stellten einen Antrag auf Aussetzung des Verfahrens, da die Vorbereitungszeit, auch im Vergleich mit anderen 129a Prozessen, nicht im Geringsten ausreichend war. So wurden die insgesamt 39 Aktenordner erst zwölf Wochen vor Prozeßbeginn der Verteidigung zur Verfügung gestellt. Von zehn Verteidigerpostsendungen kam nur eine vollständig bei Holger an. Die Post dauert mindestens 14 Tage. Im Zusammenhang mit diesem Antrag beschrieb Holger selbst nochmal in einer Erklärung seine Sonderhaftbedingungen: Isoliert von anderen politischen Gefangenen, Repression gegen Gefangene, die mit ihm Kontakt aufnehmen, Trennscheibe bei Besuchen, immer wieder Provokationsversuche etc., alles Bedingungen, denen alle politischen Gefangene hier seit Jahren ausgesetzt sind, die der Staat als "Normalität" durchsetzten will.

Der Vorsitzende Richter des OLG, Mentz, macht zur Zeit eher den Eindruck, als wolle er diesen Prozeß möglichst schnell hinter sich bringen (d.h. bis zur Sommerpause, im August). So sind von ca. 50 geladenen Zeugen nach fünf Verhandlungstagen schon 20 verhört. Es ist für den Staatsschutzsenat aber auch nicht unbedingt erforderlich, die Akten zur Hafenstraße jetzt in den Prozeß einzuführen. Dies lässt sich auch bei möglichen folgenden Prozessen machen, ist erst einmal ein "Mitglied einer kämpfenden Einheit" verurteilt.

Im Verfahren werden dann die gesammelten Beweise vor- und eingeführt. Darunter befinden sich dann so überaus interessante und terroristische Utensilien wie Kriminalromane mit dem Titel: Mord ist mein Hobby, oder Bücher wie: Das Imperium der Deutschen Bank, das leztere soll angeblich als Codequelle genutzt worden sein. Es scheint der BAW nicht zu blöde zu sein, aus Hausrezepten verschlüsselte Mitteilungen zu machen. Jedes aufgeschriebene Wort wird zum Action-Roman umgedeutet. Wesentlich relevanter scheint dann doch zu sein, daß die angeblich sichergestellten 32 Schuß Munition verschwunden sind oder daß sich herausstellt, daß das als RAF-typisch unterstellte Verhalten, immer mit entsicherter und schußbereiter Waffe durch die Gegend zu laufen, bei Holger gar nicht zutrifft, da die gefundene Waffe erstens im Auto und zweitens doppelt gesichert verpackt war.

Ein völliger Reinfall war auch der als Zeuge geladene EX-BDI Chef Tyll Necker, der sich gemeldet hatte, weil er aufgrund der Veröffentlichung von Fotos eines Motorrades mit Nummernschild, sich zu erinnern meinte, daß er im November 1989 auf dem Firmengelände eine Frau und einen Mann mit eben diesem Nummernschild

gesehen hatte. Aber ansonsten stimmte nichts. Das Motorrad war ein anderes, erst meinte er Ute erkannt zu haben, was er bei späterer Vorlage von Ganzkörperfotos wieder zurücknahm. Als er im Gerichtssaal Holger Deilke identifizieren sollte, mußte er sogar erst fragen, welcher von den auf der Anklagebank sitzenden Männern Holger sei (dort saßen auch noch Holgers Bewacher), um dann festzustellen, daß es der wohl eher nicht gewesen sei, den er auf dem Firmengelände gesehen hatte. Eigentlich wäre das Grund genug, die Anklage fallen zu lassen.

Erneute Kriminalisierung der Forderung nach Zusammenlegung

Die Zusammenlegungsforderung ist Ausgangspunkt und Endpunkt des Prozesse. Holger ist kriminalisiert worden wegen seines Kampfes für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen. Eine Forderung, die aufgrund der Solidaritätsbewegung mit dem Hungerstreik der Gefangenen 1989 nicht mehr so leicht zu kriminalisieren war. Aber schon seit längerem versuchen BKA und BAW die Menschen, die sich weiterhin für diese Forderung einsetzen, wieder zu kriminalisieren.

Holger hat in seiner Erklärung (siehe Kasten) angekündigt, weitere Aussagen zu machen. Indem er seine eigene Geschichte gegen die Behauptung Widerstand = RAF setzt, widerlegt er auch die Konstrukte der BAW. Es geht um die Entwicklung des Widerstands in den letzten Jahren, darum, seine eigene Geschichte - die eben die von vielen ist - zu vermitteln, und mit uns hier draußen, und mit anderen Gefangenen darüber zu diskutieren, wie es weitergehen kann. Dafür ist die Zusammenlegung Bedingung, sie bleibt das nächste Ziel. Die Zusammenlegung ist Voraussetzung für die Diskussion der politischen Gefangenen untereinander und mit draußen. Und eine an diesem Ziel real orientierte Diskussion mit den Gefangenen und zwischen denen, die weiter dafür kämpfen wollen, ist die Bedingung für die Durchsetzung der Zusammmenlegung in großen Gruppen.

ga.

Prozeßtermine: 4., 7., 12., 13., 19., 21., 26., 27.6. um 9 Uhr; 1. und 3. Juli um 8 Uhr; 5.8. um 13 Uhr.

Anmerkung:

Im Artikel sind einige Absätze aus einem Artikel zum Verfahren gegen Holger Deilke aus der clockwork 129a Nummer 24 - mit freundlicher Genehmigung der Redaktion dieser Zeitung - übernommen. Die clockwork erscheint weiterhin und hat eine neue Bestelladresse: clockwork 129a, Leibnitzstrasse 24, 6500 Mainz 1.

Brief von Ute Hladki:

"Es stimmt, wer nicht kämpft, stirbt auf Raten"

Parallel zur Eröffnung des 129a Verfahrens gegen meinen Genossen Holger startet die Bundesanwaltschaft (BAW) einen neuen Angriff, mit dem Ziel, mir den Prozeß zu machen.

Der Chefarzt der Klinik, in der ich nach meiner Verletzung acht Monate lang behandelt wurde, schrieb für die BAW ein Gutachten, in der er meine Verhandlungsunfähigkeit erklärte.

Ich habe mir im März 90 den zweiten Halswirbel gebrochen und bin seitdem querschnittsgelähnt.

Das eben erwähnte Gutachten wird nun von der BAW angezweifelt - Zitat Generalbundesanwalt: "...angesichts neuer Erkenntnisse über die Belastbarkeit der Beschuldigten Hladki halte ich das anliegende Gutachten für keine tragfähige Grundlage zur Beurteilung ihrer Verhandlungsunfähigkeit..."

Woher sie ihre Erkenntnisse haben, weiß ich noch nicht. Eine Rolle spielt dabei vielleicht ein Brief, den ich Holger geschrieben habe und der vom Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof beschlagnahmt wurde. Darin beschrieb ich, wie mein Alltag aussieht und was ich in der Zwischenzeit gelernt habe. Ich schrieb, was ich in der Krankengymnastik übe, wie z.B. Stehtraining, daß ich lerne, mich alleine zu drehen, von meinen Dehnübungen und alles Mögliche zur Stärkung meiner Muskulatur. Ich habe gelernt, im Schneidersitz zu hocken. Ich schrieb auch, was ich alleine machen kann - ich hab so Schaumstoffgriffe, da können Gabeln und Löffel reingeschoben werden, und damit kann ich kleingeschnittenes Brot aufspießen. Und mit einem Finger Schreibmaschine schreiben.

Ich schilderte, daß ich mich oft an Anti-Kriegs-Demos beteiligt habe, weil das eine Möglichkeit war, meinen Widerspruch zum imperialistischen Krieg auszudrücken. Und daß ich in der Prozeßgruppe Bielefeld mitarbeite.

Das bedeutet, daß sie jeden kleinen Fortschritt von mir nehmen und gegen mich drehen. Es reicht ihnen noch nicht, daß ich durch meine Verletzung einen Großteil meiner Handlungsfähigkeit eingebüßt habe, es geht ihnen darum, jetzt meine totale Kapitulation zu erzwingen.

In der ganzen Medienhetze nach meinem Umzug hier nach Bielefeld wurde das auch deutlich. Wochenlang mußten wir kampagnenmäßig dafür kämpfen, daß ich einen Mietvertrag kriege, gegen den Willen der Sicherheitsbehörden. Kruse (Polizeipräsident aus Bielefeld): "...sicherlich muß eine Frau wie Frau Hladki irgendwo wohnen, aber nicht in einer Szene-WG..."

Das war die Sache mit dem Mietvertrag wie jetzt mit der erneuten Drohung meiner Verurteilung als RAF-Mitglied: Es ist total zugespitzt und ist im kleinen eine richtige Machtfrage - also entweder setzen wir uns durch, die, die hier noch an ein menschenwürdiges Leben glauben, oder der menschenverachtende Apparat.

Es geht darum nicht nur um mich - ihr Ziel ist die völlige Gleichgültigkeit und Apathie der Menschen hier gegenüber staatlichem Terror: Das ist der Boden, den sie brauchen, für das, was sie tun und vorhaben - Aussonderung für welche wie mich oder endlos Knast für welche wie Bernd Rössner, der krank im Knast ist und nicht rauskommt nach 15 Jahren, weil er nicht abschwört.

Als nächstes geht es darum, zu verhindern, daß ich zwangsuntersucht werde von einem Arzt, den die Bundesanwaltschaft bestimmt!!! Es geht weiter um die Aufhebung der Haftbefehle für mich und die Einstellung der Verfahren gegen mich.

Ich rufe alle auf, die sich hier für Menschenrechte gerademachen, meine Forderungen zu unterstützen.

Erklärung von Holger Deilke

Zur Sache

(...) Ich stehe hier vor der Frage, aus dem Unmöglichen das Mögliche zu entwickeln.

Weil es einfach in den seit Zustellung der "Anklage" verbliebenen zwölf Wochen unter diesen Bedingungen ein Ding der Unmöglichkeit war, eine adäquate Prozeßvorbereitung zu entwickeln, nachdem die Bundesanwaltschaft über ein Jahr nicht damit rausgerückt ist, was sie hier eigentlich "anklagen" will und worauf sie das stützen will und höchstens mal Teile der sogenannten Ermittlungen der Staatsschutzpresse (wie z.B. im "Stern") zu entnehmen waren.

Was hier mit mir kriminalisiert wird, das ist ein Teil der Entwicklung der letzten Jahre, die Suche und die Anstrengungen für den Aufbau von Gegenmacht, die den reaktionären Projekten eine Grenze setzen und die eigenen Forderungen durchsetzen kann.

Das meint den Kampf um Zusammenlegung, die verschiedenen Mobilisierungen und Angriffe gegen die Projekte imperialistischer Umstrukturierungen und Kriegsführung -

und das meint natürlich auch die dafür notwendigen Überlegungen und Anstrengungen für eine eigene Struktur im Widerstand, die nicht vom Staatsschutz durchsetzt und kontrollierbar ist, in der und aus der raus eigene Identität und selbstbestimmtes Leben entwickelt werden kann. Also die ganze Bandbreite der antikapitalistischen Entwicklung, von öffentlicher Diskussion um die Fragen und Vorstellungen, dem offenen Kampf um Lebensbedingungen - wie z.B. Hafenstraße - bis hin zur illegalen Organisierung (und die Versuche dafür), die immer ein wesentliches Element revolutionärer Entwicklung ist und sein wird. Und darum werde ich hier auch was zu "Person und Sache" sagen, d.h. zu den letzten Jahren und was ich aus ihnen begriffen habe.

Das läßt sich ja gar nicht trennen, ich und meine Geschichte; es geht um meine Identität, die ohne die Erfahrungen, Entwicklungen, Auseinandersetzungen und Konfrontationen, die vom Widerstand in den letzten Jahren zum Ausdruck kamen, gar nicht zu denken ist.

Es hat für mich - mit unterschiedlicher Produktivität - in den letzten Jahren nichts anderes gegeben, als mich damit auseinanderzusetzen, wie ich mich als Teil der Konfrontation bestimmen kann auf der Seite der Befreiung. Das ist: Sache. Also: ich. Widerstand.

Ich will versuchen, zu der Entwicklung bis jetzt was zu sagen, weil wir die Auseinandersetzung um unsere Geschichte brauchen; sie ist unser Boden, von dem wir ausgehen können und müssen, damit die wichtigen und guten Erfahrungen darin nicht in einer Atmosphäre von Repression und Rückzug zugekippt werden. Um von einer "Politik der Brüche" wegzukommen, die jede Kontinuität und Weiterentwicklung aus den Erfahrungen blockiert.

Es geht um eine Diskussion um Identität - d.h.: Geschichte, Praxis, Vorstellungen - des Widerstandes. Die allerdings erst materielle Bedeutung kriegt, wenn sie aus einem eigenen lebendigen Kampf kommt und dafür bestimmt ist.

Denn das ist es, was der Staatsschutz mit seinen Konstruktionen auch in diesem Prozeß behauptet: daß der Widerstand hier mit ihren Konstrukten nicht unwidersprochen hinnehmen wollen und können.

Der Prozeß kriminalisiert eine vielfältige Entwicklung, in der ich Teil war und als Gefangener auch weiterhin sein will. Es ist also keine individuelle Angelegenheit, auch wenn sich vordergründig viel an meiner "persönlichen

" Geschichte festmacht. Das heißt, daß die Entwicklung der letzten Jahre, besonders die des Widerstandes, und was jetzt daraus entwickelt werden kann und muß, hier ausführlich zur Sprache kommen muß. Das kann ich hier aber - über die Tatsache hinaus, daß die Staatsschutzprozesse eh nicht unser Terrain sind - aus der Isolation, ohne Diskussion mit den Menschen, die die Weiterentwicklung revolutionärer Vorstellung wollen, nicht mit der notwendigen Genauigkeit entwickeln.

21. Heimkehrerkitsch und Kronzeugen. Vor einem Jahr: Festnahmen der "Austeiger" aus der RAF in der DDR

Rubrik: Stasi-Debatte; Haftbedingungen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:42

Vor einem Jahr am 6. Juni 1990 wurde Susanne Albrecht (Susanne Albrecht führt mit ihrer Heirat in der DDR den Namen Becker. Der leichteren Lesbarkeit und Wiedererkennbarkeit der Zusammenhänge wegen benutzen wir den alten Namen. D. Red.) als erste unbewaffnet und ohne Widerstand in ihrer Marzahner Wohnung festgenommen (1). Während Schäuble-Sprecher Bachmeier noch am 8.6.1990 erklärte, es gäbe keine Anhaltspunkte dafür, daß weitere RAF-Mitglieder in der DDR lebten (2), erklärte Diestel gegenüber der BILD: "Alles ist möglich. Auch, daß sich noch versprengte RAF-Gruppen in der DDR aufhalten." (3). Es ging dann auch tatsächlich erst richtig los. Eine Festnahme folgte der nächsten, insgesamt zehn ausgestiegene RAF-Mitglieder wurden festgenommen oder stellten sich freiwillig den DDR-Behörden. Am Ende waren außer Susanne Albrecht auch Henning Beer, Werner Lotze, Silke Meier-Witt, Ekkehard von Seckendorff, Sigrid Sternebeck, Inge Viett, Monika Helbing, Christine Dümlein und Baptist-Ralf Friedrich in verschieden DDR-Knästen gelandet. Das Bundeskriminalamt (BKA) und die Bundesstaatsanwaltschaft (BAW) jubelten die Festnahmen zum größten Schlag gegen den Terrorismus seit Jahren hoch.

Wie es tatsächlich zu dem Auffinden der Gesuchten kam, ist bis heute ungeklärt. Die verbreiteten Versionen gehen von der zufälligen Anzeige einer ehemaligen Nachbarin, die während einer Reise in den Westen Susanne Albrecht auf einem Fahndungsplakat erkannt haben will, oder daß die Ostberliner Behörden eine Überprüfung aller in die DDR übergesiedelten Personen gemacht hätten und dabei zufällig auf Susanne Albrecht gestoßen seien, über die Geschichte, daß ein EX-Stasi-Mitarbeiter sich und Kollegen mit diesen Informationen freikaufen wollte, diese Version favorisiert der Spiegel, der bekanntermaßen über gute Kontakte zu Staatsschutzbehörden verfügt, bis zur Vermutung, daß der BND die ganze Zeit den Aufenthalt der ehemaligen RAF-Mitglieder kannte und den Zeitpunkt zum Zuschlagen günstig war. Eine weitere Möglichkeit könnte die angeschlagene Position Diestels zum damaligen Zeitpunkt sein, hatte er doch kurz vorher vorgeschlagen, Markus Wolf mit der Auflösung der Staatssicherheit zu betreuen und mußte sich daraufhin den Vorwurf gefallen lassen, er decke die Stasiseilschaften. So war es für ihn politisch nützlich, festgenommene Terroristen zu präsentieren, schließlich war ihm damit etwas gelungen, wovon BKAler seit Jahren träumen, die Festnahme einer Top-Terroristin. "Ich werde die teuflische Verbindung zwischen RAF und Stasi aufklären" (4), versprach er nach den ersten Festnahmen großmäulig.

Stasi und RAF

Nun konnte das große Rätselraten und Spekulieren über die Rolle der Stasi bei der Einbürgerung der in die DDR gegangenen Ex-RAF-Mitglieder beginnen. War es nun Wolf, war es Mielke oder war es gar Honecker himself, der die Einbürgerung von in der BRD gesuchten Top-Terroristen veranlaßte und betreute? Was mußten die Betroffenen dafür tun? Lieferten sie Informationen über sensible Punkte in der BRD? "SED-Volkskammerpolitiker: Honecker benutzte die RAF" überschrieb die Süddeutsche Zeitung am 12.6.1990 einen Artikel und schrieb: "Erich Honecker hat nach Ansicht des SPD-Volkskammerabgeordneten Günter Weißeber die Terrorszene in der Bundesrepublik dazu benutzt, ‚um eine erfolgreiche Sozialdemokratie in Deutschland historisch zu verhindern`. Eine spätere konservative Regierung bot in den Augen der Kommunisten eine bessere Gewähr für soziale Spannungen in Westdeutschland."

Da die Festgenommenen die ganzen letzten Jahre immer oben auf den Fahndungslisten standen und bei jedem Anschlag nach Bekanntgaben des BKA entweder als TäterInnen gesehen wurden oder für die Tat in Frage kamen, hatte die Presse ausreichenden Stoff zum Spekulieren, um über die Sommerpause zu kommen. So wurden dann die Bundesbürger mittels Schlagzeilen informiert, weil nichts Substantielles an Information vorhanden war.

So überschrieb die BILD am 8.6.1990 einen Artikel über die Festnahme von Susanne Albrecht 10 Jahre vom Stasi versteckt, die Morgenpost titelte am selben Tag: "RAF-Terroristen im Dienst der Stasi?" - wenigstens noch mit einem Fragezeichen versehen. Die FAZ vom 9.6.1990 schrieb unter der Überschrift: Unter Mielkes

Schutz: "Wenn von ‚Ruheräumen` der RAF-Terroristen die Rede war, wurde bisher die DDR ausgeklammert" und spekuliert munter drauflos, wessen schützende Hand wohl über Susanne Albrecht gelegen habe. Die Morgenpost vom gleichen Datum fragt unter dem Titel Stasi und Terroristin ob die Stasi-Führung zur Destabilisierung der Bundesrepublik die mörderischen Aktivitäten der "Rote Armee Fraktion" (RAF) unterstützt oder gesteuert hat. Die Frankfurter Rundschau begnügt sich am 9.6.1990 erstmal mit Rätselraten über die Rolle der DDR-Stasi. Anläßlich der Verhaftung von Inge Viett läßt sich die Welt über die teuflische Verbindung von RAF und Stasi aus. Es muß aufgeklärt werden, "ob die DDR ‚nur` Ruheraum für die Aussteiger aus der Terrorszene war oder ob sie womöglich auch Rückfallposition mit logistischer und materieller Hilfe bei Anschlägen war." (5).

Die BILD wußte am 15.6.1990 zu berichten: "Stasi beschützte Terroristen auch im Westen". Dabei beruft sie sich auf eine Behauptung von Michael (Bommi) Baumann (Bewegung 2. Juni). Wann und wo er das gesagt haben soll, wird nicht genannt. Im gleichen Artikel wird eine angebliche Aussage von Susanne Albrecht aus ihrer Vernehmung durch die DDR-Behörden gebracht, was die RAF-Stasi Verbindung belegen soll: "1979 hat mir die RAF-Führung vorgeschlagen, in die DDR überzusiedeln. Ich war ein Sicherheitsrisiko für sie. Ein Jahr später habe ich mich in Ost-Berlin mit einem Vertreter der DDR-Regierung getroffen.". Auch die taz hält sich mit reißerischen Überschriften nicht zurückhält: "RAF & Stasi als Einheitsfront?" (15.6.1990). Am 16.5.1990 kam dann die Morgenpost mit der Schlagzeile: "Der Verdacht: Ließ die Stasi die RAF zum Morden in den Westen?" und "... aber wo ist das Ehepaar Meyer" fehlte natürlich auch nicht. Am gleichen Tag schrieb das Hamburger Abendblatt: "Das Kartell des Todes, Schäuble befürchtet Pakt von Ex-Stasi und RAF." Anlaß war die Festnahme vier weiterer EX-Raf-Mitglieder. Und die BILD wußte zu berichten: Honecker schickte uns die RAF und zitierte Lintner, den deutschlandpolitischen Sprecher der CDU/CSU, der die Forderung nach Auslieferung Honeckers an die BRD vorbrachte. Ohne Quellenangaben, unter Berufung auf Aussagen von angeblichen Stasimitarbeitern, wurde dann Anfang 1991 die Schiene der aktiven Unterstützung durch die Stasi behauptet. Damit es glaubwürdiger wird, wurden dann auch verschiedene Personen verschiedenen Aufgaben zugeordnet. So berichtet bespielsweise der Wiesbadener Kurier am 27.3.1991, daß die BAW die Richtigkeit einer Monitorsendung bestätige, in der behauptet wurde, die Stasi hätte Hilfe bei Attentaten geliefert. Er, von Stahl, habe schon Haftbefehle gegen Mielke und Neiber erwirkt. So ließt mensch dann, daß das MfS den Terroristen Hilfe geleistet hätte, beim Anschlag auf Kroesen (1981) und auf Ramstein (1981), daß Klar, Viett, Pohl und Schulz einen mehrwöchigen Lehrgang zum Umgang mit Waffen und Sprengstoff bekommen hätten (1981). Der Kontakt zur Stasi sei erst von Christian Klar und Adelheid Schulz, dann von Ingrid Jakobsmeier und Christa Eckes gehalten worden. Ungefähr mit dem gleichen Tenor ist ein Sternartikel vom 4.4.1991 geschrieben, in dem unter Berufung auf Inge Viett, Ausbildung von aktiven Terroristen in der DDR noch Mitte der 89er geleistet worden sei. Inge Vietts Gegendarstellung zu diesem Sternartikel findet sich einige Wochen später im Stern. Beer bestreitet eine Waffenausbildung durch die Stasi entschieden.

Diese Aufzählung ließe sich beliebig weiterführen. Gemeinsam war bei allen Schlagzeilen und Artikeln, daß alles, aber auch wirklich alles reine Spekulation und Behauptung war. Einerseits wurden Erkenntnisse mit konkreten RAF-Namen geschmückt, andererseits gab es bei diesen ganzen Stasi-RAF-Connection-Behauptungen keine definitive Quelle. Bis heute ist von den AussteigerInnen lediglich bestätigt worden, daß sie von (mutmaßlichen) Mitarbeitern der Stasi mit einer neuen Identität für ein Leben in der DDR versorgt worden seien, eine Bestätigung der perfiden Behauptungen, Honecker hätte aktive RAF-Mitglieder ausgebildet und in die BRD geschickt oder er hätte in der DDR lebenden RAF-Mitgliedern Urlaub für Anschläge gegeben, wurde nicht bestätigt.

Die BRD-Linke

Die BRD-Linke war wie gelähmt und reagierte kaum. Sofern es den einen oder die andere überhaupt interessierte, vermutete mensch die vom BKA gesuchten Top-Terroristen mehr oder weniger sicher im Ausland. Viele hatten zu den EX-RAF-Mitglieder überhaupt keinen persönlichen oder politischen Bezug. Dann erklärten sich die Festgenommenen selber zu Aussteigern vom bewaffneten Kampf, den sie als gescheitert oder sinnlos bezeichneten, und schienen anfangs darauf zu vertrauen, daß sie DDR-BürgerInnen seien. Als dieser Schutz zusammenbrach, machten sie sich Hoffnung auf eine Aussteigerregelung. Schließlich waren sie alle vom bewaffneten Kampf ins Familienleben in der DDR umgestiegen. Nicht viel anders als viele ihrer - unbewaffneten - Mitkämpfer aus der Zeit der Studentenbewegung hier in der BRD, die auch aus der politischen Bezugsgruppe in die Familienidylle umgestiegen sind. Die linke Presse berichtete so gut wie

möglich die spärlichen Fakten, die bekannt wurden. Einzelne, wie zum Beispiel Christian Ströbele äußerten sich öffentlich und forderten, man solle die Leute doch in der DDR und in Ruhe lassen: "Man holt Leute aus einem normalen Leben wieder raus, daß sie offensichtlich in der DDR geführt haben und von dem keinerlei Gefahr für niemanden ausgeht." Die Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD forderten in einer Resolution: "Keine Auslieferung der Festgenommenen an die BRD und ihre sofortige Freilassung durch die DDR-Behörden".

Das KronzeugInnenspektakel

Schon Mitte Juni, mit den ersten Berichten über die Festnahme von Susanne Albrecht und Inge Viett, wurde in der Presse behauptet, die Festgenommenen seien zu Aussagen und zur Zusammenarbeit mit den DDR-Behörden bereit. Sie gaben den vernehmenden DDR-Behörden bereitwillig Auskunft, wann sie in die DDR gekommen sind, wie ihre Einbürgerung erfolgte und was sie jetzt machen würden.

Aber schon kurze Zeit später wurde von den Anwälten der in der DDR Festgenommenen Gespräche mit den zuständigen Behörden über eine Möglichkeit der Anwendung der Kronzeugenregelung gesprochen. (9) Sehr schnell nämlich war den Festgenommenen klargeworden, daß ihre Alternative zwischen lebenslanger oder langjähriger Haft und der Kronzeugenregelung lag. Ihre sehr frühen Versuche, sich über die Anwälte über eine einvernehmlich gegenseitige Belastung abzusprechen, scheiterten, weil Susanne Albrecht nicht in eine solche Absprache eingebunden werden konnte. (6). Die FAZ bringt immer wieder ins Gespräch, daß sich eine erste Probe der Nützlichkeit der Kronzeugenregelung anböte (10).

Werner Lotze, der angesichts der bevorstehenden Überführung von der DDR in die BRD den bundesdeutschen Behörden seine Zusammenarbeitsbereitschaft mitteilen ließ, hoffte auf eine Regelung nach dem Aussteigergesetz - damit meinte er die Kronzeugenregelung. Die BAW warf ihm Beteiligung am Anschlag auf Siemens-Manager Beckurts vor (1986), einen Nürnberger Banküberfall und Mitgliedschaft in der RAF. Er gab an, 1986 schon seit sechs Jahren in der DDR gelebt zu haben, bestätigte die anderen Anklagepunkte und bekannte sich, 1978 bei Dortmund an einer Schießerei beteiligt gewesen zu sein, wo ein Polizist und Michael Knoll erschossen worden sind. Außerdem gestand er seine Beteiligung an Vorbereitung und Durchführung des gescheiterten Haig-Anschlages und seine Beteiligung an einem Darmstädter Banküberfall. Er blieb aber nicht bei der eigenen Belastung stehen. Nach Aussagen des Generalbundesanwalt legte er über die Zeit seiner Mitgliedschaft in der RAF in allen Einzelheiten Rechenschaft ab und belastete dabei auch andere schwer. So gäbe es aufgrund seiner umfangreichen Aussagen ein authentisches Bild von der inneren Struktur der Roten Armee Fraktion (RAF) in den siebziger Jahren und die BAW erfuhr dank Lotze von Attentatsplänen, die nie ausgeführt wurden, ... und weiß, wer im Juni 1979 den Anschlag auf den NATO-Oberbefehlshaber Alexander Haig geplant und ausgeführt hat. (7)

Umfassende Aussagen sollen auch Silke Maier-Witt, Henning Beer und Monika Helbing in der Hoffnung auf Strafmilderung gemacht haben. (8)

Ziemlich peinlich für die BAW ist natürlich, daß die Aussagen der Aussteiger deutlich werden lassen - so sie denn stimmen -, daß die Indizienurteile der 80er Jahre gegen die RAF aufgrund falsch rekonstruierter Tathergänge gesprochen wurden. Das heißt, daß Menschen für Dinge verurteilt worden sind, die sie nicht getan haben. Das gilt für die Tötung Pontos, wie auch für die Schießerei in der Nähe von Dortmund, für die Angelika Speitel zwölf Jahre im Gefängnis gesessen hat. So ist es auch nicht verwunderlich, daß Generalbundesanwalt von Stahl sich an die Aussage von Lotze, es habe in der RAF eine kollektiver Willensbildung gegeben, klammert. Schließlich beruht eine große Anzahl der Verurteilungen ohne nachweisliche Tatbeteiligung in §129a-Verfahren nur auf dieser Grundlage. Gerade in diesem Punkt widersprechen sich die Aussagen der AussteigerInnen über die Struktur und die innere Verfaßtheit der RAF. Ein Teil bestätigt (Werner Lotze) die kollektive Willensbildung in der RAF. Es wird behauptet, daß in der Gruppe solange diskutiert worden sei, bis alle einverstanden gewesen seien. Andere dementieren gerade dieses Gruppenverhalten der RAF vehement, so z.B. u.a. Sigrid Sternebeck. Sie sagt, daß Gleichbereitigung nie mehr gewesen sei als ein ideologisches Postulat (11). Susanne Albrecht widerspricht sich in ihren Aussagen, was diesen Punkt angeht, völlig. Einerseits macht sie Aussagen über Strukturen in der RAF, über die sie nur Kenntnis haben kann, wenn sie richtig in diese Strukturen eingebunden war oder es diese kollektive Willensbildung tatsächlich gab. Andererseits wiederum behauptet sie, eine Randfigur, in Entscheidungsprozesse nicht eingebunden, von den Strukturen ausgeschlossen gewesen zu sein. Sie sei von

den anderen mißbraucht worden und sie verneint eine kollektive Willensbildung. Allgemein sei ihr eine Stimmung entgegengeschlagen, sie sei nicht zuverlässig genug. Das letztere erscheint, wenn mensch sich ein bißchen auskennt, der Wahrheit am nächsten zu kommen und wird auch von Werner Lotze, der ja keinerlei Skrupel bei der Belastung anderer hat, und auch von Peter Jürgen Boock bestätigt: "Es herrschte die Meinung, die Tante könne man nicht einmal alleine zum Brötchen holen schicken". Das ist dann natürlich ein Problem der wenig wissenden Kronzeugin. Damit sie in eine möglichst positive Kronzeugenregelung kommt, muß sie der BAW etwas bieten. Da sie aber eigentlich nichts weiß, muß sie eben etwas als Fakten hinzustellen versuchen, über das sie eigentlich überhaupt nichts Konkretes weiß. So wird ihre Aussage: Sie habe gehört, daß Brigitte Mohnhaupt gesagt habe, sie (Brigitte Mohnhaupt) habe gehört, daß die Gefangenen über einen kollektiven Selbstmord diskutiert hätten zur Widerlegung der Mordthese von Stammheim. Oder ihre Aussage, daß sie glaube, zu wissen, daß die letzten, die sich bei Schleyer aufgehalten haben sollen, Willy Peter Stoll und Stefan Wisniewski waren, klärt angeblich den Mordfall Schleyer.

Lotze selber korrigiert in späteren Aussagen diese Behauptung und sagt, daß er nach der Lektüre der Aussagen der anderen DDR-Aussteiger festgestellt habe, daß er offensichtlich von seiner Einbindung auf die anderer geschlossen habe. Er widerruft seine Aussage in diesem Punkt schriftlich: "Tatsächlich seien nur Protagonisten, die führenden Mitglieder der RAF so vollständig informiert und am Diskussions- und Entscheidungsprozeß beteiligt gewesen, wie er es zunächst beschrieben habe. Da er selbst 1979 ... dieser Führungscrew angehört habe, habe er seine persönlichen Erfahrungen irrtümlich auch auf andere Gruppenmitglieder übertragen." (11)

Bisher zwei mal zwölf Jahre

Am 9. Januar stand Werner Lotze als erster DDR-RAF-Aussteiger vor Gericht. Schon wochenlang vorher war er in der Presse ob seiner Aussage- und Zusammenarbeitsbereitschaft mit den Staatsschutzbehörden gelobt worden. Ein Interview, in dem er schluchzend Fehler eingestand und um Vergebung bat, wurde gleich zweimal vom Fernsehen ausgestrahlt. Es war nicht deshalb so abstoßend, weil dort ein offensichtlich völlig zusammen- und gebrochener Mensch saß, der einem im Zweifelsfall sogar noch leid tun könnte. Es war deshalb so ekelerregend, weil es den Journalisten in keiner Weise um ein menschliches Schicksal ging, sondern nur um die Präsentation eines um Gnade wimmernden ehemaligen RAF-Terroristen, und Herrn Lotze um das Zeigen möglichst großer Reue. Seine Beteuerungen, mit niemandem einen Handel abgeschlossenen zu haben, waren schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt unglaubwürdig, sollte er doch nach Aussage von BAW von Stahl in die Kronzeugenregelung kommen. Selbst unschuldige Kinder mußten als Begründung für seine dritte Personen belastenden Aussagen herhalten: dem Kind schließlich später alles erklären müssen, ihm in die Augen sehen können.

Der Prozeß fand vor dem Staatsschutzsenat des bayerischen Obersten Landesgericht statt. Von Anfang an wurde er als das Pilotverfahren bezeichnet, sollte sich doch an Lotze die Kronzeugenregelung als positiv herausstellen. Die Anklage lautete auf Mord und vierfachen Mordversuch an Polizisten, außerdem Beteiligung an dem Anschlag auf den Oberkommandieren der NATO-Truppen und Beteiligung an zwei Banküberfällen. Um die Straftatbestände gab es keinen Streit, waren sie doch von Lotze selber vorgetragen worden. Der Streit kam dann allerdings bei Auslegung der Kronzeugenregelung. Und das, obwohl der sonst mit Anklagen beschäftigte Karlsruher Bundesanwalt Pfaff als Zeuge vor dem Münchner Obersten Landesgericht erschien. Er trat als Entlastungszeuge auf. Insgesamt bestätigte er, daß die Aussagen von Lotze einen außerordentlichen großen und strategischen Wert gehabt hätten. Sie hätten zu vielen weiterführenden Erkenntnissen über die Rote Armee Fraktion geführt. Der Staatsanwalt Klaus Pflieger forderte, schließlich hatte er gut aufgepaßt, was sein Bundesanwalt gesagt hatte, neun Jahre Knast. Deutlicher konnte man Aussagebereitschaft nicht honorieren, schließlich hatte Lotze die Tötung eines Polizisten, eine der übelsten Taten in dieser Republik, gestanden. Der vorsitzende Richter Ermin Brießmann, sei es, daß er Herrn von Stahl falsch verstanden hatte, sei es, daß er sich von ihm nichts vorschreiben lassen wollte, ging über die Forderung des Staatsanwaltes hinaus und verurteilte zu zwölf Jahren Knast. Das führte natürlich zu einer erneuten Debatte um die Kronzeugenregelung. Bundesanwalt von Stahl war empört, der bayerische Richter war seinen so offensichtlichen Weisungen nicht gefolgt. Und als Höchster Vertreter dieser Bundesbehörde steht man schon dumm da, wenn einen die Mitarbeiter auflaufen lassen und damit die eigene Glaubwürdigkeit untergraben. Wie soll es denn zu einer glaubwürdigen Kronzeugenregelung kommen, wenn der Bundesanwalt sich nicht darauf

verlassen kann, daß die Richter dafür sorgen, daß die Absprachen, die er trifft, auch unterm Strich erfüllt werden.

Die Bundesanwaltschaft hat Revision eingelegt, bleibt abzuwarten, wie das Theater weitergeht. Ein erster Akt wurde schon vorgeführt, als die Bundesanwaltschaft versuchte, die Verteidigung des Angeklagten dazu zu überreden, der Rücknahme der Revision zuzustimmen. Grund dafür war offensichtlich die Forderung des Staatsanwaltes im Prozeß gegen Susanne Albrecht: zwölf Jahre.

Der Prozeß gegen Susanne Albrecht begann am 25.4.1991 vor dem Oberlandesgericht in Stuttgart-Stammheim. Ihr wird vorgeworfen, gemeinsam mit Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar 1977 den früheren Vorstandssprecher der Deutschen Bank bei einem Entführungsversuch getötet (Anklage Mord) zu haben, an dem gescheiterten Anschlag auf die Karlsruher Bundesanwaltschaft 1977 und dem gescheiterten Anschlag auf Haig und an mehreren Banküberfällen beteiligt gewesen sein.

Da diese Anklage immerhin zweimal lebenslänglich einbringen kann, wurden für ein milderes Urteil schon am 15.6.1990 in der Zeit Überlegungen angestellt: "Nach dem Boock-Urteil steht aber auch fest, daß Brigitte Mohnhaupt und ein ‚männlicher Täter` auf Jürgen Ponto feuerten, nicht Susanne Albrecht. ... wenn ihr aber nicht nachgewiesen werden kann, daß sie den ‚Täterexzeß`, die Ermordung Pontos im Falle eines Scheiterns des Entführungsversuches, vorher gebilligt hatte ..., ja dann muß es eine mildere Strafe geben. Fortan war die einer wegen der Anerkennung durch die anderen Gruppenmitglieder die Türöffnerin spielende Bürgertochter die richtige Rolle - wenn sie nicht sowieso tatsächlich zutrifft. Während des Prozesses brach zumindest ihre Behauptung, daß sie an keiner anderen Aktion mehr betiligt gewesen sei, zusammen: Sie gestand eine Beteiligung an dem Anschlag auf Haig. Insbesondere Boock, aber auch Lotze und Meier-Witt versuchten, Susanne Albrecht zu entlasten, indem sie sie als absolute Randfigur bezeichneten. Die Anklage wegen der Beteiligung an dem Haig-Anschlag wurde dann eingestellt.

Schon in den Vernehmungen hat sie umfassend ausgesagt und auch andere schwer belastet. Die Kronzeugenregelung soll Anwendung finden, wurde im Vorwege immer wieder berichtet. Der Staatsanwalt hat am 23.5.1991 eine Strafe von zwölf Jahre Haft gefordert.

Der Prozeß gegen Henning Beer hat am 22.5.1991 im Oberlandgericht Koblenz angefangen. Ihm wird in der Anklageschrift Mord, 30facher Mordversuch, Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion in drei Fällen (Haig-Anschlag, Kroesen und Ramstein), schwerer Raub und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Beer soll ein freiwilliges Geständnis abgelegt haben. (12) Auch bei Beer soll die Kronzeugenregelung Anwendung finden.

Die Verfahrenseröffnung gegen Silke Meier-Witt in Stuttgart-Stammheim soll diesen Monat stattfinden. Ihr wird Beteiligung an der Entführung und Ermordung von Hans-Martin Schleyer und seiner vier Begleiter vorgeworfen. Außerdem soll sie sich am Raketenanschlag auf die Bundesstaatsanwaltschaft beteiligt haben, genauso wie am Anschlag auf Haig. Außerdem wird sie beschuldigt, am Überfall auf eine Bank in Zürich beteiligt gewesen zu sein, bei der eine Frau getötet worden ist. Die Anklagen in den beiden letzten Fällen beruhen auf der freiwilligen Zusatzaussage von ihr. Die BAW hatte darüber keine Kenntnisse.

Alles nur MitläuferInnen

Angeblich sollen aufgrund der Aussagen von Lotze, Albrecht, Beer, Helbing, Meier-Witt und Sigrid Sternebeck nun völlig aufgeklärt sein: Buback-Anschlag 1977, Ponto-Anschlag (1977), Anschlag auf die BAW in Karlsruhe (1977), Schleyer-Entführung (1977), Erschießung eines Polizisten in Dortmund (1978), Haig-Anschlag (1979), Banküberfall in Zürich, Ramstein (1981), Kroesen-Anschlag (1981) ... alles nur unbedarfte, kenntnislose Mitläufer diese Heimkehrer?

Der Versuch, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen, was bei den DDR-AussteigerInnen heißt, so wenig Knast wie möglich zu bekommen, hat verheerende Folgen für einige der Inhaftierten. Generalbundesanwalt Alexander von Stahl hat in sechs Fällen Ermittlungen eingeleitet (siehe Kasten). Boock hat einen neuen Haftbefehl bekommen.

Damit die Strafe möglichst gering ausfällt, wird in einem Fall, da nicht zu vertuschen ist, daß man zum Führungskader der RAF gehört hat, die Reue in den Vordergrund gestellt. Im anderen Fall wird die Unschuld

vom Lande gespielt, der das ihr eigene Helfersyndrom zum Verhängnis wurde. Der nächste meint, durch den Umstand, daß er der Jüngste der Gruppe gewesen ist, nicht schuldig zu sein.

Andererseits werden ohne Rücksicht auf die Auswirkungen namentlich andere belastet, bei gleichzeitiger Beteuerung, wie sehr man Randmitglied gewesen sei und wie wenig man gewußt habe.

Aber die HeimkehrerInnen scheinen sich verrechnet zu haben. Nachdem Lotze zwölf Jahre kassiert hat - noch nicht rechtskräftigt - und bei Susanne Albrecht jetzt zwölf Jahre beantragt worden sind, das Urteil wird am 3.6.1991 erwartet, läßt der Versuch des BAW, die Revision gegen das hohe Urteil gegen Lotze zurückzunehmen darauf schließen, daß so richtig mit der Kronzeugenregelung auch in diesen Verfahren nicht gearbeitet werden wird. Dieser Staat ist gegenüber Linken so rachsüchtig, daß Milde nicht zu erwarten ist.

Vielleicht hättet ihr besser daran getan euch und eure Geschichte zu verteidigen, wie Brigitte Mohnhaupt es Susanne Albrecht in Stuttgart Stammheim entgegengehalten hat und sich nicht an diesem großen Schlachtfest zu beteiligen, bei dem wie es aussieht, ihr die ersten seid, die geschlachtet werden.

ga.

Anmerkungen:

1) Berliner Zeitung 8.6.1990

2) taz vom 9.6.1990

3) BILD 9.6.1990

4) taz vom 14.6.1990

5) Welt 14.6.1990

6) taz 9.1.1991

7) Süddeutsche Zeitung 11.1.1991

8) Spiegel 5/1991

9) taz 11.6.1990

10) Frankfurter Allgemeine Zeitung 9.6.1990 und 15.6.1990

11) taz 27.3.1991

12) Welt 23.4.1991

Die Anschuldigungen der AussteigerInnen ziehen neue Prozesse nach sich

Baptist-Ralf Friedrich, der aufgrund von Verjährungsfristen wieder freigelassenen worden war, wurde aufgrund der Belastungsaussagen Lotzes wieder inhaftiert. (1) Er wird von ihm und anderen beschuldigt, an dem Haig-Anschlag beteiligt gewesen zu sein. (6)

Christian Klar wird von Susanne Albrecht beschuldigt, 1977 zuerst und gezielt auf Ponto geschossen zu haben. (1) Außerdem von Beer, daß er an einen Banküberfall in Zürich beteiligt gewesen sei, bei dem eine Frau getötet wurde. (3) Generalbundesanwalt Stahl hat ein neues Ermittlungsverfahren eingeleitet. (4)

Sieglinde Hofmann (Haft bis 1995), wird von Susanne Albrecht und Werner Lotze belastet, an dem Anschlag auf Haig beteiligt gewesen zu sein. Generalbundesanwalt Stahl hat ein neues Ermittlungsverfahren eingeleitet. (4)

Peter Jürgen Boock (lebenslänglich), dessen Begnadigungsgesuch auf dem Tisch von Weizsäcker lag, wird sowohl von Susanne Albrecht als auch Henning Beer belastet, das Auto beim Ponto-Entführungsversuch gefahren zu haben, an einem Bankraub in Zürich beteiligt gewesen zu sein, bei dem eine Passantin erschossen worden ist. Beer behauptet darüber hinaus, Boock habe in Zürich bei einem Banküberfall einen Polizisten in den Arm geschossen. (1) Bei Boock liegt ein neuer Haftbefehl vor. (4)

Henning Beer und Silke Meier-Witt werden durch die Aussagen von Werner Lotze als Beteiligte bei dem Anschlag auf Haig 1979 schwer belastet. (2)

Rolf Clemens Wagner (lebenslänglich) wird von Lotze und Albrecht beschuldigt, beim Anschlag auf Haig die Bombe gezündet zu haben. (1) Generalbundesanwalt Stahl hat ein neues Ermittlungsverfahren eingeleitet. (4) Außerdem wird er von Beer beschuldigt, an einem Banküberfall in Zürich beteiligt gewesen zu sein, bei dem eine Frau getötet worden ist. (3)

Sigrid Sternebeck wird von Lotze die Beteiligung am Haig-Anschlag vorgeworden. (2) Generalbundesanwalt Stahl hat ein neues Ermittlungsverfahren eingeleitet. (1) (4)

Werner Lotze wird von Susanne Albrecht beschuldigt, am Haig-Anschlag beteiligt gewesen zu sein.

Stefan Wisniewski soll sich nach Aussage zusammen mit

Willy-Peter Stoll als letzter vor der Exekution Schleyers bei ihm aufgehalten haben. (5)

Gegen Ingrid Jakobsmeyer (Haft bis 1993) und Adelheid Schulz (lebenslänglich) hat Generalbundesanwalt Stahl auch neue Ermittlungsverfahren eingeleitet. (4)

Anmerkungen:

1) Spiegel 5/1991

2) Welt 26.1.1991

3) Welt 23.4.1991

4) taz 22.5.1991

5) Frankfurter Rundschau 23.5.1991

6) taz 22.11.1990

22. Dokumentation. Zehn Jahre später. Eine Zwischenbilanz von Karl Heinz Roth

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:19

Wer es erst zehn Jahre nach einem gravierenden politischen Ereignis wagt, im Rahmen des allgemeinen Erinnerungsrummels sich zu einer Art Zwischenbilanz vorzutasten, sollte dies nur unter der Prämisse tun, daß er offenkundig zu denen gehört, die eine wichtige Schlacht verloren haben. Darüber sollten die vielen Gründe nicht hinwegtäuschen, mit denen wir uns gemeinhin gegenseitig bescheinigen, warum es so ratsam schien, das Maul zu halten: Rücksichtnahme auf tragische Einzelschicksale, drohende Sanktionen seitens der staatlichen Repressionsverwalter, Furcht vor Applaus von der falschen Seite, Angst davor, daß nun vielleicht auch einige GenossInnen mit dem Finger nach einem zeigen ... Es gibt Gründe genug, um sich herauszuhalten.

Ja, es ist wahr: über den Mechanismus, der wenige Stunden nach der Schleyer-Entführung zum kompletten Aufbau einer klassischen Diktatur im Herzen unserer "formierten Demokratie" führte, wissen wir immer noch nicht genug. Wie ernst waren - und sind noch immer - die "exotischen" Antworten des kleinen Krisenstabs zu nehmen: stündliche Hinrichtungen, nachträgliche Einführung der Todesstrafe, Sippenhaft für die Angehörigen jener Gefangenen, die freigedealt werden sollten? Warum klappte dies und anderes so rapid und reibungslos: Informationssperre, Kontaktsperre, Mobilmachung des gesamten Überwachungssystems wie bei einem unmittelbar bevorstehenden Krieg? Wie kam es, daß der damalige BKA-Präsident sich nach wenigen Tagen zum Diktaturkanzler aufschwang? Was ist von alldem heute noch wirksam - wie und wo? Das alles sind Fragen, die unsere politische Weiterexistenz in diesem Land nie mehr unberührt lassen werden.

Nicht weniger wichtig sind die Fragen, die wir bislang nur hinter vorgehaltener Hand an die GenossInnen aus der RAF zu stellen wagten. Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre untersuchte eine kleine Gruppe von Leuten die Vorgänge in und um Stammheim in den kritischen Tagen. Es wurde klar, daß der BND das wiederfrequentierte Kommunikationssystem im Stammheimer Isoliertrakt angezapft hatte. Noch gravierender: die Waffen, die später in Stammheim "gefunden" wurden, waren unter den Augen der Sicherheitsbehörden in den Isoliertrakt gelangt und ließen eine als kollektiven Selbstmord getarnte Mordaktion plötzlich möglich erscheinen. Merkwürdigerweise erlahmte nach diesen und anderen Ergebnissen das Interesse der RAF-Umgebung an einer weiteren Aufklärung. So entstand eine paradoxe Situation. Die ursprüngliche Skepsis gegenüber der von der gesamten europäischen Linken vertretenen Mordthese begann harten Fakten zu weichen, aber genau in dieser Situation wurde die weitere Aufklärung blockiert.

Die Frage, ob der deutsche Diktaturherbst eine durch das Zentrum der Macht geplante Mordaktion abschirmte, oder ob es bei den schon damals bekannten Mordphantasien des kleinen Krisenstabs ohne praktische Konsequenzen geblieben war und Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe selbst Hand an sich legten, wird wahrscheinlich erst irgendwann am Ende dieses Jahrhunderts geklärt werden. Was wirklich geschah, war und ist von überragender Bedeutung. Die Verantwortung des Krisenstabs wird nicht geschmälert, wenn der kollektive Selbstmord zur historischen Wahrheit werden sollte. Der definitive Nachweis einer Mordaktion aber würde unser politisches Leben schlagartig verändern. Wir müßten eine Antwort auf die Tatsache finden, daß die im Herzen des Regimes verankerte Auschwitz-Generation 1977 wieder da gelandet war, wo 32 Jahre zuvor ein wie auch immer deformierter Schlußstrich gezogen wurde.

Manche GenossInnen halten solche Überlegungen für müßig. Ihnen fehlt das Augenmaß der revolutionären Erfahrung genauso wie denen, die sich nie mit dem Nachweis einer kollektiven Selbsttötung der Gefangenen von Stammheim würden abfinden können. Ihre Ängste habe ich nie geteilt. Weder die GenossInnen der RAF noch wir selbst bräuchten uns davor zu schämen: Die Selbsttötung in Isolationshaft und Kontaktsperre ist ein letzter Schritt zur Befreiung, ein Schlag ins Gesicht der metropolitanen Folter. Eine solche Gewißheit gäbe uns in der Trauer Stärke. Sie wäre um jeden Preis einer Situation vorzuziehen, in der die Fortsetzung des Kampfes auf einen Mythos gegründet würde, weil ihr die Wahrheit unerträglich vorkommt.

Was immer herauskommen mag: eine Schlacht ging vor zehn Jahren verloren, aber die Sozialrevolte gegen die Auschwitz-Generation ist noch lange nicht durch eine Niederlage besiegelt. Der revolutionäre Kampf geht weiter, eingedenk des diktatorischen Potentials, das im Zentrum der Macht weiterschlummert. Daß die

bewaffneten Gruppen weiterexistieren und in ihnen die moralisch-politischen Probleme revolutionärer Gewalt diskutiert werden, ist essentiell für die Zukunftsperspektive sozialer Befreiung. Wahllose Geiselnahmen und "Hinrichtungen" von zuvor Gefangengenommenen zerstören den revolutionären Befreiungsanspruch von innen heraus genauso, wie sie die Avantgarden von den unterdrückten und ausgebeuteten Klassen isolieren. Revolutionäre Gewalt ist unabdingbar für die Niederringung von hochorganisierter Klassenherrschaft. Da sie aber in ihrem Gebrauch immer dem Ziel einer gewaltfreien Assoziation sozial emanzipierter Subjekte widerspricht, muß sie strengen moralisch-politischen Normen unterworfen werden. Wenn die bewaffneten Gruppen gerade auf diesem Kampfterrain den selbstkritischen Diskussionszusammenhang mit den militanten Sektoren der Sozialbewegungen herstellen, können sie zu den Trägern der historisch-politischen Erfahrungen unserer Generation werden. Dann haben sie die Chance, als kommunikationsstiftendes und organisierendes Ferment einer neuen antagonistischen Massenmilitanz zu wirken und das Paradox zu lösen, daß die Radikalisierung der Ausbeutungsverhältnisse durch den neuesten kapitalistischen Entwicklungsschub im Gewand einer fortschreitenden Zersetzung der bisherigen proletarischen Klassenzusammensetzung daherkommt. Die Homogenisierung der zersplitterten proletarischen Subkulturen von unten kann nur von Avantgarden in Angriff genommen werden, die sich der Durchleuchtung und dem vorbeugenden Repressionsapparat des informatisierten Spätkapitalismus entziehen und die metropolitane Konstitution des neuen Proletariats in die internationalen Strukturen des Klassenwiderstands einbinden.

Die untergründig-bewaffnete Widerstandserfahrung unserer Generation ist ein gewichtiges Faustpfand und eine große Hoffnung. Wenn es ihre gelingt, sich als Ferment zur Konstitution der Klasse für sich zu betätigen, können ihr und uns die verlorenen Schlachten und das Trauma von 1977 nichts anhaben. Vorausgesetzt, sie haben den Mut zur historischen Wahrheit und verzichten auf Mythen und Mystifikationen, die kurzfristig angenehm und nützlich sein mögen, auf lange Sicht aber die Fundamente der sozialrevolutionären Befreiung unterhöhlen.

(aus: Der blinde Fleck: Die Linke, die RAF und der Staat, Frankfurt 1987, Verlag Neue Kritik, DM 25,-

23. Wir glauben immer noch nicht an Selbstmord

Rubrik: Haftbedingungen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/56.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:56

"... wichtig sei vor allem, daß durch Albrechts Aussagen die These von der Ermordung der Stammheimer Häftlinge um Andreas Baader ‚nunmehr völlig widerlegt` sei." (1) Bundesanwalt Pfaff, der im Stuttgarter Verfahren gegen Susanne Albrecht als Entlastungszeuge auftrat, betonte diesen Punkt als besonders wesentlich für die Anwendung einer strafmildernden Kronzeugenregelung. Der Staatsanwalt sah das anders: er beantragte einen Tag später 12 Jahre Haft.

Wofür nun sollen die HeimkehrerInnen die KronzeugInnen spielen? Am 9. Mai 1976 wird Ulrike Meinhof morgens am Fensterkreuz erhängt in ihrer Zelle in Stuttgart-Stammheim aufgefunden. In der Nacht vom 17. auf den 18. Oktober 1977 sterben in der gleichen Haftanstalt Gudrun Ensslin, auch sie wird erhängt aufgefunden, Andreas Baader an einem Kopfschuß, Jan Carl Raspe erliegt am gleichen Morgen im Krankenhaus der Kopfschußverletzung, mit der auch er in Stuttgart-Stammheim aufgefunden worden ist, Irmgard Möller wird am 18. Oktober morgens mit vier Messerstichen in der Brust in ihrer Zelle gefunden. Sie ist die einzige der RAF-Gefangenen aus Stammheim, die überlebt. Nur kurze Zeit später, am 12. November 1977, wird Ingrid Schubert in München-Stadelheim gefunden. Erhängt am Fensterkreuz in ihrer Zelle. Die offizielle Version für alle diese Vorfälle lautet Tod durch Selbstmord.

Teile der westdeutschen Linken meldeten ihre Zweifel an der Selbstmordversion an. Alle Gefangenen hatten vorher mitgeteilt, sie hätten Angst, daß ihnen etwas angetan werden könnte. Zuviele Ungereimtheiten tauchten bei der Untersuchung der Vorfälle auf und sind bis heute nicht geklärt. Die westeuropäische Presse war voll von Artikeln über den Mord in Stammheim. Immerhin erfolgten die Todesfälle wenige Stunden nach Erstürmung der entführen Lufthansa-Maschine in Mogadischo. Zu unmittelbar nachdem der Krisenstab laut über Geiselerschießungen nachgedacht hatte.

Immer wieder waren die Vorfälle in Stammheim Thema von Diskussionen oder ganzer Bücher, die versuchten, die Widersprüche aufzuzeigen, die bei der Untersuchungskommission aufgetaucht waren. Aber auch immer wieder war in dem Zusammenhang das Thema der eigenen Unklarheiten auf dem Tisch. 1987, anläßlich der Veranstaltungen zum 10. Jahrestag der noch immer ungeklärten Vorfälle in Stammheim, gab es zum Teil ein eher resigniertes Schulterzucken von Angehörigen, die von der Mordthese nicht mehr überzeugt waren, aber ihre Zweifel an einem Selbstmord der Gefangenen trotzdem weiter hatten. Ebenfalls 1987 schreibt Karl Heinz Roth, ein ehemaliger politischer Gefangener, in einem Beitrag, auch die Möglichkeit eines Selbstmordes der Gefangenen müsse gedacht werden dürfen (siehe Dokumentation). 1988 äußert er in einem Interview in der Zeitschrift "Spuren" seine Zweifel (2). "Wäre der Mord nachweisbar gewesen, dann wäre ich beispielsweise sofort wieder in den Untergrund gegangen. Und zwar nicht aus politischer Intimität mit der RAF heraus, sondern weil eine neue Vernichtungssituation sozusagen im Kern der Machtapparate organisiert worden wäre, die alles, was wir seit Ende der 60er Jahre an Revolte gegen dieses Regime in Gang gebracht haben, zunichte gemacht hätte. Von daher ist diese Frage für viele sehr existentiell gewesen." Das gilt sicherlich nicht nur für ihn. Vielleicht hängt damit zusammen, daß es in der Linken einerseits schnell eine Bereitschaft gegeben hat, die staatlicher Version des Selbstmordes zu übernehmen, bot sie doch auch die Möglichkeit, sich mit der Politik der RAF nicht mehr weiter auseinandersetzen zu müssen. Andererseits rührten diejenigen, die ihre Zweifel noch immer haben, lieber nicht an der Sache, hätte es doch möglicherweise weitreichende persönliche Konsequenzen für die eigenen politischen Aktivitäten bedeutet.

Die Mordthese über Stammheim ist widerlegt, berichtete in den letzten Monaten die Presse von taz bis FAZ - die taz macht noch verschämt ein Fragezeichen hinter ihre Überschriften. Susanne Albrecht und Monika Helbing hätten durch ihre Aussagen bestätigt, daß es sich in Stammheim um einen kollektiven Selbstmord gehandelt habe, ist zu lesen. Die "Welt" macht daraus sogar schon die nächsten Toten. Unter der Überschrift "Befahl die RAF Selbstmorde?", behauptet sie, die RAF-AussteigerInnen aus der DDR hätten ausgesagt, daß der Kern der RAF den Gefangenen den Selbstmord befohlen, habe und meldet weiter: "... liegen bereits neue Informationen darüber vor, daß sich Selbstmorde von inhaftierten Terroristen wiederholen können. In einer RAF-Schrift von Oktober 1990 heißt es, der Staat nehme einen ‚neuen Anlauf, die Gefangenen und ihre Politik zu vernichten`." (3)

Substantiell geben weder die Aussagen von Susanne Albrecht, Monika Helbing noch von Werner Lotze etwas her. Sie sind eher widersprüchlich. Lotze - immerhin gehörte er nach eigenen Aussagen zum Kern der RAF, und seine allumfassenden Aussagen geben keinen Anlaß zu gegenteiliger Annahme - sagt in einem Interview, daß er Zweifel an der Mordthese gehabt habe. Die Schuld an dem Tod habe er aber immer dem Staat zugewiesen. Er behauptet weiterhin, daß es auf der Kommandoebene trotz der Mordpropaganda eher Widerspruch zu dieser These gab (4). Zu dieser Kommandoebene gehörte nach den Aussagen aller Aussteiger aber auch Brigitte Mohnhaupt. Von der nun wiederum wollen sowohl Susanne Albrecht als auch Monika Helbing die definitive Auskunft erhalten haben, daß es sich in Stammheim nicht nur einfach um Selbstmord, sondern auch noch um die "Suicide Action" gehandelt haben soll. Brigitte Mohnhaupt soll dies während eines Aufenthaltes in Bagdad erzählt haben und außerdem mitgeteilt haben, daß sie als einzige von den Häftlingen unterrichtet worden sei. (5) (6)

"Immerhin von Susanne Albrecht und der ebenfalls aussagewilligen Monika Helbing stammt die letzte Gewißheit darüber, daß der Tod von Raspe, Baader und Gudrun Ensslin tatsächlich Selbstmord gewesen ist, der gemeinsam geplant worden sei, um weitere Aktionen und Sympathisanten zu motivieren." (6) "Auch sei die von der RAF nach den Selbstmorden der inhaftierten Terroristen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe 1977 aufgestellte ‚Mordthese` durch die Aussagen von Frau Albrecht nun völlig widerlegt." So und ähnlich war es dann während des Prozesses gegen Susanne Albrecht in der gesamten Presse zu lesen.

Lotze als Mitglied der Kommandoebene sagt, sie hätten Zweifel gehabt, daß heißt, sie wußten erstmal nichts. Brigitte Mohnhaupt hat nach allen Aussagen zu eben dieser Kommandoebene gehört. Wäre sie, wie Susanne Albrecht aussagt, unterrichtet gewesen, dann drängt sich förmlich die Frage auf, warum sie es nicht Werner Lotze erzählt hat - immerhin war er in der Kommandoebene, wie sie selber auch -, sondern ausgerechnet Susanne Albrecht, die nach eigenen Aussagen eine Randfigur und nicht in die Gruppe integriert war, nach anderen Aussagen eine unsichere Kantonistin, die in wichtige Dinge überhaupt nicht eingeweiht wurde.

ga.

Anmerkungen:

(1) Frankfurter Rundschau (FR) 23.5.91

(2) Spuren Nr. 22, Februar 1988, Nachgedruckt in Konkret 1/89

(3) Welt 19.11.1990

(4) Zeit 23.11.1990

(5) Spiegel 50/1990,

(6) Frankfurter Rundschau 29.4.1991

(6) Süddeutsche Zeitung 26.4.1991

24. Stellungnahme zur RAF-Erklärung (AK 330). "When we''re talkin about the weather we know what we''re talkin about"

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:07

Es ist seit längerem in der radikalen Linken nicht besonders angesagt, sich mit Erklärungen der RAF (1), aber auch mit den spärlichen Äußerungen, die es aus Teilen der Szene hin und wieder gibt, öffentlich zu beschäftigen. Die RAF und ihre mehr oder weniger "erfolgreichen" Aktionen werden zwar noch als Ereignisse wahrgenommen - mit Rohwedder wurde immerhin ein Protagonist des wichtigsten Ereignisses der BRD-Geschichte erschossen -, die politische Begründung der RAF wird außerhalb einer sehr engen Szene kaum anders als am Kneipentisch kommentiert. Wobei dann ein Hauptmerkmal des oberflächlichen Erstaunens die Tatsache ist, daß sich in den letzten Texten der RAF immer wieder auf alle möglichen sozialen Bewegungen bezogen wird: HausbesetzerInnen, Friedensbewegung, Proteste in der ex-DDR. Damit einher ging, so wurde weiter angemerkt, ein anderer Stil in den Formulierungen. Und das war's dann auch.

Insofern ist der hier abgedruckte Text der Wetterkröten eine Ausnahme. Ungewöhnlich auch deshalb, weil die GenossInnen zwar eine sehr grundsätzliche Kritik äußern, gleichzeitig aber auch in der Diskussion bleiben wollen, die RAF als bewaffnet kämpfende Gruppe also gerade nicht abgeschrieben haben.

Umso wichtiger erscheint mir deshalb auch, was im Einzelnen angesprochen wird: die mangelnde Auseinandersetzung mit den Veränderungen, die sich aus dem Verschwinden des real-existierenden Sozialismus ergeben; die ahistorische, ganz und gar unmaterialistische Art der Fundierung der eigenen Politik (Stichwort "Seele der Erniedrigten und Beleidigten", zu finden im übrigen auch schon in der RAF-Erklärung zum Anschlag auf Neusel im Juli 90, siehe AK 321); der allzu oberflächliche Umgang mit Rassismus und Sexismus, bis hin zur Kritik, von den Diskussionsansätzen, die es gibt, wenig verstanden zu haben (2); und zuletzt auch der unreflektierte Bezug auf soziale Bewegungen sowie die derzeitige Perspektivlosigkeit der RAF-Politik.

Das "Talkin about the weather"-Papier zeigt, so denke ich, gleichzeitig aber auch die ganze derzeitige Hilflosigkeit linksradikaler Diskussion überhaupt. So sehr es sich auch schwerpunktmäßig mit offenen Fragen im autonomen/Antiimp-Spektrum beschäftigt, so sehr sind die Unklarheiten doch darüberhinaus verbreitet.

Kein Papier kommt zur Zeit ohne einen Vorspann aus, in dem gesagt wird, daß eine breitere Debatte in Gang kommen müßte. Keine Szene-Beitrag vor allem, in dem nicht die Neubestimmung militanter Politik, die Überarbeitung bisheriger Analysen gefordert würde. Unklar bleibt jedoch auch hier wieder, was denn eigentlich "neu bestimmt" werden soll: die Analyse der BRD-Gesellschaft, das imperialistische Weltsystem, das Verhältnis des hiesigen Widerstands zum Trikont und den dortigen Revolten, oder die Formen von Organisierung und Militanz ... Auf diese Weise droht die an sich richtige Forderung zu einer Leerformel zu werden, was allerdings nichts daran ändert, daß die RAF in ihrer Erklärung vorführt, wie das Problem gerade nicht angepackt werden kann.

Die Unklarheit in der Fragestellung zeigt sich denn auch in dem Wetterkröten-Papier wieder. Fast völlig undiskutiert bleibt die Darstellung der gesellschaftlichen Zustände in der BRD, wie sie die RAF-Erklärung formuliert. Da wird hergezogen über die "maden im speck", die systemerhaltend und privilegiert als Yuppies in der high-tech- oder Dienstleistungsindustrie arbeiten. Wer aber glaubt tatsächlich, daß diese Symbolfiguren eines sich umstrukturierenden Kapitalismus mittlerweile zwei Drittel der Gesellschaft ausmachen? Und was soll die Erwähnung des Drittels der "Überflüssigen" (wo doch gleich im nächsten Satz gesagt wird, daß sie doch nicht so überflüssig sind)?

So richtig die Kritik ist, daß die RAF in der Rohwedder-Erklärung ein schematisches Welt- und Gesellschaftsbild zeigt, so sehr fehlt doch der Hinweis, daß nicht nur einzelne Teile davon geprägt sind, sondern buchstäblich der gesamte Text - und die Frage, inwieweit dieser Schematismus nicht am Ende sich an jeder Ecke der "Szene" wiederfindet. Vielleicht deutet ja tatsächlich die Überschrift darauf hin, daß der Ansatz der Wetterkröten über die aktuelle Kritik an der RAF hinausgeht, daß sie eine Selbstkritik für die Diskussion geschrieben haben. Und insofern kann man ja mal gespannt sein, ob sich irgendjemand dazu äußert.

kermit

Anmerkungen:

1) Die Erklärung zum Anschlag auf Rohwedder ist in AK 330 dokumentiert

2) Nachzulesen z.B. in "Metropolen(gedanken) und Revolution? Texte zur Patriarchats-, Rassismus- und Internationalismusdiskussion". Hrsg. von der Edition ID-Archiv, 10 DM

Liebe GenossInnen,

wir begreifen den folgenden Brief als Ansatzpunkt für eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Politik der RAF und finden es wichtig, daß dazu - stärker als bisher - Diskussionen und Auseinandersetzungen in Gang kommen.

Als die Rohwedder-Erklärung kam, waren wir erstmal ziemlich entsetzt. Wir hätten sie am liebsten dem Staatsschutz angehängt. Wir haben dann die älteren Erklärungen nochmal gelesen und uns die inhaltliche Entwicklung bzw. die Brüche angesehen. Jedenfalls gehen wir jetzt davon aus, daß die Erklärung tatsächlich von der RAF ist und die inhaltliche Entwicklung der RAF widerspiegelt. Zentral für den Aufbruch Anfang der 70er war das Konzept der Stadtguerilla, das bis 77 mehr oder weniger die strategische Bestimmung der RAF blieb. Im Verlauf der 70er rückte der Kampf gegen die Vernichtung der Gefangenen immer mehr in den Mittelpunkt. Das praktische Ziel, die Freiheit der Gefangenen zu erkämpfen, drängte eine politisch-strategische Bestimmung zunehmend in den Hintergrund (dazu auch die Kritik in der radi 142). Nach der Niederlage 77 trat dann plötzlich das Konzept Westeuropäische Front in der Vordergrund (Vgl. interim 118); dieser Bruch wurde von der RAF nie ausreichend vermittelt.

In den Erklärungen zu den letzten beiden Aktionen (US-Botschaft, Rohwedder) fällt zur Westeuropäischen Front kein Wort. Ob bzw. warum die RAF dieses Konzept jetzt für gescheitert hält, bleibt unklar. Für uns ist das kommentarlose Wegfallen einer vorher nachdrücklich vertretenen Strategie Ausdruck von politischer Konzeptlosigkeit. Konzeptlosigkeit drückt sich in den letzten beiden Erklärungen auch aus in der wahllosen Anbiederung an alle möglichen Bewegungen und Gruppen in "aktuellen Auseinandersetzungen" (Rohwedder-Erklärung): von den Friedensbewegten (Erklärung zur US-Botschaft) über die "Protestbewegung in der Ex-DDR" (Rohwedder-Erklärung) bis zu den BesetzerInnen der Mainzerstr.

Die neue internationale Situation nach der Niederlage des Realexsoz und die politische Situation hier nach dem Anschluß erfordert für die gesamte revolutionäre Linke eine Neubestimmung und Überarbeitung der bisherigen politischen Strategien und Analysen, ohne die linke militante Politik auch kontraproduktiv werden kann. Wir finden Christian Geisslers Kritik, wie er sie in der kamalatta flugschrift formuliert hat, in diesem Zusammenhang wichtig: Das Kräfteverhältnis, so wie es jetzt ist, heißt Niederlage und bedeutet, daß militante Politik neu bestimmt werden muß, wenn sie produktiv sein und im Kontext gesellschaftlicher Verhältnisse eingreifen soll. Militanz, die unsere Niederlage verschleiert, ist Mythos, Lüge und letztlich kontraproduktiv.

Entfremdete Politik

In der Rohwedder-Erklärung werden die gesellschaftlichen Veränderungen, die hier stattgefunden haben, zwar schlagwortartig angerissen, eine genaue politische Einschätzung der neuen Situation fehlt aber. Die herrschenden Verhältnisse, gegen die sich die Rohwedder-Aktion richtet, scheinen mehr oder weniger die gleichen zu sein wie vor zwanzig Jahren. Dem "Kaufrausch", "Geiern nach Konsum" und dem "Gehirnwäscheapparat" (Rohwedder-Erklärung) werden einfach "der Mensch", "das Leben", "die Natur", also quasi-authentische Werte, entgegengesetzt, die zurückerobert werden sollen, um "selbstbestimmt" leben zu können. Mensch sein erscheint so als etwas Ursprüngliches statt Gesellschaftliches und wird gar nicht mehr historisiert. Aus diesem Verständnis heraus gibt es dann auch nur zwei (homogene) Gruppen: "die oben" und "wir unten". Über unterschiedliche Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten wird einfach hinweggelogen, weil von Ausgebeuteten sowieso nicht die Rede ist, sondern nur reichlich diffus von einer "Masse der Erniedrigten und Beleidigten". Und statt die verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse zu benennen werden den "Erniedrigten und Beleidigten" einfach die Yuppies gegenübergestellt, die ihre Seele dem Konsumterror verkauft haben, und so denen, die von ihrer "Selbstbestimmung" ohne Deo und Walkman träumen, ein Dorn im Auge sind. Wir halten das für ein völlig entfremdetes Bild von der gesellschaftlichen Realität: Die gesellschaftlichen Verhältnisse erscheinen so ahistorisch und starr und nicht mehr als ein sich

ständig unter unseren Augen vollziehender Prozeß, in den wir verändernd eingreifen können. Die bewaffnete Aktion wird in diesem Zusammenhang zum Ausdruck entfremdeter Politik und der Angriff selbst zur anonymen Gewalt. Sie bleibt dadurch der Gesellschaft und damit auch den Beherrschten, die in ihren Kämpfen und in ihrem Jasagen Teil der Gesellschaft sind, (scheinbar) äußerlich.

Die Politik der RAF hat keinen gesellschaftlichen Ort mehr. In der Rohwedder-Erklärung wird das dadurch deutlich, daß das Terrain der Auseinandersetzung zwischen RAF und System ins Immaterielle, Nichtgesellschaftliche, nämlich in die Seelen der Menschen verlegt wird. Rohwedder (in der Erklärung durchaus das personifizierte Böse, wodurch der stumme Zwang der kapitalistischen Verhältnisse in seiner Wirkungsweise auch nicht unbedingt transparenter wird) bereitete angeblich den "Angriff auf die Seele der Menschen" in der Ex-DDR vor, um sie für das kapitalistische System zu deformieren:

"Kapitalstrategen, wie Rohwedder einer war, geht es darum, auch die Bedingungen für den Angriff auf die Seelen der Menschen und ihre tiefe Deformierung, die sie voneinander isoliert und scheinbar unüberwindliche Mauern zwischen ihnen aufbaut, zu schaffen."

Als Gegenstrategie wird in der Erklärung der Kampf um die Überwindung von "aufgedrückten Ohnmachtsgefühlen" und für eine "andere Wirklichkeit" propagiert. Im Kontext der nicht problematisierten gesellschaftlichen Isoliertheit der RAF bekommt diese "andere Wirklichkeit" nahezu zwangsläufig eine transzendente, religiöse Bedeutung. Das schon draußen stehen, das frei sein wollen von den gesellschaftlichen Verhältnissen hier, der Mythos von den selbstbestimmt kämpfenden Subjekten, die den Bruch ganz und also für immer geschafft haben, kotzt uns an! Wir stecken alle hier drin, also auch jetzt in der Niederlage. In der kamalatta flugschrift schreibt Christian Geissler dazu:

"ich denk also

es wird auf unserer seite

so unnötig wie so tödlich gefährlich

ein mythos in unsere arbeit gebracht

das geheimnis vom besseren blick

laßt uns den aus der birne putzen

wir brauchen einander stinknormal

andauernd schlau"

Rassismus und Sexismus

Tierisch geärgert hat uns wie in der Rohwedder-Erklärung mit den Auseinandersetzungen über Rassismus und Sexismus umgegangen wird. Sowohl Rassismus gegen Flüchtlinge und "die schon hier lebenden Ausländer" (also ImmigrantInnen) als auch "Frauenfeindlichkeit" in der DDR werden als Schlagworte einfach in einen Topf geschmissen. Dabei wird völlig unreflektiert mit den betroffenen Gruppen umgegangen. Rassismus und Sexismus werden außerdem nicht bezogen auf die aus ihnen resultierenden Widersprüche zwischen den "Erniedrigten und Beleidigten". Die RAF hat sich anscheinend weder die Mühe gemacht, genauer zu bestimmen wie sich die von Rassismus und Sexismus betroffenen Gruppen konstituieren, noch wo die materiellen Ursachen für die zunehmende rassistische und sexistische Gewalt, Unterdrückung und Ausbeutung liegen. ImmigrantInnen und Flüchtlinge einerseits, Frauen andererseits werden wie homogene Gruppen behandelt. Es kann aber nicht angehen, die von Rassismus und Sexismus Betroffenen als zwei voneinander völlig verschiedene Gruppen festzuschreiben, weil das vom Ausmaß dessen, was da in der Ex-DDR (und auch in der früheren BRD) gerade passiert, ablenkt und so die mehrfache Unterdrückung und Ausbeutung (z.B. von Immigrantinnen) wiedermal unter den Tisch fällt. Außerdem zeigt es einfach, daß die Auseinandersetzungen über Rassismus in Frauenzusammenhängen und über Sexismus in anti-rassistischen Zusammenhängen bei der RAF nicht angekommen sind.

Die Erklärungsversuche in Bezug auf die Ursachen des DDR-spezifischen Sexismus schlagen völlig fehl: Den Grund für "Frauenfeindlichkeit" in der DDR in der staatlich verordneten Gleichberechtigung zu sehen ist ein Schlag ins Gesicht für die Frauen in der Ex-DDR. DDR-spezifischer Sexismus läßt sich vielmehr ableiten aus

der Propagierung der bürgerlichen Kleinfamilie, der offiziellen Ausblendung der "privaten" geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der Behinderung autonomer Frauenorganisierung. Rassismus in der DDR wird gar nicht begründet - weder mit DDR-spezifischer rassistischer Arbeitsteilung, Ausbeutung und Ghettoisierung noch mit der Reklamierung deutschen Erbes statt einer wirklich internationalistischen Politik.

Für die BRD sind die Erklärungsmuster mindestens genauso einfach. Nachdem erst der Gleichstellungspolitik der SED die Schuld für DDR-Sexismus in die Schuhe geschoben wurde, geht es dann unvermittelt weiter:

"Auf der anderen Seite ist Rassismus und Frauenunterdrückung im kapitalistischen System nicht wegzudenken. (...) Rassismus und Frauenunterdrückung sind für den imperialistischen großdeutschen Staat notwendig, weil er sich davon erhoffen kann, daß sich die Unzufriedenheit und Enttäuschung der Menschen (das sind dann ja wohl die weißen DDR-Männer - Anm.d.A.) nicht gegen das System entlädt, sondern jeweils gegen die, die in der gesellschaftlichen Hierarchie weiter unten stehen."

Rassismus und Sexismus werden so als bloße Ideologien im Dienste des großdeutschen Staates gesehen; und das ist nichts anderes als die alte Nebenwiderspruchsthese. Diese Bestimmung reicht so nicht aus und ist sogar falsch, wenn nicht herausgearbeitet wird, daß Rassismus und Sexismus eine materielle Basis haben. Für uns heißt das, daß die Auseinandersetzungen zu diesem Thema, die in den verschiedenen Zusammenhängen geführt werden, von den GenossInnen aus der RAF entweder fundamental nicht ernst genommen werden oder nicht wirklich verstanden wurden. Aber nur wenn diese Auseinandersetzungen miteinbezogen werden, wäre es überhaupt möglich, den Anspruch "zur gemeinsamen Kraft zu werden" - wie er ja in der Erklärung nochmal formuliert wurde - auch einzulösen. Es reicht nicht aus, die Parolen zu übernehmen, um sich "einer Basis" zu versichern, wenn die Inhalte und Analysen, für die sie stehen, nicht interessieren bzw. nicht verstanden werden. Außerdem wird das so zur Funktionalisierung der von Rassismus und Sexismus betroffenen Menschen.

"Gegenmacht aufbauen"

Auch wenn in den letzten beiden Erklärungen auf alle möglichen Gruppen Bezug genommen wurde, sind darin keine Ansätze für inhaltliche Auseinandersetzungen mit diesen Gruppen enthalten. Die RAF propagiert als Zukunftsperspektive einfach: "Gegenmacht aufbauen", "mit konkreten Forderungen an aktuelle Auseinandersetzungen (...) intervenieren", "zum realen und spürbaren Faktor" und zur "gemeinsamen Kraft" zu werden. Wir konnten darin nur eine konzeptlose und wahllose Anbiederung an alle möglichen Gruppen erkennen. Eine neue Perspektive sehen wir darin nicht.

Die RAF hat sich lange genug als revolutionäre Avantgarde in der BRD begriffen und wird von Teilen der revolutionären Linken ja immer noch dafür gehalten; das bedeutet allerdings eine bestimmte Verantwortung für die inhaltlichen Auseinandersetzungen, die schon längst geführt werden müßten. Das mindeste wäre, daß die RAF zu den aktuellen Fragen Stellung bezieht, die mit ihrer eigenen Geschichte direkt zu tun haben: also z.B. zur Rolle der Befreiungsbewegungen im Trikont angesichts der veränderten internationalen Situation und zur Niederlage des Realexsoz - insbesondere zum Anschluß der DDR - und in diesem Zusammenhang zur inflationären Stalinismuskritik, die mittlerweile auch innerhalb der revolutionären Linken kaum noch politisch begründet wird.

Zum Schluß nochmal was Programmatisches aus der kamalatta flugschrift von Christian Geissler:

"und dies ist jetzt von uns zu verlangen die lage genau so

zu nennen

ohne zu flennen

und aber auch ohne zu lügen vom siegen

wir haben verloren.

wir fangen neu an.

das ist alles.

aber wie fangen wir alles neu an?

wo seid ihr genossinnen und genossen?"

Die Wetterkröten

Anmerkung:

Die vollständige Rohwedder-Erklärung ist in ak330 abgedruckt.

25. Was haben Kronzeugen von uns zu erwarten? Debattenbeitrag der Roten Hilfe Westberlin

Rubrik: Haftbedingungen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:20

Im Folgenden drucken wir einen Artikel der ROTEN HILFE Berlin nach, der in der Märzausgabe ihres regelmäßig erscheinenden Infos abgedruckt ist. Sie haben unter der Fragestellung diskutiert, was v.a. Kronzeugen von ihnen als ROTE HILFE zu erwarten haben. Das ist ein sicherlich aktuelles Problem, daß alle Initiativen, die Geld und Solidaritätsaktionen für Gefangene und Angeklagte organisieren im Einzelfall diskutieren müssen. Der Versuch, den die GenossInnen der ROTEN HILFE hier machen, ein allgemeingültiges Raster herauszudiskutieren, wann fällt welcher Gefangene in welche Kategorie: Kronzeuge, Verräter, Schwätzer, Reuiger, Belastender etc., und was bekommt er dann noch von uns erscheint mir doch sehr stark durch eigene politische Moralvorstellungen belastet. Das führt dazu, daß die Bandbreite des Verräter eben vom Kronzeugen, der einzelne Personen mit konkreten Tatvorwürfen belastet bis zum ideologischen Verräter reicht, der seine eigenen politische Geschichte/Handlung heute öffentlich - ggf. auch im Rahmen eines Prozesses - kritisiert, oder auch nur kritisch betrachtet.

Das in der Hauptsache mit der eigenen politischen Sympathie gedacht und geschrieben wird, wird deutlich an der Aprilaussgabe der ROTEN HILFE Berlin. Das Heft mit dem Schwerpunktthema Startbahn, so sollte mensch vermuten, bringt eine scharfe Polemik gegen die LUPUS-Gruppe, die nach erfolgreicher "Arthur hält's Maul" Kampagne, zwei Kronzeugen gegen Andreas Eichler auffährt, um Frank Hoffmann zu entlasten. Soweit es sich um eine reine Entlastungszeugenkiste für Frank Hoffmann handelt, könnte sich noch eine kritisch-solidarische Auseinandersetzung führen lassen. Die Katastrophe dabei ist allerdings, daß diese Entlastungszeugen als Belastungszeugen für Mord gegen Andreas Eichler aufgetreten sind. Das die Aussagen gemacht worden sind, wird als interessant bezeichnet. Die Aussagen ausschließlich als Entlastungsaussagen bezeichnet. Eine Auseinandersetzung darum findet - nicht nur - in dem Info der ROTEN HILFE Berlin nicht statt.

ga.

Der Prozeß gegen das ehemalige Mitglied der Rote-Armee-Fraktion und vorübergehenden Staatsbürger der DDR, Werner Lotze, ist vorüber. Lotze wurde zu zwölf Haft verurteilt. Dies war der zweite offizielle Prozeß, der nach den Regeln der 1989 eingeführten Kronzeugenregelung geführt wurde. Der erste ging im letzten Jahr vor dem Westberliner Landgericht gegen den kurdischen Kronzeugen Ali Cetiner über die Bühne. Darüber haben wir damals ausführlich berichtet.

Das Urteil gegen Werner Lotze, besonders die Strafhöhe, löste bei den Repressionsstrategen helles Entsetzen aus - das wiederum tief blicken läßt. Die anklagenden Bundesanwaltschaft (BAW) selber hatte nur neun Jahre gefordert und sofort nach der Urteilsverkündung ein Revisionsverfahren vor dem Bundesgerichtshof (BGH) angekündigt. Generalbundesanwalt v. Stahl kündigte im Spiegel 7/91 gar an, er werde - mit Ausnahme von Susanne Albrecht, die bereits vor dem Stuttgarter Oberlandesgericht angeklagt ist - die übrig bleibenden Kronzeugenprozesse "gegen" die Ex-RAF bzw. DDRler solange nicht zur Anklage bringen, wie der BGH nicht über die Lotze-Revision entschieden hat. Bundesrepublikanische Repressionsorgane offenbaren damit ein weiteres Mal, daß Kronzeugenprozesse mit einem rechtsstaatlichen Strafverfahren aber auch gar nichts mehr zu tun haben: Es ist handelt sich um ein abgekartetes Spiel zwischen der Anklagebehörde und der Verteidigung, in das nur noch die Richter hineinpfuschen können. Darüber hinaus wird in dankenswerter Offenherzigkeit die Tatsache bestätigt, um die sich die BRD seit nunmehr zwanzig Jahren herumgelogen hat - nämlich der politische Charakter von sog. "Terroristen"-Prozessen. Versuchten die staatlichen Organe sonst immer §129a-Prozesse zu "ganz normalen Strafverfahren" umzudefinieren, machen die Reaktionen der BAW und des Verfassungsschutzes auf das Lotze-Urteil deutlich, daß es ihnen in diesem Prozeß gar nicht politisch genug zugehen konnte. In aller Öffentlichkeit wird damit argumentiert, daß ein Kronzeugen-Verfahren nur dann "sinnvoll" ist, wenn der Prozeß und insbesondere das Urteil dem staatlichen Kalkül entspricht.

Die linke Szene reagierte auf die Festnahmen in der DDR sehr verunsichert, teilweise kopflos, aber in jedem Fall hochgradig emotional. Selbst erfahrene GenossInnen aus dem Antirepressions-Bereich mahnten zu einem behutsamen Umgang mit den angehenden Kronzeugen. Im ak (Nr. 321) meinte mensch anmerken zu müssen:

"Einfach nur Verrat zu schreien, wird dem Problem nicht gerecht ... es bedarf nicht viel menschlischen Einfühlungsvermögens, um nachzuvollziehen, daß sie (die Festgenommenen) reden wollen ... Die Gesprächspartner und die Medien, die sie sich ausgesucht haben, Staatsschutz und ‚Spiegel`, werden das Aufkommen einer ernsthaften Auseinandersetzung über die Fragen des bewaffneten Kampfes, über die RAF-Politik im konkreten, vermutlich gar nicht erst aufkommen lassen". Auch in der "Roten Hilfe-Zeitung" (4/90) wurde angeregt, "den ‚Verrat`-Begriff wieder einmal (?) neu zu diskutieren". Dort wurde so der politische Konflikt um die Kronzeugenregelung mit subjektivistischen "Argumenten" vermengt. In einer politischen Auseinandersetzung um das Verhalten der Ex- RAF/DDRler geht es nicht um das Recht jedeR GenossIn, eigene politische "Fehler" zu korrigieren, nicht um die Geschichte der RAF, nicht um die Rekrutierungspolitik der RAF Mitte der 70er Jahre und auch nicht um biografische Belange oder die psychologische Situation der Kronzeugen damals wie heute.

Mit der Kronzeugenregelung sind wir mit einer Verschärfung des gesellschaftlichen Repressionsniveaus im besonderen Ausmaß konfrontiert: In der im letzten Jahr erschienenen Broschüre der Roten Hilfe Westberlin "Geschichte, Praxis und Hintergründe der Kronzeugen" bezeichneten wir die Einführung der Kronzeugenpraxis als einen schleichenden Übergang, verbunden mit der Durchbrechung des rechtsstaatlichen Legalitätsprinzips. Im Prozeßalltag ergibt sich ein enormer Machtzuwachs für Bullen und Staatsanwaltschaften, während sich die traditionelle Rolle der Verteidigung als Gegenpart zur Staatsanwaltschaft in ihr Gegenteil verkehrt. Weiterhin haben wir für die Einführung der Kronzeugenpraxis die Umkehrung der prozessualen Beweispflicht prognostiziert (der von Kronzeugen Belastete muß dann seine Unschuld beweisen und nicht umgekehrt). Am Ende dieses Weges können u.E. auch Maßnahmen wie unkontrollierbare Vernehmungsmethoden (erkaufte oder erpreßte "Geständnisse") aber auch, wie am Beispiel Nordirlands belegt wurde, die offene Internierung stehen. Die Kronzeugenpraxis erweist sich somit als ein äußerst perfides Mittel der Aufstandsbekämpfung. Sie kommt einem "Einfallstor" gleich, mittels dessen in zugespitzten Situationen, weitergehende Repressionsmaßnahmen eingeführt und legitimiert werden können. Hierauf muß die betroffene Linke eine politische Antwort finden und nicht auf die vom Staatsschutz ausgelegte Leimrute des subjektiven Betroffenheitsgefühls tappen.

Nur mit Mühe konnte verhindert werden, daß selbst aus der antiimperialistischen Szene heraus versucht wurde (vgl. Klipper/Hornstein Prozeßinfo Nr. 8) eine Kampagne anzuleiern, die zum Ziel haben sollte, die Auslieferung der in der DDR Festgenommenen zu verhindern. Einige GenossInnen haben bis heute den Unsinn einer solchen Kampagne nicht einsehen wollen, der darin bestanden hätte, einen nach dem anderen der Schützlinge von der Solidaritätsliste streichen zu müssen - oder hätte mensch angehende Ex-RAF/DDR-Kronzeugen etwa nicht die Solidarität öffentlich entziehen müssen, weil es dabei angeblich auch um "unsere eigene politische Geschichte" ginge?

Grundlagen der Roten Hilfe

In der letztjährigen Diskussion innerhalb der Roten Hilfe Berlin zur Kronzeugen-Problematik, kamen wir überein, daß hiermit letztlich die Frage der Kooperation oder Nicht-Kooperation mit dem Staatsschutz angesprochen ist. Nun sind wir dieser Thematik beileibe nicht erst bei der Kronzeugen-Frage begegnet, sondern werden in all unseren Prozeßbesuchen, sei es nun 1. Mai- oder Antifa-Verfahren, immer wieder mit der Nase auf eben dieses Problem gestoßen: ob mensch in Bullenverhören, bei staatsanwaltschaftlichen Vorladungen oder vor Gericht mit dem Staatsschutz kooperiert oder eben die Klappe hält. Objektive Kriterien, von denen sich die Haltung der Roten Hilfe zu Kronzeugen ableitet, ergeben sich somit direkt aus der Auseinandersetzung mit der Aussageverweigerung.

Mit Fragen zur Aussageverweigerung hat sich die Rote Hilfe Berlin im letzten Jahr ebenfalls intensiv auseinandergesetzt und ihre Ergebnisse in der Broschüre "Aussageverweigerung und Verhörmethoden" veröffentlicht. Aus unseren Erfahrungen der Prozeßbeobachtung her verkündeten wir: Keine Aussagen vor Bullen und Staatsanwaltschaft. Nicht als BeschuldigteR, nicht als ZeugIn! Wir kamen zu dem Schluß, daß damit nicht um ein moralisch blitzsauberes Verhalten seitens der Betroffenen gebeten wird, sondern daß es im wohlverstandenen Eigeninteresse jedeR BetroffeneN, wie auch jeder Organisation liegt, sich an diese Position zu halten.

Einschränkend müssen wir darauf hinweisen, daß es sich bei der Roten Hilfe um ein Antirepressions-Bündnis handelt, in dem unterschiedliche linke Strömungen zusammenarbeiten. Daher maßt sich die RH keine

Stellungnahme zu Themen an, die jenseits ihres Aufgabenfeldes liegen. Ebensowenig können und wollen wir uns zum Richter - auch nicht über Kronzeugen - aufspielen. Die Rote Hilfe ist eine Organisation, die versucht auf unterschiedliche Weise Solidarität für die von der Klassenjustiz Verfolgten zu organisieren. Hierfür verfügt die RH grundsätzlich über vier Handlungsalternativen: die klassische Soliarbeit, kritisch-distanzierte Berichterstattung, Ignoranz und öffentlicher Entzug von Solidarität. Das was die RH anzubieten hat, sind politische Kriterien, an denen diejenigen, die sich an die RH wenden möchten, nachvollziehen könnten, nach welchen Grundsätzen wir unsere Solidarität ausrichten. Diese Kriterien könnten, so meinen wir, nun darüber hinaus auch für die innerlinke Positionsfindung in der Auseinandersetzung mit Kronzeugen nützlich sein.

Wir haben Kronzeugen, wie Werner Lotze und Ali Cetiner, versucht zu definieren als Zeugen, die umfassend mit dem Staatsschutz zusammenarbeiten und hierbei Aussagen über Mitglieder und Strukturen ihrer früheren Organisation (Ideologie, Logistik, Schwachstellen) tätigen. Dabei distanzieren sich Kronzeugen von ihrer politischen Vergangenheit. Der Staat belohnt dieses Verhalten mit materiellen Vergütungen.

Die sog. "Reuigen", also Personen, wie beispielsweise Peter Jürgen Boock, haben wir von Kronzeugen abzugrenzen versucht, indem wir zur Kenntnis nehmen, daß sie nicht über die Beteiligung Dritter, sondern "nur" über eigene Straftaten und über ihre Organisation "nur" indirekt aussagen. Zudem belohnt der Staat diese Kooperation erklärtermaßen deutlich geringer. Die Zusammenarbeit mit dem Staatsschutz wird vervollständigt durch die, für "Reuige" übliche Distanzierung von ihrer bisherigen Politik und ihren Taten. Dies geschieht regelmäßig über öffentli- che Erklärungen, in denen die bisherigen GenossInnen zur "Umkehr" aufgefordert werden und die Möglichkeit und Berechtigung einer revolutionären Veränderung der bestehenden Gesellschaftsordnung bestritten wird.

Der Roten Hilfe kann es nicht um eine individuelle Auseinandersetzung mit Kronzeugen und Verrätern solcher Art gehen. Für uns steht hier im Mittelpunkt, daß diese Leute sich vom Staatsschutz funktionalisieren lassen und objektiv zur Verschärfung bzw. gesellschaftlichen Legitimierung der Repression beitragen. Die Entlarvung der politischen Funktion derjenigen, die sich so auf die andere Seite geschlagen haben, steht für die Arbeit der Roten Hilfe im Vordergrund.

Auf den ersten Blick problematisch erscheint es, eine politische Position zu denjenigen zu entwickeln, die aussteigen und fortan nicht mehr politisch aktiv sind, die aber, im Gegensatz zu Kronzeugen und Reuigen, über die Aussagen hinausgehend nicht weiter mit dem Staatsschutz kooperieren. Wir halten gegenüber AussteigerInnen, wie z.B. Manfred Grashof, das ignorieren für die angebrachte Verhaltensweise. Ohne Belang ist es für die Rote Hilfe, wenn sich GenossInnen in ihrer politischen Grundeinschätzung korrigieren. Entgegen der landläufigen Annahme kooperieren auch AussteigerInnen mit dem Staatsschutz, nämlich allein schon deswegen, weil sie derartige Aussagen tätigen. Allerdings muß zur Kenntnis genommen werden, daß sie sich, eben im Unterschied zu Kronzeugen und Reuigen, darüber hinaus nicht, in Form von öffentlichen Distanzierungen, von dem Staatsschutz funktionalisieren lassen und nicht zu einer Verschärfung der Repression beitragen.

Neue Probleme könnten auftreten bei Leuten, die wir in Ermangelung einer zutreffenden Bezeichnung "normale Aussagewillige" getauft haben. Hierbei handelt es sich um Fälle, wie sie uns in den "alltäglichen" politischen Prozessen (Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beleidigung etc.) begegnen. Immer wieder kommt es dabei vor, daß Linke sich und auch Dritte durch Aussagen belasten. Nun werden solche Aussagen aber oft in Bullenverhören herausgepreßt. Entscheidend für die Rote Hilfe ist allerdings, daß in solchen Fällen nicht die politische Bestimmung der Aktion und/oder einer Organisation in Frage gestellt wird bzw. daß die Betroffenen weiterhin politisch aktiv sind.

In diesem für uns am häufigsten auftretenden Fällen müssen wir differenziert vorgehen. Grundsätzlich vertritt die Rote Hilfe die Position der konsequenten Aussageverweigerung. Es liegt in der Natur der Sache auf die Einhaltung dieser Forderung zu bestehen. Allerdings kommen z.B. bei der Behandlung von Anfragen wegen einer finanziellen Unterstützung eineR BetroffeneN eine Reihe von Faktoren in Betracht, so daß endgültige Statements in diesem Punkt verfehlt sind. Auf jeden Fall kann unsere Öffentlichkeitsarbeit in solchen Fällen über ein kritisch-nüchternes Niveau nicht hinausgehen. Beispielhaft hierfür ist unsere Kommentierung der Vorgänge beim Startbahn-Prozeß. In diesem Verfahren sind beinah alle hier angeführten Formen der Kooperation bzw. Nicht-Kooperation mit dem Staatsschutz vorgekommen, wobei wir versucht haben, auch entsprechend differenziert zu berichten.

Die letzte große Gruppe setzt sich aus den Gefangenen zusammen, die die Klassenjustiz nicht anerkennen. Dies drückt sich darin aus, daß sie trotz des unerhörten Drucks durch den Staatsschutz schweigen, d.h. keine Aussagen machen.

Die Rote Hilfe ist eine linke Schutz-und Solidaritätsorganisation, der es vornehmlich um das Zurückdrängen von Repression geht. Dies ist insbesondere möglich mit Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit über politische Gefangene, die selbst politisch aktiv sind. Gegenüber dem für uns entscheidenden Kriterium - der Nicht-Kooperation mit dem Staatsschutz - bleiben weitere Unterscheidungsmöglichkeiten innerhalb der Gruppe der Schweigenden für die Rote Hilfe bedeutungslos. So spielt es selbstverständlich keine Rolle, ob Gefangene ihre frühere Organisation kritisieren und diese ggf. verlassen, um in anderer Form politisch aktiv zu bleiben. Auch Aussageverweigernden, die sich von ihrer politischen Vergangenheit lösen und nicht mehr politisch aktiv sein möchten, gilt unsere Solidarität, wenn sie von Schikanen betroffen werden.

26. SED - Stasi = Fortschritt ohne Rücksicht Von Uschi Goldenbaum

Rubrik: Stasi-Debatte; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/57.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:57

Die Diskussion um die STASI, die Verantwortung der einzelnen, der SED und ihrer Nachfolgerin PDS, sowie die Konsequenzen, die heute aus der Arbeit der STASI und der Mitarbeit für sie zu ziehen sind, sind nach wie vor brennende Themen in der ehemaligen DDR. In dieser Diskussion spielen viele Fragen eine Rolle: die Aufarbeitung der Vergangenheit, die Konfrontation mit der neuen Gesellschaft, deren Machthaber die alte Gesellschaft mit Stumpf und Stiel auslöschen wollen, das Wehren gegen einseitige Anklage. Wir dokumentieren im folgenden einen Text, der für die Diskussion innerhalb der PDS geschrieben worden ist. Die Autorin, Uschi Goldenbaum, war nach dem Umbruch der DDR im Landesvorstand des Berliner Landesverbandes tätig und arbeitet heute als Mitarbeiterin von Marion Seelig (Vereinigte Linke), Abgeordnete der PDS/Linken Liste im Berliner Abgeordnetenhaus.

0. Die Diskussion um die Aufarbeitung der Geschichte der DDR ist in den neuen Bundesländern gegenwärtig vor allem orientiert auf die Staatssicherheit, auf deren Überwachungsaktivitäten gegenüber der Bevölkerung der DDR, insbesondere gegenüber den oppositionellen Kräften. Dieses verkürzte Herangehen mag man bedauern, weil es in mehrfacher Hinsicht ein Begreifen der Sicherheitskonzeption der Staatssicherheit, die ihrem Wirken zugrunde lag, behindert, tatsächlich ist das aber nicht zufällig, sondern Ausdruck des Bedürfnisses nach Wegdrängen möglicher eigener Verantwortung und Betroffenheit. Ein Beleg dafür ist das Phänomen, daß sich dieselbe Verengung innerhalb der Mitarbeiterstrukturen der Staatssicherheit wiederholt, wenn die Verantwortung für die Bespitzelung der Bevölkerung von Mitarbeitern bestimmter Abteilungen grundsätzlich abgelehnt wird, weil sie selbst nur die Verfolgung von Nazikriegsverbrechern betrieben, westliche Geheimdienste beobachtet hätten oder bloß in technischen Diensten tätig gewesen wären.

Das ist allerdings richtig, aber dieses Argument verstellt das eigentliche Problem, das der Arbeit aller Abteilungen der Staatssicherheit zugrunde liegende gemeinsame Sicherheitsverständnis, das deren selbstverständliche Zusammenarbeit einschloß, so wenn oppositionelle BürgerInnen Westkontakte hatten, darunter fast unvermeidlich auch zu Mitarbeitern westlicher Geheimdienste, die als Journalisten o.ä.. daherkamen, oder wenn in der Vergangenheit z.B. von Robert Havemann nach schwarzen Flecken hinsichtlich einer Kollaboration mit den Nazis gesucht wurde.

Ebenso war das Funktionieren einer flächendeckenden Überwachung gar nicht möglich ohne die Bereitschaft breiter Teile der Bevölkerung (wenngleich keineswegs der absoluten Mehrheit, wie wir uns gern einbildeten), darunter vor allem der Mitglieder der SED, der FDJ, der Blockparteien, der GST usw., mit der Staatssicherheit zusammenzuarbeiten, viele mit dem klaren Motiv, den sozialistischen Staat vor Schaden und gegen jede subversive Tätigkeit zu schützen, aber viele andere auch nur aus alltäglichem und gar nicht zu verurteilendem Opportunismus heraus, jeder Konfrontation aus dem Wege zu gehen. Das Begreifen der eigenen Verantwortung für die unkritische Haltung gegenüber der Staatssicherheit, gegenüber dem ihrer Arbeit zugrunde liegenden Sicherheitskonzept, hätte eine kathartische Wirkung für alle betroffenen DDR-BürgerInnen, aber für die Mitglieder der PDS ist dies darüberhinaus eine Voraussetzung für Politikfähigkeit und für Bündnisfähigkeit.

1. Wir müssen begreifen, daß die Sicherheitskonzeption der Staatssicherheit wesentlich identisch war mit der der SED und aller staatstragenden Kräfte in der DDR, und sich folgerichtig aus dem Politikverständnis und aus der Geschichtsauffassung der SED ergab, die in der Tradition der KPD und der KPdSU stand. Es handelte sich um ein recht vereinfachtes Weltbild, das da unter angeblicher Berufung auf Marx über massenhafte Schulung gerade unter den Funktionären des politischen Systems verbreitet worden war: Sozialismus ist die Gesellschaftsordnung, die als gesellschaftlicher Fortschritt auf den Kapitalismus folgte (unumkehrbar). Sie war fortschrittlicher, also auch besser für die Menschen. Auch der real existierende Sozialismus mit einigen Mängeln war immer noch besser als bloße sozialistische Ideen im Kapitalismus. Kritik an Erscheinungen dieses real existierenden Sozialismus war so immer auch eine Kritik am Sozialismus überhaupt, schwächte ihn und stärkte also den Kapitalismus. Solche Kritik zu unterdrücken oder ihr die Öffentlichkeit zu nehmen, schien deshalb legitim. Schon jedes geäußerte nicht erfüllbare Bedürfnis galt dabei als versteckte Kritik. Wer nicht fest auf diesen Positionen stand, wer an der politischen Führung, die das Subjekt des Fortschritts war, Zweifel

anmeldete, galt als Kritikaster, als Meckerer. Die Interessen des Individuums und seine individuelle Auffassung hatten sich den Interessen des Kollektivs, erst recht des gesellschaftlichen Gesamtkollektivs und der gesellschaftlich geltenden Auffassungen unterzuordnen. Es galt, den sich objektiv vollziehenden Prozeß des Fortschritts dadurch zu befördern, indem man an seinem Platz das Nötige tat und sich in ihn einordnete. Jedes Anderssein weckte Mißtrauen, da wollte sich jemand von uns, von seinem Kollektiv abwenden. Schon andere Frisuren, Kleidermoden, gar Stirnbänder galten als Signal für gewolltes Anderssein. Bewahrheiteten sich diese Befürchtungen, teilweise als sich selbst erfüllende Prophezeiungen, lehnte man solche Andersseinwollende ab, wollte nichts mit ihnen zu tun haben, suchte, auch nur für sich selbst, nach Argumenten, um sie unsympathisch und ablehnungswürdig finden zu können. Das begann früh in kleinen, harmlosen Schritten, die mit irgendwelchen "finsteren" Aktionen einer Staatssicherheit noch gar nichts zu tun hatten (wenngleich sie die Macht der politischen Führung auch durch die Staatssicherheit zur Voraussetzung hatten):

- wer nicht regelmäßig sein Halstuch trug (es öfter "in der Wäsche" hatte)

- wer sein Blauhemd nur während der Versammlung überzog oder gar nicht trug

- erst recht, wer nicht Pionier oder FDJler war

- wer zu viele bohrende Fragen oder Zweifel hatte im Unterricht oder in der Versammlung

- wer immer das FDJ-Lehrjahr schwänzte

- wer nicht zum Appell kam

- wer Westradio im Internat hörte

- wer nicht zur Demonstration am 1. Mai ging

- wer nicht bereit war, zur Kampfgruppe zu gehen

- wer nicht flaggte

- wer nicht mit der Hausgemeinschaft zur Wahl der Kandidaten der Nationalen Front ging

- erst recht, wer gar nicht wählen ging usw., - der war kein bewußter Pionier, FDJler, Genosse, nicht "gesellschaftlich aktiv", der stand abseits, dem fehlte die "politische Reife", dem konnte man keine verantwortliche Funktion übertragen, auf den hatte man zu achten, mit dem hatte man die Auseinandersetzung zu führen - diese Formulierungen gingen uns doch leicht von den Lippen -, und Westradio im Internat konnte auch schon zur Exmatrikulation aus der Universität führen. Unterschätzt haben wir dabei wohl immer den passiven Widerstand von Menschen, die die Auseinandersetzung und den offenen Widerstand scheuten, aber durch eine entwickelte Kultur der Ausrede dem Druck der Forderungen auswichen. Wer sich nicht kritisieren ließ, der Auseinandersetzung trotzte, der war arrogant, mißachtete die Kraft des Kollektivs, war besserwisserisch. Bei hartnäckiger Weigerung, sich ins Kollektiv einzufügen, hieß es bald, "Solche Menschen haben keinen Platz in unserer Gesellschaft!" - Was aber war die Konsequenz einer solchen Äußerung, wie sie doch häufig zu hören war?

Wer in der SED nach Kritik und Auseinandersetzung kein Einsehen zeigte, wurde ausgeschlossen, wer austreten wollte, wurde auch ausgeschlossen, wer dagegen stimmte, aus welchen Gründen auch immer, galt als Sympathisant des Ausgeschlossenen, auf den man künftig achten mußte, den man im Auge behalten mußte.

Damit ist das Stichwort gefallen: Beobachten, in der Sprache der Stasi hieß das Observieren.

In den Schulen waren damit, mit solcher achtsamen Beobachtung, die Genossen der Elternaktive und der Elternbeiräte beauftragt, gegenüber Schülern wie gegenüber bestimmten parteilosen Lehrern. Wer das ablehnte, war wohl selbst schon suspekt und unzuverlässig.

2. Angesichts dieser gesellschaftsweiten und machtgestützten Einübung der sogenannten "revolutionären Wachsamkeit" wird deutlich, daß die Staatssicherheit bloß die besondere Institution darstellte, die sowohl Beobachtung als auch Ausgrenzung suspekter Bürger nunmehr zum besonderen Gegenstand ihrer Tätigkeit machte, sie professionell betrieb bis hin zur physischen Observation, sie gesamtgesellschaftlich organisierte und koordinierte. Die Staatssicherheit ist der konzentrierte und institutionalisierte Ausdruck des Sicherheits-,

Politik- und Geschichtsverständnisses der SED. Dabei konnte sie sich auf die Bereitschaft des größten Teils der Mitglieder der SED, der FDJ, der GST, aber auch anderer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen sowie auf einen großen Teil der Bevölkerung stützen, die in dem oben genannten Sicherheitsverständnis sozialisiert waren, die die Ablehnung und Ausgrenzung von Andersdenkenden im Interesse der Stabilität des "gesellschaftlichen Ganzen" mittrugen.

3. Bisher ist völlig unzureichend aufgedeckt, wie die Strukturen der Kommunikation zwischen SED-Leitung, staatlichen Behörden, dem MdI, den Wehrkreiskommandos und der Staatssicherheit beschaffen waren. Tatsache ist aber, daß die Verständigung gut klappte. Ein Genosse Besucher, auf einem Friedensfest der Kirche von unten observiert, wurde schon Tage später zu seiner Kreisleitung bestellt, um dort zu erfahren, daß seine Tätigkeit an der Akademie der Wissenschaften bei Fortsetzung solcher Kontakte nicht vereinbar sei. STASI, SED-KL und staatliches Institut waren sich einig.

Es war aber genau dieses Zusammenwirken aller Institutionen (außer der Kirche), was jeden zwang, schon den ersten Schritt auf neuen Pfaden als grundsätzliche Entscheidung zu begreifen oder aber nach der ersten Erfahrung erschrocken umzukehren.

Bis heute sind die damals Verantwortlichen für die Sicherheitspolitik der SED, des Staates, des MfS nur sehr selten bereit, über die Mechanismen dieser Zusammenarbeit zu sprechen, noch weniger in der Öffentlichkeit, sie sind aber oft noch Mitglieder der PDS. Von daher sollte es Aufgabe der PDS sein, die Aufarbeitung dieser Mechanismen zu organisieren und zu finanzieren, Archivmaterial aufarbeiten zu lassen, Gespräche mit den damals Verantwortlichen zu führen, wenn sie selbst die Öffentlichkeit scheuen.

4. Je perfekter das Zusammenwirken von Staat, Partei und STASI bei der organisierten Behinderung und Verfolgung der Andersdenkenden war, umso mehr waren diejenigen, die es bewußt wagten, andere Wege zu gehen, von uns abgelehnt, ignoriert, verdrängt, gesellschaftlich isoliert. Damit wollten wir nichts zu tun haben. Bis zum Jahre 1989, viele von uns bis heute nicht. Viele wollen bis heute nicht wissen, wie diese Wenigen unter den Bedingungen der gesellschaftlichen Ausgrenzung, der beständigen und mitunter bewußt offensichtlichen Observation, den Berufsverboten, der Diskriminierung ihrer Kinder lebten. Ganz zu schweigen von den schon unter DDR-Recht ungesetzlichen Aktivitäten der Staatssicherheit, von Mißhandelten und Toten.

Dieses Thema ruft bis heute die größten Emotionen hervor, verständlicherweise von den Opfern solcher Gesetzesbrüche, aber von Seiten der ehemaligen Mitarbeiter der Staatssicherheit wird gerade bei diesem Thema mit Vehemenz abgewiegelt. Das seien Ausnahmen gewesen, Übergriffe Einzelner, die dafür zur Rechenschaft gezogen worden wären. Zugleich gibt es hier am wenigsten aufgearbeitetes Material, das aber für die juristische Abklärung der erhobenen Vorwürfe und der beantragten Rehabilitierungsversuche dringend notwendig wäre.

Auch hier hat die PDS eine besondere Verantwortung, weil wir in unseren Reihen viele ehemalige Mitarbeiter der STASI haben, die durch ihre Kenntnis der Strukturen, der MitarbeiterInnen, der Denkweise und der Handlungsspielräume Beiträge zur Aufarbeitung leisten könnten.

5. Das bekannte Wort, daß man ohne die Bewältigung seiner Vergangenheit die Probleme der Gegenwart nicht zu lösen vermag, gewinnt für die PDS und ihre Mitglieder angesichts der gegenwärtigen Situation in der Partei eine offensichtliche Brisanz. Angesichts der jetzt uns geschehenden Ausgrenzung und Ablehnung stellen sich viele nicht den Fragen nach dem Warum, sondern weichen aus in eine Position des Selbstmitleids. Eine neue Schulterschlußmentalität macht sich breit. Da wir alle betroffen seien von dieser Ausgrenzung, müßten wir zusammenstehen, uns gemeinsam wehren gegen ungerechtfertigte Vorwürfe. Man wehrt sich wieder gegen die Anderen:

- Gegen die Normalbürger, die Opportunisten, die doch auch alle mitgemacht hätten. Wirklich? Ist das nicht schon wieder unsere alte, selbstgerechte Denkweise? Waren darunter nicht auch die, sie sich "abseits" hielten, "gesellschaftlich inaktiv" waren, die als Pioniere das Pioniertuch regelmäßig in der Wäsche hatten? Natürlich waren das keine Widerständler, aber die Schwelle dafür war ja durch unser Sicherheitsverständnis auch hoch genug.

- Gegen die früheren Oppositionellen, die jetzt eine Hetzjagd gegen uns entfachen würden. Da wird verbittert argumentiert: Natürlich wissen wir jetzt, daß es in der DDR Berufsverbote gab, aber so schlimm wie jetzt waren sie doch nicht, es gab doch immer irgendeine Arbeit. Dazu ist zu sagen:

a) Wissen wir nicht erst jetzt von Berufsverboten in der DDR, wir haben es immer gewußt, geahnt oder hätten es mit nur wenig Neugier erfahren können, aber wir wollten es nicht wissen. Z.B. die Verweigerung des Abiturs oder des Studiums als Formen des prophylaktischen Berufsverbots gegen politisch unzuverlässige Schüler waren für die Genossen Eltern wahrnehmbar.

b) Berufsverbote sind nicht identisch mit Arbeitslosigkeit. Bisher werden die wenigsten wegen politischer Auffassungen entlassen, die meisten aus strukturellen Gründen, wegen der Schließung von Betrieben und Einrichtungen. Und die Funktionäre des alten Staates sollen ihre führenden Positionen in allen Behörden oder auch ihre Stelle verlieren. Das wird in den Betrieben und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes, auch in Abhängigkeit der örtlichen Parlamente, verschieden gehandhabt. Die Forderung der PDS nach Einzelfallprüfung kann nur selten durchgesetzt werden. Aber gesetzt sie könnte es überall zur Akzeptanz bringen - was, wenn nach der Einzelfallprüfung ein Berufsverbot ausgesprochen wird, weil z.B. eine Schuldirektorin die Zukunft ihrer Schüler behindert hat, statt die Schüler zu fördern und sie ist noch PDS-Mitglied? Wird da nicht gleich der Protest gegen Berufsverbote laut werden?

c) Berufsverbote in der DDR waren schlimmer als jetzt, weil sie nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern auch gesamtgesellschaftlich durchgesetzt werden konnten, bei Ausbleiben einer Anpassung lebenslänglich oder bis zur Ausreise, bis 1989.

d) Auch in der DDR gab es Arbeitslose (übrigens ohne Arbeitslosenunterstützung), die in ihrem Beruf oder auf ihrem Qualifikationsniveau keine Arbeit mehr fanden. Sie konnten nur jobben gehen als Garderobenfrau, Heizer, Friedhofsarbeiter. Solche Jobs sind auch heute zu finden. Natürlich ist so nicht das Problem der Massenarbeitslosigkeit zu lösen.

- Gegen die sogenannten Erneuerer der PDS, die Neunmalklugen, die es schon immer besser gewußt haben wollen, arrogant, diskutierwütig, aber keine Disziplin, die keinen Respekt vor der Leistung der alten Genossen haben, auch nicht vor den Genossen der Parteiführung, die Jungen Genossen machen die Arbeit des Parteivorstandes unmöglich durch ihre destruktiven Diskussionen, sie forderten Dinge, die durch die Mehrheit nicht getragen würden.

- Gegen die Wessis, die keine Verantwortung zu tragen und also gut reden hätten, ständig belehren wollten, uns mit Theoriedebatten überhäuften statt praktikablen Vorschlägen und die Errungenschaften der DDR nicht schätzen könnten, aber auch keine Ahnung über Befindlichkeiten "der" Basis hätten und diese daher beständig überforderten. Bis hin zu Äußerungen: "Wir brauchen Wessis nicht!".

Da ist das alte einfache Weltbild wieder da: Ausgrenzen, Verunglimpfen derer, die sich nicht ins Kollektiv einordnen, und untereinander der Schulterschluß, das Verstecken und Geborgensein im Kollektiv und seiner gemeinsamen Meinung, erst recht, wo alles andere in der neuen Gesellschaft unsicher geworden ist. Keine Experimente in der PDS, Einheit und Geschlossenheit sollen wieder unsere Kraft sein.

Schon wieder vergessen, daß wir zuhören wollten und nicht nur unseren eigenen Genossen, daß wir die Meinung Andersdenkender verstehen wollten, ohne sie unbedingt zu akzeptieren, daß wir TOLERANZ lernen wollten. Toleranz, die wir selbst jetzt so nötig brauchen, die wir von anderen einfordern, ohne sie selbst aufbringen zu können.

In solchen Diskussionen, wenn ganze Versammlungen aufbrüllen, weil jemand nicht die eigene Position bestätigt, wird klar, daß wir unsere Aufarbeitung nicht für die Bürgerbewegung, für die DDR-Bevölkerung und nicht für die Aufbesserung unseres Image brauchen, sondern vor allen Dingen für uns selbst, für unsere Entwicklung zu selbständig, d.h. einzeln denkenden Individuen, die sich nicht im Kollektiv verstecken brauchen, die ihre Meinung auch allein und mit Argumenten statt Beschimpfungen vortragen können. Aber wir müssen unsere damalige und teilweise auch heute noch bestehende Intoleranz erst begreifen, unseren Unwillen, andere Auffassungen zu verstehen, uns bewußt machen, um Toleranz zu lernen.

6. Eine Falle war schon in der Vergangenheit und ist jetzt bei der Aufarbeitung die Berufung auf die ehrliche Motivation und auf den guten Willen, doch nur den Sozialismus gegen den Kapitalismus verteidigen zu wollen.

Und natürlich ist es wahr, daß die Geschichte der Staatssicherheit nicht ohne die Geschichte des Verfassungsschutzes und des Bundesnachrichtendienstes, ohne den Kalten Krieg und ohne den Klassenkampf zu verstehen ist. Aber das darf nicht dazu führen, uns wieder in die alte Falle laufen zu lassen. Früher haben wir die Kritik an der DDR heruntergeschluckt, weil wir die DDR gegen die schlechtere kapitalistische Alternative schützen wollten, wir haben ihre Mängel verteidigt, um sie attraktiver zu machen. Aber dadurch wurde sie weder geschützt noch attraktiver. Gerade auf diese Weise haben wir dem Sozialismus zum Untergang verholfen. Diese Falle gilt es nun bei der Aufarbeitung der Vergangenheit zu vermeiden. Vielleicht haben es dabei gerade die jüngeren Mitglieder und Sympathisanten der PDS leichter.

7. Für die jüngeren Generationen der DDR war die Begegnung mit der STASI nicht mehr begleitet vom Kalten Krieg. Sie wuchsen in einer Stabilität ausstrahlenden sozialistischen Gesellschaft auf, die die offensichtliche Zunahme der Mitarbeiter und die Ausweitung der Aktivitäten der STASI gerade seit den 70er Jahren nicht mehr als selbstverständlich erscheinen ließ. Die "ständige Verschärfung des Klassenkampfes" erschien übertrieben und wurde belächelt. Sowohl der natürliche Generationskonflikt, die Konzeptionslosigkeit für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und die zunehmende Entleerung bestimmter Riten und Formeln, teilweise auch die persönliche Bekanntschaft mit der seit den 80er Jahren zunehmenden Zahl der "Andersdenkenden" und ihre Aktivitäten, die den Vorwurf, das sei der imperialistische Klassenfeind, wenig glaubhaft erscheinen ließ, erschütterten unter den jüngeren Generationen auch der SozialistInnen die alten Feindbilder, die alte selbstverleugnende Parteidisziplin und die Berührungsängste. Eigenes Denken und kritische Fragen waren unter den jungen Leuten schon vor der Wende häufiger anzutreffen.

Zugleich haben sie - wenngleich ohne Verdienst - auch weniger Verantwortung für unsere Vergangenheit zu tragen, weniger das Bedürfnis, die Leistungen der Vergangenheit vor aller Kritik zu schützen und zu bewahren, und vor allem, das ist zu hoffen, eine größere Neugier, nach den Ursachen des Zusammenbruchs zu fragen und die Antworten aushalten zu können, sich für die ganz andere Sicht von anderen BürgerInnen auf die gemeinsame Geschichte der DDR zu interessieren und für die Gründe dieser unterschiedlichen Sichtweisen.

Von daher scheint es wünschenswert, daß sich die AG Junge GenossInnen in die bis in das Präsidium unserer Partei hinein ungeliebte Diskussion einmischt, ihre Fragen stellt und eine Öffentlichkeit dieser Diskussion anstrebt. Auch bei der kritischen Sichtung der Akten des Parteiarchivs, in Informationsgesprächen mit früher Verantwortlichen und bei der Aufarbeitung der Tätigkeit der Parteikontrollkommissionen könnten Mitglieder der AG wesentliche Beiträge im Interesse des Begreifens unserer Vergangenheit leisten. Diese Tätigkeit setzt aber selbst schon ein kritisches Verhältnis, aber auch ein Bemühen zu verstehen, voraus.

Bedingung dafür ist der selbstkritische Umgang mit der eigenen, wenngleich kurzen Geschichte und mit dem eigenen alten Denken, insbesondere dem Verzicht auf eigenes Denken und der Anpassung an das, was alle denken. Wir sollten uns alle einmal beim Lesen des "Kommunistischen Manifests" so entsetzen, wie einige Jahre zuvor unser alter Genosse Stephan Hermlin: "Längst schon glaubte ich es zu kennen, als ich, es war in meinem fünfzigsten Lebensjahr, eine unheimliche Entdeckung machte. Unter den Sätzen, die für mich seit langem selbstverständlich geworden waren, befand sich einer, der folgendermaßen lautete: `An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung aller die Bedingung für die freie Entwicklung eines jeden ist'. Ich weiß nicht, wann ich begonnen hatte, den Satz so zu lesen, wie er hier steht. Ich las ihn so, er lautete für mich so, weil er meinem damaligen Weltverständnis auf diese Weise entsprach. Wie groß war mein Erstaunen, ja mein Entsetzen, als ich nach vielen Jahren fand, daß er Satz in Wirklichkeit gerade das Gegenteil besagt: `... worin die freie Entfaltung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.'"

27. Das Recht holt wieder mal die Praxis ein. Das neue Hamburger Polizeigesetz ist ein Skandal

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/54.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:54

Einem Mann wie Erich Mielke werden in der Einsamkeit seiner Zelle Tränen der Rührung kommen. Angeklagt unter anderem wegen einer Anordnung, aufgrund derer 32 Telefonanschlüsse illegal abgehört wurden, wird er zur Kenntnis nehmen müssen, wovon das Ministerium für Staatssicherheit zu seiner Zeit als gesetzlicher Grundlage nur träumen konnte: Der unbeschränkte und unkontrollierte Einsatz von Abhörwanzen, verdeckten Ermittlern, Observationsteams und der Datenerfassung durch die Polizei ist seit kurzem parlamentarisch-rechtsstaatlich legalisiert. Das Hamburger Polizeigesetz, Ende April von der Bürgerschaft beschlossen und in schmeichelhafter Untertreibung "Gesetz über die Datenverarbeitung der Polizei" genannt, soll nach dem Willen des SPD/FDP-Senats Vorbild für ähnliche Regelungen in den übrigen Bundesländern sein.

Das Gesetz fährt mit dem fortschreitenden Abbau von Bürgerrechten dort fort, wo das MfS gezwungenermaßen aussteigen mußte. Einem hochtechnisierten, hierarchisch gegliederten, nach außen abgeschotteten, ständig motivierten und mit allen denkbaren Überwachungsmitteln ausgestatteten Polizeiapparat stehen Individuen gegenüber, die in den Kategorien der Macht in jeder ihrer Lebensäußerungen nur noch als Straftäter, mögliche Straftäter oder Kontakt- und Begleitpersonen solcher Täter gedacht werden. Mit dem neuen Gesetz bestimmt endgültig der "Erfolg" polizeilichen Handelns dessen Rechtmäßigkeit.

Und schließlich waren während der Gesetzesberatung wieder einmal alle Mahnungen der kleiner gewordenen Zahl von PolizeikritikerInnen zugunsten demokratischer Rechte in den Wind gerufen. Dies braucht niemanden wundern, denn viele der verabschiedeten und jetzt offiziell erlaubten Maßnahmen gehörten seit Jahren zur Alltagsarbeit polizeilicher Tätigkeit. Bestätigt wurde in Hamburg jene Maxime bundesdeutscher Polizeipolitik, nach der die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen der polizeilichen Praxis folgen und nicht umgekehrt.

Die gesetzlichen Bestimmungen

Hamburgs zuständiger Innensenator Hackmann (SPD) nennt das neue Polizeigesetz ohne Umschweife: "...ein ehrliches Gesetz, das den Bürgern sagt, was die Polizei darf und was nicht."(Hamburger Abendbl.,11.4.91) Mit dem ehrlichen "Gesetz über die Datenverarbeitung der Polizei" werden dieser "besondere Befugnisse" zugesprochen. Hierzu gehören:

- Datenerhebung durch Observation (§ 9);

- Datenerhebung durch den verdeckten Einsatz technischer Mittel (§ 10), z.b. Lauschangriffe mittels sogenannter Wanzen;

- Datenerhebung durch den "Einsatz von Personen, deren Zusammenarbeit mit der Polizei Dritten nicht bekannt ist" (§ 11), V-Leute und jede Art von Informanten und Spitzeln;

- Datenerhebung durch den Einsatz verdeckter Ermittler (§ 12), sogenannte Under-Cover-Agents.

Die Polizei wird ermächtigt, bei den "für eine Gefahr Verantwortlichen", ebenso aber auch bei anderen Personen, "technische Mittel zur Anfertigung von Bildaufnahmen und Bildaufzeichnungen sowie zum Abhören und Aufzeichnen des gesprochenen Wortes" einzusetzen, und zwar auch "in oder aus Wohnungen" (§ 10 Abs. 1 und 2). Derartige Maßnahmen sind zulässig zur "Abwehr einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person", sofern der Einsatz dieser Mittel der Polizei "erforderlich" erscheint. Zwar ist für eine derartige Maßnahme in der Regel eine richterliche Anordnung vorgesehen, die dann auch aktenkundig ist, bei "Gefahr im Verzuge" darf aber der Polizeipräsident allein die Maßnahmen anordnen. Eine richterliche Entscheidung unterbleibt auch, "wenn anzunehmen ist, daß die Entscheidung des Richters erst nach Beendigung der Maßnahme ergehen wird." (§ 10 Abs.3)

Sämtliche Daten, die die Polizei auf diese Weise erlangt, stehen im Falle eines späteren strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens nicht unter der Kontrolle von Staatsanwaltschaft oder Gerichten und ebensowenig über das Akteneinsichtsrecht unter Kontrolle der Verteidigung in einem Strafverfahren. Die Polizei "darf" so

gewonnene personenbezogene Daten "an öffentliche Stellen" übermitteln, muß es jedoch nicht. Die Maßnahmen der "Datenerhebung" können sich im Rahmen "vorbeugender Bekämpfung" von Straftaten "mit erheblicher Bedeutung", wozu nach dem Gesetz bereits Einbruchdiebstähle gehören, auch gegen "Kontakt- oder Begleitpersonen" möglicher Tatverdächtiger richten (§ 9 Abs.1 und 2).

Von der Repression zur Prävention

Aus der Juristensprache übersetzt lautet der Gesetzestext schlicht: Die Polizei wird ermächtigt, heimlich Abhörwanzen einzubauen, wo sie es gerade für richtig hält, ohne darüber irgendjemandem oder einer Behörde Rechenschaft ablegen zu müssen. Ebenso kann sie nach Belieben V-Leute und verdeckte Ermittler ein- und ansetzen. Voraussetzung hierfür ist nicht (mehr), daß bereits eine Straftat begangen wurde oder unmittelbar bevorsteht, sondern eine Straftat muß lediglich irgendwie und irgendwann möglich sein. Eine solche Voraussetzung ist natürlich aus polizeilicher Sicht immer gegeben. Jede BügerIn ist aufgrund polizeilicher Sicherheitslogik ein permanentes Sicherheitsrisiko. Die Polizei wandelt sich von einem Instrument der Verfolgung zu einem solchen der Vorbeugung.

Die ursprünglich der Polizei zugewiesene repressive Aufgabe, als "Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft" geschehene Straftaten aufzuklären, wird zugunsten der präventiven Aufgabe, mögliche Straftaten generell zu verhindern, in ein polizeiliches Ermittlungsvorfeld verlegt, in dem jede Lebensäußerung, von wem auch immer, schon deshalb interessant ist, weil eben nicht ausgeschlossen werden kann, daß ihr womöglich in ferner Zukunft eine Straftat folgen könnte, der schon heute vorgebeugt werden muß. Das unstillbare Informationsbedürfnis der Polizei wird damit institutionalisiert. Die Zuweisung an die Polizei, allein repressive Aufgaben wahrzunehmen und sie von präventiven Aufgaben fernzuhalten, wurde von liberalen Rechtsstaatsvertretern bis in jüngste Zeit als ein Ergebnis der aus dem Faschismus gezogenen Lehren gepriesen. Polizei und Gestapo sollten verhindern, daß Straftaten überhaupt begangen werden und waren hinsichtlich ihrer Mittel und Methoden hierfür allein er Polizeiführung und niemandem sonst verantwortlich. Der Polizei- und Sicherheitsapparat mit dem Reichssicherheitshauptamt an der Spitze wurde mit dieser Vorgabe unter Führung von Reinhard Heydrich zum schlagkräftigsten Instrument des faschistischen Staates. Und zumindest auf der Ebene der Phänomene drängen sich historische Parallelen auf.

Das neue Gesetz gibt dem Polizeiapparat die heute verfügbaren Mittel an die Hand, nach Belieben, ohne Kontrolle und nur sich selbst verantwortlich, abgeschirmt von jeder kritischen Öffentlichkeit zu agieren, wie sie es jeweils für richtig hält. All dies freilich jetzt gesetzlich legitimiert.

In der Öffentlichkeit wird für das Gesetz mit dem Schreckgespenst der ach so schwachen Polizei geworben. Der Sicherheitsapparat könne im täglichen Kampf gegen die internationale Drogenmafia und die organisierte Kriminalität, zu der nach der Definition z.B. die BewohnerInnen der Hafenstraße seit Jahren zu zählen sind, nur mittels "Datenerhebung" bestehen. So werden die Ruhe und Ordnung erheischenden BürgerInnen für die neue Polizeiarbeit schnell gewonnen.

Wer die Dynamik und den Korpsgeist innerhalb der Polizei kennt, und jedes Vorurteil in dieser Richtung wird durch die Wirklichkeit regelmäßig übertroffen, kann sich ausmalen, zu welchen Leistungen der Sicherheitsapparat in Zukunft noch fähig sein wird. Jetzt ist (endlich) gesetzlich legitimiert, was Polizeiführer wie Herold oder Stümper schon vor einem Jahrzehnt mit ihren polizeilichen Präventionsstrategien forderten, nämlich die gesamte Gesellschaft vorbeugend zu durchdringen und zu erfassen.

Jene Vielzahl polizeilicher Sonderkommandos, Mobiler Einsatzgruppen, spezieller Ermittlungsabteilungen, Under-Cover-Agents, Staatsschutzdezernate, Observationsteams und die ungehinderte Zusammenarbeit zwischen Landerkriminalämtern, Bundesgrenzschutz, Bundeskriminalamt sowie der Bundesanwaltschaft und dem Verfassungsschutz läßt den bürgerlich-rechtsstaatlichen Anspruch, im Alltagsleben nicht zum Objekt einer "Datenverarbeitung der Polizei" zu verkommen, zur bloßen Makulatur werden. Innensenator Hackmann, auch um die Zustimmung neo-rechtsstaatlicher Citoyens bemüht, meint demgegenüber: Es handelt sich um "das liberalste Polizeigesetz" (TAZ, 11.4.91) und andere sollten sich daran ein Beispiel nehmen. Wohlgemerkt, vor 14 Jahren reichte e i n (bekanntgewordener) Lauschangriff gegen Klaus Traube zum Rücktritt des damaligen Bundesinnenministers.

Daß tatsächlich das Ziel des neuen Polizeigesetzes die Datenerfassung der gesamten Gesellschaft ist, was hier heißt, all jener, die aus Polizeisicht irgendwie interessant sein könnten, findet sich im Gesetzeswortlaut nur versteckt.

Kontakt- oder Begleitperson

Es ist bei der "vorbeugenden Bekämpfung" von Straftaten im Gesetz die Rede davon, die Maßnahmen der "Datenerhebung" auch gegen "Kontakt- oder Begleitpersonen" möglicher Tatverdächtiger zu richten. Konkret also: es ist keine geschehene Straftat erforderlich, es braucht nur ein möglicher - was meint: zukünftiger - Tatverdächtiger einer nicht erforderlichen zukünftigen Straftat vorhanden sein und zu dieser quasi doppelt potentiellen Tat- und Täterkonstellation braucht sich nur eine im Gesetz nicht näher definierte "Kontakt- oder Begleitperson"zu gesellen. Diese Person kann dann im Büro, in der Wohnung oder auf der Straße abgehört oder observiert werden, V-Leute und UCA's können zum Einsatz kommen. Noch weitläufiger, uferloser und unfaßbarer kann eigentlich eine gesetzliche Definition, die immerhin dem rechtlichen Grundsatz des Bestimmtheitsgebotes unterliegt, nicht formuliert werden. "Kontakt- oder Begleitperson" sind demnach: Nachbarn, Beichtväter, Ärztinnen, Verwandte, Mieter, Anwältinnen, Drogentherapeutinnen, Hausmeister, Kegelbrüder, Kunden, Stammgäste, Arbeitskolleginnen, die Avonberaterin und der Mann von der Allianz. Niemand von jenen wird ausschließen können, mit möglichen Straftätern irgendwann und irgendwie in Kontakt zu kommen oder schon zu sein. Das Leben ist vielfältig und hält manche Verstrickung bereit, die mit polizeilichen Abhörmethoden natürlich nicht zu lösen, für die Polizei aber allemal interessant ist. So hat, um ein Beispiel zu nennen, die statistische Mehrzahl der Mordopfer im Leben nicht damit gerechnet, ausgerechnet von der eigenen LebensgefährtIn umgebracht zu werden. Ein weites Feld vorbeugender Polizeiarbeit tut sich auf.

Das Bundesverfassungsgericht als Rechtfertigung

Ein Argument der Verfechter des neuen Polizeigesetzes ist zu schön, um hier nicht genannt zu werden, zumal die SPD damit in anderen Bundesländern wirbt, ihr in Hamburg geschaffenes Gesetz nachzuahmen. Das mit dem sogenannten Volkszählungsurteil 1983 vom Bundesverfassungsgericht geschaffene Recht auf informationelle Selbstbestimmung weist der BürgerIn das Recht zu, über ihre Daten selbst zu bestimmen und andere davon auszuschließen. Leider wurde vielfach das Kleingedruckte in dem damaligen Urteil überlesen. Das Bundesverfassungsgericht bestimmte ausdrücklich, daß dieses informationelle Selbstbestimmungsrecht aufgrund von noch zu erlassenen Gesetzen wieder eingeschränkt werden könnte. Dieser Aufforderung des obersten Gerichtes nachzukommen, sei, so die SPD, eine vornehme Aufgabe, um der Polizei die gesetzlichen Mittel an die Hand zu geben, ihrer Aufgabe mittels "Datenerhebung" nachzukommen. Observationen, Wanzen, Spitzel und verdeckte Ermittler im steten Dienst am Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Wem dabei der Gedanke an orwellschen Sprachgebrauch sozialdemokratischer Sicherheitsstrategen kommt und wer diesen Gedanken womöglich ausspricht, sollte sich vergewissern, beim nächsten Anwaltsbesuch nicht mit einer staatsanwaltschafltichen Ermittlungsakte konfrontiert zu werden, die ein polizeiliches Abhörprotokoll der häuslichen Flüche auf Staat und Bullen enthält.

mar., Hamburg

28. Quo vadis PDS? Einige Überlegungen vor der 2. Tagung des 2. Parteitages der PDS

Autor: Thomas Kuczynski · Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:38

von Thomas Kuczynski

Wenige Wochen vor der 2. Tagung des 2. Parteitags - ich habe meine Überlegungen am 29. Mai aufgeschrieben - bietet die PDS ein keineswegs erfreuliches Bild. Ihre Mitgliederzahlen in Ostdeutschland sind weiterhin rückläufig, aber noch stärker geht ihre Akzeptanz unter den ostdeutschen Wählern zurück. In Westdeutschland hat sie wohl immer noch weit weniger als tausend Mitglieder, und auch wenn die Zahl der SympathisantInnen über zehntausend betragen dürfte, ist ihr Einfluß verschwindend gering. Die bevorstehenden Wahlen in Hamburg werden ihr höchstwahrscheinlich ein Ergebnis im 0,5%-Bereich bescheren (ich würde mich freuen, wenn diese Voraussage falsch wäre). Ist die PDS am Ende? Und welchen Sinn hat es, sich für oder sogar in ihr zu engagieren?

Ich möchte mit der zweiten Frage beginnen, weil sich aus ihr der Charakter meiner Antwort auf die erste Frage ergibt.

Mein Großvater gehörte Zeit seines Lebens keiner Partei an, und der Monopolist Walther Rathenau hat einmal voller Wut über ihn gesagt: "Kuczynski bildet immer eine Ein-Mann-Partei und steht auf deren linken Flügel". Aber das hat ihn nicht daran gehindert, in der Weimarer Republik stets KPD zu wählen, und zwar mit der klassischen Begründung, sie sei "die am wenigsten unerträgliche Partei".

Meine Begründung, die PDS nicht nur zu wählen, sondern ihr als Mitglied anzugehören, ist dieselbe. Trotz schwindender Mitglieder- und WählerInnenzahlen, trotz der Tatsache, daß manche linke Gruppierung - wie beispielsweise die Vereinigte Linke - mir von ihrer Grundhaltung her durchaus mehr zusagen würde als diese PDS. Da ich zu den VerfasserInnen eines Entwurfs von Grundsätzen der PDS gehöre, die - so die Mitgliedschaft es beschließen wird - in der einen oder anderen Variante ihrer Satzung vorangestellt sein sollen, klingt dieses Geständnis unglaubwürdig bis opportunistisch. In der Tat hängt es zusammen mit meinem Verständnis des Verhältnissen von Partei und Bewegung. Und wie die PDS und ihre Mitglieder sich zu diesem Verhältnis stellen, davon wird in der Hauptsache die Zukunft der PDS abhängen.

Ich möchte, einen bekannten Ausspruch variierend, so formulieren: Die linken Parteien kommen und gehen, aber die linke Bewegung bleibt. Was der linken Bewegung not tut, ist ein Kristallisationszentrum. Welches das ist, ob es vielleicht mehrere sein sollen oder müssen, ist völlig sekundär. Parteien allein sind konservativ, Resultat nunmehr erstarrter Bewegung - Bewegungen allein sind haltloses Werden, ohne die Möglichkeit dauerhafter Durchsetzung ihrer Ziele. Beides ist vonnöten, und ich würde mich nicht scheuen, hier den von Marx benutzten Begriff der Parteibewegung zu verwenden.

Wenn wir uns aber die Parteienlandschaft links von der SPD in diesem vereinigten Deutschland ansehen, dann sehe ich viele kleine und reine politischen Gruppierungen und Parteien, die ob ihrer Klein- und Reinheit seit Jahr und Tag - teilweise seit Jahrzehnten - kaum etwas bewegen, und ich sehe die PDS, gar nicht klein und gar nicht rein, von Widersprüchen zerrissen, teilweise unglaublich defensiv und kläglich versagend, teilweise Richtiges beschließend - dies aber zumeist viel zu spät - und noch viel weniger durchsetzend, kurz und schlecht: Eine wirklich offensiv agierende Partei ist das nicht.

Aber die Chancen, daß sie es wird, sind nicht so klein. Eben weil die Widersprüche in dieser Partei im Wachsen sind, und zwar insbesondere hinsichtlich der Frage des Verhältnisses von Partei und Bewegung, zugespitzt in der konkreten Frage: Welche Rechte sollen SympathisantInnen in dieser Partei haben? Die Statutenkonferenz der PDS am 25./26. Mai in Gera hat einen tiefen Dissens in dieser Frage offenbart:

Auf der einen Seite die VertreterInnen jener Linie, die die Rechte der SympathisantInnen auf möglichst alle Bereiche des innerparteilichen Lebens ausgedehnt wissen wollen (mit Ausnahme jener Bereiche, die vom Parteiengesetz her ausgeschlossen sind), bis hin zum aktiven und passiven Wahlrecht, zu Finanz- und polischen Grundsatzentscheidungen - auf der anderen Seite die VertreterInnen jener Linie, die den SympathisantInnen einen möglichst geringen Einfluß auf das innerparteiliche Leben zubilligen wollen und

damit, ob sie das wollen oder nicht, die Partei von der Bewegung insofern abtrennen, als die SympathisantInnen nur eine Rolle "im Dienste der Partei" spielen.

Eine Trendabstimmung auf der Statutenkonferenz machte deutlich, daß die eine Hälfte der TeilnehmerInnen der einen und die andere Hälfte der anderen Meinung war. Meiner Auffassung nach steht die Partei im Dienste der Bewegung und nicht umgekehrt, aber ob sich diese, den SympathisantInnen mehr Rechte einräumende Auffassung durchsetzen wird, ist noch vollkommen unklar.

Diese Grundfrage wird auf dem Parteitag zu behandeln und eventuell auch zu entscheiden sein. Eventuell, denn noch ist nicht klar, war welche Weise die PDS ihre Satzung beschließen wird, ob durch die Delegierten des Bundesparteitages oder durch Urabstimmung. Auch in der Behandlung dieses Problems reflektiert sich die Diskussion um ein neues Parteiverständnis.

Zum Glück waren sich die TeilnehmerInnen der Konferenz mehrheitlich darin einig, daß nur die Mitglieder selbst und nicht ein paar Hundert Delegierte dieses Grundsatzdokument der Partei verabschieden können. Aber allein die Tatsache, daß sich verschiedene GenossInnen mit vor allem technisch-organisatorischen und daraus resultierenden rechtlichen Argumenten gegen eine Urabstimmung aussprachen, muß bedenklich stimmen. Nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der Glaubwürdigkeit: Wie kann eine Partei sich für Volksabstimmungen einsetzten, beispielsweise für eine Volksabstimmung über die Verfassung, wenn sie über ihre eigene "Verfassung" (Satzung) nicht durch das (Partei)Volk abstimmen läßt?!

A propos Glaubwürdigkeit: Daß der PDS hier mit großem Mißtrauen begegnet wird, kann nicht verwundern, ist sie doch die Nachfolgepartei der SED. An dieser Vergangenheit wird sich noch lange zu tragen haben (auch eine Auflösung und Neugründung hätte sie kaum davor gerettet). Dies zu beklagen wäre naiv. Das wirklich Beklagenswerte ist vielmehr, daß sie nahezu alles dafür tut, das Wenige an Glaubwürdigkeit, was sie an der einen Stelle errungen hat, möglichst umgehend an anderer Stelle zu verlieren.

Ich nenne hier nur den Fall Adolphi, der die Gemüter der Berliner Parteiorganisation seit Tagen bewegt. Adolphi, zur Zeit (noch?!) Landesvorsitzender, hatte mehrfach laut und deutlich erklärt, er hätte nie als hauptamtlicher oder informeller Mitarbeiter für die Stasi gearbeitet. Nun mußte er das Gegenteil einbekennen, und die Frage ist, was mit einem solchen Landesvorsitzenden zu tun ist. Daß er für die Stasi gearbeitet hat, ist - jedenfalls für mich - kein Problem (es gab dort durchaus auch sehr vernünftige Leute), auch wenn darüber gestritten werden mag, ob es besonders weise ist, einen solchen Mann an die Spitze eines Landesverbandes zu wählen - das wiederum ist aber die souveräne Entscheidung des jeweiligen Landesverbandes, wenn er darüber in Kenntnis gesetzt worden ist. Und hierin, in der Gegenwarts- und nicht in der Vergangenheitsbewältigung, liegt das eigentliche Problem: Einen Mann, der die ihn Wählenden nicht darüber unterrichtet, der im Gegenteil Landesvorstand und Fraktion und darüberhinaus die Öffentlichkeit in dieser Frage belügt, handelt parteischädigend und drängt die Partei in der Öffentlichkeit erneut in Defensivpositionen. Tritt er nicht selbst zurück, so muß er abgesetzt werden.

Der Streit in der Berliner Parteiorganisation ist (am 29. Mai) noch nicht ausgestanden gewesen. Starke Solidarisierungsgefühle sind vorhanden, die in erschreckender Weise an die in der SED gängige Rede von der "Einheit und Geschlossenheit" erinnern. Der Fall Adolphi kann, wenn der Landesvorstand keine klare Gegenposition bezieht, zum Knackpunkt für den am 8. Juni stattfindenden Landesparteitag in Berlin werden, mit dann sicher nicht geringen Auswirkungen auf den Bundesparteitag. Denn ein Teil des Berliner Landesverbandes verlangt kategorisch den Rücktritt von Adolphi, und zwar jener Teil, der mit Nachdruck für eine Erneuerung der Partei eintritt.

Es ist, wie gesagt, noch nicht klar, welcher Flügel sich durchsetzen wird. Aber klar ist, daß die Zeichen auf Sturm stehen. Wenn die Erneuerung weiterhin so zögerlich verläuft und weiter verzögert wird, dann werden nicht wenige die Partei verlassen. Ist die Zahl der Erneuerungswilligen und deren Entschiedenheit groß genug, ist eine Spaltung der Partei nicht auszuschließen.

Das wäre eine mittlere Katastrophe für die linke Bewegung in Deutschland, denn die Zahl der linken Gruppierungen und Parteien würden noch größer und ihr wirklicher Einfluß noch kleiner werden. Natürlich würde die linke Bewegung nicht untergehen (das wird sie, bevor sie ihre Ziele realisiert hat, niemals tun), aber sie wäre eines auch für die alten Bundesländer möglichen Kristallisationszentrums beraubt.

Das Schicksal der PDS wird bundesweit entschieden: Erneuert sie sich nicht im Osten, dann wird sie in den alten Bundesländern nicht Fuß fassen. Faßt sie im Westen nicht Fuß, bleibt sie eine Regionalpartei im Osten, spätestens mit den übernächsten Landtagswahlen dann auch hier zur Bedeutungslosigkeit verurteilt.

Die Ost-PDS (dort vorhandene West-Importe eingeschlossen) hat im vergangenen Jahr viel dafür getan, potentielle Mitglieder im Westen auszugrenzen. Die ungeheuer selbstgerechte und durch nichts gerechtfertigte Haltung der PDS-Führung gegenüber der DKP - letztere habe sich als nicht erneuerungsfähig erwiesen - hat dazu geführt, daß auch die DKP sich bundesweit zu etablieren sucht.

Bleibt abzuwarten, wie sich die Kommunistische Plattform innerhalb der PDS zu dieser Tatsache verhalten wird. Sollte sie aus der PDS ausscheren und sich der DKP anschließen, wird sich die Erneuerung dieses kommunistischen Teils der linken Bewegung weiter hinauszögern, da er sich nicht mehr der innerparteilichen Herausforderung zur Erneuerung ausgesetzt sähe. Die Gefahr, eine (weitere) Sekte innerhalb der linken Bewegung zu werden, wäre programmiert. Umgekehrt wüchse die Gefahr, daß die PDS ihre (nur partiell, aber immerhin doch noch vorhandene) innere Identität auch der SPD gegenüber verlöre.

Viel wird davon abhängen, wie sich die PDS nicht in Worten, sondern in Taten gegenüber den vielen K-Gruppen im alten Bundesgebiet verhält. Begreift sie sich als Ferment sozialistischer Bewegung in Deutschland, kann sie dazu beitragen, daß die linke Debatte in Deutschland zu produktiven Ergebnissen führen wird.

Wenn ich der Meinung bin, die PDS könne ein Kristallisationspunkt der linken Bewegung in Deutschland werden, dann auch deshalb, weil die PDS noch immer Widersprüche in sich enthält, die der linken Bewegung immanent sind. Das Austragen dieser Widersprüche innerhalb der PDS würde die linke Debatte in Deutschland ungemein befördern, das Zerbrechen der PDS an diesen Widersprüchen der linken Bewegung großen Schaden zufügen. Deshalb kämpfe ich innerhalb der PDS für die Erneuerung, und deshalb halte ich die Frage "Quo vadis PDS?" für zur Zeit noch nicht beantwortet.

Im übrigen sollten die Debatten innerhalb der PDS wie auch innerhalb der linken Bewegung unter dem Motto geführt werden: "Wir setzen uns zusammen, um uns auseinanderzusetzen - wir setzen uns auseinander, um uns zusammenzusetzen"!

29. Die politische Zukunft der PDS - zeitlich begrenzt

von Jan Perlwitz

Autor: Jan Perlwitz · Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:39

Seit dem Herbstumbruch 1989 versucht die PDS ihren Platz in der sich auf dem Territorium der ehemaligen DDR ausbreitenden kapitalistischen Gesellschaft zu finden. Dabei geht es in der Diskussion um die globalen Probleme und die Zivilisationskrise, die Reformierbarkeit des kapitalistischen Systems und die Perspektiven eines zukünftigen Sozialismus. Das Spektrum der Anschauungen reicht von Positionen, bei denen der Sozialismus als reine Bewegung für mehr Demokratie betrachtet wird, bis hin zu Meinungen, daß eine Lösung der dringenden Menschheitsprobleme nur auf revolutionärem Wege, durch einen Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft möglich ist. Einige befürchten, so z.B. die Autoren eines Artikels im "Neuen Deutschland" (1), auf den sich hier bezogen wird, daß somit der alte Streit zwischen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Traditionslinie der Arbeiterbewegung auch wieder in der PDS aufleben wird. Hier sollen sowohl einige eher thesenartige Überlegungen zu diesen Fragen dargelegt als auch Erfahrungen, die ich als Ost-PDSler mit dieser Partei gemacht habe, kurz zusammengefaßt werden.

Nach wie vor bin ich der Meinung, daß in letzter Instanz die Produktionsweise die politischen, sozialen, kulturellen Verhältnisse bedingt und reproduziert. Es gibt keinen mechanischen, linearen Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik, aber es reicht nicht, "Kriterien für progressive Politik zu entwickeln, veraltete/schädliche Politik bloßzustellen, alternative Politikansätze zu erarbeiten" (1) und damit auf der Ebene der Kritik der Politik stehenzubleiben. Soll Gesellschaftskritik radikal werden, muß sie die ökonomischen Machtstrukturen entlarven und letztlich die Eigentumsverhältnisse in Frage stellen. Konsequenterweise muß politisches Handeln, hinter dem das Interesse steht, die menschliche Zivilisation zu erhalten, auf die Veränderung derjenigen Voraussetzungen in der Produktionsweise hinarbeiten, die die menschliche Zivilisation gefährden.

Die Ursache für den Streit zwischen der kommunistischen und sozialdemokratischen Strömung liegt m.E. in folgendem Widerspruch begründet: Einerseits führen die Erfahrungen von Ausbeutung, Not und Unterentwicklung, gerade in der Dritten Welt, und die Erkenntnis, daß die globalen kapitalistischen Strukturen diese auf der einen Seite und maßlosen Reichtum auf der anderen Seite immer wieder reproduzieren, zu dem Wunsch, diese gesellschaftlichen Verhältnisse so schnell wie möglich aufzuheben. Andererseits gibt es keine schnelle revolutionäre Lösung, erst recht nicht in einem Land allein. Gesellschaftlicher Fortschritt kann nicht in einem Land vollkommen losgelöst von der Entwicklung in den anderen stattfinden. Diese Erkenntnis gewinnt in der Zukunft immer größere Bedeutung, nimmt doch die Verflechtung zwischen den Staaten immer mehr zu und führt diese in Europa schon zur Aufhebung der nationalstaatlichen Grenzen. Die Vereinseitigung dieses Widerspruches hin zur revolutionären Lösung führt zur kommunistischen Linie, die vereinseitigte Betrachtung der Begrenzheit gesellschaftlichen Fortschritts führt zur Absage an eine radikale Kritik der Gesellschaft, zum reinen Pragmatismus, also zur sozialdemokratischen Linie.

Angesichts der existenzbedrohenden Widersprüche in dieser Welt bedarf es einer politischen Kraft, die in der Lage ist, radikale Kritik der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse mit dieser Erkenntnis zu verbinden, daß es keine einfache, schnelle Lösung gibt, d.h. diese Kraft muß auch in der Lage sein, ihre eigenen Wirkungsbedingungen radikal zu kritisieren. Dabei bedeutet für mich das Bekenntnis zu dem perspektivischen Ziel einer sozialistischen Gesellschaft nicht die Konstruktion eines abstrakten theoretischen Modells sondern die Formulierung der aus einer Analyse der bestehenden Gesellschaft in ihrer historischen Entwicklung gewonnenen theoretischen Erkenntnis, daß die Widersprüche der spätkapitalistischen Verhältnisse zu einer Änderung dieser hin zu Strukturen drängen, in denen Produktivkraftentwicklung und die globalen Produktions- und Reproduktionsprozesse gesellschaftlich kontrolliert werden, d.h. nichts anderes als die Aufhebung der privaten Verfügung über die Produktionsmittel. Das wäre wahrlich eine revolutionäre Veränderung, die ich mir aber nur als globalen Prozeß vorstellen kann. Auch wenn die Verwirklichung dieses Zieles noch in weiter Ferne liegt, gehe ich davon aus, daß bereits heute Keimformen der zukünftigen Gesellschaft existieren und erkennbar sind. Durch das Erkämpfen emanzipatorischer Freiräume, die ja auch heute schon eine praktische Kritik der kapitalistischen Verhältnisse beinhalten, verbessern wir die Voraussetzungen für einen

perspektivischen Übergang zu einer den allgemeinen sozialen, ökologischen und emanzipatorischen Interessen besser gerecht werdenden Gesellschaft.

Natürlich gibt es viele Fragen. Welche Rolle spielt die Arbeiterklasse? Zwar ist sie einerseits die Klasse, die entsprechend ihrer Stellung in der Gesellschaft den Hauptanteil bei der Produktion des Mehrproduktes leistet, andererseits finden in ihr starke Differenzierungen statt. Welche Rolle spielen die unterschiedlichen Teile der Arbeiterklasse, die klassische Industriearbeiterschaft, die Lohnabhängigen im wissenschaftlich-technischen Bereich, die Lohnabhängigen im Dienstleistungsbereich? Welche Bedeutung besitzen die sozialen und ökologischen Bewegungen als Träger der emanzipatorischen Interessen der Menschen? Kann unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen, unter der Bedingung des großen Konsenses zwischen Kapital und einem großen Teil der Lohnabhängigen gegen die Dritte Welt, in den hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten überhaupt eine maßgebliche Kraft existieren, die eine solche Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen anstrebt, die den Bedürfnissen der Dritten Welt gerecht werden? Oder muß diese Kraft sich damit abfinden, daß sie lange eine kleine Minderheit sein wird?

Daß allerdings die PDS als politische Kraft in der Lage ist, auf der Basis einer radikalen Kritik der Verhältnisse und ihrer eigenen Wirkungsbedingungen, hin zu einer Lösung der globalen Probleme zu drängen, wage ich grundsätzlich zu bezweifeln. Aufgrund der konkreten historischen Ereignisse in der Zeit des Umbruches in der DDR verblieben in ihr vor allem diejenigen Mitglieder der SED, die sich am stärksten mit der DDR und der SED identifiziert hatten. Diese These wird durch die Mitgliederstruktur und die politische Praxis bestätigt. Das Durchschnittsinteresse der Mitgliedschaft war seit dem Herbstumbruch hauptsächlich auf die Bewahrung ihrer Identität und derjenigen Dinge aus der DDR gerichtet, die diese Identität stützten. Damit hatte die PDS durchaus eine positive Funktion, war sie doch eine Kraft, die versuchte, die Interessen der DDR-Bürger beim Anschluß der DDR an die BRD zu vertreten (abgesehen davon, daß allerdings für Teile des alten SED-Apparates die Bedingungen in der PDS sehr günstig waren, um noch ihr eigenes Schnäppchen beim Sprung in die Marktwirtschaft zu machen). Andererseits wurden die Fragen sehr stark verdrängt, die die Identität gefährdeten. So wurde und wird bei der Diskussion um die Vergangenheit die Ursache für das Scheitern des bisherigen Sozialismus, bei aller Anerkennung auch objektiv vorhandener Gründe, letztlich immer wieder in einem subjektiven Versagen der Führung gesucht. Noch in dem nach der 1. Tagung des 2. Parteitages veröffentlichten Entwurf der politischen Erklärung wird als erster Grund für das Scheitern die "systematische Aushöhlung demokratischer Rechte und der Ausbau unkontrollierter Macht einer kleinen Führungsschicht" (2) angegeben. Damit wird die Rolle der Bürokratie, des Apparates in Staat, Wirtschaft und Partei, mit ihrem Eigeninteresse negiert und der Frage, inwieweit das Scheitern in den ökonomischen Machtstrukturen schon angelegt war, tendenziell ausgewichen. Das ist aber nicht weiter verwunderlich, kommt doch ein großer Teil der PDS-Mitglieder aus den staatstragenden Schichten der DDR-Gesellschaft.

Ebenso war und ist nach meinem Eindruck die programmatische Diskussion und das taktische Verhalten in der Praxis vor allem durch das Bestreben gekennzeichnet, die PDS a priori unbedingt zu erhalten. So wurde vor dem Bundestagswahlkampf die Linie vertreten, die PDS dürfe sich nicht auflösen und müsse sich in die westlichen Bundesländer ausdehnen, weil sie faktisch als Bündnisprojekt unterschiedlicher Strömungen ein Hoffnungsträger der deutschen und europäischen Linken sei. Diese These stellte z.B. Gregor Gysi noch nach dem Finanzskandal in einem TAZ-Interview auf. Obwohl mit dem Ergebnis der Bundestagswahl dieses Konzept gescheitert war, die PDS wurde, meiner Meinung nach zu Recht, durch die Mehrheit der Westlinken nicht angenommen, gab es keinerlei Diskussion dazu auf der 1. Tagung des 2. Parteitages. Statt dessen ist aus aus den Dokumenten dieser Tagung ein schneller Argumentationswechsel erkennbar. Jetzt solle sich die PDS in die westlichen Bundesländer ausdehnen, damit sie erhalten bleibe. Hier wird deutlich, daß es offensichtlich nicht darum geht, die gesellschaftlichen Verhältnisse, deren Entwicklungstendenzen und die Rolle der PDS entsprechend der Interessenlage ihrer Mitglieder in Vergangenheit und Gegenwart zu analysieren und die politische Zukunft der Partei daraus abzuleiten, was ja auch bedeuten könnte, sie aufzulösen. Macht sich in diesem, auch durch weitere Beispiele noch belegbaren taktischen Opportunismus nicht schon wieder ein sich verselbständigendes Eigeninteresse einer einflußreichen Minderheit von Abgeordneten und Funktionsträgern bemerkbar?

Es ist abzusehen, daß der Einfluß der PDS in Zukunft weiter schwinden wird. Sie besitzt kaum eine soziale Verankerung, weder in der Klasse der lohnabhängig Beschäftigten noch in den neuen sozialen und ökologischen Bewegungen. Auch wenn sie sich rein pragmatisch stark für die Interessen der Ostdeutschen

einsetzt, werden es doch die SPD und die Gewerkschaften sein, die ihren Einfluß auf diesem Feld stärken werden. Es wäre ehrlicher für die PDS, wenn sie ihrer Existenz eine zeitliche Frist setzen würde, solange eine spezielle Interessenvertretung der Ostdeutschen notwendig ist, und sie sollte die Frist dazu benutzen, ihre spezifischen Erfahrungen in einen Verständigungsprozeß der Linken einzubringen.

Quellen:

1) Gläser, J., Melis, Ch., Rump, B.: "Das obskure Objekt theoretisierender Begierden", in: Neues Deutschland, 20./21.4.91, S.10

2) PDS 2. Parteitag 1. Tagung, Berlin, 26./27.1.91, S.86

30. Zu einigen Problemen der "Radikalen Linken"

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:24

Am 22./23. Juni findet in Frankfurt die nächste Konferenz der Radikalen Linken (RL) statt. Sie wurde auf dem Anti-Kriegsrat der RL im März in Köln beschlossen und soll zur Bilanzierung von zwei Jahren RL-Ansatz dienen, außerdem wird es um die Frage gehen, wie es mit der RL weitergehen soll.

Der Grund, warum diese Konferenz, außer der Beschäftigung mit sich selber, keine weiteren Themen hat, ist m.M.n. in dem derzeitigen Zustand der RL zu suchen. Dieser ist u.a. dadurch gekennzeichnet, daß es ein abnehmendes Interesse an überregionalen Debatten und Konferenzen der RL gibt, auf dem bundesweiten Anti-Kriegsrat im März waren gerade noch 60 Leute (dagegen waren auf dem Kölner RL-Kongreß im Juni 1990 ca. 1.500 Menschen, im September auf dem Folgetreffen waren es immerhin noch 150). Desweiteren gibt es ein Zurückziehen von AktivistInnen, gerade auch aus der Anfangszeit der RL. Als besonders schmerzlich empfinde ich das Aussteigen von K.H. Roth, dem ein heftiger Streit in der RL vorausging. Dies ist für das Meinungsspektrum innerhalb der RL ein schwerer Verlust und fügt den schon seit der Anfangszeit der RL bestehenden Schwierigkeiten, mit Autonomen in die Diskussion und womöglich in die Zusammenarbeit zu kommen, eine weitere hinzu. Der Streit um die Einschätzung des Golfkrieges und der Flugschrift hat bei weiteren MitstreiterInnen der RL zu einer Abwendung geführt.

Ansprüche ...

Was sind die Gründe für diese Schwierigkeiten? Neben den objektiven Bedingungen (allgemein schlechte Zeiten für linksradikale Politik und die einschneidenden politischen Ereignisse Wiedervereinigung und Golfkrieg, die die wenigen Kräfte erheblich absorbiert haben) sehe ich einen wesentlichen Grund darin, daß eine Reihe von Faktoren, die vielen der InitiatorInnen und der anfangs Beteiligten des RL-Zusammenhangs wichtig waren, kaum angegangen wurden. Heiner Möller, einer der Mitinitiatoren des Projektes, beschrieb seine Position zu den Aufgaben so eines Ansatzes im Januar 1989: "Unseres Erachtens sollte nicht in erster Linie über organisatorische Schritte, sondern über Inhalte, an denen es eine verbesserte Zusammenarbeit zu organisieren gäbe, diskutiert werden. Da wäre zunächst eine Verständigung über den Charakter möglicher Zusammenarbeit notwendig. Wir gehen davon aus, daß es in überschaubarer nächster Zeit keine gesellschaftlichen Ansätze für ein neues, linkes, massenpolitisches Projekt gibt; entsprechend auch keine neue parlamentarische Beteiligung außerhalb der bestehenden. Daher muß es zwar um eine linke Sammlung gehen, doch wird sie sich vorrangig in der inhaltlichen gemeinsamen Politikentwicklung (Hervorh. von mir) bewähren müssen. Im Mittelpunkt einer Zusammenarbeit muß unserer Meinung nach vor allem die Konzentration der vorhandenen linken Potenzen auf die inhaltliche, die analytische und theoretische Arbeit stehen, um perspektivisch zu einem stärkeren politik- und organisierungsfähigen Projekt zu kommen. Das heißt: schonungslose Kritik des Bestehenden, Priorität für die Rationalität beim Durchdringen gesellschaftlicher Prozesse gegenüber dem vorherrschenden, auch linken Trend zum Irrationalen" (1). K.H. Roth formulierte sein Interesse an dem RL-Projekt in drei Punkten: "Das erste wäre eine Diskussion über die Klassenorientierung. Das zweite (...) wäre so etwas wie ein gemeinsames Aufarbeitungsprojekt. Das heißt also, wenn wir nach vorne schauen wollen, müssen wir natürlich Probleme, die sich aus unserer unterschiedlichen Geschichte ergeben haben (...) produktiv aufarbeiten, und als historischer Materialist sehe ich dazu natürlich tatsächlich erst einmal einen historischen Zugang. (...) Wir brauchen eine Sozialgeschichte unserer linken Kultur, die ja wirklich Mitte der 60er Jahre einen Bruch mit den herrschenden Verhältnissen produziert hat und sich dann zum Teil etabliert, zum Teil ausdifferenziert hat und irgendwann Mitte bis Ende der 70er Jahre in die Krise geraten ist. Wir brauchen vor allem auch eine Geschichte der bewaffneten Gruppen, (...) weil sich doch sehr vieles an Widersprüchen genau an dieser Frage des bewaffneten Kampfes polarisiert hat. (...) Das heißt also, wir müssen irgendwie in eine Situation kommen, (...), daß wir wirklich ohne Vorbedingungen und ohne irgendeine Erwartungshaltung diskutieren und gemeinsam nach vorne blicken wollen. Das ist das zweite. Das dritte wäre der Versuch einer neuen Analyse dessen, was in den nächsten Jahren auf die Klassengesellschaft BRD in ihrem internationalen Kontext zukommt." (2) Und Mitglieder der Linken Liste Frankfurt vertraten auf dem ersten Treffen der RL, daß ohne die Aufarbeitung der linken Ansätze nicht sinnvoll über die verschiedensten (auf dem Treffen geäußerten) Interessen und Einschätzungen gesprochen werden könne. Aber schon auf diesem Treffen gab es auch Stimmen, die einer mehr aktionsorientierten Zusammenarbeit den Vorzug gaben.

... und Wirklichkeit

Es folgte die Phase der sogenannten "Grundsatzerklärung der RL". Ohne die notwendigen Vordiskussionen über die doch sehr unterschiedlichen Einschätzungen und Sichtweisen in diesem heterogenen Kreis sollte ein programmatisches Grundsatzpapier vereinheitlicht werden. Die damaligen KritikerInnen an dieser Verfahrensweise, vorwiegend aus dem eher autonomen Spektrum, konnten sich nicht durchsetzen. Das Fazit der Linken Liste Frankfurt zu dieser Auseinandersetzung war, daß es für die Entwicklung einer Radikalen Linken vernünftiger wäre, vorerst einmal die unterschiedlichen Positionen intellektuell aufeinander prallen zu lassen, um dabei im speziellen die eigenen politischen Praxis- und Theorieformen einer kritischen Würdigung zu unterziehen. Organisationsfragen sollten sich ausschließlich auf die Organisation einer solchen Diskussion konzentrieren.

Der Kampf der RL gegen die Wiedervereinigung, gegen die Anpassung vieler Linker an diesen Prozeß und die Organisierung der "Nie-wieder-Deutschland"- Kampagne und der Frankfurter Demo war ohne Zweifel richtig und notwendig und hat sicherlich erheblich zur Bedeutung der RL beigetragen. Gleichzeitig sind aber auch die unterschiedlichen Einschätzungen der RL-Beteiligten zu dem stattfindenden gesellschaftlichen Prozeß in den Hintergrund gedrängt worden, es gab im RL-Zusammenhang kaum Debatten darum, wobei m.M.n. einem Teil der Beteiligten dies eher recht war. Diese Versäumnisse holten die RL aber spätestens bei der Diskussion um die Bedeutung der Reichstagswahlen und das Eingreifen der Linken (Wahlboykott contra Wahlbeteiligung bei den GRÜNEN oder bei der PDS) wieder ein. Denn im Hintergrund dieser Diskussion stehen unterschiedliche Einschätzungen über die strategischen Aufgaben eines Zusammenhanges wie die RL. Die APO-Konferenz Anfang Dezember, von einem Teil der RL initiiert und mitorganisiert, bot eine günstige Gelegenheit, inhaltliche Widersprüche zu untersuchen und zu diskutieren, leider wurde diese sinnvolle Möglichkeit nicht von allen RL-Beteiligten genutzt. Auch bei der Diskussion um den Golfkrieg haben viele RL-Beteiligte die Bedeutung der Auseinandersetzung zu wenig erkannt. Es war notwendig, sich gegen die "linken" Kriegsbefürworter zu wenden, und dies "rechtfertigt" auch die "Einseitigkeit" der RL-Flugschrift. Aber die RL hat darüberhinaus leider arg wenig zu sagen gehabt, eine intensive Untersuchung und Auseinandersetzung über die Ursachen für das Verhalten vieler Linker im Golfkrieg wäre notwendig gewesen, weil sie auch auf unsere Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit verweisen. Um so wichtiger wäre diese gründliche Diskussion gewesen, weil auch bisherige Teile der RL im Golfkrieg eine starke Bedeutung auf die Verteidigung Israels legten. Mehr als nur eine Abgrenzung wäre z.B. auch beim Antikriegsrat in Köln notwendig und sinnvoll gewesen.

Pragmatismus anstatt inhaltlicher Auseinandersetzung?

Die Geschichte der RL ist also zu einem guten Teil eine Geschichte vom Nichtaustragen inhaltlicher und strategischer Widersprüche sowie Nichteinlösen von am Anfang der RL stehenden Ansprüchen. Es hat meist nur ein Teil der RL-Beteiligten untereinander und mit anderen diskutiert. Die kollektive Auseinandersetzung in der RL hat höchst selten stattgefunden. Aber gerade darin lag und läge eine Aufgabe und Chance eines RL-Projektes. Doch ein ziemlich ungebrochenes Verhältnis bei Teilen der RL zur Massenpolitik, Pragmatismus à la "RL als Aktionsbündnis" sowie das Wichtigernehmen einer oberflächlichen Einheit zuungunsten des Austragens von Widersprüchen stand dem bisher oft im Wege. Dies zeitigt vielleicht kurzfristig noch gelegentliche Erfolge, längerfristig ist dies einer intensiven und qualifizierten Zusammenarbeit radikaler Linker wenig nützlich.

Was ist von Frankfurt noch zu erwarten? Es gibt ein paar Ansätze in der beschriebenen Richtung, wie die Treffen der RL-Frauen oder die Herausgabe des RL-Rundbriefes (gerade die zweite Nummer erschienen), in dem die Auseinandersetzung in der RL und mit Linken außerhalb der RL begonnen wird, teilweise findet diese auch in bestehenden RL-Gruppen statt. Vielleicht kann ja auch ein Flugschriftprojekt in diese Richtung sinnvoll sein. Allerdings führt m.E. kein Weg daran vorbei, daß auf der kommenden Konferenz über die hier dargestellten Probleme diskutiert wird und die ursprüngliche Intention dieses Projektes wieder mehr in den Vordergrund gerückt werden muß. Ansonsten wird die RL in Zukunft immer überflüssiger werden.

Die Konferenz findet am 22./23.6. in 6 Frankfurt 71, Haus Niederrad, Goldsteinstr. 33/35 H, Beginn Samstag 13.00 Uhr, statt. Bis zum 7.6. können noch Diskussionsbeiträge für den RL-Rundbrief eingeschickt werden. Dieser erscheint noch vor der Konferenz. Adresse: Rundbriefredaktion, PLN 59387, 2 HH 50

Bernd Schulz

Anmerkungen:

1) Beitrag von Heiner Möller auf dem 3. Kongreß des damaligen KB, dokumentiert im AK 303

2) Aus einem Gespräch, welches K.H. Roth mit zwei AK-Redakteuren geführt hat. Auch heute ist das Nachlesen dieses Gespräches noch sehr zu empfehlen (AK 308)

31. Ein neues sozialistisches Vaterland Der 11. Parteitag der DKP

Rubrik: DKP - SEW · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:52

Vom 10.-12. Mai fand in Bonn der 11. Parteitag der DKP statt. 23 Jahre nach ihrer Gründung als Nachfolgeorganisation der verbotenen KPD ist sie von dem einstmals erreichten Mitgliederstand von über 40.000 auf jetzt 8.000 zusammengeschmolzen. Dennoch ist sie damit immer noch die größte und vom Erscheinungsbild auch bedeutendste Organisation der kommunistisch/sozialistischen Bewegung.

Über 10.000 Mitglieder verließen die DKP im Zuge des knallharten Kurses der Parteiführung um Herbert Mies und Ellen Weber gegen die "Erneuerer". Heute wissen wir, was wir schon immer wußten, aber jetzt erst amtlich haben, daß hierbei die SED-Abhängigkeit keine unmaßgebliche Rolle gespielt hat. Eine Untersuchungskommission der DKP berichtete auf dem 11. Parteitag, es gebe Zeugenaussagen, "die Einzelfälle politischer Pression auf die DKP belegen, zum Beispiel die Androhung Honeckers, die materielle Solidarität einzustellen, wenn sich auf dem Frankfurter Parteitag (im Januar 89, die Red.) die Neuererströmung durchgesetzt hätte." (uz, 17.5.91) Weitere 20.000 folgten dem Weg der "Erneuerer" in Folge des Zusammenbruchs der DDR. Drei Viertel der Mitglieder verließen die DKP in einem relativ kleinen, geschichtlich aber dennoch wichtigen Zeitraum. Aus beiden hat sich jedoch keine neue linke Strömung entwickelt, sondern diese Teile haben sich atomisiert. Zwar haben die "Erneuerer" versucht, sich bundesweit in einem Netzwerk "Sozialistisches Forum" zu organisieren, aber diesem hängen heute eher 100 als 1000 Menschen an. Die einzige organisierte Strömung aus der alten DKP ist die DKP selber. Wenn auch dezimiert ist sie dennoch die Gruppierung mit der die Linke zu tun hat, wenn sie auf organisierte Teile dieser Strömung trifft.

Auf dem Parteitag selbst ging es erstmals nicht mehr um die Existenz der DKP. Es gab im Gegensatz beispielsweise zum 10. Parteitag keinerlei Anträge zur Auflösung der DKP. Dennoch war das, was die Partei nun darstellen sollte, nicht ganz einfach zu bestimmen. In der vorgeschlagenen Präambel für ein Programm heißt es: "Angesichts der gegenwärtigen Prozesse in der Folge des Anschlusses der DDR und des Zusammenbruchs der sozialistischen Länder und einer drohenden imperialistischen Weltordnung wird deutlich, wie dringend die arbeitenden Menschen in der BRD eine kommunistische Partei brauchen." (uz, 17.5.91) Hieran spitzte sich eine Auseinandersetzung zu, weil eine Reihe von Deligierten hierin eine "Ausgrenzung" ihrer eigenen Zukunftsperspektiven sahen. Dies begründet sich daraus, daß darin nicht wenige die Festlegung auf das herkömmliche Verständnis der kommunistischen Partei sehen. Nicht von ungefähr, wenn man die Berichterstattung der UZ selbst über diesen Parteitag ansieht.

Im Vorfeld des Parteitages hieß es, auf diesem solle es "vorrangig darum gehen, ... aktiv ins politische Geschehen im neuen Deutschland einzugreifen", um dann gleich fortzufahren: "Rolf Priemer, Sprecher der DKP, sprach von der Beunruhigung der Kommunisten darüber, daß es einen Prozeß der Aufsplitterung der linken Kräfte in der Bundesrepublik gebe. Eine Reihe Anträge befürworten eigene Initiativen der DKP zur Neuformierung der Linken". Allein dies reicht schon, um in der aufgewühlten Mitgliedschaft bei mancher/m die Ohren spitz werden zulassen und einen Führungsanspruch zu vermuten.

Die Auseinandersetzung selbst verlief an mehr oder weniger irrelevanten Fragen für die Parteientwicklung, nicht an der Orientierung von Politik. Beispielsweise an der Frage, ob die DKP sich auf die Gebiete der neuen Länder ausdehnen soll (nicht ob sie es kann), ob der Niedergang der DDR in erster Linie ein Ergebnis der Politik in der DDR oder des Einwirkens der BRD gewesen ist. Ansonsten verlief die Berichterstattung des Vorstands in alten Bahnen. Die Delegierten erfuhren weder etwas über die konkrete Entwicklung der Mitgliedschaft noch über den tatsächlichen Stand der Politikfähigkeit. Stattdessen wird in gewohnter Manier festgehalten: "Das wichtigste Ergebnis: Die Partei geht weiter auf dem Weg zur Überwindung ihrer politisch ideologischen Krise." (uz, 17.5.) Es hätte nur gefehlt: In Erfüllung der Beschlüsse des 11. Parteitages.... Was ist nun wichtig für die DKP: "Es gehe deshalb gegenwärtig vor allem um die Stabilisierung der Partei und um die Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit." (ebd.) Einwände gegen das "Festklopfen" der Rolle der DKP und ihres angemaßten Parteicharakters begegnet Heinz Steht, neuer und alter Sprecher der DKP, so: "Aus meinem Verständnis heraus ist die Frage der Existenz der DKP in der neuen Bundesrepublik Deutschland entschieden. Die Existenz unserer Partei muß sich vor allen Dingen in den politischen Auseinandersetzungen bewähren."

(Politische Berichte, Zeitung des BWK, 11/91) Man mag Sprache für nebensächlich halten, aber bestimmte Formulierungen wecken doch Erinnerungen.

Die DKP hat für sich beschlossen, eine authentisch kommunistische Partei herauszubilden. Deshalb geht es ihr heute vor allem darum, herauszustellen, daß die Menschen in der BRD eine kommunistische Partei brauchen. Darin unterscheidet sie sich in nichts von ihrem Tun in den 70er und 80er Jahren. Die gesamte Ansprache an den Parteitag und die nachfolgende Berichterstattung triefen von Selbstbeweihräucherung: Die Lage ist ernst, die Lage ist schwierig, die Aufgabe der Kommunisten ist groß. Sie gleicht damit mehr und mehr den Zügen der K- Gruppen-Sekten der 70er Jahre, die nicht müde wurden, jedes verteilte Flugblatt, das ihnen von einem Arbeiter nicht vor die Füße geworfen wurde, als Meilenstein der proletarischen Revolution zu feiern. Wobei man jedoch zur Ehrenrettung dieser Art der K-Gruppen noch den Einwand gelten lassen muß, daß es zeitweilig tatsächlich bergauf ging. Die DKP dagegen wirkt heute eher als Pendant zur MLPD. Und mit der hat sie jetzt auch ihr sozialistisches Vaterland gemein.

"Das Gefühl, 50 Millionen Kommunisten an der Seite zu wissen"

Im März diesen Jahres weilte eine Delegation unter Leitung des Sprechers der DKP, Rolf Priemer, in der VR China. Dieser verfaßte für die UZ, veröffentlicht am 19.4.91, einen politischen Reisebericht. Die UZ-Leser wissen jetzt, daß in China "im Vergleich zur Situation in asiatischen Ländern ... niemand mehr (verhungert)". Die Delegation hatte das Glück, daß während ihres Aufenthalts, der "Kongreß des chinesischen Volkes" tagte. Dieser "zog eine Zwischenbilanz, legte die Aufgaben bis 1995 fest und umriß die Aufgaben bis zum Jahr 2000." Diese Art von Planung scheint der Delegation mächtig imponiert zu haben, hatten sie diese doch bei ihren bisherigen Besuchen in der UdSSR immer vermißt. Die Besucher wissen jedenfalls den Hiergebliebenen zu berichten, daß es ab jetzt bergauf geht mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Ja, aber auch in China gibt es eine Vergangenheit, ganz wollen wir das nicht vergessen: "Chinas Weg in die Zukunft ist verbunden mit der Aufarbeitung von Fehlern der Vergangenheit, über die uns gegenüber offen gesprochen wird: Gründlich mißlungen ist das Kopieren der sowjetischen Erfahrungen ohne Beachtung chinesischer Besonderheiten und damit verbunden der mißglückte `große Sprung'. Ein linkssektiererischer Fehler war die Kulturrevolution," - das ging unseren neuen Chinafreunden sicher runter wie warmes Öl - "der Mao-Zedong bei aller Würdigung seiner Verdienste um nationale Befreiung und sozialistischer Revolution angelastet wird." Das hätte Rolf Primer sicher nicht gesagt werden müssen, das wußte er noch aus älteren Zeiten. Aber da gab es doch noch etwas anderes?! Kein Vorurteil, unsere Delegation hat alle Frage offen angesprochen: "Großer Ernst ist erkennbar, wenn über die tragischen Ereignisse auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 gesprochen wird. Man habe angesichts gleichbleibender Ziele des Imperialismus und sich verändernder Methoden die Verbindung zu bestimmten Schichten der Bevölkerung und die ideologische Arbeit vernachlässigt. Es hätten sich in der Partei eine Führungskrise und Meinungsverschiedenheiten entwickelt. Man habe, - Erfahrungen, Konflikte anders beizulegen fehlten -, mit äußersten Mitteln reagiert. Man habe Schlußfolgerungen für die Verbesserung der Arbeit der Partei vor allem auf ideologischem Gebiet gezogen." usw. usf. Jede Faser Verständnis bei den GenossInnen, das haben sie schon jahrelang geübt. Und Bewunderung ist da: "Song Ping, eines der sechs Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros beim Zentralkomitee der KP Chinas" (da wird sich Horlemann heut' noch ärgern, denn so hochrangig ist die KPD/A0 nie empfangen worden) "spricht ruhig und überzeugt über die Entschlossenheit der KP, den Sozialismus chinesischer Prägung zu verteidigen." Und dann ist doch noch ein kurzer Moment der Sprachlosigkeit bei mir da: "Bemerkenswert, mit welcher Ruhe, Geduld und Experimentierfreudigkeit die chinesischen Genossinnen und Genossen an die Verwirklichung der gerechten Sache gehen." Ob der Schreiber auch nur einen Moment an diejenigen Menschen in China gedacht hat, die anders über die Sache denken und denen die Entschlossenheit, mit der der Sozialismus chinesischer Prägung verteidigt wird, gar nicht gut bekommt? Nicht die Spur eines Anflugs. Denn es ging, wie er schreibt der Delegation darum, "die Beziehungen zwischen unseren Parteien (zu) festigen und aus(zu)bauen". Mit China gibt es ein neues Bollwerk des Sozialismus und was schert mich, daß es vor fünf Jahren als sozialistisches Land noch gar nicht existierte, wenn es heute ein so prickelndes Erlebnis gibt: "Das Gefühl, 50 Millionen Kommunisten an der Seite zu wissen muß erst noch verarbeitet werden." Sicherlich, 200 Millionen Sowjetmenschen waren früher auch nicht schlecht, aber jetzt sind es 50 Millionen echte Kommunisten. Es geht aufwärts.

he., Hamburg

PS: Ich bin auf der Suche nach dem wirklichen 11. Parteitag der DKP. Nachweislich der eigenen Berichterstattung hat Anfang 1990 der 10. Parteitag stattgefunden. In der UZ vom 3. Mai wird für den 10.-12. Mai der 11. Parteitag angekündigt. In der UZ vom 17.5.91 wird jedoch geschrieben, am 12.5.91 hätte der 12. Parteitag der DKP geendet. In der Vorankündigung am 3.5.91 wird für 1994 schon der 13. Parteitag angekündigt. Frage: Hat es einen Geheimparteitag gegeben? Oder will die DKP mit einem "großen Sprung" an die Spitze der kommunistischen Bewegung spurten?

32. Der Golfkrieg, die Linke und der Tod. Streitgespräch über Imperialismus, Antisemitismus und staatlich organisierte Gesellschaften

Ein Streitgespräch über Imperialismus, Antisemitismus und staatlich organisierte Gesellschaften

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Imperialismus und Weltwirtschaft; Golfkrieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:48

Am 27.4.91 veranstaltete die Radikale Linke Westberlin ein Seminar mit dem Titel "Der Golfkrieg, die Linke und der Tod". Beabsichtigt war, Verständigung über den im Zusammenhang mit dem Golfkrieg aufgebrochenen Dissens innerhalb der Linken herzustellen. Weder der übliche polemische (und argumentativ häufig sehr schwache) Schlagabtausch in der Art der letzten KONKRET-Hefte sollte Zweck der Übung sein, noch die Erzielung eines faulen Friedens unter lauter solidarischen Genossinnen und Genossen. Zwei Referenten, Thomas Ebermann (Hamburg) und Joachim Brun (Freiburg, ISF) personifizierten während des Seminars in recht exemplarischer Weise zwei grundsätzliche Positionen dieses innerlinken Streits: Jene, die an der Tradition des Antiimperialismus und Internationalismus, wie sie in der Neuen Linken seit über zwanzig Jahren praktiziert wird, im Prinzip festhalten will (Ebermann) und jene, die die klassische, auf Lenin zurückgehende Imperialismustheorie grundsätzlich kritisiert und insbesondere dann, wenn es um Israel geht, in fataler Weise blamiert sieht (Brun).

Der folgende Text ist keine Dokumentation aller Redebeiträge des über fünfstündigen Seminars, sondern der Versuch, den zentralen Streit zwischen Ebermann und Brun herauszulösen, um ihn einem größeren Publikum als Denkanstoß zugänglich zu machen. Andere Teile des Seminars, in denen sich besonders auf die aktuelle Politik Israels bezogen bzw. antizionistische Positionen gegen den Pauschalvorwurf, antisemitisch zu sein, verteidigt wurden, wurden nicht berücksichtigt, weil sie unseres Erachtens die Ebene der Grundsatzdiskussion verlassen und in eine Spezialdiskussion führen, die ohne eine Verständigung über die zentalen Kategorien des Streits nur die Vermittlung von Informationen oder persönliche Meinungen sein können.

Die Ausführungen Ebermanns und Bruns wurden sprachlich vorsichtig bereinigt und stellenweise leicht gekürzt, in keinem Fall aber inhaltlich zensiert.

Genossen der KB-Minderheit Westberlin

Ebermann: Ich fange mal mit der Frage an, welche Bedeutung kommt dem despotischen Baath-Regime zu? Vor ein paar Jahren war eine Forderung allgemein anerkannt und zugleich strittig, die in ihrer Minimalformulierung Schuldenerlass für die Länder der Dritten Welt lautete. In diesem Zusammenhang gab es eine Debatte, ob denn auch den grausamen Regimes die Schulden erlassen werden sollten oder es so etwas wie ein westliches Diktat, eine Art Güteprüfung geben sollte, wem die Schulden erlassen werden. Bei den Kräfteverhältnissen in einigen Ecken dieser Welt wäre diese Minimalforderung Schuldenerlass auch Compradoren-Regimes, nationalen Tyrannen oder nationalen Bourgeoisien, jedenfalls nicht den Land- und Fabrikarbeitern, um die es bei dieser Forderung ideell ging, zugute gekommen. Trotzdem stand ich in schroffer Opposition zu denen, die ein imperialistisches, ein westliches oder ein deutsches Diktat über die Frage, unter welchen Bedingungen Schulden zu erlassen seien, herbeiführen wollten. Die Willkür dabei lag ziemlich auf der Hand. Den einen war die Demokratie ans Herz gewachsen, den anderen die Pressefreiheit und wieder andere wollten wo Folter herrscht, wo Rassismus grassiert oder ethnische Minderheiten verfolgt werden, keine Schulden erlassen sehen. In der Konsequenz wäre der Schuldenerlass so intensiv gewesen, vielleicht auch etwas weniger, wie die herrschenden imperialistischen Kreise ihn auch diskutiert haben. Es war eigentlich ein versteckte Debatte darum, ob nicht die Weltordnung nach den Kriterien der westlichen Zivilität gestaltet werden soll - sozusagen nach der Beschlußlage der grünen Partei und dem linken Flügel der Sozialdemokraten. Dabei wurde meistens ausgemalt, wie wenig die Menschen in den undemokratischen Ecken Afrikas oder Lateinamerikas eigentlich von dem Schuldenerlass hätten. Eine linke Variante trug dazu die Kritik vor, daß Schuldenerlass unter konstanten Bedingungen zur Reproduktion der bestehenden Verhältnisse führe und deshalb nicht viel bringe. Damals war es noch leicht, die Dinge auseinanderzuhalten, also irgendwie zu sagen:

Das imperialistische Diktat über den Schuldenerlass teilen wir gar nicht und zugleich sind wir in Gegnerschaft - in unwichtiger Gegnerschaft, denn alles was wir sagen, ist Gesinnung und nicht materielle Gewalt - zu vielen innenpolitischen und ökonomischen Verhältnissen in den kritisierten Ländern der Dritten Welt.

Ich glaube, die Nicht-Ablehnung der imperialistischen kriegerischen Intervention im Irak basiert auf dem gleichen, damals noch verdeckt gehaltenen Denkmuster, nämlich daß man nur verteidigen kann, bzw. für die Nicht-Möglichkeit des Imperialismus, speziell des deutschen, sein kann, wenn man eine große oder mindestens mittelprächtige Sympathie zu den herrschenden inneren Verhältnissen in einem sog. Dritte-Welt-Land empfindet.

Wenn jetzt ein Land mit einem vom Imperialismus eher geschätzten Herrschaftssystem eigene Wege geht, jetzt, wo dem Imperialismus der Gegenpart abhanden gekommen ist, er also größere Freiheiten der Intervention hat, wird einer bestraft, um 100 andere zu erziehen. Am Irak wurde exekutiert, daß ein nennenswerter Einfluß auf wichtige Ressourcen, aber auch eine nennenswerte Abtrünnigkeit nicht toleriert wird. Es wäre eigentlich sehr leicht gewesen, die Kritik an den Verhältnissen im Irak aufrecht zu erhalten und parallel den imperialistischen Krieg nicht zu billigen. Ich halte auch nichts von der Aussage, daß der Nord-Süd Konflikt den Ost-West-Konflikt ablöst. Zu einem Konflikt gehören zwar nicht zwei gleich starke, aber es muß doch wenigstens ein vergleichbares Verhältnis gegeben sein. Ist dies nicht der Fall, handelt es sich um ein Unterdrückungsverhältnis. Ich bin mir sogar sehr unsicher, ob die These richtig ist, daß es in absehbarer Zeit häufig Kriege dieser Art geben wird. Es ist auch denkbar, daß ein Jahrzehnt des faktischen Kuschens, bei Aufrechterhaltung antiimperialistischer Demagogie stattfinden wird.

Brun: Ich meine nicht, daß es zulässig ist, die weltweit herrschende Ökonomie unter den Begriff Imperialismus zu fassen. Der Begriff scheint mir doch zu verschlüsselt zu sein. Die von Thomas gebrauchten Formulierungen, wie "die herrschenden imperialistischen Kreise" begreifen die Kapitalbewegungen als Ausdruck des subjektiven Willens von Individuen und ich glaube nicht, daß der Weltmarkt, die totale Weltökonomie an irgend einer Stelle diese Subjektivität zuläßt. Daraus möchte ich folgern, daß der Imperialismusbegriff ganz und gar abzulehnen ist, weil er für ein Verständnis der Wirklichkeit untauglich ist, denn er versucht, die herrschenden Kräfte der gegenwärtigen totalen Weltökonomie nach dem Muster antifeudaler Opposition zu begreifen. Wenn man so wie Thomas von den Imperialisten spricht, denkt man ja fast, das seien Individuen, die selbstbewußt und privilegiert regieren und denen eine ungeheure Masse von Entrechteten gegenübersteht, die mit dieser Weltökonomie erst einmal gar nichts zu tun haben.

Der Imperialismusbegriff wäre zudem auf seine Leninschen Wurzeln zu untersuchen. Es wäre zu zeigen, daß der Imperialismusbegriff ein ganz und gar sozialdemokratischer ist. Denn dahinter steckt die schon von Hilferding gepflogene Vorstellung, es würde reichen, die sieben Berliner Großbanken zu expropriieren und wir hätten Sozialismus. Diese Vorstellung von Imperialismus als Diktatur von Finanzmagnaten über die Zirkulation, die durch Wucher und die Abpressung von Tributen ausgeübt wird, hat sich von der Sozialdemokratie in den Bolschewismus hineingerettet.

Dagegen möchte ich den Begriff "totale kapitalistische Weltökonomie" oder "Weltmarktgesellschaft" setzen. Im Weltmaßstab müssen die Bedingungen des friedlichen oder ungerechten Tausches zwischen Metropolen und Peripherie gesichert werden. Deswegen treten die USA als Weltpolizeimacht, als Weltgewaltmonopolist auf, der aber eine Fülle von Unterpolizisten braucht, um seine Herrschaft im letzten Winkel der Erde durchzuhalten. In diesem Verhältnis braucht der Weltgarant von Kapitalökonomie immer noch Unteragenten, die aufgrund ihrer internen ökonomischen Verfaßtheit unter Umständen dem Weltpolizisten aus dem Ruder laufen. Dann kommt es zu den Konflikten, die Thomas zum Teil schon beschrieben hat. Jeder weiß, daß die irakische Aggression gegen Kuwait erst einmal ein Versuch war, die Bank von Kuwait zu erobern und die Schulden erlassen zu bekommen. Hier vollzieht sich aus einer internen ökonomischen Dynamik von solchen Unterpolizisten ein Umkippen der vorerst funktionalen Herrschaft gegen den Weltsouverän. Deswegen ist es richtig, zu sagen, daß der Krieg erstmal rundweg zu bekämpfen gewesen ist. Allerdings nicht unter der Perspektive des Antiimperialismus, weil der Antiimperialismus immer suggeriert, daß das Opfer des Imperialismus objektiv antiimperialistisch ist. Im extremen Fall kommt es zu solchen Thesen, wie Karam Khella aus Hamburg sie vertritt, den man durchaus als roten Nazi bezeichnen kann. Khella hat die Aggression des Irak gegen Kuwait als die Fortsetzung der Intifada auf staatlichem Niveau bezeichnet, als Beginn der Erhebung der arabischen Völker weltweit gegen den Imperialismus. Obwohl er im einzelnen zugesteht, daß im Irak einiges faul ist, bezeichnet er das als kleinere Meinungsverschiedenheiten in der arabischen Völkerfamilie.

Ich glaube, wenn man den Begriff Imperialismus benutzt, dann hat man diesen ganzen Sack voll hohler Begriffe mit eingekauft, nämlich besonders einen bestimmten Herrschaftsbegriff und die Fiktion, die Herrschenden seien die Subjekte ihrer eigenen Gesellschaft, was meiner Ansicht nach nicht zutrifft.

Da ist jetzt wieder die Frage nach der inneren Verfassung Iraks, die Thomas schon angesprochen hat. Es ist denkbar, daß die interne ökonomische Krise eines solchen Landes eine Dynamik entwickelt, die sich nicht nur aggressiv nach außen richtet, sondern auch intern barbarische Verhältnisse etabliert. Es gibt eben Gesellschaftsformen, die noch unter dem Niveau bürgerlicher Vergesellschaftung liegen. Sie erreichen zwar aus Gründen dieser Vergesellschaftung doch einen anderen Zustand von Vergesellschaftung, einen barbarischen Zustand. Die irakische Gesellschaft ist derart verfaßt, daß sie notwendig zum Krieg treibt (von 20 Jahren Saddam Hussein ist 18 Jahre Krieg geführt worden). Das ist eine Gesellschaft, die aus Gründen ihrer inneren Verfaßtheit zu einer barbarischen Homogenisierung des Staatsvolkes treibt, also nationale Minderheiten ausrotten muß. Sie möchte das Preußen des vorderen Ostens sein, das Bismarckmodell nachspielen und alle arabischen Staaten einen. Sie braucht den Antizionismus, um den "Imperialismus", den sie ökonomisch nicht bekämpfen kann, doch symbolisch abstrafen zu können und sich so intern Legitimation zu verschaffen.

Ich möchte das mit einem Satz von Johann Georg Seume aus dem Jahr 1799 zusammenfassen:"Es ist oft ein Glück für die Menschheit, daß die größeren Verbrecher die kleineren im Zaum halten. Wie allerdings daraus eine vernünftige Weltregierung werden soll, weiß ich auch nicht". Wenn man den Konflikt zwischen Irak und USA derart verhandelt, dann kann man antikapitalistisch etwa so agieren, daß man sagt: Wir kämpfen gegen einen totalen Weltmarkt und seinen Weltpolizisten, ohne uns allerdings in Konflikten wie dem zwischen USA und Irak auf irgendeine Seite zu schlagen, sondern nur unter Aufrechterhaltung einer Fundamentalkritik an der ökonomischen und politischen Verfassung des Weltmarkts.

Mann: Stößt sich an dem Begriff roter Nazi und will wissen, ob die Linke in Affinität zum Nationalismus steht, oder ob beides für Brun dasselbe ist.

Brun: Wilhelm Reich hat die Stalinisten einmal rote Nazis genannt. Das war vor 1939, also vor Bekanntwerden der nationalsozialistischen Vernichtungspläne. Es gibt tatsächlich starke Strukturanalogien, die man sich unter Verwendung der Totalitarismustheorie ansehen sollte. Man muß diskutieren, ob es nicht zwei schlechte Formen von Aufhebung bürgerlicher Gesellschaft gibt. Eine, die versucht, die Gesellschaft als proletarische und eine, die versucht, sie als völkische zu organisieren. Zwei Aufhebungen, die beide schief sind, weil sie beide die grundlegenden Charaktere nicht brechen, besonders die Staatsverfaßtheit und die Zentralität politischer Macht. Wegen dieses Nicht-Brechens zentraler politischer Kategorien der bürgerlichen Gesellschaft ergeben sich Strukturanalogien zwischen Faschismus und Stalinismus bei zugleich ganz unterschiedlichen ökonomischen Dynamiken, Ideologien, Artikulationen. Ich halte den Vergleich für legitim, weil politische Fraktionen, die vom Selbstbestimmungsrecht der Völker sprechen, und das tun Nazis und Stalinisten, immer Volk als das Gegenteil von freier Assoziation von Individuen untereinander definieren. Mit dieser Artikulation von Volk reproduzieren sie -bestimmt im Widerspruch- immer die Legitimation von Staatsmacht. In diesem Bezug aufeinander läßt sich diskutieren, deswegen ist der Vergleich erstmal nicht illegitim.

Mann: Möchte wissen, ob die Behauptung von Brun, daß es keine Subjektivität im Weltmarkt gebe, auch bedeuten solle, daß alle von der kapitalistischen Weltökonomie Betroffenen, bzw. an ihr Beteiligten die gleiche Verantwortung trügen.

Brun: Es gibt Metropolen und Peripherien. Es gibt natürlich ein Niveaugefälle im Weltmarkt, aber die Frage der Verantwortung stellt sich nicht, weil das Problem sich nicht mit moralischen Kategorien begreifen läßt. Man müßte fragen, unter welchen Bedingungen Subjektivität überhaupt entstehen kann. Die linke Auffassung von der Sache ist davon gekennzeichnet, daß man von der Kritik der politischen Ökonomie nicht viel wissen möchte, sondern sich auf Institutionen wie den IWF konzentriert. Der IWF ist bekanntlich der Versuch einer politischen Regierung von sich mit brachialer ökonomischer Gewalt von selbst durchsetzenden Ausbeutungsverhältnissen. Der IWF ist also nur das Management oben drauf und nicht die eigentlich regulierende Instanz. Das heißt, wenn man gegen diese Verhältnisse auftritt, dann hat man zugleich gegen die Notwendigkeit eines wie auch immer gearteten Souveräns auf dem Weltmarkt anzugehen. Aber an diesem Weltsouverän partizipieren die Staaten der Dritten Welt. Als Weltgesellschaft sind sie Subjekte des Völkerrechts und als solche vollkommen egalitär mit den Vereinigten Staaten. Das ist dasselbe Problem, das

auch bei der Betrachtung sozialer Binnenverhältnisse auftritt. Der Kapitalist und der Arbeiter sind vollkommen gleich als Subjekte des Rechts und als Subjekte der Ökonomie, als Geldgebraucher. Diese eigentümliche Gleichheit wird mißverstanden und in den Kategorien von Privilegienwesen interpretiert. Also müssen wir die Grundfragen stellen, die im Leninismus nie gestellt worden sind und von den Grünen schon gar nicht: was heißt Staat und was heißt Kapitalproduktion.

Ebermann: Was mich am meisten interessiert ist, wo das, was du Fundamentalkritik nennst, umfällt in schnöde Demagogie. An deiner Argumentation ist ja zunächst einmal auffällig, daß du ein fast unbemerktes absolut realpolitisches Resümée ziehst. Warum fällt Fundamentalkritik immer wieder in Realpolitik um? Doch das stell' ich noch zurück. Ich spreche erst einmal ein paar Einzelheiten an.

Was soll das Zitat besagen, daß die großen Verbrecher zum Glück die kleinen mäßigen? Willst du das empirisch durchprüfen, daß Pinochet noch viel mehr angerichtet hätte, wenn er nicht aus dem Weißen Haus Order bekommen hätte? Diese sympathieheischende Formel besagt in ihrer Konsequenz, daß es sich unter imperialistischer Direktherrschaft besser leben läßt, als wenn man etwas dazwischenschaltet.

Was sollen die Formulierungen, die darauf hindeuten, man müsse untersuchen, wer so handeln muß, wie er es praktiziert? Was soll bei der Untersuchung herauskommen, ob die irakische Herrschaftsschicht so handeln muß, wie sie es tut? Ich kann mir dabei überhaupt kein brauchbares Ergebnis, sondern nur irgendwelchen Determinismus vorstellen. Ich finde es nach wie vor richtig, daß die Linke sich sogar dafür interessiert hat, wie in Befreiungsbewegungen unterschiedliche Flügel die verwendeten Programme verfolgt haben. Wenn man nur ein bißchen weiß, wie in einem - wenigsten ein bißchen - in Befreiung befindlichen Angola, nicht nur der Kampf zwischen MPLA und UNITA getobt hat, sondern wie in der MPLA verschiedene, höchst relevante Richtungskämpfe stattgefunden haben: Wie viel müssen wir der nationalen Bourgeoisie zugestehen, damit sie uns nicht abhaut und einigermaßen loyal ist; wieviel Privatbesitz in der Landwirtschaft wollen wir, wieviel Kollektivität können wir hinkriegen; wieviel staatlich-bürokratischen Apparat brauchen wir im Gegensatz zur real aufzubauenden Volksherrschaft? Wenn all diese Fragen in Wirklichkeit nur Mumpitz sein sollten, weil so gehandelt werden muß, wie das der Weltmarkt und die jeweilige Stellung der subalternen, kleineren und wenig mächtigen Staaten festgeschrieben haben, kann keine Aufklärung über die tatsächlich unterschiedlichen Ziele stattfinden. Auch die Niederlagen der Linken in Befreiungsbewegungen würden dadurch verschüttet, es kommt gleichzeitig zu einer gewaltigen objektiven Entschuldigung eines so verfaßten Herrschaftssystems wie derzeit in Nicaragua. Es können die Begrenztheiten der Spielräume aufgezeigt werden, aber es kann nicht herauskommen, daß so und nicht anders gehandelt werden muß.

Brun: Würde man eine Untersuchung des deutschen Nationalsozialismus machen, dann würde man eine Ahnung bekommen vom objektiven Zwangscharakter von Ökonomie, der einreißt, wenn ein Staat in einer Krise von Desintegration im Weltmarkt auf Autarkiepolitik setzt und sich daraus bestimmte ökonomische und politische Zwänge ergeben wie sie Alfred Sohn Rethel analysiert hat. Dieser Zwangscharakter der sozialen Revolution im deutschen Faschismus hat dazu geführt, daß eine solche aus der bürgerlichen in eine barbarische umgekippte Gesellschaft wie ein Amokläufer die Welt mit Krieg überzieht. Das war ein Einbruch einer ganz anderen Vergesellschaftungsweise in den kapitalistischen Weltmarkt. Marx hat ja mal von der Selbstaufhebung des Kapitals auf eigener Grundlage gesprochen, also von einem Umkippen des Kapitals in bestimmten seiner Zustände in Formen, die man rein äußerlich als Form der ursprünglichen Akkumulation beschreibt: Raubbau nach innen, Raubbau nach außen, Vernichtung und Herstellung eines bestimmten Sozialzustands, der sich in einem Begriff wie Logik nicht begreifen läßt. Das mit den großen und kleinen Verbrechern ist überhaupt keine sympathieheischende billige Floskel und Polemik, sondern genauer Ausdruck des Problems, das entsteht, wenn eine bürgerliche Gesellschaft aus ihrer eigenen Dynamik heraus umkippt. Dann müssen die restbürgerlichen Staaten den Barbaren bekämpfen, weil er sie ja auch selber bedroht. In diesem Kampf setzen sie, wenn sie ihn gewinnen, zumindest die revolutionäre Aufhebbarkeit bürgerlicher Gesellschaft durch, die der Faschismus objektiv total vernichtet. Darum stimmt die Regel von den großen und kleinen Verbrechern. So wie in Italien jeder weiß, daß es besser ist, mit der Zentrale der Mafia zu verhandeln, als mit den kleinen Gangstern, weiß auch jeder, daß an den Spitzen der ganz normale Wahnsinn herrscht, der objektiv gebotene Irrsinn und nicht noch Separatformen, Grausamkeitsformen dazukommen. Diese Separatformen sind das notwendige Produkt des Zentrums, da bin ich mit dir völlig einverstanden. Darum ist es Wahnsinn zu sagen, die USA kämpfen für die Demokratie am Golf, ohne dabei zu sagen, daß die Demokratie eine objektive Staatsideologie ist, ohne zu sagen, daß diese Demokratie im Zentrum die Barbarei

an der Peripherie notwendig aus sich heraussetzt. Und jetzt noch einmal zu den Analysen über die interne Verfassung des Irak (da kenne ich mich auch nicht so aus). Mir hat einmal ein nach der Kommunistenverfolgung von 1978 emigrierter irakischer Kommunist erzählt, er hätte überhaupt keine Probleme mit Enzensbergers Saddam-Hitler-Vergleich. Der beschreibt die Verhältnisse im Inneren des Irak als Blockwartsystem, als äußerste Atomisierung der Bevölkerung zur Unterbindung kollektiver Gegenwehr, Bespitzelung etc. Der findet es gut, daß die Zentrale ihren Lakaien mal soweit durcheinanderbringt, daß die Opposition wieder eine Chance hat, sich zumindest zu kollektivieren, sich zu organisieren, denn genau das ist durch das System ausgeschlossen.

Zum Schluß noch einmal zu dieser Sache mit der Fundamentalkritik. Es ist ein effekthascherischer Trick von Dir, Dich immer in die Rolle desjenigen hineinzubegeben, der Politik machen will, aber bloß keine Realpolitik. Was heißt denn eigentlich Politik machen? Das heißt Leute organisieren, Interessen verallgemeinern, Minimalkonsense und Maximalkonsense herstellen, Programme usw. Das sind alles Formen, die die Zentralität politischer Macht immer schon vorausgesetzt haben. Den Fundamentalkritikern hält man vor, sie seien Schreibtischtäter, den Realpolitikern, sie hätten keine Theorie und man selber ist das Weltkind in der Mitte, das nach allen Seiten Kritiken verteilt und sich selber auf seinen guten Willen beruft und sich raushält. Du hast davon gesprochen, daß man handeln müsse, man Politik machen müsse, also organisieren, Interessen verallgemeinern etc. Das ist doch alles im Kern schon ein Versuch, Individuen zur Masse zu organisieren, damit sie als Schwungelemente taugen. Deine einzige Kritik an der grünen Partei ist doch die, daß sie die Vermittlung zum Staat hin für die falschen Interessen besorgt. Du warst gestern für die Grünen ohne Staatskritik und bist heute gegen die Grünen ohne Staatskritik.

Du hast gemeint, wenn man so analysieren würde wie ich es tue, könnte man nicht handeln und das sei keine Aufklärung. Der Begriff von Aufklärung scheint mir da doch sehr in Frage zu stehen. Die Flugschrift der Radikalen Linken zum Beispiel, das ist doch bestenfalls Information. Immer dann, wenn irgendwo was passiert, macht ihr linke Länderkunde. Man studiert panisch die Programme der verschiedenen Befreiungsbewegungen, arbeitet sich ein, wird Experte in Sachen Nicaragua, Vietnam etc. Man ist selber schon zum Weltbürger erzogen worden durch diese Länderkundlerei. Aber es gibt überhaupt keine Kritik an dem Begriff der nationalen Befreiungsbewegung und der Vorstellung, daß man sich mit der Form Nation befreien könnte. Aufklärung besteht hier doch gerade darin, den Begriff Nation ins Zentrum zu nehmen und damit aufzuhören, mit der Informationsvermittlung über Differenzen in nationalen Befreiungsbewegungen irgendwen aufklären zu wollen. Subjektivität, die wirklich überschreitend sein soll, die revolutionär sein soll, kann nicht von Leuten, die Politik machen wollen erfunden oder in Lernprozessen vermittelt werden, sondern sie ist ein Produkt der objektiven Reproduktionsbedingungen des Kapitalismus. Es ist die Krise, die überhaupt erst Gelegenheit zur revolutionären Praxis, der Bedingungen und der Möglichkeiten nach gibt. Die Aufgabe der Linken ist es, einen kollektiven Kritiker aufzubauen, der in Situationen, in denen die Gesellschaft durch brachiale Krisen von ihren bisherigen Lebens- und Denkumständen so weit distanziert wird, daß alles nach Herrschaft schreit, zumindest das, was man als definitiv falsch erkannt hat, den Staat zum Beispiel, massiv kritisiert. Das Verhältnis der Revolutionäre auch zu den sozialen Bewegungen darf nicht ein vorantreibendes, organisierendes sein, sondern muß ein negierendes sein, sofern ideologische Forderungen aufgestellt werden, die objektiv zur Reproduktion von Macht beitragen.

Mann: Bruns Behandlung des Begriffs Imperialismus schließt es aus, von Unterdrückung bzw. der Legitimität von Befreiungsbewegungen überhaupt noch zu sprechen. Die Rede vom Weltpolizisten und seinen Subpolizisten, die gleichermaßen an der Weltökonomie partizipieren, führt doch dazu, daß eine Unterscheidung zwischen Tätern und Opfern nicht mehr möglich ist. In diesem Zusammenhang ist es auch nicht möglich, sich über Israel zu verständigen.

Brun: Ohne weiteres können wir uns darüber verständigen. Wir müssen eben analysieren, warum so eine Weltkapitalgesellschaft antisemitisch und rassistisch nicht nur nach innen, sondern auch nach außen ist. Israel ist in diesem Konflikt als de facto unbeteiligter Dritter von beiden Seiten ins Visier genommen worden. Die Amerikaner, die genau gewußt haben, daß die Drohungen Husseins nicht haltlos sind, haben sich um den Schutz Israels vor Kriegsbeginn einen feuchten Kehricht gekümmert. Andererseits hat Irak es für legitim befunden, im Krieg gegen die USA, gegen die halbe arabische Welt und gegen die UNO, einfach mal so nebenbei Israel zu beschießen. Also beide Lager haben im Konflikt bezogen auf Israel ein ganz klares Kosten-Nutzen-Kalkül gemacht. Beide haben aus Gründen, zu denen wir später noch kommen werden, Israel

auf's Spiel gesetzt. Das erklärt sich aus dem innergesellschaftlichen Antisemitismus, wo über den Juden eine Rechnung aufgemacht wird: nützt er uns oder nützt er uns nicht? Jeder beantwortet die Frage anders, aber das Kalkül selber ist der Skandal. In Bernt Engelmanns Buch "Deutschland ohne Juden - eine Bilanz" treffen wir zum Beispiel auf dieses Kalkül. Die Bilanz fällt hier positiv aus, weil wir mit Einstein besser gefahren sind, wir Deutschen. So sieht die Bilanz aus, wenn sie für die Juden gut ausgeht. Engelmann schreibt aber kein Wort über die ostjüdischen Arbeiter, die Massenarmut; die haben ja keine Musik gemacht, keine Bücher geschrieben, die Kultur nicht bereichert, was ist mit denen? Da sieht die Bilanz eben schlecht aus. Dieses Kalküldenken wiederholt sich auf Weltebene an Israel. Das ist die außenpolitische Darstellung des innergesellschaftlichen Antisemitismus und seiner normalen Verhaltensweisen. Ich würde daher sagen, daß eine Analyse von Weltkapitalgesellschaft sich mit der Bestimmung der Frage Israel, Golfkrieg, USA nicht nur nicht ausschließt, sondern sich bestens anschließen läßt.

Ebermann: Man hat 1914 trefflich darüber streiten können, wie grausam der zaristische Despotismus ist. Aber entweder hatte das den Sinn, die Legitimität des von Deutschland geführten Krieges zu begründen, oder man machte die Feststellung, daß es wahrlich keine begrüßenswerten, emanzipatorischen gesellschaftlichen Zustände im zaristischen Russland gegeben hat, daß das aber dennoch überhaupt kein Grund ist, irgendeine Legitimität des Krieges in Deutschland zu entdecken. Ein Sinn der Debatte scheint mir darin zu liegen, ob man sich so viel über die Boshaftigkeit des Despotismus, den Völkermord des Baath-Regimes ereifern kann, daß der Krieg, der vom Imperialismus geführt wird, dem Hauptgendarmen und seinen Verbündeten als gerechtfertigt zugestanden wird.

Es bedarf eigentlich keiner Aufarbeitung mehr, daß sich Revolutionsromantik blamiert hat. Ich erinnere daran, als hier bekannt wurde, daß es in der Führungsspitze der Befreiungsbewegung in El Salvador teilweise liquidierend und mordend zuging, war das einigen ein Anlaß, die Unterstützung für "Waffen für El Salvador" zu unterbinden. Es kam der Geruch auf, daß Geld für Waffenkäufe von Leuten gesammelt wird, die gar nicht so gut sind, wie bis dahin in der Solibewegung erwartet wurde. Wer etwas mehr wußte, wußte auch, daß die rosaroten Propagandaschriften von der Güte der Menschen und daß die Zärtlichkeit nur im bewaffneten Kampf entdeckt werden kann, wenig Wahrheitsgehalt hatten. Ich habe es immer als einen demagogischen Versuch gesehen, wenn das der Grund war, die Bemühungen solcher Befreiungsbewegungen und der sie tragenden sozialrevolutionären Kräfte nicht weiter zu unterstützen, ohne daß ich deshalb ein Freund der Apologetik dieser Befreiungsbewegungen war. Das alles mag an der Baathpartei und Saddam Hussein mal Hundert potenziert sein. Sobald aber die Debatte bewußt oder versehentlich den Zweck transportiert, deswegen Verständnis für die Aggression zu wecken, wird sie falsch.

Mann 2: Um am Beispiel El Salvador anzuknüpfen: Es hätte klar sein müssen, daß eine Bewegung, die vorhat, die Revolution über die Nation zu betreiben, sich also als Staatsgründungsbewegung darstellt, auch wenn sie noch nicht an der Macht ist, als der zukünftige, als der prospektive Staat verhält, insofern genauso gewalttätig gegenüber ihren eigenen Leuten ist, wie sie später als Staatsmacht auch sein wird. Es wäre eigentlich nach beiden Seiten revolutionärer Defaitismus angesagt. Sowohl gegenüber der dominierenden Macht, als auch gegenüber Befreiungsbewegungen, die Staaten gründen. Wir haben auf beiden Seiten eigentlich keinen positiven Bezugspunkt. Bei Saddam Hussein schon gar nicht mehr. Es ist mir bei den Analogien vom Golfkrieg zum Weltkrieg II immer wieder aufgefallen, daß die Feststellung, daß die Koalition gegen Hitler richtig war, leicht dazu führt, daß diese Analogie über alle möglichen Regimes der Welt ausgedehnt und damit dem demokratisch organisierten Kern die Legitimation erteilt wird.

Brun: Demokratisch organisierte Länder können aus ihrer eigenen Logik heraus in ihr Gegenteil umkippen. Der Satz von Marx, von der Selbstaufhebung des Kapitals auf eigener Grundlage beschreibt das recht schön. Daß es eine solche Dynamik gibt, ist vom traditionellen Marxismus nie gedacht worden. Da geht es nur nach oben und immer höher und weiter und das Kapital bereitet seine eigene revolutionäre Aufhebung vor. Daß es auch eine negative Selbstaufhebung geben kann, eine eigenständige Sozialformation, die man Barbarei nennt und die auf der Spitze von Kapitalvergesellschaftung entsteht, ist im Marxismus undenkbar gewesen, solange er unter dem Einfluß dieses sozialdemokratisch-leninistischen Zeugs stand. Demokratie und Diktatur hängen als verschiedene Formen von Staatlichkeit natürlich untergründig zusammen. Da, wo Demokratie als Staatsform im Zentrum möglich ist, kann an der Peripherie aufgrund anderer ökonomischer Verhältnisse dieser Staat sich als Diktatur erweisen. Deswegen kann man Demokratie gegen Diktatur in diesem Sinne nicht verteidigen, außer am Punkt Israel. Bei jedem anderen Krieg, meinetwegen beim Vietnam-Krieg oder bei der Intervention

der Weltpolizisten irgendwo auf der Welt, ist es im Prinzip vollkommen richtig, so zu argumentieren, wie Thomas das gerade getan hat, aber nicht am Punkt Israel. Nicht an dem Punkt, an dem es alle legitim finden, die Weltpolizei und die an der Peripherie, die von ihr niedergehalten werden, an Israel dieses Kosten-Nutzen-Kalkül aufzumachen. Das Kosten-Nutzen-Kalkül über den individuellen Juden oder den Staat Israel ist immer schon geistiger Vorschein dieser Kapitalverhältnisse, die die objektive Möglichkeit der Barbarei in sich bergen.

Frau: Weist die Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus zurück. Schließlich gebe es auch in Israel nicht wenige radikale Kritiker des Zionismus.

Brun: Ich würde die These aufstellen, daß, wenn in Israel der Zionismus kritisiert wird, dann ist das in Israel einfach nur der Name für den israelischen Nationalismus. Wenn aber in Deutschland das Wort Antizionismus in den Mund genommen wird, dann ist es nicht mehr der Name für den israelischen Nationalismus, sondern ein Tarnname für Antisemitismus, das wird immer durcheinandergebracht. Die Antizionisten in der BRD nützen die ganz andere Bedeutung, die Antizionismus in Israel hat und auch in der Geschichte der Arbeiterbewegung in den 20er Jahren, sozusagen strategisch aus. Wenn man die israelische und die deutsche Rede vom Zionismus miteinander vergleicht, dann hat man beim israelischen Gebrauch dieses Wortes nie die Assoziation, die Juden seien erstens die Verkörperung des Geldes und zweitens die Verkörperung des Kosmopolitismus, des wurzellosen Weltbürgertums. Aber genau diese Konnotationen sind in der antizionistischen Demagogie, wie sie in der BRD-Linken herrscht, überpräsent. Dafür habe ich, wenn es gewünscht wird, einige Beispiele. Nun heißt es immer, wenn man ein konkretes Beispiel anführt, das treffe nur für eine bestimmte Fraktion zu und gehe den Rest nichts an. Man darf also von Beispielen nicht verallgemeinern, aber man darf auch nicht von Thesen aufs Besondere kommen. Beides mag die Linke nicht, weil sie dem Thema ausweichen will. Wenn man eine Schrift liest, wie die des Nazi-Ideologen Alfred Rosenberg mit dem Titel "Der staatsfeindliche Zionismus" von 1938, und sie mit ML-Schriften über das Problem vergleicht, dann ist zunächst mal formal gesehen auffällig, daß die gleichen Stereotypen präsent sind. Schon 1920 hat der erste Antizionist Deutschlands, Adolf Hitler, gesagt:"Der ganze Zionistenstaat soll nichts anderes werden als die letzte vollendete Hochschule der internationalen Lumperei und von dort aus soll alles dirigiert werden. Jeder Jude soll gewissermaßen die Immunität bekommen als Staatsbürger des palästinensischen Staates. Nebenbei behält er naturgemäß unsere Staatsbürgerrechte auch noch, aber er erreicht eines damit: Wenn sie nämlich einmal einen Juden auf frischer Tat ertappen sollten, so ist das kein deutscher Jude, sondern ein Bürger von Palästina." Diese Redeweise, den israelischen Staat als eine Art strategischen Stützpunkt für Weltbegaunerei zu bezeichnen, prägt das faschistische Bild vom Zionismus durch und durch.

Auch die Analogie von Zionismus und Faschismus ist ganz falsch, und prägt doch die ganze ML-Rhetorik. Ein willkürliches Beispiel aus einer sich selbst antifaschistisch nennenden Freiburger Zeitschrift: Diese Zeitschrift hat ein großes Thema, die Menschenrechtsfrage in den von Israel besetzten Gebieten, und es ist von vornherein entschieden, daß dieses Thema unter der Rubrik Antifaschismus behandelt wird. In einem Artikel wird über einen Vortrag, den Felicitas Langer in Freiburg gehalten hat, berichtet:"Ich bin mir", schreibt der Autor, "nach dem Vortrag von Frau Langer sicherer als zuvor mit meiner These, daß Israel", Israel natürlich in Anführungszeichen gesetzt, "nicht den nationalsozialistischen Mißbrauch jüdischer Menschen aufhob, sondern ihn fortsetzte unter Mitwirkung von Zionisten, die schon mit den Nazis zusammengearbeitet hatten. Soll Rassismus dadurch bekämpft werden, daß man seine Opfer zusammensteckt und bewaffnet? Und was ist die Grundlage eines Staates, der die erste Aufgabe hat, ‚Juden' zu schützen? Sie ist rassistisch, ob nun das Judentum als nationalsozialistischer Begriff verwendet wird oder nicht." Das ist natürlich nur ein Beispiel, aber ich könnte viele solcher Beispiele bringen. Darin liegt die Bedeutung Broders, daß er diese Beispiele gebracht hat, daß er sich die unendliche Mühe gemacht hat, empirisch zu kontrollieren, inwieweit der Antizionismus in der Linken präsent ist. Daß er das nicht in materialistischen Kategorien tut, ist auf jeden Fall richtig, und ich würde auch seine These vom ewigen Antisemitismus ablehnen. Er ist auch nur ein bürgerlicher Kritiker, aber er hat natürlich gegen die Völkischen allemal recht, weil er ihnen sozusagen die Bilanz vorlegt. (...)

Es ist nicht zufällig, daß niemand vom israelischen Nationalismus spricht, obwohl das eigentlich geboten wäre. Alle reden vom Zionismus, und da kommt die erste Verschiebung schon rein. Die zweite Verschiebung ist die Unfähigkeit zur Israelkritik. Das ist nicht nur eine Unfähigkeit zur Nationalismuskritik, sondern der Wunsch, zwischen guten und schlechten Nationen zu unterscheiden und die guten Nationen am Negativbeispiel Israel

positiv zu privilegieren. Was man aber an Israel tatsächlich lernen kann, ist das Problem einer bürgerlichen Staatsgründung aus dem Nichts, auf einem Terrain, auf dem andere Leute gewohnt haben. Das ist das Erkenntnisproblem: Was ist Staatsgründung, was ist Nation, und zu welchen Phänomenen kommt es, wenn sich in einem historischen Terrain, wo bis 1918 Imperien waren und keine Staaten, wo also die Kategorie Staat praktisch unbekannt gewesen ist, auf einmal sich eine bürgeliche Staatsgewalt zu etablieren versucht. Dann kommt es in einem ganz kurzen Zeitraum zu dem, was Althusser eine ursprüngliche politische Akkumulation genannt hat, in der also wie im Zeitraffer die Konzentration der Gewalt in wenigen Jahren abläuft, die in Europa im Verlaufe von Jahrhunderten stattgefunden hat. Eine Linke nun, die vom Staat so wenig Ahnung hat, daß sie einen sozialistischen oder demokratischen Staat für möglich hält, muß natürlich ihre eigene Ideologie an der offensichtlichen Gewaltsamkeit von Staatsgründungen blamiert finden. Sie muß eine solche Weise von Staatsgründungen als das Gegenteil eines ordentlichen Staates verstehen, denn da darf Gewalt keine Rolle spielen.

Das ist erstmal das Grundproblem. Und zu diesem Grundproblem kommt nun die ganze Sache mit dem Zionismus. Abba Eban sagt zum Beispiel, die Hauptaufgabe eines jeden Dialogs mit der nichtjüdischen Welt sei es, zu beweisen, daß der Unterschied zwischen Antisemitismus und Antizionismus überhaupt kein Unterschied ist. Dabei muß Verschiedenes bedacht werden. Abba Eban kann erst einmal recht haben, obwohl er Nationalist ist. Selbst, wenn er mit der Gleichsetzung recht hätte, wäre das, bezogen auf ihn als einen Staatsmann, der reine Zufall. Denn jemand, der in den Kategorien von Souveränität denkt, kann eine nationale Homogenisierungsideologie und -praxis, wie es der Antisemitismus ist, niemals verstehen, weil er als Staatsmann ja selber homogenisieren muß - und die Politik gegenüber den Palästinensern zeigt ja, wohin das führt, wenn man ein Staatsvolk produzieren muß. Daß Abba Eban aber trotzdem recht hat, aus Gründen, die er selbst gar nicht begreifen kann, ergibt sich genau aus dem materialistischen Begriff von bürgerlicher Gesellschaft, der den Antisemitismus strikt unterscheidet vom Antijudaismus. Die zionistische Polemik muß selber den Antisemitismus, der ein ökonomisches und politisches Phänomen ist von bürgerlichen Gesellschaften, die sich barbarisch entwickeln, als Aggression gegen "Menschen jüdischen Glaubens" begreifen. Worum handelt es sich nun beim Antisemitismus? Bezieht man sich auf Moishe Postone, der versucht, den sozialpsychologischen und kulturkritischen Ansatz von Adorno ökonomie- und staatskritisch zu fundieren, dann sieht man, daß es sich beim Antisemitismus um bestimmte Vorstellungen vom Geld-und Staatfetisch handelt. Deshalb ist der Antisemitismus weder ein Vorurteil noch eine Manipulation von Herrschenden, sondern gehört zum Objektivitätsbestand von Staats- und Klassengesellschaften. Ich würde sagen, Staats-und Klassengesellschaften sind fundamental rassistisch und strukturell antisemitisch.

Mann: Das muß doch dann auch auf den Staat Israel zutreffen.

Brun: Israel kann rassistisch sein, aber nicht antisemitisch. Rassismus und Antisemitismus haben den gleichen funktionalen Grund, aber verschiedene Erscheinungsformen. Sie entspringen dem Versuch, der in einem Staat bestehenden formellen bürgerlichen Gleichheit sozusagen ein zweites Fundament unterzuziehen. Dabei handelt es sich bei den Rechten um die Vorstellung von Rasse, bei den Linken um die Vorstellung von Arbeit. Beides sind Versuche, die Individuen, die schon als gleiche Rechtssubjekte zur einheitlichen Bearbeitung durch die Staatsgewalt zubereitet sind, auf Grundlage eines noch tieferen Fundaments zu homogenisieren. Die Vorstellung vom wurzellosen Weltbürgertum, die bei allen Antizionisten (und nicht nur bei diesen) vorhanden ist, ist systematisch erforderlich, um diese Integration zu leisten. Ich zitiere zur Veranschaulichung mal aus einer Politikerrede:"Der Befreiungskampf des deutschen Volkes ist noch nicht beendet. Noch befindet sich ein Teil unseres Vaterlandes in der Hand der Imperialisten. Der Kosmopolitismus, der gegen die nationale Souveränität der Völker polemisiert und das Nationalbewußtsein als überholte Gefühlsduselei abtut, redet einem wurzellosen Weltbürgertum das Wort und rät den Völkern, ihre Selbständigkeit zugunsten eines imaginären allgemeinen Wohls über Bord zu werfen. Dabei handelt es sich hier um nichts anderes als um das Wohl der amerikanischen Finanzmagnaten, die mit dieser Ideologie die Völker veranlassen wollen, sich ihrer nationalen Identität zu begeben, damit das US-Kapital willenlose Sklaven für die Durchführung seiner Pläne zur Verfügung hat." Soweit Otto Grotewohl in einer Volkskammerrede aus dem Jahr 1950. Obwohl Grotewohl mit keinem Wort von Juden oder dem Zionismus gesprochen hat, hat er doch alle Stereotypen antizionistischer Demagogie exemplarisch versammelt. Man kann daran auch sehen, daß die Linke selber konterrevolutionär ist, soweit sie sich auf die Kategorie der nationalen Identität anders als kritisch bezieht und soweit sie vom Volk anders spricht, als von einer Zusammenrottung von Individuen zu Staatszwecken.

Ebermann: Es gibt Regionen in der Welt, wo es den Einwohnern verboten ist, ihre Sprache zu sprechen oder zu schreiben. Wo sie keine Möglichkeit haben, ihre eigene Geschichte kennenzulernen. Wo nur die Geschichte des Okkupanten gelehrt wird. Das aktuellste Beispiel sind die Kurden. Daß dort das Bedürfnis entsteht, diese Bedrängnis überwinden zu wollen, finde ich verständlich. Dabei können Formen angenommen werden, mit denen die versteckten Klassenantagonismen der eigenen Gesellschaft weggelogen werden und idealistisch aus der Situation der Unterdrückung eine romantische, volksgemeinschaftliche Ideologie erwächst, wonach alle Kurden oder meinetwegen Vietnamesen gleiche Interessen haben. Aber es ist ein Fehler, verschiedene Typen von Staaten nicht qualitativ voneinander abzugrenzen. Nicht mehr zu unterscheiden zwischen einer, allerdings heute kaum noch anzutreffenden aber denkbaren Konstellation des absterbenden Staates, oder der immer größeren Rücknahme des Staates in die Gesellschaft und wenn aus stinkbürgerlichen Gründen der erreichte Staat zum non-plus-ultra, zum höchsten Ziel und der Verkörperung des Guten stilisiert wird, dann sind keine Grundentscheidungen mehr zu treffen zwischen emanzipatorischen Kräften, die zur Absicherung historisch notwendiger Etappen noch der Staatsform bedürfen und denjenigen, die Herrschaft und Ausbeutung für immer zementieren wollen. Wenn wir uns die Freiheit erlauben, jeden Nationalismus gleich kritikwürdig und jeden Staat gleich von Übel zu setzen, haben wir vielleicht ein neues Raster für den Blick auf die Welt, werden aber nur in das permanente Schwanken zwischen fundamentaler Kritik und banaler Realpolitik getrieben.

Ich zitiere jetzt aus eurem Flugblatt: "Das Interesse der USA und ihrer Verbündeten mögen so imperialistisch und verabscheuungswürdig sein, wie sie es auf jeden Fall sind, solange und insoweit diese Interessen die Verteidigung Israels gegen die Angriffe mit deutschen Giftgas implizieren, stehen sie außerhalb jeder Kritik." Und ein kleines Stück weiter: "Wenn die Forderung nach sofortiger Beendigung des Krieges und die nach Sicherheit für Israel einander ausschließen, ist so unerhört wie wahr: Solange diese Alternative besteht, ist es anstößig, das Wort Frieden in den Mund zu nehmen." Zwei Beispiele, daß, solange die Welt nicht so gut ist wie wir sie gern hätten, wir uns auf die Ebene begeben müssen, die uns jeweils das Gute im Schlechten, wie Gremliza sagt, finden läßt. Das ist der Gedanke: Wenn der Krieg tobt, ist jede Kritik frevelhaft, denn es gibt einen guten Zweck, den Schutz Israels vor deutschem Giftgas. Solange der Kriegszweck der militärischen Sicherheit Israels dient, darf man das Wort Frieden nicht in den Mund nehmen. Da sind wir sehr weit weg von jeder Kritik nationaler Staaten oder der Kritik des Nationalismus.

Brun: Die Art, wie Du von der Passage aus unserem Flugblatt Gebrauch machst, ist so richtig demagogisch. In dem Flugblatt wird nämlich ausdrücklich gesagt, daß die Stellung Israels in der kapitalistischen Weltgesellschaft analysiert werden muß. Ich würde die These aufstellen, daß sich in der Haltung zu Israel der Antisemitismus bürgerlicher Gesellschaften noch einmal geopolitisch reproduziert, und zwar in einer Art und Weise, die am Objekt Israel das mittelalterliche Schema vom Schutzjuden wiederaufleben läßt. Der Schutzjude des Mittelalters war ein Mensch, der außerhalb der feudalen Ständehierarchie stand und insofern gegenüber der Masse der Bevölkerung privilegiert war. Die Kehrseite dieses Privilegs war, daß er existentiell schutzlos war, weil dieses Privileg auf der reinen Willkür der Herrschenden beruht hat. Es ergab sich also im Rahmen eines strategischen Kosten-Nutzen-Kalküls von Herrschaft über Juden dieses Schwanken zwischen Privilegierung und Vertreibung, zwischen Gewährung von Vorteilen und der Bedrohung mit dem Massaker. Detlev Claussen hat in seinen Studien gezeigt, daß die Unteren, wenn sie etwas gegen Herrschaft haben, konformistisch-rebellisch reagieren, die Juden als Privilegierte der Herrschaft zurechnen und sie stellvertretend für Herrschaft massakrieren. Damit demonstrieren sie, daß sie eigentlich auf Seiten der Herrschaft stehen, also nach dem Schema: wenn das der Führer gewußt hätte. Diese Betrachtungsweise kehrt wieder, bezogen auf die geopolitische Stellung Israels. Israel als Staat steht genauso außerhalb der Herr-Knecht-Ordnung der Welt wie der Schutzjude des Mittelalters und alle projizieren auf ihn. Nehmen wir als Beispiel die Rolle des Antizionismus im arabischen Nationalismus. Die autoritären Regimes dort fühlen sich im Weltmarkt sehr gut zuhause - sie triumphieren mit ihrem Ölpreis über die Vierte Welt -, müssen aber, um ihre eigenen Massen zu integrieren, auf Israel zeigen als den "Brückenkopf des Imperialismus", wie diese antisemitische Phrase lautet, um den Zorn ihrer eigenen Bevölkerung über die Massenarmut zu projizieren und zugleich mit dem Weltmarktpolizisten gut auskommen zu können. Das ist die Grundsituation. Wenn ich nun diese auch von der RL in ihrer Flugschrift getroffene Unterscheidung heranziehe und sage, Israel ist einerseits/andererseits, Brückenkopf und Asyl, dann habe ich diese schöne Politiker-Funktion des Weltkindes in der Mitte. Einerseits kann ich nach der Seite des Brückenkopfs hin die niederträchtigsten Vorurteile von Antizionisten wunderbar beliefern (das macht ihr ja auch gut in eurer Flugschrift), andererseits, nach der Seite des Asyls hin, kann ich allen Bedenken und Kritiken bezüglich eines Antisemitismus' auch recht geben. Du bist immer der bloße

Vermittler und brauchst selber zur Sache nichts zu sagen. Du beziehst dich wie alle Politiker auf den gesunden Menschenverstand, der sozusagen ein ursprünglicher Positivist ist, der sich von einer Sache keinen synthetischen Begriff bilden möchte und auch nicht bilden kann, sondern immer in Kategorien wie Soll und Haben, Licht und Schatten, einerseits und andererseits denkt. Insofern bedient sich eure Flugschrift einer der Grundstereotypen von ideologischem Bewußtsein.

33. Honeckers Rache. Zur politischen Ökonomie des wiedervereinigten Deutschlands (Buchvorstellung)

Zur politischen Ökonomie des wiedervereinigten Deutschland Eine Buchvorstellung

Rubrik: Wiedervereinigung; Imperialismus und Weltwirtschaft; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:22

Obwohl man in einem der linken Buchläden Berlins schon mal ein kurzes "DDR? läuft aus" zu hören kriegt, sei hier doch auf ein Buch hingewiesen, das wohl meistens in diese Regalecke einsortiert wird. In der Edition Tiamat veröffentlichte Robert Kurz aus Nürnberg, Mitherausgeber der Zeitschrift "Krisis" der "Initiative Marxistische Kritik", unter dem Titel "Honeckers Rache" eine Analyse des wiedervereinigten Deutschlands, die nicht nur mit der interessierten Schönfärberei diverser Politiker aufräumt, sondern auch den beliebten Rastern der verblieben BRD- Linken, nicht zuletzt der ehemaligen KB-Minderheit, kräftig Zunder gibt.

Dies betrifft z.B. die Sichtweise, es handele sich bei dem Zusammenbruch der RGW-Länder um einen Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus, die Vermutung, die Wiedervereinigung sei ein ökonomischer Zugewinn für die BRD, die Formel vom "Ausverkauf der DDR" durch Währungsunion und Treuhand und die über den Propagandabegriff vom "Vierten Reich" transportierte Vorstellung von der zukünftigen Entwicklung der BRD. Natürlich führt die Tatsache, daß eingefahrene Erklärungsmuster kritisiert werden, nicht zwangsläufig dazu, daß die Kritik richtig sein muß. Insbesondere, was den Nationalismus und die Ausrichtung von Ressentiments an nationalistischen "Kategorien" angeht, kommt die Kurz'sche Kritik recht mechanisch daher, derzufolge nicht mehr sein kann, was der verflochtene Weltmarkt ökonomisch schon überwunden hat. Dennoch ist das Buch eine Aufforderung zu einer Diskussion, die die radikale Linke nur weiterbringen kann. Im folgenden werden einige der wesentlichen Argumentationen Kurz' wiedergegeben.

DDR-Ökonomie: Vergangenheitsform des Kapitalismus

Die Wahrnehmung des Zusammenbruchs der DDR wie der anderen Länder des "real existierenden Sozialismus" als Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus, bei bürgerlichen Ideologen wie bei den Restbeständen der BRD-Linken anzutreffen, versperrt den Blick darauf, daß es sich hier um die Krise von Subsystemen des Weltmarktes handelt. Sie sind mit den westlichen Ländern in dem wesentlichen Punkt insofern identisch, als es sich bei beiden um warenproduzierende Gesellschaften handelt. Die Besonderheit der RGW-Länder, nämlich der Versuch, den Markt zu planen, ist nichts dem Kapitalismus fremdes, sondern eine Erscheinung, die in seiner Geschichte häufig auftrat, wenn es galt, diese Produktionsweise gegen andere durchzusetzen (Merkantilismus, Kriegswirtschaften des 1. Weltkrieges). Je mehr ein Land in der kapitalistischen Entwicklung nachhinkt, desto mehr werden diese kriegswirtschaftlichen Formen sich entwickeln, wie sich am Beispiel vieler der entkolonialisierten Staaten sehen läßt, aber auch am deutschen Kaiserreich, das auf Grundlage der preußischen Militärmaschine besonders krasse Formen der staatlichen Planung hervorbrachte. Die Kriegswirtschaft des deutschen Kaiserreiches wiederum war nicht unwesentlich Vorbild für die Entwicklung in der Sowjetunion und kehrte auf diesem Umweg nach dem Ende des zweiten Weltkrieges in die DDR zurück. Der "Arbeitsfetischismus" der DDR war wesentliches Kennzeichen des gesamten deutschen Kapitalismus bis zum Ende des zweiten Weltkrieges. Ursprünglich als Moment der weiteren Durchkapitalisierung gegen die Ansicht der "besseren Kreise", daß "Arbeit schändet", für den kapitalistischen Nachzügler Deutschland besonders vonnöten, führte die Konservierung der "Arbeitsgesellschaft" auf dem Niveau der Kriegswirtschaft zu folgendem Ergebnis: "Wenn eine auf abstrakter Arbeit und damit Ware-Geld Beziehungen beruhende Nationalökonomie im Austausch mit anderen solchen Volkswirtschaften in der Produktivität immer weiter zurückfällt, also relativ immer mehr eigene ‚Arbeit` gegen immer weniger fremde eintauscht, muß sie logischerweise irgendwann einmal zahlungsunfähig werden." (S. 32) Dies heißt aber, daß die unter solchen Bedingungen geleistete Arbeit auf dem Weltmarkt für überflüssig erklärt wird. Allerdings ereilt dieses Schicksal nicht nur die Länder des "real existierenden Sozialismus", sondern auch zahlreiche prowestliche Entwicklungsländer, und auch in den Staaten des Westens entstehen zunehmend "Verliererregionen", so daß es sich weniger um eine Krise des "Sozialismus" zu handeln scheint, sondern eher um eine Krise des Weltmarktes, die zuerst an seinen schwächsten Teilnehmern sichtbar wird. Im Gegensatz zur DDR, die in den anachronistischen Strukturen verharrte, die dem Kapitalismus in einem früheren Entwicklungsstadium eigen waren, erlebte die BRD im Schatten der Pax Americana eine weitere

Modernisierung und infolge der endgültigen Durchsetzung der Marktlogik eine endgültige "Entzauberung" der Ideologie vom Primat der Politik. Infolgedessen konnte die BRD bisher die sich anbahnende Weltmarktkrise von der relativ komfortablen Warte des Weltmarktgewinners aus betrachten, holte sich jetzt allerdings durch die Einverleibung einer vom Weltmarkt abgehalfterten Ökonomie nicht nur ihre eigene Vergangenheit, sondern auch das Ferment für ihre eigene Krise ins Haus.

Marktwirtschaft und Wirtschaftswunder - zwei paar Schuhe

Hierzulande wird die Hinterlassenschaft der Regierungen von Ulbricht bis Honecker als "Zerstörung" interpretiert, weshalb jetzt "Wiederaufbau" inclusive Verheißung des Wirtschaftswunders angesagt ist. Von den Voraussetzungen des damaligen Wirtschaftswunders in der BRD, das nicht der genialen Erhardschen Ordnungspolitik, sondern einer spezifischen Konstellation des Weltmarktes geschuldet war, ist jedoch keine einzige gegeben. Nach 1945 gab es in der BRD eine Umstrukturierung der gesellschaftlichen Reproduktion, die die endgültige Auflösung des bäuerlich-familiären und handwerklichen Sektors mit sich brachte, sowie die "Industrialisierung" der Massenbedürfnisse und deren Befriedigung durch die Großserienprodukte der fordistischen Fließproduktion. Dazu kam seit 1952 ein Exportboom der BRD-Wirtschaft, angeschoben durch den Koreakrieg und die Rüstungskonjunktur der USA. Zu den Bedingungen seines Erfolges gehörte die neue Offenheit der Märkte, erzwungen durch die Übermacht der USA, und ein niedriges Ausgangsniveau des Kapitaleinsatzes, hervorgerufen durch die "Erschöpfung" der Ökonomien durch Wirtschaftskrise 1929-33 und den Weltkrieg.

Heute dagegen hat die Umstrukturierung der gesellschaftlichen Reproduktion auch in der DDR schon stattgefunden, eben nicht in 10, sondern in 40 Jahren. Mit der Hegemonieposition der USA ist auch die Offenheit der Märkte zurückgegangen und einem protektionistischen Kleinkrieg gewichen, in dem Neueinsteiger schlechte Karten haben. Das niedrige Niveau des Kapitaleinsatzes ist ebenfalls dahin, vielmehr müßte die DDR-Industrie die Investitionen der letzten 30 Jahre nachholen. Folglich spricht nichts für ein Wirtschaftswunder der DDR aus eigener Kraft, außer den Wunschträumen der Freunde des Marktes. Dementsprechend entwickelte sich die Stimmung in der DDR nach deren fälschlicherweise als "Revolution" bezeichneten Zusammenbruch. Die erste Folge dieses Zusammenbruches war nicht Aufbauwille, sondern massenhafte Demoralisierung, exemplarisch zu sehen an den in nicht wenigen Fällen von den rübermachenden Eltern zurückgelassenen Kindern. Die eingebleuten "Grundsätze sozialistischer Moral" machten einem - durchaus marktkonformen - "hemmungslosen persönlichen Durchsetzungswillen" Platz. Der "Wille zum Markt" mußte allerdings mangels produktiver Möglichkeiten in eine "rabiate Konsumorientierung" umgesetzt werden. Die materielle Basis dieses Konsums konnte, da die eigene Ökonomie gerade zusammengebrochen war, nur durch politische Geschenke seitens der BRD- Regierung gewährleistet werden, deren erstes das Begrüßungsgeld von zweimal 100.- DM pro Kopf war, worauf der Umtausch von entwertetem Geld in kaufkräftige DM folgte. Daß mit diesen Geschenken kaum etwas anderes anzufangen war, als "vorenthaltenen" Konsum nachzuholen, belegt die Zahl der inzwischen wieder pleitegegangenen Gründer, die außer auf dem Gebiet der Würstchenbuden der Konkurrenz von Siemens, Toshiba etc. nicht gewachsen sind. Kurz spricht für Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg von 10.000, die sich zwischen 1. Juli und 31. Dezember 90 selbständig gemacht haben, von denen bis Februar 91 7.000 schon wieder aufgeben mußten. So stellt sich das Reden von der "Anschubfinanzierung" und dem darauf folgenden sich selbst tragenden Wirtschaftswachstum als reines Wunschdenken heraus.

Ausverkauf der DDR - nicht drängeln bitte!

Bei dem Bild vom Wiederaufbau handelt es sich um eine gemeinsame Lebenslüge, da ja keine Zerstörung stattgefunden hat, sondern eine ökonomische Entwertung. Die unzerstörte, aber unterproduktive Industriestruktur der DDR erfordert nicht Fleiß, sondern Geldkapital auf Höhe des Weltniveaus - das aber ist in der ruinierten DDR nicht aufzutreiben. Bleibt also - je nach Standpunkt - die Hoffnung auf oder die Furcht vor dem Aufkauf der Industrie durch westliches Kapital. Das BRD-Kapital jedoch würde - die Notwendigkeit neuer Kapazitäten einmal vorausgesetzt - eher einen Neubau auf der grünen Wiese vornehmen als sich mit Abriß-, Umbau- und Sanierungskosten zu belasten. Außerdem - immer noch unter obiger Voraussetzung - gäbe es eine Reihe Standorte mit besserer Infrastruktur, als die alte DDR sie bieten kann. Eine Befriedigung der Nachfrage des DDR-Binnenmarktes kann auch kein Argument für die Übernahme von alten Betrieben sein, da, wie sich gezeigt hat, diese Nachfrage ohne Schwierigkeiten aus der BRD bzw. der EG befriedigt werden kann. Woher dann in Zukunft die Kaufkraft für diese Nachfrage kommen soll, ist ohnehin nicht das Problem des

einzelnen Managers. Bis auf wenige Ausnahmen (Druckmaschinenindustrie, Keramik) ist die niederkonkurrierte DDR-Industrie für westliches Kapital eben nicht interessant, und die konkurrenzfähigen Teile können ganz gut auch alleine überleben. Folgerichtig bewegt sich das Investitionsniveau der BRD-Industrie in der DDR auf demselben Niveau wie etwa in Brasilien, und der allgemeine Trend geht dahin, zwar ein Vertriebsnetz für seine Produkte aufzubauen, aber ansonsten nichts zu unternehmen, was auch nur annähernd mit dem von Linken prophezeiten "Ausverkauf der DDR" zu tun hat. Die überwiegende Zahl der unterproduktiven Betriebe bleibt so in der Treuhand zusammengefaßt, ohne eine Aussicht auf Privatisierung, und muß durch staatliche Transferleistungen über Wasser gehalten oder liquidiert werden. Diese Situation führt immerhin zu dem ergötzlichen Schauspiel, daß schon mal ein Wirtschaftsminister oder Bundeskanzler aus der Rolle fällt und die BRD-Industriellen als Krämerseelen etc. beschimpft.

Die Wiedervereinigung als Kostenlawine

Das Aufaddieren der Bruttosozialprodukte von BRD und DDR führt nicht dazu, das ökonomische Potential des neu entstandenen Gebildes einschätzen zu können. Durch die Einverleibung der DDR legte die BRD nicht die Grundlage für eine "neue Weltmacht", sondern lud sich eine Kostenlawine auf, deren Ende nicht abzusehen ist. Es begann mit den Startkosten der Wiedervereinigung:

- Begrüßungsgelder

- Umtausch von entwerteten Mark der DDR in DM-Verluste durch Umstellungsbetrügereien wie Scheinexporte in die SU etc.

- Die Altschulden der DDR-Betriebe mußten ebenfalls umgestellt werden (1:2), um das Bankensystem der DDR vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Diese Schulden in Höhe von ca. 165 Milliarden DM (plus Zinsen) werden zwischen Treuhand und Finanzminister hin- und hergeschoben wie eine heiße Kartoffel.

- Die Sozialkassen der DDR erforderten 30 Milliarden DM.

- Der Staatshaushalt der DDR mit inneren und äußeren Staatsschulden ging in die Zuständigkeit von Theo Waigel über.

- Ebenfalls zu rechnen sind die politischen Kosten der Wiedervereinigung wie Kosten für den Abzug der roten Armee und Kreditverpflichtungen gegenüber Staaten des RGW.

Damit allerdings war noch keine einzige der Ursachen des ökonomischen Zusammenbruches der DDR beseitigt. Es folgen also die Kosten für die Herstellung der künftigen Reproduktionsfähigkeit der DDR:

- Die Modernisierung der Industrie wird in den nächsten 10 Jahren 1-2 Billionen DM erfordern, worin die Kosten für die Entwicklung neuer, weltmarktfähiger Produkte nicht inbegriffen sind. Da aus o.g. Gründen das Privatkapital hierbei nicht einsteigt, müßten diese Kosten von der Treuhand bzw. über die Treuhand vom BRD-Staat aufgebracht werden.

- Öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, d.h. Kommunikation, Energieversorgung (Altlasten), Sanierung von Umweltschäden auf das EG-übliche Niveau (Trinkwasser, Mülldeponien), Bildungs- und Gesundheitswesen, Wohnhäuser und Verkehrswesen müssen dringend erfolgen, da die DDR sonst als Industriestandort uninteressant ist.

Es bleiben die laufenden Kosten für die Reproduktion der DDR, als da wären:

- Liquiditätskredite für die maroden DDR-Betriebe, Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld

- Exportsubventionen zur Aufrechterhaltung einer Scheinproduktion.

In der Summe ergibt dies für den BRD- Staat eine solide Finanzierungskatastrophe. Einige wirtschaftspolitische Schönredner verweisen auf die gegenwärtige Hochkonjunktur in der alten BRD, die eine Subventionierung und Sanierung der DDR möglich mache. Kurz weist nach, daß der BRD-Export bereits zurückgeht, da in allen Zentren des Weltmarktes eine gleichzeitige Konjunkturkrise sich abzeichnet. Die momentane BRD-Konjunktur beruht wesentlich auf dem Abräumen des DDR-Binnenmarktes. Dies kommt hauptsächlich der Konsumgüterindustrie zugute, wird aber mangels Kaufkraft bald erledigt sein.

Gesamtdeutsche Krisenmechanik und Weltmarktprozeß

Im Zentrum des Krisenprozesses steht allgemein die wachsende Staatsverschuldung. Dies ist ein allgemeines Kennzeichen der Weltmarktökonomien und ein Hinweis darauf, daß die menschliche Reproduktion auf Grundlage der Marktwirtschaft versagt. Die BRD lag diesbezüglich aufgrund ihrer komfortablen Stellung am Weltmarkt eher im Mittelfeld, hat sich aber durch die Einverleibung der DDR ein veritables Gewicht aufgeladen. Zur Staatsverschuldung sind nicht nur die 70 bis 100 Mrd. DM Neuverschuldung zu rechnen, sondern ebenso Bürgschaften der Treuhand etc. Zur Finanzierung der durch die Wiedervereinigung ausgelösten Kostenlawine braucht der Staat Geld, zu dessen Beschaffung es prinzipiell drei Wege gibt:

- Die Herstellung von Geld mittels der Druckpresse als der direkte Weg in die Inflation, was durch die Währungsunion (gegen den Rat der Bundesbank, die sich aber dem national Gebotenen fügte) schon in Angriff genommen worden ist.

- Die Aufnahme von Krediten durch den Staat, was zu steigenden Zinsen führt und damit zu ersten Zusammenbrüchen ohnehin schon angeschlagener Betriebe. Zudem wird "anlagesuchendes Kapital" eben in abnehmendem Maße "produktiv" angelegt, sondern geht als zu verzinsendes Leihkapital zunächst in die Staatskasse und den Staatskonsum bzw. Subventionen für die marode DDR. Insofern es für Inhaber von Kapital lohnender wird, es an den Staat zu verleihen anstatt es z.B. selbst in der DDR oder sonstwo zu investieren, beschwört der Staat so eine Konjunkturkrise herauf.

- Der andere Weg der Erhöhung der Staatseinnahmen, nämlich die Steuererhöhung, trifft die Konjunktur von der anderen Seite her, da dies der direkte Weg ist, Gelder der Gesellschaft abzuziehen, die dann nicht mehr für private Investitionen oder Konsum zur Verfügung stehen.

Nun ist die Zeit der isolierten Nationalökonomien ja schon lange vorbei, und man könnte auf die Idee kommen, das erforderliche Kapital vom Weltmarkt zu beziehen. Die BRD ist durch ihren 40-jährigen Exporterfolg mit Haut und Haar Bestandteil des Weltmarktes, auf den ihre innere Struktur ausgerichtet ist. Die Exportüberschüsse gingen als Kapitalexport wieder ins Ausland, entweder in der Form des Leihkapitals oder als industrielles Kapital, und trugen so zur Verzahnung der Weltwirtschaft bei. Die Kehrseite des BRD-Exportüberschusses ist die Außenverschuldung und wachsender Kreditbedarf anderer Staatsapparate. Der bisherigen Position der BRD am Weltmarkt entsprach also eine positive Handelsbilanz und eine negative Kapitalbilanz. Dies hat sich durch den Kreditbedarf für die Sanierung geändert, der BRD-Staat ist dazu übergegangen, Leihkapital anzusaugen, statt zu exportieren. Der dazu notwendige hohe Zinssatz teilt sich über die Konkurrenz ums Leihkapital auch den Ländern mit, mit deren Konjunktur es ohnehin nicht zum besten steht (USA, GB), und treibt sie so direkt in die Rezession. Sieht es jetzt zunächst so aus, als könne die BRD ein weiteres Mal ihre Probleme anderen Ländern aufbürden, so wird die Rezession in den Weltmarktzentren dem Exporterfolg der BRD den Boden unter den Füßen wegziehen. Zusätzlich wird die BRD in Konflikt mit den USA geraten, die über Kreditaufnahme die SU totrüstete und jetzt an den ökonomischen Folgen zu knabbern hat. Wenn die BRD jetzt höhere Zinsen als die USA bietet bzw. die USA zwingt, ebenfalls ein höheres Zinsniveau zu verkraften, ist der Ärger vorprogrammiert.

Die Treuhand - Herzstück von Honeckers Rache

Die Treuhand müßte, würde sie sich rein marktwirtschaftlich verhalten, einen Großteil ihrer Betriebe liquidieren. Andererseits steht sie unter dem Druck, die Kapitalvernichtung und damit einhergehende Arbeitslosigkeit nicht allzu kraß ausfallen zu lassen, da sowohl die Belegschaften als auch Betriebsleiter verzweifelt kämpfen. Dazu kommen die Wirtschaftswunderpropheten aus dem Westen, die - und seien es frisierte - Erfolge sehen wollen, die ostdeutschen Länder und Kommunen, die Steuern sehen wollen, und selbstverständlich die Gewerkschaften, die ohnehin großenteils auf Arbeitsplatzerhalt und staatliche Konjunkturprogramme eingeschworen sind. Da die Privatisierung im wesentlichen gescheitert ist, schiebt die Treuhand die Liquidierung auf, und handelt jetzt nach dem Scheinkonzept "Sanieren vor Privatisieren". Da inzwischen der DDR-Binnenmarkt praktisch zusammengebrochen ist, die Industrieproduktion um satte 50% zurückgegangen ist und in Richtung BRD die früheren Exportmöglichkeiten nicht mehr bestehen, ist allerdings unklar, mit welchem Ziel die Sanierung erfolgen soll. Die bisherigen Exporte in den RGW müssen jetzt in Devisen bezahlt werden, und die sind im RGW bekanntlich Mangelware. Die Produktionskosten erscheinen ebenfalls in DM, und das eben mangels Produktivität über Weltmarktniveau, wogegen nur noch Weltmarktpreise zu erzielen sind. Exporte in den RGW müßten also mehrfach subventioniert werden: einmal von der Treuhand, um die Betriebe am Leben zu erhalten, ein weiteres Mal z.B. von der Bundesregierung, die

die zur Bezahlung notwendigen Devisen via Kredit auf Nimmerwiedersehen oder via Schenkung in den RGW transferieren müßte und möglicherweise ein drittes Mal, falls die Handelspartner die Kredite doch für Dringenderes verwenden sollten als für die Bezahlung von Importen aus der ehemaligen DDR und dann die Hermes-Exportbürgschaften fällig würden. Insgesamt würde auch diese Möglichkeit nur auf eine subventionierte Scheinproduktion hinauslaufen.

So wird also die gesamte DDR mitsamt den 8.000 in der Treuhand zusammengefaßten Betrieben das Weiterschleppen kriegswirtschaftlicher Strukturen samt Umverteilungsmechanismen in Form von Subventionen und Bürgschaften erfordern, samt der zugehörigen Notstandsverwaltung, während andererseits die BRD ihre Weltmarktintegration nicht zurückdrehen kann und weiterhin auf Konkurrenzfähigkeit und Weltmarktbezug setzen muß. Dieser Widerspruch wird seine äußere Form finden im Dauerkonflikt zwischen Treuhand und Finanzminister bzw. Bundesbank. Das Monstrum Treuhand wird zur Umverteilungszentrale werden, die Staatshaushalte anzapft und selbst Kredite garantiert, die nicht zu Unrecht mit den Mefo-Wechseln der Nazis verglichen werden. So ein bei Kurz zitierter Bankbetriebswissenschaftler: "... Tatsächlich könnten die ... staatlich garantierten Wechsel besser sein als Zentralbankgeld. So war es mit den Wechseln der ‚Metallurgischen Forschungsanstalt GMBH` (‚Mefo-Wechsel`), die zur Finanzierung der Kriegsvorbereitungen Hitlers verwendet wurden. Diese Wechsel einer Industriefirma verdankten ihre Liquidität einer Rediskontzusage der Reichsbank. Damit waren sie verzinsliche Titel, die genauso gut, wenn nicht - wegen der Verzinsung - besser waren als Zentralbankgeld ... die Treuhandanstalt ... als potentielle Inflationsmaschine .... wird kraft des ihr gehörenden Vermögens zu einer Nebenzentralbank werden." (S. 150/51).

Das "Vierte Reich" - ein Hirngespinst?

Die reale Krise der Wiedervereinigung hat, so Kurz, mit den Prophezeiungen von der "neuen Weltmacht" nichts zu tun. Das alte linke Schema, "In der Krise schürt das Kapital den Ausländerhaß und bereitet den Krieg vor", wird so nicht eintreten. Erstens ist das Kapital kein handelndes Subjekt, zweitens ist aufgrund der internationalen Kapitalverflechtung ein Krieg zwischen kapitalistischen Nationen nicht mehr drin. Auch einen Überfall auf die zusammenbrechenden Staaten des Ostblockes hält Kurz für hirnrissig: "Während die antiquierte Linke durch ein vermeintliches ‚Viertes Reich` den Revanchismus aufleben und die Oder-Neiße-Grenze bedroht sieht, fehlte in Wirklichkeit nicht viel, und sämtliche Völker bis zum Ural würden sich freiwillig zu Provinzen dieses Reiches machen lassen; vorausgesetzt, der Exportweltmeister ließe sie an kapitalistischer Normalität teilhaben, die leider unwiderbringlich verschwunden ist". (S. 162) Überhaupt sind Nation und Nationalismus nur historische Erscheinungen bei der Herausbildung der kapitalistischen Vergesellschaftungsform, die durch den weltwirtschaftlichen Prozeß als Bezugsrahmen erledigt sind. Was gegenwärtig allerorten als "neuer Nationalismus" sprießt, ist in Wirklichkeit nur ein Anzeichen krisenhafter Desintegration.

Was für die Manager des Kapitals gilt, nämlich daß sie nationalen Ausbrüchen zunehmend reserviert gegenüberstehen, muß sich ähnlich auf die Dauer auch für den Rest der Bevölkerung entwickeln. Der kapitalistische Normalmensch behandelt seine ideologischen Statements nur noch funktional, d.h. er ist nicht mehr ideologisch organisierbar und schon gar nicht aufopferungswillig. Nationalistische Fußballexzesse stellen eher die Verfallsform der absterbenden nationalistischen Gefühlswelt dar. Das bedeutet nicht, daß es zum Beispiel keine Ausländerfeindlichkeit mehr geben wird, aber eben nicht in organisierter Form, sondern nur als blinde Gewaltausbrüche. Die Krise wird anstatt in ein "Viertes Reich" einmünden in etwas, das Kurz als "multikulturelle Barbarei" bezeichnet, mit einerseits lammfrommen Massendemonstrationen und Sozialverträglichkeitsfloskeln, andererseits zunehmender Massenflucht in Psychosen, Selbstmord oder Amoklauf, durchsetzt mit Gewaltausbrüchen und gelegentlich aufflackernden Pogromen, deren Opfer beliebig sind.

pe., Minderheit Westberlin

Literaturhinweis:

Robert Kurz, Honeckers Rache, Berlin 1991, DM 24,-

34. Ist die "Nie wieder Deutschland" Kampagne gescheitert?!

Rubrik: Golfkrieg; Westdeutsche Linke allgemein; Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:23

Im Jahr 1 nach der Annexion der DDR spaltet sich der KB-Frankfurt von der Minderheit ab. Die Spaltung des KB scheint nicht neue Kräfte freizusetzen, sondern ist auch für die beiden Teile eine Etappe des politischen Niederganges. Doch erstmal eine Geschichtsaufarbeitung.

Im AK 309 (August 89) stellte Uwe Klußmann 22 Thesen auf. Die zentrale Aussage lautete, daß die DDR als real existierender Staat untergehen werde, weil

- ihr wichtigster Handelspartner wirtschaftlich am Ende ist,

- eine vielschichtige DDR-Gesellschaft entstanden ist, die nicht im Blockparteiensystem ein Spiegelbild findet,

- die DDR ihre Subventionspolitik mit sozialer Sicherheit nicht unter dem Konkurrenzdruck der kapitalistischen High- Tech-Marktes ökonomisch finanzieren kann.

Und in These 19 steht eine unangenehme Prognose: "Es gibt ein Gesellschaftsgefühl von DDR-Bürgern, aber kein DDR-Nationalgefühl. Die SED-Theorie von der sozialistischen Nation DDR ist nicht im Lebensgefühl verankert. Kaum ein DDR-Bürger ist gänzlich frei von dem Glauben, daß wir alle Deutsche sind, die zu denselben Götzen beten. Eine Wiedervereinigung könnte ggf. nicht an den DDR-Bürgern, sondern am Chauvinismus und der Fremdenfeindlichkeit des Wohlstandsbürgertums scheitern."

Danach ging alles Schlag auf Schlag. Massenflucht über Ungarn, Montagsdemonstrationen und die KB-Debatte begann. Meiner Ansicht gab es etwa 3 Abschnitte der Debatte, die letzten beiden führten zur Spaltung des KB.

Die erste Debatte entstand aus dem Artikel von De. in AK 310, "Liebe deinen Zoni wie dich selbst". De. polierte verbal den fahnenschwenkenden Ossis die Fresse, wegen ihres nationalistischen Gehabes. Darauf entbrannte eine Leserbriefdebatte, die bis AK 312 dauerte. Sie ging um folgende Fragen. Werden DDR-Flüchtlinge von nationalistischen Gruppierungen mißbraucht, oder klagen sie ihr Deutschsein ein, zwecks besserer Aufstiegschancen? Sind die Ossis mit den Arbeitsemigranten aus Griechenland oder Italien vergleichbar oder nicht? Ist das Fahnenschwenken nur Freude über die geglückte Flucht oder handelt es sich um nationalistische Gehversuche?

Diese Debatte wurde beendet, weil Debatte Nr. 2 hereinbrach: die LG-Erklärung gegen die Wiedervereinigung in AK 313. Ab hier begannen sich langsam die Fraktionen zu bilden. Tenor der LG-Erklärung: Die BRD destabilisiere gezielt die RGW-Statten, betreibe einen gezielten Nationalismus mit dem Ziel einer Wiedervereinigung. Die Gegner (oder die Linke) der Wiedervereinigung schrumpften, je stärker die Vereinigung als machbar erscheine. Es wurde vor einer Eskalation mit möglichen kriegerischen Folgen gewarnt, das Selbstbestimmungsrecht Deutschlands auf Wiedervereinigung ausdrücklich abgelehnt. Auf diese Erklärung folgte prompt die Antwort in AK 314 von Kai und kt. Sie sahen im Zusammenbruch des RGW die eigentliche Ursache der Kriegsgefahr, die Wiedervereinigung wäre nur ein Produkt des zerfallenen RGW. Die entscheidende Debatte ging jedoch um das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Kann man der DDR-Bevölkerung das Recht auf Anschluß an die BRD verwehren? Oder sollten die Opfer des Faschismus ein Veto-Recht zugestanden werden? Diese Debatte endete etwa bei AK 317.

Dabei muß angemerkt werden, daß es uns allen klar gewesen sein müßte, daß es letzlich egal war, wie wir uns entscheiden würden, auf den weiteren Gang der Geschichte konnten wir keinen Einfluß nehmen, weil

- der KB nicht der Regierungspartner der CDU in Bonn war und ist,

- Menschen wie Thomas Ebermann lange Zeit nur Vorstandssprecher der Grünen und nicht der Deutschen Bank waren,

- der KB nicht die Mittel hatte, Masseneinfluß in der DDR-Bevölkerung zu bekommen,

- der Einfluß des AK ungleich geringer ist, als von FAZ, Spiegel, Bild.

Auch über die soziale Angst Massenbewegung zu initiieren, die Einfluß auf das Geschehen nehmen, mußte sinnlos sein. Menschen sind massenhaft gegen AKW`s zu mobilisieren, weil sie davor Angst haben. Aber die Wiedervereinigung stand insbesondere in der DDR-Bevölkerung unter einem ganz anderen Stern; die Hoffnung nach positiver Veränderung, mehr Luxus und Schluß mit SED-Gängeleien. Die einzige Form von Massenprotest konnte nur folgende Aussagen haben: Im Prinzip ist man für Wiedervereinigung, aber diese oder jene Auswirkung gefällt einem nicht, wie die Demo gegen den reaktionären West §218 am 16. Juni 1990 in Bonn gezeigt hatte, die immerhin 15.000 Leute auf die Beinen brachte.

Die Frage konnte nur sein, welche "Moral" in einer solchen Situation der KB "predigen" und in antifaschistischen gesinnten Kreise hineinwirken und sammeln soll. Diese Frage stellte sich die KB-Minderheit und beantwortete sie mit der NWD-Demo in Frankfurt.

Für die Mehrheit konnten solche Fragen nicht auftauchen. Sie wollten mit einer Massenpolitik und entsprechender Bündnispolitik dennoch politischen Einfluß nehmen. Debatte Nr.3 kam so in AK 317 mit dem Artikel "Der Streit geht um die Zukunft kommunistischer Politik" ins Rollen. Angeheizt von der Massendemonstration der PDS in Berlin-Treptow (AK 314) und der für die PDS relativ erfolgreichen Volkskammerwahl (16%), glaubte die Mehrheit ausgerechnet mit der PDS Massenpolitik betreiben zu können. Die Option Massenpolitik wurde aber von der Mehrheit nie streng betrieben. Denn sonst hätten sie eigentlich ihre Bündnispartner in Bündnis 90 und Grüne o.ä. Gruppierungen sehen müssen. Denn diese Gruppierungen hatten die DDR- Massen auf die Straße gebracht, sie waren der außerparlamentarische Schrittmacher der DDR. "Der Ansatz, der von der Radikalen Linken wie auch der Minderheit im KB vertreten wird, geht am Anspruch und den Aufgaben einer revolutionären Organisation vorbei. Solche gesellschaftlichen Umbruchsituationen wie in den letzten Monaten in der DDR vonstatten gehen, bieten Ansatzpunkte für linke Politik. Wenn das nicht zur Kenntnis genommen wird, dann fragt sich, auf welche Zeiten (abgesehen von revolutionären) gewartet werden soll." Allerdings war den Mehrheitlern klar, daß diese Gruppierungen bei weitem nicht so progressiv waren, wie sie es gerne hätten. Und vom KB u.ä. Minigruppen mochten diese Strömungen auch nichts wissen. Allerdings auch die PDS nicht! Erst als Gregor Gysi bei den West-Grünen abblitzte, setzte er sich mit den Minigruppen an einen Tisch. Der weitere Weg der Mehrheit dürfte bekannt sein.

Die Minderheit schien erfolgreicher zu sein. Die NWD-Demo in Frankfurt und "Gegen das Vergessen" am 3.11 in Berlin sowie deren Veranstaltungen wurden wider Erwarten gut besucht. Doch spätestens nach der Bundestagswahl 90 hätte die Frage gestellt werden müssen, was NWD und "antideutsch" eigentlich bedeutet. Wie ausgezeichnet diese Parolen in der Vereinigungsphase waren - sie rüttelten auf, provozierten, konnten gegen den linken Vereinigungstaumel effektiv Dämme errichten - so "gelogen" ist auch ihr Inhalt. Deutschland ist nach dem 2. Weltkrieg nicht aufgelöst worden, sondern existierte in Form von zwei verfeindeten Staaten weiter. Beide waren Produkte des Nazi-Faschismus. Nie wieder Deutschland impliziert, daß es Zeiten gab, wo es Deutschland nicht gegeben hatte. Genauso können wir antideutsche Politik betreiben. Hermann L. Gremliza ist genauso deutsch wie Helmut Kohl, der AK genauso deutsch wie der Stern. Denn ob Kommunisten, Sozialdemokraten, Konservative oder Nazis, sie alle sind Produkte einer deutschen Gesellschaft und deren Vergangenheit. Und wenn wir von der Minderheit aus der deutschen Realität heraus eine bestimmte Politik betreiben (strenger Antifaschismus, NWD), so ist diese Politik deutsch.

Wäre ich ein amerikanischer Kommunist, ich würde mich eher mit dem Vietnam-Trauma herumschlagen, als mit der deutschen Vergangenheit. Eine antideutsche Politik könnte nur denkbar sein, wenn klar definiert wird, was antideutsch bedeutet.

Einige verstehen darunter eine Politik, die sich gegen die nationalen Interessen des BRD-Kapitals richtet. Das würde bedeuten, daß auch die MLPD mit der Parole "für ein vereinigtes sozialistisches Deutschland" antideutsche Politik betriebe. Als wir die Parole NWD erfanden, wollten wir nicht nur das BRD-Kapital angreifen, sondern die Gesellschaft als Ganzes, gegen den nationalen Konsens. Und dieser Konsens entstand dadurch, daß die Menschen glaubten, die wirtschaftlichen Probleme mit Nationalismus lösen zu können. Und genau dann muß eine Linke antinationalistisch agieren, den eventuellen Opfern des Nationalismus vorzeitig den Rücken stärken. In dem Moment ist eine solche Linke, ob gewollt oder ungewollt, massenfeindlich und sektiererisch.

Diese Gesellschaft wird von vielen Elementen geprägt (auch dem KB), die zusammen die deutsche Gesellschaft ergeben. Und diese Gesellschaft prägt wiederum das Handeln und Denken der einzelnen Menschen, linke wie rechte, auch in ihrer Gegensätzlichkeit. Wenn man eine antideutsche Politik betreibt, muß sie sich gegen einen reaktionären nationalen Konsens richten, der von allen sozialen Schichten getragen wird, und hinter dem alle Widersprüche treten. Das war während der Vereinigungsphase der Fall. Wir negierten mit der NWD-Demo alle neuentdeckten "positiven deutschen Tugenden" (Fleiß, Pünktlichkeit, Disziplin u.a.), alle völkischen Gedanken (es wächst zusammen, was zusammen gehört), alle nationalistischen Gedanken (großes Deutschland löst große soziale und ökologische Probleme), solidarisierten uns mit den Opfern des deutschen Chauvinismus und stellten die Wiedervereinigung und den Konsens darüber in die Kontinuität des deutschen Faschismus. NWD war zu diesem Zeitpunkt die Antithese von einem geschichtlichen Prozeß, über den es einen positiven Konsens in der deutschen Gesellschaft gab. Diese Demo berief sich nicht auf das Proletariat oder die Intelligenz, noch auf das alternative Milieu oder die Autonomen. Wir stellten uns außerhalb der Gesellschaft und griffen sie an. Und man kann daher sagen, daß diese Politik "antideutsch" war.

Das Mißtrauen von Emigranten gegen "Deutschland einig Vaterland" war für uns wichtig. Selbst Margret Thatcher war durch ihr Mißtrauen gegen Deutschland für uns von Bedeutung. Nach der Bundestagswahl 90 standen wieder andere Themen im Mittelpunkt, in denen die deutsche Gesellschaft in viele Interessengegensätze zerfiel. Es wäre sinnvoll gewesen, die Kampagne danach für beendet zu erklären, weil der Gegenpart, der nationale Konsens, dazu fehlte.

Egal welche Politik wir betreiben werden, sie ist ein Reflex auf die deutsche Vergangenheit und Gegenwart, eben der deutschen Realität. Streng betrachtet, war auch die NWD-Kampagne nur ein Reflex auf die deutsche Realität und somit deutsch. Weshalb ich dennoch NWD als antideutsch definiere, habe ich versucht, oben darzulegen. Ich denke, die NWD- Kampagne war ein Erfolg, sie hat Dämme im Linken Lager errichtet, auf die wir bauen können. Wie wenig uns antideutsch und NWD nach der Vereinigungsphase genützt haben, zeigte der Golfkrieg.

NWD - im Golfkrieg nutzlos

Im Januar dieses Jahres ist eine Friedensbewegung gegen den Golfkrieg entstanden, die mit der Parole "kein Blut für Öl" auf die Straße ging. Diese Bewegung war aus der Angst entstanden, der Krieg könnte negative Folgen für sie selbst haben, sei es Steuererhöhungen oder Umweltkatastrophen durch brennende Ölquellen. In dem Moment, wo sich diese Probleme lokal begrenzt hielten, in dem Moment verschwand die Angst und die Beweggründe auf die Straße zu gehen. Das ist die eine Seite der deutschen Realität.

Die andere Seite sieht folgendermaßen aus. Die deutsche Bourgeoisie war einer der größten Waffenlieferanten und Aufbauhelfer der irakischen Rüstungsindustrie. Diese fand aufgrund des Iran-Irak-Krieges einen Konsens von der CDU bis Schily (Grüne). Der Irak gilt als wichtiger Bündnispartner der BRD im arabischen Raum. Dementsprechend favorisierte der BRD-Imperialismus eine Verhandlungslösung der Kuwait-Krise; wer will schon seinen Einflußpartner zerstören lassen. Das dürfte auch der Grund sein, weshalb es vor dem Krieg eine positive Berichterstattung über die Friedensbewegung gegeben hatte. Schulstreiks wurden von SPD-Ländern wohlwollend toleriert. Andererseits sind die USA ein wichtiger Bündnispartner der BRD, sowohl wirtschaftlich als auch militärisch.

Unter diesen Gesichtspunkten mußte die BRD die USA bedingungslos unterstützen. Und wenn schon Kriege stattfinden, will der BRD-Imperialismus auch eine militärische Option offenhalten. Und dazu muß erst das Grundgesetz geändert und das Volk psychologisch vorbereitet werden. Und damit das Unvermeidliche möglichst schnell eintritt, kreierte Manfred Wörner den Bündnisfall Türkei. Wenn der Irak auch nur eine Scud-Rakete auf die Türkei abfeuere, obwohl von dort aus der Irak selbst angegriffen wurde, trete, ach wie ärgerlich, der Bündnisfall ein, wozu die BRD laut NATO-Verträge geradezu gezwungen sei.

Man kann die Parolen und Beweggründe der Friedensbewegung ätzend finden. Bloß diese Friedensbewegung artikuliert, daß die deutsche Bevölkerung - noch - nicht bereit ist, Kapitalinteressen mit kriegerischen Mitteln zu unterstützen. Kein Blut für Öl. Und das ist ein realer Hemmschuh für den deutschen Imperialismus. Und hierin liegt der Unterschied zu den Zeiten der Leipziger Montagsdemonstrationen. Hier versuchten die Menschen, die wirtschaftlichen Probleme mit nationalistischen Parolen zu lösen. Die Destabilisierung der DDR entsprang nichts Progressivem sondern lag im Interesse des BRD-Kapitals. Die neu entstandene Realität führte zu zwei

Gesichtern der deutschen Gesellschaft. Das eine Gesicht war die der Reaktion, Bündnisfall Türkei und letztendlich die völlige Unterstützung der Kriegsziele der USA. Das andere Gesicht war die Friedensbewegung, Menschen, die nicht bereit waren, deutsche Kapitalinteressen kriegerisch zu unterstützen. Die Aufgabe von Kommunisten konnte in diesem Moment nur sein, diese Friedensbewegung zu unterstützen, sie versuchen zu politisieren, mit dem Ziel, die Absichten der Reaktion zu vereiteln, daß der Einsatz deutscher Truppen zum Normalfall wird. Antideutsch konnte uns damals nicht weiterhelfen, da zu diesem Thema die deutsche Gesellschaft zwei deutsche Gesichter produziert hatte, die in ihren Forderungen, Interessen und Absichten völlig gegensätzlich waren. Wir mußten mit dem einen Gesicht zusammenarbeiten, um das andere bekämpfen zu können.

Welche Politik betrieben die Frankfurter? Sie leugneten die prinzipielle Gegnerschaft der beiden Parteien. Stattdessen propagierten sie wieder antideutsche Politik. Doch wie kann man, anders als zu Zeiten der Wiedervereinigung, wo es den großen nationalen Konsens gab, antideutsch sein, wenn es keinen nationalen Konsens gibt, sondern die Nation zerstritten ist?! Antideutsch würde nur dann einen Sinn ergeben, wenn unterstellt wird, daß beide Gesichter letztendlich doch die gleichen Interessen und Ziele haben. Und die Frankfurter glauben dies im Antisemitismus der Deutschen entdeckt zu haben. Daraus ergibt sich dann eine natürliche Gegnerschaft sowohl zur deutschen Bourgeoisie als auch zur Friedensbewegung, und diesen Antisemitismus glauben sie dadurch entlarvt zu haben, weil die deutsche Bourgeoisie Waffen an den Irak geliefert hat, die unter anderem auch Israel bedrohen können. Die deutsche Friedensbewegung wird entlarvt, da sie zu dieser Bedrohung schweigt. Doch entspringt dieses Schweigen einem tief verwurzelten Antisemitismus oder einer Gleichgültigkeit, weil die Bedrohung Israels nicht uns bedroht? Eine Gleichgültigkeit, die die Friedensbewegung allerdings auch im Falkland-Krieg, Iran-Irak- Krieg, Krieg gegen Kurden, Nordirland-Bürgerkrieg und in der Vertreibung der Palästinenser hatte.

Trotz alledem müßten die Frankfurter sich der deutschen Realität stellen und in der Debatte Partei ergreifen. Für oder gegen eine Grundgesetz-Änderung, für oder gegen einen Krieg gegen den Irak. Eine Antwort blieben uns die Frankfurter schuldig. In Gesprächen waren sie allerdings auch nicht bereit, sich von der "konkret" oder H.L.G. zu distanzieren. Sie produzieren ein drittes deutsches Gesicht. Sie klagen alle Fehltritte anderer an, schweigen zu den eigenen oder denen ihrer vermeintlichen Freunde. Ansonsten machen sie keine Vorschläge, wie man sich gegenüber der Friedensbewegung besser hätte verhalten sollen.

Die NWD-Kampagne war während der Vereinigungsphase richtig, nach vollzogener Einigung und Beginn des Golfkriegs stellten sich Fragen, die nicht mit den NWD-Parolen zu lösen waren. Keine Seite sollte versuchen, ihre Politik als eine Fortsetzung der NWD-Kampagne zu bezeichnen.

woffi, Minderheit

35. Linton Kwesi Johnson - Poet, Musiker und Antifaschist

Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:03

"Wir schlagen ihnen die Köpfe ein

weil sie sowieso nichts drin haben.

Faschisten beim Angriff

wir schlagen sie zurück."

sagt Linton Kwesi Johnson in "Fite dem Back". Er weiß, wovon er redet, denn er ist nicht nur Poet und Musiker, sondern auch politischer Aktivist. Jahrelang arbeitete er bei "Race Today", einem radikalen schwarzen Kollektiv in Brixton's Railton Road. "Race Today" war Redaktionssitz der gleichnamigen antirassistischen Zeitung und zugleich Ausgangspunkt vieler Aktionen im Widerstand gegen faschistische und staatliche Angriffe, die Anfang der 80er Jahre zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Brixton führten. Bei "Race Today" wurden Komitees gebildet, als der "Railton Road Youth Club", das schwarze Kommunikationszentrum der Community von polizeilicher Räumung bedroht wurde, hier bekam Linton Kwesi Johnson die Schicksale einzelner mit, die er in seinen Poems verarbeitete.

Wie das von George Lindo, einem jungen Schwarzen, der seine 13monatige Haftstrafe einem Justizirrtum verdankte und dessen Fall Linton Kwesi so lange publizierte, bis er freigelassen wurde. Oder der Fall des Lehrers Blair Peach, der bei einer Auseinandersetzung mit der SPG (Special Patrol Group - paramilitärische Sondereinheit der britischen Polizei) ums Leben kam.

Linton Kwesi Johnson wurde 1952 auf Jamaica geboren. Als er 11 war, folgte er seiner Mutter nach England, wo er im Süd-Londoner Stadtteil Brixton aufwuchs. Nach verschiedenen Schulen und Jobs studierte er Soziologie. 1970 schloß sich Linton Kwesi dem britischen Black Panthers Movement an. Dort organisierte er eine Dichter-Werkstatt und gründete später mit anderen Dichtern und Percussionisten eine Gruppe mit dem Namen "Rasta Love". Als Folge seiner politischen Entwicklung allerdings distanzierte er sich bald vom Rastafarianismus. Nach der Rastareligion kann die Situation der Schwarzen nur durch eine Rückkehr nach Afrika grundlegend verbessert werden. Haile Selassie, der 1930 als Rastafari den Thron Äthiopiens bestieg, wird als Gott verehrt. Linton Kwesi Johnson wurde nach Veröffentlichung seines "Reality Poem" (s. nebenstehenden Abdruck) als Anti-Rasta beschimpft.

Für seine Poems verwendet Linton Kwesi die Sprache der jamaikanischen Einwanderer, das sogenannte Patois, eine Mischung aus Karibisch-Kreolisch und britischem Englisch. Selbst beim Schreiben behält er diese Sprache bewußt bei "als Konsequenz daraus, in einer kolonialen Gesellschaft aufgewachsen zu sein und dann hier herüber zu kommen, um zu leben und in die Schule zu gehen" (LKJ-Inglan is a Bitch). Mit seiner Dubmusik steht Linton Kwesi in der Tradition jamaikanischer Discjockeys. Diese spielen die B-Seiten von Singles, die sogenannten "Dubversions", die nur den baßbetonten Rhythmus enthalten und improvisieren einen Text dazu. Mit der Dennis Bovell Dub Band hatte er von Anfang an eine kongeniale Begleitung. Obwohl sie sonst konventionellen Reggae spielt, ist die Dub Band hervorragend geeignet, Linton's ausgefallene Kompositionen umzusetzen. Eine Musik, die zwar ihre Wurzeln im Reggae hat, aber eine Eigenständigkeit besitzt, die zum Rhythmus von Linton's Sprechgesang in einem spannenden, teilweise widersprüchlichen Verhältnis steht. Dadurch kommen die Poems weg von der Unterhaltungsebene und von den in Reggaekreisen herrschenden Harmonisierungszwängen.

Auf der neuesten Platte "Tings an Times" ist die Musik leichter, relaxter als früher, mit gelegentlichen Ausflügen in Jazzgefilde. Auch die Texte haben sich geändert. Linton Kwesi hat sich offensichtlich von der politischen Tagesarbeit zurückgezogen. Allerdings nicht, um sich frustriert abzuwenden. Seine neuen Poems wirken eher wie weise Sprüche eines politisch erfahrenen Sozialisten, dem einfach bewußt wurde, daß es noch einige Zeit dauern wird bis zur Revolution.

"Du weißt, daß Geschichte mehr ist als Du und ich" und: "Freiheit ist keine Ideologie - Freiheit ist eine menschliche Notwendigkeit" heißt es denn auch in "Di Anfinished Revalueshan".

hk

Disco- und Bibliographie

Platten von LKJ:

-Dread Beat and Blood, Virgin Records, 1978

-Forces of Victory, Island Records, 1979

Bass Culture, Island Records, 1980

LKJ in Dub, Island Records, 1981

Making History, Island Records, 1984

LKJ in Concert with the Dub Band, DoLP, LKJ Records, 1985

Tings an Times, LP + CD, LKJ Records, 1991

Bücher von LKJ:

- Voices of the Living and the Dead, Race Today Publications, 1974

- Dread Beat and Blood, Verlag Michael Schwinn, 1984

- Inglan is a Bitch, Verlag J. Knoblauch, 1984

36. Mi Revalueshanary Fren. Interview mit Linton Kwesi Johnson

Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:02

Sechs Jahre lang hatte sich Linton Kwesi Johnson, der antirassistische Dubpoet aus London, völlig aus der Musikszene zurückgezogen. Letztes Jahr dann meldete er sich zurück. Zusammen mit der Dennis Bovell Dub Band und der jamaikanischen Sängerin Jean Binta Breeze ging er auf Tour. Vor kurzem nun erschien endlich wieder eine neue Platte: "Tings an Times".

Bei der diesjährigen Tournee im April gab es die (seltene) Gelegenheit zu einem Interview mit Linton Kwesi Johnson.

ak: Wie fühlst Du Dich, hier im wiedervereinigten Deutschland aufzutreten?

LKJ: Nicht anders als zu der Zeit, als es noch die DDR gab. Ich habe aber mitbekommen, daß rassistische und faschistische Angriffe gegen Schwarze und Eingewanderte häufiger geworden sind seit der Vereinigung, vor allem im Osten. Das ist eine Schande. Die Leute müssen aufpassen und wachsam sein. All diese negativen und reaktionären Kräfte tauchen jetzt in den Staaten auf, in denen der Totalitarismus überwunden wurde.

Während unserer Konzerte im vergangenen Jahr hatte ich die Leute immer gefragt, ob sie ein vereintes Deutschland wollen. Und überall, wo wir in der BRD hingekommen sind, an etwa 16 verschiedenen Spielorten, hat die Mehrheit der Leute geantwortet: Nein. Ich hatte den Eindruck, daß einige Angst hatten, der Faschismus könnte wieder erstarken. Ich habe das nicht geglaubt, und ich hoffe immer noch, daß das, was im Moment passiert, keine Dauer hat und daß etwas entgegengesetzt wird. Letztendlich ist es doch so: der Staat, die Regierenden müssen diesen Leuten entgegentreten. Sie müssen den Schwarzen, den Eingewanderten Schutz gewähren durch Gesetze.

Wie sieht's mit Deiner politischen Arbeit aus? Bist Du noch bei ‚Race Today'?

‚Race Today' existiert nicht mehr. Es wurde aufgelöst nach 14 oder 15 Jahren, weil die Leitung der Meinung war, daß ‚Race Today' seinen Zweck erfüllt hat, und sie wollen etwas neues aufbauen.

Ich arbeite derzeit für eine neue Organisation, die ‚Europäische Bewegung für ethnische Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit'. Wir wollen mit fortschrittlichen, mit linksdenkenden Menschen eine Organisation bilden, um europaweit gegen Rassismus und Faschismus zu kämpfen. Eine Organisation mit Menschen aus Großbritannien, Frankreich, der BRD, den Niederlanden und anderen Staaten in Europa.

Vor kurzem bin ich zu einem Fernsehauftritt nach Italien geflogen. Bei der Rückkehr bin ich am Flughafen in München angekommen. Ich habe einen britischen Paß, und Großbritannien ist ein EG- Staat. Mit einem britischen Paß kannst Du eigentlich ohne Probleme durch die Kontrolle gehn. Aber weil ich ein Schwarzer bin, haben sie mir einen Haufen Fragen gestellt, mir den Paß weggenommen, ihn fotokopiert, wollten wissen, wie lange ich in der BRD bleibe und so weiter.

What about Inglan?

Ist England auf dem Weg zu einem faschistischen Staat, wie Du in ‚Reggae fi Peach' fragst?

Nein, so weit sind sie noch nicht. Aber wir müssen ständig aufpassen, um sicher zu gehen, daß es nicht so weit kommt. In der Ära Thatcher gab es Zeiten, in denen die Leute glaubten, es würde in diese Richtung gehn. Ganz viele Gesetze wurden durchgebracht, mit denen den Menschen demokratische Rechte und Freiheiten genommen wurden, für die sie in Großbritannien 400 oder 500 Jahre gekämpft hatten. Es gibt Kräfte in der herrschenden Klasse, die diese Gefahr erkannt und gestoppt haben.

Ist nach Thatcher das politische und gesellschaftliche Klima in Großbritannien besser geworden?

Nein. Die Arbeitslosigkeit steigt weiter, die Menschen müssen immer noch darum kämpfen, Recht zu erhalten vor Gericht, das Erziehungswesen steckt in einer Krise. Nein, es hat sich nichts geändert. Thatcher ist erst vor kurzem gegangen. Es ist zu früh für Veränderungen.

Wie schätzt Du die Politik der westlichen Staaten im Golfkrieg ein?

Diese Leute sind so verdammte Heuchler mit ihrem Gezeter um die Kurden. Der Westen ist dran Schuld, daß die Kurden keinen eigenen Staat haben. Der westliche Imperialismus ist die Ursache, daß ein Teil des kurdischen Staates im Irak liegt, ein Teil im Iran und ein Teil in der Türkei. Der Imperialismus hat das getan. Und jetzt heulen sie wie die Wölfe: seht, was Saddam Hussein den Kurden antut!

Seht, was der Westen den Menschen in Bagdad angetan hat! Als die Briten gegen die Argentinier um die Falklandinseln gekämpft haben, da haben die Briten nicht die Menschen in Buenos Aires bombardiert, haben nicht ihr Wasser, ihre Stromversorgung und ihre Infrastruktur zerstört. Sie haben den Krieg auf den Falklands geführt und auf dem Meer drum herum. Und die demoralisierten und geschlagenen Soldaten auf ihrem Weg zurück nach Basra, die sind einfach hingemetzelt worden.

Niemand unterstützt Saddam Hussein. Saddam Hussein ist ein Faschist. Aber wir müssen uns im klaren darüber sein, daß die westlichen Imperialisten versuchen werden, den Status Quo in diesem Teil der Welt zu erhalten, weil sie nicht wollen, daß die kurdischen Menschen ihren eigenen Staat bekommen, genausowenig, wie sie das bei den palästinensischen Menschen wollen.

Du hattest Dich sechs Jahre lang zurückgezogen. Was hast Du in dieser Zeit gemacht?

Ich habe als Journalist gearbeitet, hauptsächlich beim Fernsehen, bei Channel Four. 1988 habe ich meine Zurückgezogenheit aber wieder aufgegeben, weil mich viele Leute gelöchert haben wegen Konzerten. Eine Tour zum 10jährigen Jubiläum als Musiker, das schien mir eine gute Idee. Und jetzt habe ich wieder das Feeling, ich schreibe neue Gedichte und habe eine neue LP herausgebracht. Das macht doch Sinn, oder nicht?

Wie kam es zu dieser langen Abstinenz?

Ich hatte eigentlich gar keine Karriere als Musiker beabsichtigt, und vor allem wollte ich diesem Rhythmus Tour - Platte - Tour - Platte usw. entgehen. Meine Gedichte kommen eben nicht auf Befehl, sondern sie brauchen ihre Zeit - und da mache ich erst mal keine Platte oder keine Gedichte als schlechte.

Letztes Jahr hattest Du Jean Binta Breeze aus Jamaica dabei. Wer ist sie?

Die Leute haben sicherlich Ähnlichkeiten zwischen uns festgestellt. Aber Jean schreibt doch viel mehr aus der Frauenperspektive, und viele ihrer Gedichte behandeln Themen, die Frauen angehn.

Was ja gerade in der Rap- und Reggaeszene eine Ausnahme ist. Sexismus und Geringschätzung sind in dieser Szene ja die Regel. Wie siehst Du den Freiheitskampf der Frauen?

Ich denke, die Situation der Frauen in unserer westlichen Gesellschaft hat sich schon sehr gewandelt in den letzten 20 Jahren. Frauen sind zwar noch immer unterdrückt, sie haben sich aber schon viele Freiheiten erkämpft im Vergleich zu damals. Ich denke, sie haben wichtiges zu sagen, und man sollte auch darauf hören.

In Deinen Texten kommt die Situation der Frauen aber überhaupt nicht vor.

Die Befreiung der Frauen durchzusetzen ist in erster Linie deren eigenes Problem. Sie ist nur ein Aspekt des allgemeinen Kampfes. Der Klassenkampf ist der entscheidende.

Du singst in einem jamaikanischem Patois. Wie kannst Du gewährleisten, daß das Publikum hier mit seinem Schulenglisch Deine Texte versteht?

Zwischen den Stücken versuche ich immer, den Leuten auf englisch zu erklären, worum es mir geht. Aber ich bin Jamaikaner, und es ist selbstverständlich für mich, in meiner Sprache zu schreiben, genauso wie es für einen deutschen Dichter selbstverständlich ist, in deutsch zu schreiben.

Du hast eine neue Platte herausgebracht, ‚Tings an Times'. Da hat sich doch einiges geändert im Vergleich zu Deinen früheren Arbeiten, oder?

Ich möchte es mit einem marxistischen Terminus ausdrücken, da Du für eine kommunistische Zeitung schreibst: Der Unterbau ist gleichgeblieben, aber der Überbau hat sich etwas geändert, was die Musik betrifft. Die Texte - nun, der einzige Unterschied liegt bei den Themen. Die gehen mehr ins Persönliche. Zugleich

haben sie einen universellen Anspruch. Zum Beispiel das Gedicht ‚Story'. Ein Song über die verschiedenen Masken, die Menschen in unterschiedlichen Situationen tragen. Manchmal hast Du ein Lächeln im Gesicht, und innerlich bist Du verletzt. Wenn Du mit Deinem Arzt sprichst, zeigst Du das eine Gesicht, wenn Du mit Deiner Freundin sprichst, ein anderes, wenn Du mit dem Polizisten sprichst, wieder ein anderes und so weiter.

Und die Sprache in meinen poems hat sich geändert. Sie ist weniger rhetorisch und dafür mehr metaphorisch.

"Sozialismus ist zu einem schmutzigen Begriff verkommen"

Im Song ‚Mi Revalueshanary Fren' auf Deiner neuen Platte thematisierst Du den Machtwechsel in Osteuropa. Wie schätzt Du die Entwicklung dort ein?

Einerseits ist es gut, daß die Menschen dort den Totalitarismus überwunden haben. Vielleicht gibt es jetzt endlich eine wirkliche Chance für den Sozialismus, sich zu entwickeln. Aber das Wort ‚Sozialismus' ist zu einem schmutzigen Begriff verkommen. Es muß neu definiert, mit neuen Inhalten gefüllt werden. Für mich sind Sozialismus und Demokratie zwei Teile derselben Idee. Sozialismus bedeutet für mich: Macht von den Menschen und für sie. In kapitalistischen Gesellschaften besteht eine andere Form von Demokratie. Da geht die Macht nicht wirklich vom Volk aus. Das ist die bürgerliche Form. Wovor ich etwas Angst habe ist der Hang zu Nationalismus, Separatismus, Fremdenhaß und Rassismus. Diese negativen Kräfte kommen selbst in der Sowjetunion zum Vorschein.

Was hältst Du vom HipHop und vor allem den militanten Gruppen wie Public Enemy oder Niggers with Attitude?

Das ist doch alles nichts neues. Erfreulich für mich ist immerhin, daß die Jugend die sozialen Probleme wiederentdeckt und wegkommt von dieser Kiste ‚Come on, man, let's boogie', Disco usw. Das ist gerade in Amerika wichtig, wo die Musik ja wirklich dekadent geworden war. Aber neu, nein, das ist es nun wirklich nicht. Ich bin 39 Jahre alt, und ich habe das alles schon gesehen.

Public Enemy - nun, mein Sohn mag sie sehr! Ich finde einiges von ihnen ziemlich fortschrittlich. Sie identifizieren sich aber zu sehr mit den Black Muslims. Das kann ich nicht nachvollziehen, ich bin nicht religiös. Ich möchte nur daran erinnern, was die Black Muslims mit Malcolm X gemacht haben.

Und was?

Sie haben ihn umgebracht!

Die Fotos sind von Uli Dahlinger, Mitarbeiter beim "Sozialdokumentarischen Fotoarchiv" Nürnberg.

Das Interview wurde von Hartmut Konopka für den ak und für Radio Z (Nürnberger Alternativsender) geführt.

37. Aufgeblättert - Broschürenvorstellungen

Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:51

Auferstanden aus Ruinen ruht der Sozialismus ... aus?

Texte zu DDR und Staatskapitalismus

Unter der Maxime "Störung der Totenruhe" haben eine Ex-Anti-NATO Gruppe in Freiburg sich der DDR, der Frage, was da zusammengebrochen ist und was das für die Linke der BRD heißt, angenommen. Sie selbst bezeichnen es als eine Art nachholenden Reflex auf die Ereignisse des Herbstes 89, die die westdeutsche Linke nach ihrer Ansicht weder richtig verarbeitet geschweige denn verdaut hat. Bei diesem Prozeß wollen sie mit ihren Texten Hilfestellung leisten.

Ausgehend von der Tatsache, daß sehr vielen in der BRD die DDR nach wie vor eine unbekannte Gesellschaft ist, wird der Versuch unternommen, dies mit Hilfe eines historischen Überblicks zu beheben. Ausgehend von der Nachkriegssituation in den unterschiedlichen Teilen Deutschlands wird versucht, die Gründung der DDR, die Errichtung des real existierenden Sozialismus allein aus der Logik des Agierens der Gruppe Ulbricht in Einklang mit den Interessen der Sowjetunion zu erklären, herzuleiten. Das in der Bevölkerung damals vorhandene, wenn auch diffuse, antikapitalistische Bewußtsein findet keinerlei Erwähnung. Schade, denn dadurch wäre dieser Aufsatz sicherlich noch lesens- und vor allem auseinandersetzenswerter geworden.

Darüberhinaus wird der Frage nachgegangen, was die DDR für eine Gesellschaftsformation war. Realer Sozialismus, Sozialismus oder Staatskapitalismus? Die AutorInnen wollen nachweisen, daß letzteres zutreffend ist. Zusätzlich wird versucht, die Gesellschaft der DDR näher zu analysieren und das Bewußtsein seiner BewohnerInnen näher zu beleuchten. Insgesamt ein lohnenswertes Unterfangen, wenn auch die Resonanz in der hiesigen Linken bescheiden bleiben wird.

Auferstanden aus Ruinen ruht der Sozialismus ... aus. Texte zu DDR und Staatskapitalismus. Hrsg.: Ex-Anti-Nato Gruppe Freiburg 1991 53 S. 6,-DM; Bestellungen: Ex-Anti-Nato Gruppe (ANG) c/o Klaus Holz, Bettackerstr. 25, 7800 Freiburg

Südschwäbische Nachrichten eingestellt

Eine der wenigen noch verbliebenen originären links-alternativen Regionalzeitungen mit einer Entstehungsgeschichte in den 70er Jahren, die "Südschwäbische Nachrichten" aus Ravensburg, hat ihr Erscheinen eingestellt.

Die Zeitschrift entwickelte sich in Oberschwaben, der Region nördlich des Bodensees, aus der ab 1977 erschienenen "Leserzeitung" Motzer - "A Blättle, en dem jeder schreiba ka ond soll, was er will - ozensiert!" Leser- und AutorInnenschaft entstammten den regional bedeutsamen Kämpfen um selbstverwaltete Jugendzentren. Der "Motzer" griff bald die linken Themen der 70er Jahre wie Antifa/Antirep, Anti-AKW, Frauenbewegung aktiv auf. Die linke Wahlbeteiligung fand in Bad Schussenried, Entstehungsort der Postille, die seltene Ausprägung einer starken ländlichen Alternativen ("Unabhängigen") Liste, die jedoch nach Gründung der Grünen Partei in deren main-stream geriet.

Die Krise der Linken führte zur Einstellung des Blattes. Die "südschwäbische" Neugründung ("Südschwaben" war eine geographische Neuschöpfung, um der Linken des bayrischen Lindau das oberschwäbische Blättle schmackhaft zu machen...) versuchte ab 1982, Zeiten der Friedensbewegung, die linken Traditionen aufzunehmen, griff aber auch kommunale und regionale Themen auf, die für breitere Bevölkerungskreise interessant sein konnten. Es gelang indes nicht, beides auf Dauer zusammenzubringen. Stattdessen waren Abschiede in die realpolitische Szene zu verzeichnen. Die Zeitung wurde darüber hinaus regelmäßig durch die für Provinzregionen typischen Abwanderungen in Groß- und Universitätsstädte geschwächt (Ex-SNler sind beispielsweise maßgeblich an der universitären Frankfurter Linken Liste beteiligt). Sie blieb dennoch zeitweise ein wesentlicher organisierender Faktor der Linken in Ravensburg.

Bis zuletzt diente die Zeitung in Krisen geratenen Linken, um gegen überhandnehmende Skin- und Neonazi-Aktivitäten vorzugehen, für linksradikale und "antideutsche" Positionen zu werben, und um eine fortgesetzte Aufarbeitung der Geschichte der Region zu publizieren. Nach fast 15 Jahren linker

Regionalpresse läßt sich ein erneut notwendig gewordener "Generationswechsel" nun nicht mehr vollziehen. Dem tiefschwarzen Oberschwaben ist jetzt endgültig ein wichtiger Farbtupfer und die einzige Alternative zur rechten Tagespresse, der "christlichen und sozialen" Schwäbischen Zeitung, genommen.

Puerto Rico libre!

Materialien zur Geschichte und Aktualität des Kampfes um Unabhängigkeit in Puerto Rico

Mit dieser Broschüre möchte das Archiv für transatlantische Sozial- und Kulturgeschichte auf die Situation dieses Staates am Rande der USA aufmerksam machen. Anhand mehrerer Aufsätze wird die Geschichte des Landes, die neuere Bewegung zur realen Unabhängigkeit des Landes und die konkreten Lebensverhältnisse in diesem unechten Staat der USA nachgezeichnet. Auf rund 120 Seiten wird versucht, den defizitären Kenntnisstand der hiesigen Linken über dieses Land ein wenig aufzubessern. Die "innere Kolonialisierung" der USA, die Lebensbedingungen der nicht-weißen Völker soll mit dem Schwerpunkt Puerto Rico näher beleuchtet werden, dabei nehmen die AutorInnen eindeutig positiv Stellung zum Kampf der Unabhängigkeitsbewegung von Puerto Rico. Insgesamt eine interessante Broschüre, die die Facette der amerikanischen Geschichte und Gegenwart um einen bisher unterbelichteten Aspekt bereichert.

Puerto Rico libre! Materialien zur Geschichte und Aktualität des Kampfes um Unabhängigkeit in Puerto Rico. 116 S., 7,- DM. Hrsg.: Archiv 92, Archiv für transatlantische Sozial- und Kulturgeschichte, Eichenbergstr. 53, 2800 Bremen.

38. Cheb. Zwei Jugendliche zwischen den Kulturen. Filmbesprechung

Zwei Jugendliche zwischen den Kulturen - Eine Filmbesprechung

Rubrik: Algerien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:27

Auf der diesjährigen Berlinale stellte Rachid Bouchareb seinen Film Cheb vor, der am 8. Juni im Dritten Programm der Nordkette ausgestrahlt wird. Cheb bedeutet auf arabisch soviel wie jung. Bouchareb, selber in Paris geboren und aufgewachsen, schildert die Geschichte zweier jugendlichen Beurs (1), die gegen ihren Willen in Algerien gelandet sind.

An den Beginn des Films stellt er einen Zusammenschnitt von Antirassismusdemonstrationen der letzten zehn Jahre. Synonym für die Generation der Beur, die nicht einfach alles hinnehmen, sondern für ihre Rechte kämpfen. Der junge "Beur" Merwan, in Algerien geboren, in Frankreich aufgewachsen, wird im Zusammenhang mit diesen Protesten verurteilt und ausgewiesen. Seine Eltern geben ihm nur Vorwürfe mit auf den Weg, er hätte sich ihrer Meinung einfach ruhig verhalten sollen.

Ohne ein Wort Algerisch zu sprechen in Algerien angekommen, wird ihm erstmal der Paß abgenommen, und er kommt zum Militär in die Wüste. Dort wird ihm unmißverständlich klar gemacht, daß er ein Fremder ist.

Seine Freundin Malika, ebenfalls "Beur", allerdings in Frankreich geboren und damit Französin, will ihn besuchen. Deswegen gibt sie das erste mal dem Wunsch ihrer Eltern nach, ihre Großeltern in Algerien zu besuchen. Die nehmen ihr nach der Ankunft den Paß ab und sperren sie ein. Obwohl Französin, ist sie nach algerischem Gesetz Algerierin und damit als Frau rechtlos.

Merwan, der sich wundert, warum sie nicht kommt, desertiert und sucht sie. Gemeinsam beschließen die beiden zu fliehen und illegal nach Marokko zu reisen. Dort will sich Malika neue Papiere in der Botschaft besorgen und Merwan heiraten, damit er als Franzose wieder zurück nach Frankreich kann. Sie betont dabei, daß sie nicht beabsichtigt, sich durch diese Heirat in ihrer Freiheit und Unabhängigkeit einschränken zu lassen.

Gemeinsam reisen sie in klapprigen Bussen und "illegalen Taxis" durch dieses Land, das ihnen fremd ist. Um im Hotel ein Zimmer zu bekommen, muß Malika sich die Haare schneiden und als Junge ausgeben. Bei dem Versuch, in einem "illegalen Taxi" über die Grenze zu kommen, geraten sie in eine Straßenkontrolle. Malika wird festgenommen, Merwan bleibt mit Hilfe eines algerischen Passes, den Malika ihrem Großvater geklaut hat, frei.

Er will nun allein durchkommen und Hilfe für Malika organisieren. Dabei trifft er auf einen alten Mann, der in der Wüste an einer Oase lebt. Er hat sich entschieden, hier zu leben, kann aber Merwans Wunsch, nach Frankreich zurückzukehren, verstehen und hilft ihm. Merwan entschwindet in der Weite der Wüste Richtung Marokko. Den weiteren Verlauf läßt Bouchareb offen, deutet aber in der Schlußeinstellung ein augenzwinkerndes Happy-End an: Merwan steht stramm, in der Französischen Armee.

Bouchareb beschränkt sich auf kurze, sparsame Dialoge und läßt die Bilder wirken. Aber auch der Musik mißt er besondere Bedeutung bei: "Ich ‚mußte` diese Geschichte erzählen, aber es hat mich nicht interessiert, sie mit Worten zu erzählen - wenn ich das wollte, wäre ich Schriftsteller. Ich bevorzuge visuelle Formen, um mich auszudrücken. Für mich ist die beste Kombination einer Aussage ein mit Musik unterlegtes Bild. Darum war auch die Musik, die der algerische Komponist Safy Boutella für den Film geschrieben hat, so wichtig, denn seine Musik ist eine Manifestation der doppelten Kultur im Leben der Beurs." (3)

Bouchareb läßt sich von der Wüste faszinieren. "Ich liebe Algerien, oft träume ich davon, am Rande der Wüste zu leben; (...) es ist dort sehr friedlich. Man fühlt sich total frei von sozialen Zwängen, es gibt nur schweigende Ruhe, die Landschaft dominiert, nichts bedrängte mich." (3)

Wunderschöne Aufnahmen der faszinierenden Wüstenlandschaft kontrastieren das traurige Schicksal der beiden Jugendlichen. Diese Widersprüchlichkeit war auch die Grundidee des Regisseurs: "Ich sagte mir, ich bin hier in Algerien in den Ferien, alles ist bestens, doch wenn ich von einem Tag auf den anderen aus

Frankreich rausgeschmissen werden sollte und den Rest meines Lebens in Algerien verbringen müßte, wie würde ich reagieren? Das wäre brutal, kaum zu ertragen." (2)

Boucharebs Blick auf Algerien ist dabei nicht denunziatorisch. Im Gegenteil: Der Film ist mit sehr viel Humor und Liebe zum Land gemacht. "Es war sehr wichtig für mich, das Bild der westlichen Massenmedien hinsichtlich der Beschreibung der arabischen Welt zu korrigieren. (...) Natürlich gibt es Probleme und Konflikte in Algerien, in manchen Bereichen gibt es wenig Fortschritt - zum Beispiel was die Unterdrückung der Frauen betrifft, gegen die ich mich in meinem Film wende. Aber es gibt auch Solidarität, wie ich am Beispiel des alten Mannes zeige, der Merwan schließlich über die Grenze hilft. Gerade im Zusammenhang mit dem Golfkrieg ist es jetzt besonders wichtig zu zeigen, daß es in der arabischen Welt nicht nur Fundamentalisten gibt. (...)

Die gesellschaftlichen Bedingungen in Algerien und Frankreich sind auf ihre eigene, unterschiedliche Weise inadäquat, denn Merwan hat seine kulturellen Wurzeln in beiden Ländern, aber die sozio-gesellschaftlichen Dogmen in Frankreich und Algerien lassen ihn nicht zur Entfaltung kommen, stellen sich gegen ihn." (3) "Die beiden sind entwurzelt, und ihre Reise in diesem ihnen feindlich gesinnten Land ist eine Flucht nach vorn. Diese Reise hätte in Frankreich stattfinden können, mit derselben Brutalität, dem selben Unverständnis der Einwanderer, denselben Beschränkungen seitens der Behörden und den Ausweisungen. (...)

Im Gegensatz zu dem, was manche Leute sagen könnten, ist Cheb kein ‚anti-algerischer' Film. Ich kämpfe dafür, daß sich die Dinge in bezug auf den Status der ‚Beur' verändern und entwickeln." (2)

olaf, gruppe k Hamburg

Anmerkungen:

1) Mit dem Begriff "Beur" wird die in Frankreich geborene zweite Generation maghrebianischer Herkunft, französischer Nationalität bezeichnet, aber auch in Frankreich wohnende Einwanderer, die schon als Kleinkind einreisten und dort aufwuchsen. Diese Benennung stammt aus dem französischen Argot und wurde durch Silbenumstellung aus "Araber" gebildet. Auch die "Beurs" selbst bezeichnen sich so.

2) Aus einem Gespräch mit Rachid Bouchareb, in Media, Paris, Januar 1991, zitiert nach einem Filmblatt der Internationalen Berliner Filmfestspiele

3) Aus einem Gespräch von Francoise Pyszora am 1.2.1991 in Paris, zitiert aus o.g. Filmblatt

39. Eine Sprache zwischen den rauchschwarzen Steinen. Buchbesprechung

Eine Buchbesprechung

Rubrik: Algerien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:35

Ihre Romane verfaßt Assia Djebar, wie viele andere Autoren Algeriens, in der Sprache des früheren Gegners. Bereits in den vierziger Jahren begannen einige Schriftsteller des Maghreb, in Französich zu publizieren. Man betrachtete den Roman als eine abendländische Gattung und verwendete spontan das Französische. So stellte gerade die Wahl der Sprache bei vielen algerischen Autoren den Konflikt zwischen fremder und landeseigener Kultur dar, aber auch den Willen zur Emanzipation und Befreiung.

3. Juni 1830: eine imposante Kriegsflotte der französischen Truppen erscheint am Horizont wie ein glänzender Augenblick. Die brutale Eroberung und Unterwerfung des nordafrikanischen Landes steht bevor. Noch erscheint Algerien friedlich, doch "die Stille dieses feierlichen Morgens geht dem Schreien und Morden voraus, das die nächsten Jahrzehnte erfüllt." (Fantasia)

Knapp zehn Jahre später, nachdem die Franzosen bereits zahlreiche Städte und Dörfer geplündert und erobert haben, ruft der Stammesführer Emir Abd El Kader den heiligen Krieg gegen die Besatzungsmacht aus. Doch die französischen Truppen befinden sich weiter im Aufmarsch. Und sie stoßen dabei nicht nur auf harten Widerstand der Soldaten des Emirs. Ganze Städte und Regionen Algeriens können keinen Widerstand mehr leisten. Dort verharren Kinder, Jugendliche und Frauen, noch für kampfunfähig von den Stammesälteren erklärt, und werden von den Franzosen niedergestreckt. 1845 tun sich Berberstämme im Westen des Landes erneut zum Widerstand zusammen. Zur gleichen Zeit übernimmt der französische Oberst Pelisier den Oberbefehl bei der Verfolgung eines Stammes, der die Zahlung der Kolonialsteuern verweigert hat. Französische Soldaten räuchern die Höhle, in der sich die Stammesmitglieder verstecken, aus. Der gesamte Stamm, bestehend aus 1500 Menschen, wird getötet.

"Frankreich ist gekommen und hat uns verbrannt. Wir sind dagesessen, zwischen den rauchschwarzen Steinen ..." schreibt Assia Djebar in Fantasia.

Djebar erzählt mit diesem Roman nicht nur eine Geschichte. Es sind Geschichten, die sie schreibt, Geschichten, die allerdings aus einer sehr wahren und tragischen Geschichte entspringen: die über ein Jahrhundert andauernde Zeit der Kolonialisierung Algeriens durch Frankreich, des ewigen Krieges und Leidens eines Landes, das einen Teil seiner Kultur und "Fantasia" verlor.

Assia Djebar, 1936 in Algerien geboren, Schriftstellerin, Historikerin und Filmemacherin, gilt als die bedeutendste Autorin des Maghreb. Sie gehört zu der Generation Algeriens, die in dem Widerspruch zwischen arabischer und Berbertradition einerseits und der kolonialistisch aufgezwungenen, aber inzwischen stark beeinflussenden europäischen Kultur andererseits, aufgewachsen ist.

Durch den gesamten Roman durchziehen sich autobiographische, sehr persönliche Erinnerungen. Sie bilden mit den romanhaft fiktiven Geschehnissen und brutalen geschichtlichen Wahrheiten, die Djebar erzählt, einen geradezu filmerisch bildhaften Ausschnitt, der sowohl erschütternd als auch verzaubernd und verwirrend ist.

Immer wieder versetzt sich Djebar in die Kämpfe des 19. Jahrhunderts zurück, wechselt die Rollen als Ich-Erzählerin und Beobachterin, wechselt die Orte, ja sogar die Länder. So spricht sie einmal als eine tapfere alte Bäuerin, der die Franzosen dreimal ihren Hof verbrannten und die sich zusammen mit den Partisanen immer wieder verstecken mußte; ein anderes Mal ist sie in der Rolle eines jungen Mädchens, das von der alten Frau adoptiert wurde, und beschreibt die Liebe zu ihrer "kleinen Mutter". Sie erzählt von einem nach Frankreich emigrierten Paar, das im Pariser Untergrund, fern ab von allen Verwandten und Freunden, seine Hochzeit feiert, und von Frauen und Mädchen, die in den Bergen Algeriens in den Widerstand gingen.

Schließlich schält sich stets die persönliche Erinnerung und das Gefühl ihrer Befangenheit in einem anscheinend unauflöslichen kulturellen Widerspruch, in dem sich die Autorin bereits als Kind befunden hat, heraus. Dabei geht es ihr insbesondere um die in Schleier gehüllte Rolle der Frau in der islamischen Gesellschaft.

Assia Djebar beschäftigt sich in diesem Roman in faszinierender Weise mit dem Wort an sich, mit der Sprache. Die nicht aufgeschriebenen Worte des Krieges auf algerischer Seite, die weder Zeit noch Wissen hatte, triumphierende Kriegsberichte zu verfassen wie ihre Eroberer. Als führten die Algerier in ihrem eigenen Land einen stummen Krieg.

Und schließlich die französische Sprache, mit der die Autorin genauso wie mit der Berber- und der arabischen Sprache aufgewachsen ist. Die von ihr hoch geschätzte arabische Schrift verlasse sie wie eine große Liebe, schreibt die Autorin, um sich schließlich in der Sprache des Gegners auszudrücken, was ihren Konflikt verdeutlicht. Sie kämpft für die Unabhängigkeit ihres Landes, steht aber der traditionellen, islamisch-patriarchalen Kultur ihrer Gesellschaft völlig widersprüchlich gegenüber.

"Was mich angeht", sagt Assia Djebar, "so kreuzt der vergangene Krieg zwischen beiden Völkern seine Zeichen in den Tiefen meiner Schrift, sobald ich einen gewöhnlichen Satz aufschreibe. Sie schwankt zwischen den Bildern der Kriege - Eroberung oder Befreiung, aber immer Vergangenheit - und der Formulierung einer widersprüchlichen, doppelsinnigen Liebe."

Niko Schwarz

"Fantasia", von Assia Djebar, Unionsverlag, 1985, dt. Erstausgabe, 34,- DM, geb., ISBN: 3-293-00161-0

40. Betriebsbesetzung. Der kurze Traum von der Solidarität?

Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:06

Die Besetzung eines Betriebes ist in der BRD eine relativ junge Form des Arbeitskampfes. Sie hat sich erst im Laufe der siebziger Jahre als neue Art der kollektiven Gegenwehr herausgebildet. Anfang der siebziger Jahre hatten viele gedacht und gehofft, daß bei Zunahme der Erwerbslosigkeit der soziale Friede in der BRD ins Wanken geraten würde. Über eine Millionen Arbeitslose wurden als Schmerzgrenze für das System angesehen. Das dies eine Fehleinschätzung war, weiß mensch nicht erst seit heute, das Gesellschaftssystem der BRD erwies sich als integrationsfähiger als viele glauben wollten. Mittlerweile hat sich diese Gesellschaft an millionenfache Arbeitslosigkeit gewöhnt, Umweltprobleme, Abrüstung und Gleichberechtigung haben mehr Menschen in den letzten Jahren mobilisiert als die Arbeitslosigkeit.

Nur in Ausnahmefällen haben sich Menschen zu kollektiver Gegenwehr gegen Massenentlassungen und Betriebsschließungen entschlossen. Diese Fälle waren dann gegeben, wenn durch Konkurse oder Betriebsschließungen ganze Belegschaften auf die Straße gesetzt werden sollten resp. wurden. Nicht der umstandslose Marsch zum Arbeitsamt wurde angetreten, sondern die Belegschaft besetzte den Betrieb.

"Diese vergleichsweise spektakuläre Form des Arbeitskampfes hat sich keineswegs als Privileg traditionell gewerkschaftlich gut organisierter und kampferprobter Belegschaften städtischer Großbetriebe erwiesen. Angefangen mit der Besetzung der Zementfabrik Seibel & Söhne im westfälischen Erwitte, haben seit 1975 auch mehrere Belegschaften aus kleinen und mittleren Betrieben der industriellen Provinz Betriebsbesetzungen organisiert." So die Autoren Michael Brockhaus und Wolfgang Schäfer in der Einleitung ihres Buches: Betriebsbesetzung Der kurze Traum von der Solidarität?.

Anhand der Besetzung des SPÄNEX-Werks in Uslar wird gleichsam exemplarisch aufgezeigt, unter welchen Bedingungen ArbeitnehmerInnen zum Mittel der Betriebsbesetzung greifen. Dabei legen die Autoren großen Wert auf die Analyse des gesellschaftlichen und regionalen Umfeldes der Aktion. Denn im Falle Spänex fielen in der Region wichtige Arbeitsplätze fort. Nach dem Motto: "Stirbt der Betrieb, stirbt die Region" wurde für die Besetzung in der Region und darüberhinaus für Unterstützung geworben. Aber auch die Beschäftigten selber sahen ihren Kampf teilweise unter dieser Perspektive. Es ist in diesem Buch sehr gut nachzulesen, und damit auch nachzuvollzuziehen, warum sich Menschen, die sich bisher politisch nicht betätigt haben, zu einer derartig spektakulären Aktion zusammenschließen.

In zahlreichen Interviews wird aufgezeigt, was die Menschen zum Handeln bewegt, welche Widersprüche sich in der Belegschaft auftaten und wie der Arbeitskampfes als solches verlief. Abschließend wird der Frage nachgegangen, ob Betriebsbesetzungen eine Arbeitskampfform gegen Arbeitsplatzvernichtung sind oder ob sie nicht eher der letzte Strohhalm, die letzte Hoffnung der Beschäftigten, der Betroffenen sind. Das Buch ist nicht nur informativ, es ist lesenswert für alle, die sich mit betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen beschäftigen, auseinandersetzen.

as

Michael Brockhaus/Wolfgang Schneider: Betriebsbesetzung. Der kurze Traum von der Solidarität?

Voraussetzungen, Verlaufsformen und Auswirkungen einer spektakulären Arbeitskampfform am Beispiel der Firma "SPÄNEX Wilhelm & Sander" in Uslar. Göttingen 1990 SOVEC Verlag, 374 S., DM 28,-

41. 50 Jahre IG Farben in Auschwitz. Veranstaltung des Auschwitz-Komitees Hamburg

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:05

1941 war das Jahr, in dem die faschistische Vernichtungsmaschinerie in einer bis dahin neuen Dimension entfesselt wurde. 1991 jähren sich zahlreiche Daten von NS-Verbrechen zum fünfzigsten Male, die erinnernd als Gedenktage begangen werden müßten:

- der Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941,

- die Einführung des Tragens des gelben Sterns in Deutschland und den von Deutschen besetzten Gebieten,

- die ersten Deportationen von jüdischen Menschen aus Hamburg und anderen deutschen Städten in die Vernichtungslager,

- der Beginn der Massenvernichtungen mit dem Massaker von Babijar,

- der Beginn der Vergasungen mit Zyklon B in Auschwitz

- der Baubeginn für die IG Farbenwerke in Auschwitz-Monowitz

Gedanken macht man sich über ganz anderes in deutschen Landen. Immer dreister versuchen einige deutsche Firmen, deren Namen eng mit den Verbrechen des NS-Regimes verflochten sind, sich ihre enteigneten Besitzungen in der ehemaligen DDR zurückzuholen. So zum Beispiel die Nachfolger des IG Farben-Konzerns, BASF, Hoechst und Bayer, sowie die "IG Farben in Abwicklung". Otto Köhler beschrieb kürzlich in einem ZEIT-Artikel Jubel und Aufbruchsstimmung auf der Aktionärsversammlung der "IG Farben in Abwicklung" 1990 und zitierte einen der Aktionäre: "Unsere Liquidatoren haben unser Vermögen zurückgeholt aus Honduras, Ägypten, Wien - und da sollen wir kapitulieren davor, was uns die alten Stalin-Gangster weggenommen haben?"

Ohne die IG Farben AG wären weder der Zweite Weltkrieg noch die Vernichtung der europäischen Juden möglich gewesen: Die IG Farben haben durch finanzielle Unterstützung in Millionenhöhe die NSDAP mit an die Macht gebracht und an der Macht erhalten; der Konzern war eine der Hauptstützen für das Aufrüstungsprogramm der Kriegsmaschinerie der Wehrmacht, weitgehend in Monopolstellung (u.a. Sprengstoff, Benzin, Gummi, chemische Waffen); für die IG Farben-Tochterfirma Bayer wurden pharmazeutische Menschenversuche durchgeführt; unter Kontrolle der IG Farben produzierte die Fa. Degesch (Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung) das Zyklon B und lieferte im Wissen über dessen Verwendung in die Vernichtungslager; in Monowitz errichteten die IG Farben ein Werk als Außenlager von Auschwitz, in dem allein ungefähr dreißigtausend Häftlinge durch das Programm "Vernichtung durch Arbeit" ermordet wurden.

Einige der IG Farben-Manager wurden nach der Befreiung bei den Nürnberger Prozessen als Kriegsverbrecher verurteilt - zu höchstens acht Jahren Haft. 1952 wurde der Konzern auf Beschluß der Alliierten offiziell aufgelöst - aus dem Industriekomplex erfolgte die Ausgliederung der Bestandteile BASF, Hoechst und Bayer als Nachfolgefirmen. Darüberhinaus wurde die "IG Farben in Abwicklung", als "Liquidationsgesellschaft" gegründet, um die Ansprüche über Vermögensanteile im Ausland, vor allem der DDR, zu regeln und sich anschließend aufzulösen. Eine weitere Aufgabe sollte die Klärung von Schadensersatzforderungen von Opfern des NS-Konzerns sein.

Die "IG Farben in Abwicklung" existiert bis heute. Sie betrieb die Aufrechterhaltung von revanchistischen Ansprüchen auf enteignete Firmen vor allem in der DDR; sie behinderte und verzögerte Ansprüche und "Entschädigungszahlungen" überlebender Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge; - aber sie leistete Rentenzahlungen an ehemalige IG Farben-Angestellte! Die Widrigkeiten all dieser Abwicklungen blieben den Nachfolgefirmen durch die Existenz der "IG Farben in Abwicklung" erspart. Doch damit nicht genug.

Von der noch 1989 auf der Aktionärsversammlung anvisierten endgültigen Auflösung der "IG Farben in Abwicklung" im Jahr 1992 wegen Unwiederbringlichkeit des ehemaligen IG Farbenvermögens in der DDR ist heute keine Rede mehr. Abgewickelt wurde nicht die IG Farben, sondern die DDR.

Die Sachverwalter und "Liquidatoren" der "IG Farben in Abwicklung" sind seit 1990 in der EX-DDR unterwegs und melden "vermögensrechtliche Ansprüche" auf enteignetes IG Farben-Vermögen und -gelände an. Dabei sind sie ganz Geschäftspartner, deutsche Geschäftspartner eben, die von der Geschichte des Profites ihres Konzerns gar nicht reden, dafür lieber über die Rettung von Arbeitsplätzen. "Das ist im Grunde egal, ob wir entschädigt werden oder uns beteiligen. Wir möchten nur mit unseren Eigentumsrechten berücksichtigt werden." (...) "Wir haben erklärt, daß wir als Eigentümer bereit sind, bei jeder wirtschaftlich sinnvollen Lösung mitzuarbeiten. Wir wollen ja nicht einfach blutrünstig Geld sehen. Wir sind daran interessiert, daß Arbeitsplätze erhalten bleiben ..." (aus einem Interview mit den beiden Liquidatoren Vollmann und Bartels mit "das blatt", 39/90)

Katja Leyrer, Florian Schmaltz

Zum Nachlesen:

Otto Köhler: ... und heute die ganze Welt. Die Geschichte der IG Farben und ihrer Väter. Hamburg 1986

OMGUS: Ermittlungen gegen die IG Farben. Nördlingen 1986

Josef Borkin: Die unheilige Allianz der IG Farben. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich. Frankfurt/M 1979

Otto Köhler: Hochstimmung im Schatten der I.G. Auschwitz. in: DIE ZEIT 19/91

Lars-Broder Keil: Endlich Richtung Osten. in: "das blatt" 39/90

Veranstaltung:

Am 16. Juni, 19 Uhr, findet in der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (Von-Melle-Park) eine gemeinsame Veranstaltung des Auschwitz-Komitees und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten zur Geschichte der IG Farben statt.

Hans Frankenthal, ehemaliger Auschwitz-Häftling im IG Farbenwerk Monowitz, wird einen Dia-Vortrag über Auschwitz halten.

Otto Köhler, der sich seit Jahren mit IG Farben beschäftigt und dazu viel veröffentlicht hat, wird ebenfalls referieren.

Im August findet die nächste Aktionärsversammlung der "IG Farben in Abwicklung" in Frankfurt statt. Über Aktionen zu diesem Anlaß berichten wir im nächsten AK.

42. Betr.: Was bedeutet eigentlich Aufarbeitung? (AK 330)

Rubrik: Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:46

Die im Artikel zitierte Frau Bohley möge beruhigt sein: Ihr kriegsdienstverweigernder Sohn wird einst mit hoher Wahrscheinlichkeit vor einem garantiert ordnungsgemäßen Beamten Gehlen'scher o.ä. Schule stehen, 100% Stasi-rein. Und in diesem vierten Reich des alt-neuen Deutschlands werden Leute wie sie bestimmt nicht beschnüffelt werden. Im Gegenteil - wer derart schamlos nivellierend ständig von "Opfern" und "Tätern" redet, ja geradezu die Tollheit besitzt, die Einstufung des MfS als "verbrecherische Organisation" zu fordern, ist gut fürs Große Verdienstkreuz, mit Stern.

Wieso nun der ak meint, beim Thema Stasi (-Akten) das Hauptaugenmerk auf "mangelnde Aufarbeitung" hinsichtlich dieser verblichenen Institution richten zu müssen, und obendrein auf den Gedanken verfällt, dazu den Herausgeber des für diesmal die Kolportage-Funktion der "Welt" übernehmenden Denunziationsblattes "die andere" als sachverständigen Gesprächspartner zu präsentieren, ist mir schleierhaft. Und geradezu lächerlich wird es, wenn zur Illustration des ganzen zwei, Titanic läßt grüßen, Untergrund-Stasi-Drohpostkärtchen abgedruckt werden.

Der entscheidende Punkt bei den Stasi-Akten ist doch etwas anderes, nämlich das - im Gegensatz zu dem an seiner Datenfülle zuletzt erstickten Stasi-Dampfmaschinengeheimdienst - hocheffiziente und viel umfassender angelegte Erfassungs- und Überwachungssystem der BRD. Hier müßte die Kritik zentral ansetzen, an dieser verheerenden Kombination von Stasi-Datenfülle mit der BRD-Überwachungseffizienz, und auch grundsätzlich an den nicht zuletzt wegen ihrer Nazi-Herkunft als Unrechtsinstitutionen zu klassifizierenden BRD-Geheimdiensten!

In der Konsequenz heißt das, nicht nur hilflos-unbedarft Fragezeichen nach Fragezeichen zu setzen (so jedoch der Artikel im ak), sondern offensiv die umgehende Vernichtung und Löschung sämtlichen Stasi-Datenmaterials zu fordern. Demgegenüber ist das von Bohley und Co. propagierte Offenhalten der Akten für ausschließlich die "Opfer", bzw. für die, die wissen wollen, ob sie denn überhaupt "Opfer" wurden, abzulehnen. Denn dies hätte natürlich zwangsläufig jede Menge illegaler, halblegaler oder per Gesetzesänderung schließlich doch ‚legal' gemachter Geheimdienst-Zugriffe zur Folge. Da ist es dann schon fast ehrlicher, wenn die Parlamentsabteilung der sogenannten Bürgerbewegung ziemlich unverblümt den praktisch unbeschränkten Geheimdienstzugriff auf die Akten für unter Umständen zustimmungsfähig ansieht. Bei dieser Gelegenheit wäre übrigens in der Tat einmal "aufzuarbeiten", wie es dazu kommen konnte, daß nicht wenige links oder demokratisch orientierte Menschen eine derartige "Bürgerbewegung" ernsthaft als bessere Alternative zur SED-Politik wahrnehmen wollten!

Und "aufzuarbeiten" wäre auch einmal das ganze Ausmaß der in der DDR vor und mit dem Anschluß eingesetzten Repression gegen Linke (einschließlich und insbesondere gegen die uns nicht immer sympathisch gewesenen SED-Funktionsträger), jene McCathy-artigen, massenhaften Säuberungen, die der von Spätgeburtlern und Napola-Absolventen gemanagte Nachfolgestaat dort auf allen Ebenen veranstaltet. Zu diesem Komplex gehören auch die zahlenmäßig geringen, aber mit Demonstrativwirkung ausgestatteten Schauprozesse, die gegen führende SED-Politiker durchgeführt bzw. angestrebt werden. Wie kommt es etwa, daß beim Prozeß gegen Tisch eine gerade eben Milliarden für den Massenmord an den Menschen des Irak spendierende BRD über die Finanzierung eines FDJ-Festivals zu Gericht sitzen kann, ohne daß es von Linken einen Aufschrei des Hohns gibt? Wie kommt es, daß derartige Verfahren, mit denen die BRD-Justiz Geschehnisse in der DDR aus der Zeit vor deren Anschluß aburteilen und damit gewissermaßen nachträglich das völkerrechtliche Verbot der Nichteinmischung hinwegfegen will, nicht stärker als Ausdruck der Aggressivität des neuentstandenen vierten reiches begriffen werden?

Erst im Rahmen solcher Aufarbeitung vermag die vom ak u.ä. angemahnte Aufarbeitung von Stasi-Vergangenheit etwas anderes zu sein als letztlich doch nur ein "linker" Beitrag zu herrschaftslegitimierender Dämonisierung.

Hajo, Heidelberg

Die ak-Redaktion kämpft gegen die Verleumdung eines verdienten Autors

betr.: Leserbriefseite in ak 330

Die ganze Misere des ak und der KB-Überreste lassen sich auf der Leserbriefseite des ak 330 in nuce sezieren.

Es gehört zum Wesen von Leserbriefen, daß darin Kritik an Artikeln und AutorInnen der jeweiligen Zeitung geäußert wird. In diese Schelte mischt sich die Redaktion für gewöhnlich nicht ein, und ganz so wurde es auch beim ak gehalten (zumindest war das in den letzten zwanzig Ausgaben so, die durchzusehen ich mir die Mühe gemacht habe).

In ak 330 hat die Redaktion diesen Usus gebrochen und sich in einer kurzen Anmerkung vor ihren Redakteur K. gestellt. Dieser war beschuldigt worden, in seiner Berichterstattung zum Streit Broder/Ströbele Antisemitismen verwendet zu haben. Die Reaktion glaubt darauf hinweisen zu müssen, daß ihrem Autor Unrecht getan worden ist.

Daran verwundert zweierlei. Zunächst inhaltlich: Der Vorwurf der Verwendung von Antisemitismen in einer kommunistischen Zeitung ist so schwerwiegend, daß er unbedingt einer ausführlichen Untersuchung bedürfte. Stattdessen hat die Redaktion mit ihrem Kommunique den Autor erstmal exkulpiert. Das nennt man wohl Schadensbegrenzung.

Zum anderen ist bekannt, daß die ak-Redaktion aus zwei Flügeln besteht. Die Unterschrift des Gesamt-Kollektives legt nahe, daß der Persil-Schein für K. einvernehmlich ausgestellt wurde. Wie ist es zu diesem Schulterschluß gekommen?

Möglichkeit A: Der PDS-Flügel der Redaktion, zu welchem Autor K. gehört, hat die übrigen RedakteurInnen gelinkt und einfach in ihrem Namen mitunterschrieben. Das ist schon öfter im Verlauf des letzten Jahres vorgekommen und insofern die wahrscheinlichere Variante. Hier würde sich erneut die Frage stellen, ob mensch sich als KommunistIn nicht mehr schadet als nützt, wenn mensch mit solchen Leuten gemeinsam eine Zeitung verantwortet.

Möglichkeit B: Der radikallinke Flügel der Redaktion trägt die Verteidigung des Autors K. mit. In diesem Fall hätte sich die flügelübergreifende Redaktionslinie während des Golfkrieges ("Es gibt nichts wichtigeres als den Frieden": Gremliza als Hauptfeind, Ströbele als Bündnispartner) verfestigt. Der kommunistische Neuanfang, den die radikallinken KB-GenossInnen nach der KB-Spaltung versprochen hatten, wäre mit einem Tonnengewicht belastet.

Eine Aufklärung des Sachverhaltes würde vieles klarer machen.

Jürgen, Stuttgart

19.5.91

betr.: Leserbriefseite in ak 330

Ich halte den Abdruck der Leserbriefe von Vogt-Moykopf u. Ben-Akiwa, Gift aus rechtsextrem-israelischen Quellen, für unerträglich mies. Solche arrogant-chauvinist.-rassist. Außerungen haben m.E. in einer Zeitung wie ak nichts verloren. Sollte dies allerdings zur neuen ak-Linie nach dem KB-Ende zählen, erkläre ich vorsorglich bereits meine Abonnement-Kündigung zum zutreffenden Termin.

Hansjörg, Appetshofen

Fragen an Kt.

"Fustel de Coulanges empfiehlt dem Historiker, wolle er eine Epoche nacherleben, so solle er alles, was er vom spätern Verlauf der Geschichte wisse, sich aus dem Kopf schlagen. Besser ist das Verfahren nicht zu beschreiben, mit dem der historische Materialismus gebrochen hat. Es ist ein Verfahren der Einfühlung. (...) Vergangenes historisch artikulieren heißt nicht, es erkennen ‚wie es denn eigentlich gewesen ist`. Es heißt, sich einer Erinnerung bemächtigen, wie sie im Augenblick einer Gefahr aufblitzt. Dem historischen Materialismus geht es darum, ein Bild der Vergangenheit festzuhalten, wie es sich im Augenblick der Gefahr dem historischen Subjekt unversehens einstellt."

(Walter Benjamin, "Über den Begriff der Geschichte")

"Nur eine bewußte und gezielte Einbettung in das Geflecht imperialistischer Interessen konnte das historisch beispiellose Projekt (Anm.: die Gründung Israels) einer Realisierung näherbringen", schließt Kt. seinen Artikel im letzten ak über den Zionismus, und drückt in zugespitzter Form aus, was als allgemeines Grundwissen angenommen werden kann: eben, daß Israel (u.a.) in Bündnissen mit Imperialismen durchgesetzt wurde. Er beschreibt die Voraussetzung dafür, daß Israel auch als imperialistischer Vorposten entstanden ist.

Doch will Kt. nicht einen gängigen Wissensbestand auffrischen. Sein Artikel beginnt mit der Diskussion der These, Israel sei wesentlich auf Auschwitz zurückzuführen. Kt. streitet diese These vehement ab, zwei ak-Seiten sollen ihrer Widerlegung dienen. Der Artikelschluß stellt also die Gegenthese auf. Kt.s implizite Logik lautet daher: Israel hat sich nicht in der Folge von Auschwitz, sondern im Bündnis mit dem Imperialismus durchgesetzt.

Auch Kt. beschreibt, daß der moderne Antisemitismus den Zionismus in der ersten Phase dieses Jahrhunderts hervorbrachte. Auschwitz aber muß als die zugespitzteste, mörderischste Ausprägung jenes modernen Antisemitismus begriffen werden. Kt. dagegen versucht, diesen inneren Zusammenhang künstlich aufzutrennen und "nachzuweisen", daß der Holocaust schon gar keine Rolle mehr gespielt habe. Das Anliegen wird umso unverständlicher, als die durch Kt. untersuchten Ereignisse zeitlich weit vor Auschwitz und vor der Staatsgründung liegen. Die Bewertung des Staates Israel soll, so ist zu befürchten, vom Gedanken an Auschwitz tendenziell gelöst werden.

Die eben formulierte Befürchtung fragt nicht nach der Richtigkeit der angehäuften Fakten, sondern nach dem intendierten Sinn dieses Artikels. Der fällt in eine Situation, in der im Gefolge des Golfkriegs in Teilen der Linken ihr Verhältnis zu Israel heiß diskutiert wird. U.a. wies im vorausgegangenen ak max. selbstkritisch nach, daß auch wir als KB in unserer Geschichte die imperialistische Verstrickung des Zionismus und des Staates Israels stets betonten, daß deren andere Seite, als Heimstatt verfolgter Juden zu dienen, aber zunächst völlig negiert, und daß sie auch später nur unzureichend anerkannt wurde. Nur vor solchem Hintergrund ist erklärbar, daß, extremstes Beispiel, eine Artikelüberschrift "Endlösung der Palästinenserfrage" in dieser Zeitung durch Kt. veröffentlicht wurde. Kt. bezieht sich auf den Beitrag von max., als wolle er ihn widerlegen; will er es? Warum nimmt er dann zu dessen wesentlichen Inhalten nicht Stellung? Um das Problem einmal zuzuspitzen: Selbst wenn wir einmal annehmen - was hiermit nicht eingeräumt werden soll, Kt. selbst liefert Indizien für das Gegenteil - Israel hätte tatsächlich auch entstehen können, ohne daß der moderne Antisemitismus in Deutschland zuvor bis zur Ausrottung des europäischen Judentums führte, so wäre es dennoch selbstverständliche Aufgabe insbesondere deutscher KommunistInnen, Israel in der Folge von Auschwitz zu betrachten.

Wozu aber dann dieser Artikel, und diese Entgegensetzung zu max.? Er hat zum eigentlichen Zweck, am Doppelcharakter Israels die imperialistische Verstrickung zu betonen, verdeckt diesen Zweck aber, und sucht so einer wirklichen Diskussion um ein Verhältnis der Linken zu Israel zu entgehen.

Be

43. "Wie stark sind Helmut Kohls Muskeln?" "Super!" Die neue Bild des Ostens

Rubrik: Wiedervereinigung; Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak331/59.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:59

Der "Eieranschlag" von Halle animierte die neue Bild-Konkurrenz "Super!", am Tag danach die Kanzlertugenden unter die Lupe zu nehmen. Unter der Rubrik "Helden von heute" heißt es auf die oben gestellte Frage zu den Muskeln: "Enorm". Denn Helmut Kohl sei als Jugendlicher mit zusammengebundenen Beinen geschwommen, um seine Armmuskeln zu trainieren. "Woher nimmt Helmut Kohl (60) den Mut, es mit den Rowdies (20) aufzunehmen?" Antwort: Kohl habe auch seine Söhne mit harter Hand erzogen, sei überaus männlich, mutig und durchtrainiert. "Tun Eier weh? - Ja, sehr weh!"

Keine Rede von neuen Männern, die das Land braucht, nein, Kohl ein Vorbild an Männlichkeit, an Mut und Tapferkeit, der große Typ mit den enormen Muskeln, ein gestandenes deutsches Mannsbild, das furchtlos den jugendlichen Rowdies ins Auge blickt. Diese Seite von Kohls Ausfall, der in der westlichen Öffentlichkeit eher allgemeine Heiterkeit bis pikierte Peinlichkeit hervorgerufen hat, herauszustellen und zu bewundern, macht sich und seinen LeserInnen "Super!" zur Mission.

Ha, wieder ein Beweis für die Zurückgebliebenheit der Ossi-Kultur - die stehen auf diesem im Westen längst vergessen geglaubten Unsinn von Männertugenden, Kraftprotzen, deren gelegentliches Unbeherrschtsein nicht nur Kavaliersdelikt sondern auch Ausdruck ihrer starken Persönlichkeit ist - kurz: das kulturelle Roll-back aus dem Osten??

"Super!" ist ein wunderbares Beispiel dafür, wie die Rollen des vermeintlich dämlichen Ossis und des tatsächlich arroganten Wessis täglich reproduziert werden, aus dieser Stimmungslage eine Marktlücke gemacht und tatsächlich auch ein Markt gefunden wird. Am ersten Tag ihres Erscheinens verkaufte Bild mehrere hunderttausend Exemplare wenig in der ehemaligen DDR.

Die goldene Mischung sieht folgendermaßen aus:

- Dauerbrenner Stasi. Die Jagd nach den Spitzeln und Millionen von Schalck-Golodkowski und Enthüllungsstories über die ehemaligen Machthaber der DDR. Eine Serie "Die dreckigen Tränen der Roten Götter" stellt vor: "Harry Zisch: Für seine Leber wäre es das Beste, wenn er lebenslänglich kriegt ... denn im Knast gibt's keinen Schnaps", "Hermann Axen. Gelähmt halbblind, aber immer noch die Mauer im Kopf". Und so wird einer nach dem anderen porträtiert, immer mit stilisiertem Fahndungsfoto, Abbildung der "Luxus"villa oder -einrichtung und Händedruck von Erich Honecker, der die Regimeergebenheit beweisen soll.

- Sex. Keine Titelseite ohne Nackte. Nachtreport - "Die geheimen Orte der Lust von Rostock bis Suhl", die Sex-Comic-Serie "Susi - Ihre neue Freundin" und die Serie "Sex nach der Wende - Jeder 2. Mann ist glücklicher, aber nur jede 3. Frau. Was ist los in den Betten?" Natürlich fehlt auch nicht das "unverklemmte, fröhliche SUPER!-Lexikon des modernen Sex", das Fragen wie "Meine Freundin ist sauer, daß ich ihr Lustzentrum nicht finde. Muß ich im Becken suchen?" beantwortet.

- Wuttelefon und Leserbriefe, die den LeserInnen Gelegenheit geben, unkommentiert und meist auch unbeantwortet ihren Ärger über die ganze Ungerechtigkeit, bürokratische Willkür und wirtschaftliche Mißstände Luft zu machen: "Herr Bauer, Berlin: Dem Herrn Alexander Koch von der Treuhandanstalt würde ich gerne mal eine Ohrfeige geben. Arbeitslose sind keine Drückeberger und manche Situation in den DDR-Betrieben haben wir ja wohl auch der Treuhandanstalt zu verdanken."

- Westarroganz. Ein Bericht über den Handel mit Fußballspielern "Unglaublich: West-Manager jagen unsere Fußball-Kinder". Und wie die Schweriner die Hochzeit des CDU-Justizministers (West-Import) in Mecklenburg-Vorpommern platzen ließen, der ein rauschendes Fest im Thronsaal des Schlosses feiern wollte. Immer wieder Berichte über Betriebsstillegungen, Hoffnungslosigkeit und Ungerechtigkeit gegen DDR-BürgerInnen.

- DDR-Nostalgie. Eine ständige Rubrik "Die DDR vor 5 Jahren" ist aufgemacht mit altem DDR-Autokennzeichen. Auf der Rückseite der Zeitung findet sich die Wetterkarte in den alten Grenzen der DDR. Der Ost-West-Vergleich: "Unsere Wurst: Da können sich die Wessis 'ne Scheibe abschneiden". Das

Fernsehprogramm beginnt selbstverständlich mit DFF. Thema Abtreibung - zwei Frauen, eine Ost, eine West berichten, wie es ihnen erging: "Julia, 19, aus Weimar. ‚Wollen Sie es behalten?` fragte der Arzt. Ich sagte ‚Nein`. Er tröstete mich und gab mir einen Termin." Dagegen: "Annegret, 26, aus München. ‚Der Arzt zeigte mir die Fotos von Embryos, redete von Mord. Jetzt habe ich nachts Alpträume`."

- Außerdem Lebenshilfe, Rechtsberatung und Jobbörse.

Diese Mischung reflektiert auf das gebrochene und geschundene Selbstbewußtsein der Menschen in der ehemaligen DDR. Das Aufbegehren gegen Entmündigung, Ungerechtigkeit und den Raubzug des westdeutschen Kolonialherrentums wird klassisch aufgenommen und kanalisiert. "Die unbewältigte Vergangenheit wird zum Jagdterrain" kommentierte Klaus Hartung in der "taz" vom 7.5.91, und "wenn diese Mischung gelingt, dann haben die ostdeutschen Massen eine Stimme; die eigene Sprache wird dann vollends tonlos geworden sein." Die von den Linken immer beschworene anspruchsvollere DDR-Kultur wird restlos umgebrochen. Die Vergangenheit erledigt und Politik durch Hetze ersetzt

"Super!" - herausgegeben von Burda und Murdoch, ist keine Erfindung aus der ehemaligen DDR, sondern entstanden nach einer einjährigen Untersuchungsphase, gemacht von Westjournalisten; Arbeits- und Ausbildungsplätze im technischen Bereich werden DDR-BürgerInnen angeboten, nicht ohne dies mit großem Brimborium besonders herauszustellen ("Dank Super! habe ich es geschafft! Ein Baumaschinist geht in die Druckerlehre für Super!"). Ähnlich wie die "Bild" schlägt "Super!" aus den Schicksalsschlägen der "kleinen Leute", aus der Mischung von Identifikation mit den Großen und Ablehnung des Bonzentums und aus dem Willen, grundsätzlich mit dieser Gesellschaft klarkommen zu wollen, Kapital. Die den Ossis unterstellte Dämlichkeit wird in der ganzen unglaublichen Aufmachung reproduziert, eigenes Denken wird nicht verlangt - das macht das Blatt. Was zwischen wirtschaftlichem Ruin und politischen Versprechen gähnt, wird mit alter, neuer Ideologie gestopft. Den gepeinigten Menschen wird ein Ersatz angeboten, der die eigene Entmündigung erträglich gestaltet. Diese politische "Kultur" beseitigt restlos die Spuren des emanzipativen Aufbruchs der Bürgerbewegungen.

Was da in Ostdeutschland jetzt auf den Markt geworfen wurde, gehört zu den integralen sensiblen Herrschaftsmitteln dieser Gesellschaftsform, Widersprüche jenseits von Repression und Korruption auszuhalten.

Die alte Parole "Enteignet Springer" entstand aus dem Willen, dort die Konfrontation zu suchen, wo das Bewußtsein der Massen "gemacht" wird, an der Verdummung und Entmündigung, und erinnert vielleicht heute daran, daß nur das schockierte Kopfschütteln über "Super!" keine Antwort sein kann.

Cl.

44. Quelldatei 43.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak331/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:43

Dokumentation

der stern lässt in seiner nummer vom 20.9. einen bka-ler geiern; "es wäre ein witz, wenn uns die stasi nicht nur die alten terroristen abgenommen hätte, sondern uns jetzt auch noch hinweise auf die neuen liefern würde." die bullen tönen also in der tradition der "pharaonengräber", was aber real wieder mal bloss ist: sie dürfen in der kalten asche rumstochern.

nein, hinweise auf aktive eben genau nicht.

die idee des stern, der "ddr-geheimdienst (habe) ... auch die aktive raf im westen bespitzelt, konspirative wohnungen beobachtet und telefonanschlüsse bekannter raf-unterstützer in ihre gigantische überwachungsmaschinerie einbezogen" - dies ist schon albern. vielleicht stimmt ja was von den geschichten des talkshow-drückers bommi baumann zum thema wohnungen in westberlin, dann lag das in dem fall aber sicher an seinem spezifischen unpolitischen und westberliner biotop.

was soll mit der stern-story, folge soundsoviel, in den raum gehängt werden? dass das mfs den kontakt nutzen wollte/konnte, die raf auszuforschen? und die ausbeute jetzt nach dem anschluss auf den tischen von bka und vs landet? und "raf-unterstützer" mit der hand auf der türklinke sich fürchten müssten?

die spekulation ginge jedenfalls von falschen voraussetzungen aus.

dann reden wir also übers bespitzeln, und auch übers "bespitzeln".

die raf bespitzeln ist ja bekannt schwierig. daran arbeiten sich die apparate hier schon ab. und für die im anderen deutschland waren die ausgangsinteressen schon mal andere! dabei stand infosraffen nicht an erster stelle. und bei zu viel neugier auch mal von uns erwischt - wir wussten das zu korrigieren.

dann "bespitzeln", das wäre gewesen, den kontakt auszunutzen. aber die frage hat erstmal eine inhaltliche seite, und schon uns her war da eine grenze. wir haben niemals, in welchen internationalen verbindungen auch immer, in unsere aktiven strukturen gucken lassen. dass einige der legalisierten dinge ausquatschen werden über ihre zeit in der raf, das hatten wir einberechnet. und klar wissen wir, mal ganz abseits der rückzugsgeschichte der acht, dass absplitterungen revolutionärer gruppen einen anderen weg genommen, die grundsätzliche autonomie für managementformen verraten haben.

nicht so die raf, und niemals wird es dahin laufen!

also klar, die grenze. die ddr war überhaupt nur geeignet für die konkreten rückzugsgeschichten, für die legalisierungen. ausser dem denken wir in freunschaft an manche zahnfüllung und so, die im westen oft etwas riskant waren, aber für aktive seiten wäre keine basis zu schaffen gewesen, die kluft zwischen der struktur (der inhaltlichen!) der politik der ddr und der struktur des kampfs einer metropolenguerilla war qualitativ unüberbrückbar - und das natürlich gar nicht überraschend. es ist die kluft, historisch und subjektiv, zwischen konsolidierter/verbürokratisierter "partei neuen typs" und politisch-militärischem kollektiv.

wir nahmen ja auch die eine und andere stunde zur diskussion der situation in der brd. da war z.b. auch die frage, ob die ddr-medien denn nicht daran denken, die westliche menschenrechtsdemagogie offensiver zu beantworten, auch durch berichte - zum aufbrechen des black out hier - zur lage der politischen gefangenen in der brd. da war auch die frage, welche linken kräfte in der brd sie eigentlich als produktiv im kontext der kommunistischen weltbewegung wahrnehmen.

die direkte erfahrung war ungefähr die auch schon von aussen gegebene: die ddr-politik immer nur als bündnisidee nach rechts, zu den bürgerlichen hin angelegt, sonst klotzig oberaufsicht beanspruchend aber den kommunismus bloss rechtfertigend, wie das elend auch aller kp's im westen, und ungeheuer unbedarft gegenüber den widersprüchen und der härte in den imperialistischen kernstaaten (was doch grell sich abhebt vor der fülle der informationen, die sie sich ständig erarbeiten, besonders über die brd), und fast stumpf gegenüber den authentischen subversiven strömungen. und erst recht keinen sinn für guerillastruktur und ihren puls, sie verstanden nicht, woraus das subjektive feuer lebt, und nicht, wie eine stadtguerilla in den

imperialistischen zentren überleben kann. das historische gedächtnis der ehemaligen sed ging eben auch hauptsächlich auf die alte kpd zurück, und da auch weniger auf die periode 1918 - 24, sondern auf die folgende der schon defensiven form der illegalität: verfolgte. das also die achse der ddr-politik. aus allem ist tolmeins idee in konkret, sie hätten sich "offen als ein land benennen" lassen sollen, eben auch irreal.

(hier wäre irgendwann mal noch zu reden über den zeitpunkt, zu dem wir den kontakt beendet haben, und über die gründe dafür).

ja, reichlich gespenstergeschichten. der stern in erster reihe mit vielen anderen blättern. es hat in einer beziehung schon die dimension eines gesellschaftlichen gehirnwäscheprogramms. die dämonisierung einer stasi-überlebensgross ist eben die aktuelle methode, den brd-staatsschutz, die drachenhochzeit von altem nazi-polizei/justizapparat und wissenschaftlicher us-counterinsurgency, die scheineinstitution (ja wirklich: gigantisch) aus der öffentlichen aufmerksamkeit zu blenden. was vor wenigen monaten in der schweiz wenigstens noch skandal anrührte, das ist hier ganz raus: wie weit hier der staatsschutzapparat die gesellschaft schon erfasst hat, durchdringt, terrorisiert und ihre entwicklung determiniert.

Christian Klar

Oktober 90

45. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak331/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:47

Lateinamerikatage in Berlin

Vom 3. Juni bis zum 23. Juni finden in Berlin Lateinamerikatage statt. Das umfangreiche Programm umfaßt politische Veranstaltungen, Filmvorführungen, Theater, Straßenfeste und Ausstellungen. Näheres ist beim LAZ, Crellestraße 22, 1000 Berlin 62, Telefon: 030/7814018 zu erfragen.

Fotoausstellung zu Frauen in El Salvador

Vom 2. bis 28.6 stellt die Galerie Olga Benario in der Boddinstraße 61 in Berlin 44 eine Fotoausstellung unter dem Titel "Töchter Americas - Frauenalltag in El Salvador" aus. Sie ist Montags bis Freitags von 17 Uhr bis 21 Uhr geöffnet. Die Ausstellung soll danach durch die BRD wandern, nähere Infos unter: 040/384183

Frauenarbeitstage zu den Konflikten im " Nahen Osten"

Am 7./8. Juni veranstaltet der interdisziplinäre Arbeitskreis Frauenforschung an der Uni Mainz in Zusammenarbeit mit dem autonomen Frauenreferat des AstA der Uni Mainz Arbeitstage für Frauen zum Nahen Osten. Thema werden u.a. sein die kolonialen Wurzeln der heutigen Krise, die internationalen Ausbeutungs- und Aneignungsstrukturen, die Beteiligung von Frauen als Täterinnen und Opfer, der Komplex "Krieg und Patriarchat" sowie die Frage von Interventionsmöglichkeiten von Frauen. Weitere Infos, Programme und Anmeldung über: Interdisziplinärer Arbeitskreis Frauenforschung an der Uni Mainz, c/o Johanna Ehlers, Forum 1, Saarstr. 21, 6500 Mainz; Tel.: 06131/392317

Neue Weltordnung

Unter diesem Titel veranstaltet das Antifa-Referat des AstA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg in Zusammenarbeit mit der Liste Links & Unbelehrbar eine Diskussions- und Vortragsreihe. 5.6.: Kurdistan - Geschichte und politische Hintergründe; Referentin: Corry, Journalistin aus Hamburg; 11.6.: Schöne neue Weltordnung; Diskussion über die Friedenssicherung a la USA und USA mit Karam Khella; 20.6.: Der Untergang des "realexistierenden" Kapitalismus; Shapur Ravasani über die imperialistische Gemeinschaft und die 2. Welt; 24.6.: Hintergründe des Golfkrieges; Achim Tautz (DKP) und Klaus Thörner (GAL) im Disput. Ort: Uni Oldenburg, Raum AVZ 0 - 106, Beginn jeweils 19.30 Uhr

46. SPD: Erneuter Kotau vor dem Militarismus

CD-Datei: daten/aksuche/ak331/blautit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:blautit

Ob der Beschluß des SPD-Parteitages einer halben Zustimmung zu den Kriegskrediten von 1914 gleichkommt, wird sich zwar vor der Geschichte noch erweisen müssen. Einen militärischen Eckpfeiler hat die SPD allemal gesetzt, indem sie auf ihrem Parteitag in Bremen bei den Delegierten die eindeutige Zustimmung zur deutschen Beteiligung an Blauhelm-Einsätzen der UNO erkämpfte. Als Restriktion gegenüber den militärischen Plänen der Regierungskoalition verkauft, fiel auch Oskar Lafontaine um und plädierte auf Gefolgschaft gegenüber dem neuen Parteivorsitzenden Engholm. Auch wenn der nun beschlossene Antrag Konzessionen gegenüber der Basis macht, sind doch erste Voraussetzungen für einen weltweiten Einsatz deutscher Soldaten geschaffen. Angesichts der Geschichte der Politik der SPD dürften weitere Schritte folgen, zumal die SPD ihr Image als regierungsfähige Partei rechtzeitig aufzumöbeln versucht.

Dabei hat sich schon in der Diskussion bewahrheitet, was die Friedensbewegung befürchtet hatte: Die Blauhelme haben Türöffner-Funktion, auch in ideologischer Hinsicht. Noch während des Golfkrieges wurde deutlich, daß die Bereitschaft in der Bevölkerung, aktiv in einen Krieg fernab der unmittelbaren Heimat involviert zu sein, noch verhältnismäßig gering ist, ohne daß sich das unbedingt in antimilitaristischen Demonstrationen ausdrückt. Mit den Friedensnobelpreis-Trägern Blauhelmen, der These von der Weltinnenpolitik und der Parole von der "neuen deutschen Verantwortung" läßt sich Akzeptanz für die Vorstellung von "Jungs an der Front" erzielen.

Zunächst ganz im Windschatten der Blauhelm-Debatte verlaufen die Planungen für eine gegenüber den USA eigenständige Euro-Armee. Laut MdEP der CDU/CSU Pöttering geht es darum, out-of-area-Einsätze europäischer Truppen zu ermöglichen. Diese Pläne haben zwar zunächst einmal - zum Ärger derjenigen, die unter europäischer Einigung u.a. europäische Truppenbildung verstehen - einen Dämpfer erhalten: Die NATO-Frühjahrstagung hat zunächst zur Durchsetzung der Interessen von USA und Großbritannien geführt, die maximal eine europäische Abteilung der NATO befürworten, aber das Oberkommando bei der NATO belassen wollen.S. 4 und 5

47. Quelldatei fluecht.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak331/fluecht.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:fluecht

Am 1. Juli steht die BRD vor der größten in ihrer bisherigen Geschichte. Für Zehntausende von Menschen aus Sri Lanka, dem Libanon, dem Iran sowie asiatischen und afrikanischen Ländern, die sich nach dem 31.12.85 in dieses Land gerettet hatten, läuft an diesem Tag ihre "Duldung aus humanitären Gründen" ab, KurdInnen müssen bis zum 30.9.91 aus der BRD ausgereist sein. Die Innenministerkonferenz am 3. Mai hatte die Regelung aufgehoben, daß Flüchtlinge nicht in sog. Krisengebiete abgeschoben werden dürfen. Widerstand gegen diesen Beschluß, der nicht von den einzelnen Landesregierungen beeinflußt werden kann, regt sich bisher erst in kleinen Ansätzen. Hintergründe zum Status von Flüchtlingen in der BRD und Westeuropa auf Seite 11

48. Seit 20 Jahren Friedenspläne

Nahostkonferenz und ihre Geschichte

CD-Datei: daten/aksuche/ak331/nahtit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:nahtit

Durch die Geschichte der Nahost-Friedenspläne zieht sich ein roter Faden: die unerbittliche Haltung Israels gegenüber einer wirklichen Nahostkonferenz unter Beteiligung der PalästinenserInnen, die konsequente Ablehnung multilateraler Verhandlungen über die von Israel besetzt gehaltenen Gebiete. Seit dem Oktober-Krieg 1973, der seitens Ägyptens und Syriens eine begrenzte und koordinierte Offensive darstellte, um Israel zu Verhandlugen über die besetzten Gebiete zu bringen, und seitdem die PLO 1974 für Experten der Nahost-Problematik erkennbar ihre Positionen zugunsten einer flexibleren Außenpolitik modifiziert hatte, wurden immer wieder Vorschläge für eine Friedenslösung unterbreitet, um wenigstens den Beginn einer Bewegung in die politische Lage im Nahen Osten zu bringen. Abgesehen von dem 1979 zwischen Ägypten und Israel geschlossenen Friedensvertrag haben diese Bemühungen aber zu keinem substantiellen Ergebnis geführt.

Die derzeit vorbereitete fünfte Rundreise des US-Außenministers Baker dürfte aller Voraussicht ebenfalls keinen Durchbruch zeitigen. Überhaupt: so viel, wie während der aktuellen Treffen Bakers mit Politikern der Region über Formalien verhandelt wird, so wenig ist der Inhalt einer Friedenslösung Gegenstand der Gespräche, auch wenn die Forderung nach einer Nahostkonferenz während des Golf-Krieges in aller Munde war. Zur Geschichte der Nahost-Friedenspläne und zum aktuellen Verhandlungsstand s. S. 13

49. Kronzeugen und Widersprüche

Die RAF-Aussteiger vor Gericht

CD-Datei: daten/aksuche/ak331/rafddr.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:rafddr

Als vor einem Jahr, am 6. Juni 1990, mit Susanne Albrecht eine der meistgesuchten Mitglieder der RAF in der DDR verhaftet wurde, ahnte kaum jemand, daß insgesamt zehn Mitglieder der RAF innerhalb weniger Wochen in DDR-Knästen verschwinden würden, daß sie sich zum Teil sogar freiwillig stellen würden. Sie alle hatten, ausgestattet mit neuen Identitäten, seit Jahren ein bürgerliches Leben in der DDR geführt: Sie waren Anfang der 80er Jahre aus der RAF ausgestiegen.

Wie sie von der Volkspolizei gefunden werden konnten, ist bis heute unklar. Es interessierte auch kaum jemanden, und alle Fragen gingen unter im Jubel von Bundeskriminalamt und Bundesanwaltschaft über den angeblich größten Schlag gegen den Terrorismus seit Jahren.

Die Linke in der BRD reagierte wie vers teinert - zumal sofort in den bürgerlichen Medien eine "Stasi-RAF-Connection" behauptet wurde, eine Kampagne von solchem Ausmaß, daß sie von Christian Klar in einer Stellungnahme als "gesellschaftliches Gehirnwäscheprogramm" bezeichnet wurde. Doch damit nicht genug, wurde doch sehr bald bekannt, daß DDR-AussteigerInnen (nicht alle) bereit waren, bei den westdeutschen Behörden umfangreiche Aussagen zu machen. Ganz offensichtlich in der Hoffnung auf Kronzeugenregelungen belasteten sie dabei nicht nur sich selbst, sondern auch andere zum Teil schwer - die Folge sind neue Ermittlungen. Selbst eins der größten Tabus der BRD-Geschichte, die Nacht von Stammheim, wurde nicht ausgelassen: Angeblich soll Susanne Albrecht die staatliche Selbstmordversion durch ihre Aussage bestätigt haben.

In den zwei bisherigen Prozessen sind Susanne Albrecht und Werner Lotze für ihre Kooperationswilligkeit nicht belohnt worden: zwei Mal zwölf Jahre Knast wurden verhängt bzw. gefordert, bei Lotze war das Strafmaß sogar höher als von der BAW beantragt.

Während im Staatsapparat und bei den Medien mancher vor allem über die "Selbstmord"-Aussagen erleichtert zu sein scheint, bleiben jedoch, wenn man genau hinschaut, wieder einmal Unklarheiten und Widersprüche.

Berichte und Dokumente ab Seite 25

50. STASI, Polizeigesetze und Klassenjustiz

CD-Datei: daten/aksuche/ak331/stasi.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:331:stasi

Während die einen die Aufarbeitung von Sicherheitskonzepten voranzutreiben versuchen, modernisieren die anderen ihre Sicherheitskonzepte. Während die einen die Auseinandersetzung mit der Wirkung von Sicherheitspolitik im Alltag betreiben, durchdringen die anderen verstärkt den Alltag ihrer größer gewordenen Gemeinde. Was hat das Hamburger Polizeigesetz mit dem Sicherheitskonzept des MfS und der SED zu tun?

Die nähere Betrachtung des Hamburger Polizeigesetzes und der darin verankerten Befugnisse zur Datenerhebung - ganz im Sinne Herolds von der gesellschaftssanitären Aufgabe der Polizei - straft nicht nur die Regierungskoalition, sondern insbesondere die SPD Lüge, die mit dem Geschrei vom Stasi-Unrecht meint, Demokratie zu verkörpern.

In dieses Schema paßt noch etwas anderes: Im Prozeß gegen Holger Deilke vor dem Hamburger Oberlandesgericht wird der Rechtsstaat BRD der ihm innewohnenden Sicherheitskonzeption nicht minder gerecht. Ohne konkreten Tatvorwurf, aufgrund von "Lebenstatsachen" soll Holger nach § 129 a StGB verknackt werden. Das Risiko geht eben immer noch von den Menschen aus ...S. 30/31